herausgegeben von
Thomas Schirrmacher, Martin Lessenthin und Martin Warnecke

Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2026



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte – Verfolgte Christen
Die Evangelische Allianz in Deutschland

Jahrbuch
Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2026



Von Dschihadisten zerstörte Kirche in Mosambik. (© Kirche in Not)

Gebende Hände

Gesellschaft zur Hilfe für notleidende Menschen in aller Welt

Die Redaktion dieses Buches wird als Teil des Projektes „Menschenrechte/Religionsfreiheit“ von Gebende Hände gGmbH, Bonn, zur Information der Öffentlichkeit gesponsert. Ein Teil der Auflage wird deswegen kostenlos an Abgeordnete in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sowie an Politiker und Entscheidungsträger allgemein abgegeben.

Studien zur Religionsfreiheit
Studies in Religious Freedom

Band 45
Thomas Schirrmacher, Martin Lessenthin
und Martin Warnecke (Hg.)
Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung
von Christen 2026

Alle bisher erschienenen Jahrbücher Verfolgung und Diskriminierung von Christen stehen online unter http://jahrbuch.iirf.global zum Download bereit.

Alle im *Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen* publizierten Artikel und Beiträge sind Stellungnahmen ihrer namentlich genannten Autorinnen und Autoren und geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber, der herausgebenden Körperschaften oder der Redaktion wieder. Verantwortlich für den Inhalt und im Sinne des Presserechts sind die Autorinnen und Autoren, ebenso für die Einhaltung des Urheberrechts und den Schutz vor Plagiaten. Da sich das *Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen* als Diskussionsplattform versteht, werden bewusst auch Beiträge aufgenommen, die Auffassungen der einzelnen Herausgeber widersprechen oder die anderen Beiträgen desselben Bandes oder früherer Jahrgänge widersprechen.

Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2026

Jahrbuch zur Christenverfolgung

herausgegeben für

den Arbeitskreis für Religionsfreiheit der
Evangelischen Allianz in Deutschland,
den Arbeitskreis Religionsfreiheit
der Evangelischen Allianz Österreich,
die Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit
der Schweizerischen Evangelischen Allianz,
das Internationale Institut für Religionsfreiheit und
die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte

von Thomas Schirrmacher, Martin Lessenthin
und Martin Warnecke

Verlag für Kultur und Wissenschaft
Culture and Science Publ.
Dr. Thomas Schirrmacher
Bonn 2026

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at http://dnb.d-nb.de

© Copyright 2026 bei den Verfassern der Beiträge und VKW

ISSN 1618-7865

ISBN 978-3-86269-344-3

Die Herausgeber sind zu erreichen über:
Martin Warnecke: warnecke@thomasschirrmacher.net

Titelbild:
Von Dschihadisten zerstörte Kirche in Mosambik. (© Kirche in Not)

Printed in Germany

Umschlaggestaltung:
HCB Verlagsservice Beese, Hamburg

Gesamtherstellung:
CPI Books / www.cpi-print.de

Verlag für Kultur und Wissenschaft Prof. Schirrmacher GmbH
Amtsgericht Bonn HRB 25412 / Börsenverein 97356
Geschäftsführer: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Thomas Schirrmacher
Friedrichstraße 38, D-53111 Bonn, Fax +49 / 228 / 9650389
www.vkwonline.com / info@vkwonline.com

Inhaltsverzeichnis

Geleitworte **9**

Gudrun Kugler

Religionsfreiheit – Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft 9

Marc Jost

Religionsfreiheit – Fundament von Menschenwürde, Freiheit und Frieden ... 13

Volker Kauder

Immer weniger Religionsfreiheit in der Welt.
Immer mehr verfolgte Christen..... 17

Historisches **21**

Kamal Sido

Wenn Kirchen verschwinden, geht das historische Erbe für immer verloren... 21

Helmut Moll

Bonner Rektor Paul Langen (1893–1945) –
ein Gegner des Nationalsozialismus..... 33

Wolfgang Häde

Ursprünge von Diskriminierung verstehen
und über christliche Reaktionen nachdenken..... 45

Thematische Beiträge **57**

Torbjörn Johansson

Der totalitäre Staat damals und heute 57

Christine Keim

Bericht über die Situation der verfolgten Christen in der Welt sowie der Menschen, die aus religiösen, rassistischen, politischen, ethnischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gründen unter Verfolgung leiden 75

Lars Rohwer

Christenverfolgung und Populismus: Verantwortung in Zeiten antidemokratischer Versuchungen 99

Länderberichte 105

Thomas Schirrmacher, Titus Vogt

Hintergründe der Spaltung der Orthodoxen Kirche – Konstantinopel vs. Moskau 105

Tobias Lehner

Subsahara-Afrika: Christenverfolgung – dschihadistische Gruppen gehen immer brutaler vor 139

Jens Fischer

Iran: Zwischen Krieg, Protesten und Verfolgung – Christen im Iran 153

Martin Lessenthin

Kuba: Zwischen Glauben und Überleben 161

Angel Suares Sanchez

Kuba: Alberto Reyes – die unerschrockene Stimme 167

Ricardo De Jesús Ruiz Garrido

Kuba: Jugendlager in Kuba – Glaube und Staat in einem stillen Kampf 173

Johann Matthies

Ukraine: Wenn die Kirche zur Waffe wird 179

Dennis P. Petri

Nigeria: Das Narrativ korrigieren 191

Iwona Zamkowska

Pakistan: Hilfe für minderjährige Opfer christenfeindlicher Einstellungen 199

Martin Morawetz

Pakistan: Christen und andere religiöse Minderheiten zwischen Verfassungsversprechen, Blasphemiegesetzen und Alltagsdiskriminierung 217

Kelsey Zorzi

Ägypten: Strafverfahren wegen Blasphemie – aktuelle Entwicklungen und rechtliche Auswirkungen 229

Tessa Hoffmann

Armenien: Auslöschung christlicher Identität im ältesten christlichen Staat? 235

Wolfgang Häde

Niger: Zunehmender Terror auch gegen Christen unter dem Radar? 251

Adrian Zenz

China: Digitaler Totalitarismus: Leninistische Kontrolle und Christenverfolgung unter Xi Jinping 257

Menschenrechts- und Hilfsorganisationen 265

Selbstdarstellungen 265

GELEITWORTE

Religionsfreiheit – Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft



Dr. **Gudrun Kugler** ist Nationalratsabgeordnete der Österreichischen Volkspartei, Juristin und Theologin. Sie engagiert sich als Menschenrechtssprecherin besonders für Religionsfreiheit, Menschenrechte, die Rechte von Frauen aus Minderheiten und internationale Entwicklung. Sie war maßgeblich an der Anerkennung des Holodomor als Völkermord durch das österreichische Parlament beteiligt. Seit 2024 ist sie Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Sonderbeauftragte für demografischen Wandel und Sicherheit. (Bild: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf)

„Habe ich dir nicht geboten: Sei stark und mutig? Erschrick nicht und fürchte dich nicht! Denn mit dir ist der HERR, dein Gott, wo immer du gehst“ (Jos 1,9).

Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht – und doch wird sie weltweit in einem Ausmaß missachtet, das zu entschlossenem Handeln verpflichtet. Menschen unterschiedlichster Glaubensrichtungen werden aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen diskriminiert, bedroht, verfolgt oder sogar getötet. Diese Realität ist keine Randerscheinung, sie betrifft Millionen von Menschen in allen Regionen der Welt. Tatsache ist: Christen zählen zu den am häufigsten betroffenen Gruppen – ein Befund, der sowohl von kirchlichen Organisationen als auch von unabhängigen Beobachtern bestätigt wird und im öffentlichen Bewusstsein dennoch vielfach unterschätzt bleibt.

Prüfstein für die Achtung der Menschenwürde und die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates

Religionsfreiheit ist nicht nur ein Recht unter vielen, sondern ein Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft insgesamt. Wo Menschen ihren Glauben nicht frei leben können, sind in der Regel auch andere Grundrechte in Gefahr. Religionsfreiheit ist daher ein Prüfstein für die Achtung der Menschenwürde und die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates.

In meiner Tätigkeit als Nationalratsabgeordnete ist mir der Einsatz für Christen, die aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden, ein besonderes und tägliches Anliegen. Aus diesem Grund habe ich im parlamentarischen Bereich bereits mehrere Entschließungsanträge initiiert. Als Abgeordnete habe ich auch das Privileg, regelmäßige Veranstaltungen zum Thema Religionsfreiheit inklusive persönlicher Erfahrungsberichte im Parlament anbieten zu können.

Die Formen von religiöser Verfolgung sind vielfältig und reichen von subtiler gesellschaftlicher Ausgrenzung über rechtliche Diskriminierung bis hin zu massiver Gewalt, Terror und systematischer Vertreibung. In autoritären Staaten werden religiöse Gemeinschaften überwacht und kontrolliert, während in anderen Kontexten extremistische Gruppierungen gezielt gegen Minderheiten vorgehen. Wo Rechtsstaatlichkeit fehlt, bleiben Übergriffe oft ohne Konsequenzen, wodurch sich Gewalt verstetigt und ganze Gemeinschaften unter Druck geraten. Für die Betroffenen bedeutet dies häufig nicht nur den Verlust von Sicherheit, sondern auch den von sozialer Zugehörigkeit, wirtschaftlicher Existenz und Zukunftsperspektiven.

Frauen aus religiösen Minderheiten besonders hart betroffen

Es ist umso wichtiger, die unterschiedlichen Dimensionen von Verfolgung differenziert zu betrachten. Dazu gehört auch die geschlechtsspezifische Dimension. Frauen aus religiösen Minderheiten erleben Verfolgung häufig in einer doppelten oder mehrfachen Weise – sowohl als Frau als auch aufgrund ihres Glaubens. Während Männer häufiger direkter physischer Gewalt ausgesetzt sind, sind Frauen besonders von Zwangsheirat, Entführungen, sexualisierter Gewalt und sozialer Ausgrenzung betroffen. Diese Formen der Gewalt bleiben oft unsichtbar, entfalten jedoch eine tiefgreifende Wirkung auf das Leben der Betroffenen und auf die Stabilität ganzer Gemeinschaften.

Gleichzeitig sind Frauen zentrale Trägerinnen von Resilienz und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Sie sichern unter schwierigsten Bedingungen das Überleben von Familien, leisten Bildungsarbeit, organisieren Hilfe und tragen wesentlich zum Wiederaufbau von Gemeinschaften bei. Diese doppelte Rolle als besonders Verletzliche und zugleich als zentrale Akteurinnen wird in politischen Strategien noch immer zu wenig berücksichtigt.

Es ergibt sich ein klarer politischer Auftrag: Religionsfreiheit muss als zentrales Anliegen der Außen- und Entwicklungspolitik verstanden werden. Auch Österreich kann hier als mittelgroßes Land eine aktive Rolle übernehmen – durch diplomatische Initiativen, klare Positionierung in internationalen

Organisationen und gezielte Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit. Ebenso kommt der Europäischen Union eine besondere Verantwortung zu, ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht konsequent für den Schutz religiöser Minderheiten einzusetzen.

Schutz der Religionsfreiheit und der Rechte von Christen auch in Europa

Doch Religionsfreiheit ist keine Herausforderung, die nur andernorts besteht. Auch in Europa selbst ist Wachsamkeit geboten. Das Observatory on Intolerance and Discrimination Against Christians in Europe (OIDAC Europe) warnt, dass Christen in Europa zunehmend unter Druck geraten und ihre Religionsfreiheit schleichend eingeschränkt wird. Neben wachsender Gewalt gegen Kirchen – insbesondere durch Kirchenbrände und Vandalismus – kritisiert das Observatorium eine politische und gesellschaftliche Entwicklung, in der christliche Überzeugungen immer häufiger an den Rand gedrängt oder delegitimiert werden. Wer öffentlich für klassische Positionen zu Familie, Ehe oder Gewissensfreiheit eintritt, sieht sich nicht selten beruflichen Nachteilen oder sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. OIDAC fordert daher ein entschlosseneres politisches Handeln zum Schutz der Religionsfreiheit und der Rechte von Christen auch in Europa.

Dabei ist Klarheit in der Sprache ebenso entscheidend wie Konsequenz im Handeln. Wo Christen verfolgt werden, muss dies auch so benannt werden. Sichtbarkeit ist eine Voraussetzung für Schutz, und das Aussprechen von Unrecht ist ein Ausdruck von Solidarität. Zurückhaltung aus falsch verstandener politischer Sensibilität hilft den Betroffenen nicht – im Gegenteil, sie trägt dazu bei, dass ihre Situation unsichtbar bleibt.

Was kann man also tun? Diese Frage steht im Zentrum unseres gemeinsamen Einsatzes gegen Christenverfolgung. Das vorliegende Jahrbuch 2026 leistet dazu einen wesentlichen Beitrag. Es schafft eine fundierte Datengrundlage, dokumentiert Entwicklungen und macht konkrete Fälle sichtbar. Denn nur auf Basis verlässlicher Informationen und Beweise können wir wirksam handeln – politisch, rechtlich und gesellschaftlich. Zugleich zeigt sich, wie unverzichtbar der Einsatz der Zivilgesellschaft ist: Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, die hinschauen, dokumentieren, unterstützen und Betroffenen eine Stimme geben. Dieses Zusammenspiel aus Wissen und praktischem Handeln ist entscheidend, um den Schutz des freien Glaubens zu stärken und Verfolgung aktiv entgegenzutreten.

Auch was Europa betrifft, müssen wir wachsam bleiben: Das Observatory on Intolerance and Discrimination Against Christians in Europe (OIDAC

Europe) warnt, dass Christen in Europa zunehmend unter Druck geraten und ihre Religionsfreiheit schleichend eingeschränkt wird. Neben wachsender Gewalt gegen Kirchen – insbesondere durch Kirchenbrände und Vandalismus – kritisiert das Observatorium eine politische und gesellschaftliche Entwicklung, in der christliche Überzeugungen immer häufiger an den Rand gedrängt oder delegitimiert werden. Wer öffentlich für klassische Positionen zu Familie, Ehe oder Gewissensfreiheit eintritt, sieht sich nicht selten beruflichen Nachteilen oder sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. OIDAC fordert daher ein entschlosseneres politisches Handeln zum Schutz der Religionsfreiheit und der Rechte von Christen auch in Europa.

Die Realität sichtbar machen

Viele Organisationen leisten unter schwierigsten Bedingungen konkrete Hilfe und tragen dazu bei, dass Betroffene Unterstützung erfahren, ohne zusätzlichen Gefahren ausgesetzt zu werden. Gerade im Umgang mit besonders gefährdeten Gruppen, etwa Konvertiten oder im Untergrund lebenden Gemeinschaften, ist ein hohes Maß an Sensibilität erforderlich.

Dieses Jahrbuch stellt einen Beitrag dazu dar, die Realität sichtbar zu machen und zum Handeln anzuregen. Denn Religionsfreiheit ist kein abstraktes Prinzip, sondern entscheidet sich im konkreten Leben von Menschen. Sie zu schützen und zu verteidigen, bleibt eine gemeinsame Verantwortung.

Religionsfreiheit – Fundament von Menschenwürde, Freiheit und Frieden

Ein Menschenrecht, das den Kern des Menschseins schützt



Marc Jost ist Theologe, Pfarrer und Politiker der Evangelischen Volkspartei (EVP). Seit November 2022 vertritt er den Kanton Bern im Schweizer Nationalrat. Zuvor gehörte er von 2006 bis 2020 dem Berner Grossen Rat an und amtierte 2015/16 als dessen Präsident. Beruflich war Jost zunächst Lehrer und anschließend Pfarrer. Von 2012 bis 2022 leitete er als Generalsekretär beziehungsweise Co-Generalsekretär die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA). Danach blieb er ihr als Beauftragter für Public Affairs verbunden. Seit 2026 ist er außerdem Executive Director des First Step Forum, das sich international für Religions- und Glaubensfreiheit engagiert. (Bild: © SDA 2023)

Religionsfreiheit gehört zu den grundlegendsten Menschenrechten. Sie schützt nicht einfach religiöse Praktiken oder die Interessen bestimmter Glaubensgemeinschaften. Sie schützt den Menschen in seinem Innersten: sein Gewissen, seine Überzeugungen und seine Freiheit, nach Wahrheit zu suchen und sein Leben danach auszurichten.

Als Christ bin ich überzeugt, dass jeder Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen wurde. Daraus leitet sich eine unveräusserliche Würde ab, die keinem Staat, keiner Mehrheit und keiner Ideologie zur Disposition steht. Zu dieser Würde gehört auch die Freiheit. Gott selbst zwingt niemanden zum Glauben. Echter Glaube kann nicht durch Druck, Gewalt oder staatliche Vorgaben entstehen. Er lebt von der freien Antwort des Menschen.

Deshalb ist Religionsfreiheit weit mehr als ein Sonderrecht für religiöse Menschen. Sie ist Ausdruck der Achtung vor der Würde jedes Einzelnen. Sie schützt das Recht, zu glauben oder nicht zu glauben, eine Religion zu wechseln, seine Überzeugungen öffentlich zu vertreten oder sie privat zu leben. Sie gilt für Christinnen und Christen ebenso wie für Muslime, Juden, Hindus, Angehörige anderer Religionen oder Menschen ohne religiöses Bekenntnis.

Nicht zufällig gehört die Religionsfreiheit zu den ersten Freiheiten, die in internationalen Menschenrechtsabkommen verankert wurden. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bezeichnet sie als universelles Recht.

Denn wo Menschen nicht frei über ihre tiefsten Überzeugungen entscheiden dürfen, sind auch andere Freiheiten gefährdet.

Pluralismus ist keine Bedrohung, sondern eine Chance

Die religiöse und weltanschauliche Vielfalt unserer Gesellschaften wird heute oft als Herausforderung wahrgenommen. Tatsächlich ist sie zunächst Ausdruck menschlicher Freiheit.

Eine freie und pluralistische Gesellschaft anerkennt, dass Menschen unterschiedliche Überzeugungen haben und dennoch gemeinsam Verantwortung für das Zusammenleben übernehmen können. Pluralismus bedeutet nicht Beliebigkeit. Er bedeutet auch nicht, dass alle Überzeugungen gleich sein müssen. Vielmehr schafft er den Raum, in dem Unterschiede friedlich ausgetragen werden können.

Gerade aus christlicher Sicht ist diese Offenheit von grossem Wert. Wer an die Freiheit des Menschen glaubt, muss auch akzeptieren, dass andere zu anderen Überzeugungen gelangen können. Religionsfreiheit und Pluralismus schaffen die Voraussetzungen für gegenseitigen Respekt, für Dialog und für friedliche Kooperation.

Für religiöse Gemeinschaften eröffnet eine pluralistische Gesellschaft zudem die Möglichkeit, ihren Glauben authentisch zu leben und davon Zeugnis abzulegen – nicht durch Privilegien oder gesellschaftlichen Druck, sondern durch die Überzeugungskraft ihrer Botschaft und durch konkretes Handeln. Wo Menschen ihren Glauben frei leben können, entstehen oft wichtige Beiträge für das Gemeinwohl: in der Bildung, im sozialen Engagement, in der Friedensförderung oder in der Unterstützung von Menschen in Not.

Religionsfreiheit bleibt weltweit unter Druck

Trotz ihrer fundamentalen Bedeutung ist Religionsfreiheit für Millionen von Menschen keine Selbstverständlichkeit. In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen diskriminiert, überwacht, benachteiligt oder verfolgt.

Die Bedrohungen sind vielfältig. Autoritäre Regime kontrollieren religiöse Gemeinschaften oder schränken deren Aktivitäten ein. Nationalistische Bewegungen erklären religiöse Minderheiten zu Fremdkörpern. Extremistische Gruppen missbrauchen Religion zur Rechtfertigung von Gewalt. Hinzu kommen gesellschaftliche Entwicklungen, in denen religiöse Stimmen zunehmend an den Rand gedrängt werden.

Dabei zeigt sich immer wieder ein bemerkenswerter Zusammenhang: Wo Religionsfreiheit eingeschränkt wird, geraten meist auch andere Grundrechte unter Druck. Die Verfolgung religiöser Minderheiten ist häufig ein Frühwarnsignal für tiefere gesellschaftliche und politische Probleme. Umgekehrt sind Gesellschaften, die Religionsfreiheit schützen, oft auch widerstandsfähiger, friedlicher und stabiler.

Religionsfreiheit ist deshalb nicht nur ein Anliegen von Kirchen oder religiösen Organisationen. Sie ist eine Frage der Menschenrechte, der Demokratie und letztlich auch der Sicherheitspolitik.

Eine persönliche Erfahrung aus Nigeria

Wie eng Religionsfreiheit, Frieden und gesellschaftliche Stabilität miteinander verbunden sind, wurde mir während einer Reise nach Nigeria im Frühjahr 2026 besonders eindrücklich vor Augen geführt.

Gemeinsam mit einer internationalen Delegation durfte ich Gespräche mit Regierungsvertretern, religiösen Autoritäten und Vertretern der Zivilgesellschaft führen. Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas und zugleich ein Land grosser Gegensätze. Es verfügt über enormes Potenzial, leidet aber in vielen Regionen unter Gewalt, Armut und Unsicherheit.

Besonders betroffen sind Teile des Nordens und des sogenannten Middle Belt. Dort erleben Menschen regelmässig Angriffe extremistischer Gruppen, Entführungen und religiös aufgeladene Konflikte. Hinter den Statistiken stehen Schicksale von Familien, die Angehörige verloren haben, von Kindern, die ihre Heimat verlassen mussten, und von Dorfgemeinschaften, die in ständiger Angst leben.

Gleichzeitig habe ich Menschen getroffen, die trotz dieser Erfahrungen nicht auf Hass, sondern auf Versöhnung setzen. Besonders beeindruckt hat mich die Begegnung mit muslimischen und christlichen Religionsführern, die sich gemeinsam gegen Gewalt im Namen Gottes engagieren. Aus diesen Gesprächen entstand die sogenannte Abuja-Erklärung, in der sie sich verpflichten, den interreligiösen Dialog zu stärken, lokale Friedensinitiativen zu fördern und religiös motivierter Gewalt gemeinsam entgegenzutreten.

Diese Begegnungen haben mich tief bewegt. Sie haben mir gezeigt, dass Religionsfreiheit weit mehr ist als ein juristisches Konzept. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung friedlich zusammenleben können. Wo Religionsfreiheit geschützt wird, entstehen Vertrauen und Perspektiven. Wo sie fehlt, wachsen Misstrauen, Polarisierung und Gewalt.

Verantwortung für die Freiheit des Anderen

Der Einsatz für Religionsfreiheit darf nie auf die Verteidigung der eigenen Glaubensgemeinschaft beschränkt bleiben. Wer Religionsfreiheit ernst nimmt, setzt sich auch für die Freiheit derjenigen ein, deren Überzeugungen er nicht teilt.

In einer Zeit zunehmender geopolitischer Spannungen, gesellschaftlicher Polarisierung und religiöser Instrumentalisierung bleibt dieses Engagement wichtiger denn je. Religionsfreiheit erinnert uns daran, dass die Würde des Menschen unteilbar ist. Sie fordert uns heraus, dem Anderen mit Respekt zu begegnen. Und sie verpflichtet uns, dort unsere Stimme zu erheben, wo Menschen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung unterdrückt, diskriminiert oder verfolgt werden.

Immer weniger Religionsfreiheit in der Welt. Immer mehr verfolgte Christen.



Prof. **Volker Kauder** ist Professor für Religionsfreiheit und politische Ethik an der Freien Theologischen Hochschule Gießen (FTH). Er hat sich in den Jahren als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion und auch danach wie kein anderer Politiker für die religiös Verfolgten und Benachteiligten eingesetzt. So ist es Volker Kauders Engagement u. a. zu verdanken, dass das Thema Christenverfolgung / Religionsfreiheit mehrfach im Bundestag behandelt wurde und dass führende deutsche Medien sich des Themas Religionsfreiheit angenommen haben. In den Koalitionsverhandlungen im Jahr 2017/2018 setzte sich Kauder dafür ein, dass die Bundesregierung erstmals einen eigenen Bundesbeauftragten für die weltweite Religionsfreiheit berief. Kauder zählt national wie international zu den profiliertesten Fachleuten zu den Themen Religionsfreiheit und Christenverfolgung. Nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik berief ihn im September 2022 die Freie Theologische Hochschule Gießen zum Professor für Religionsfreiheit und politische Ethik. (Bild: © FTH Gießen)

Obwohl die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen die Religionsfreiheit garantiert, wird diese in immer mehr Ländern nicht eingehalten. Open Doors schätzt, dass weltweit etwa 400 Millionen Christen ihren Glauben nicht frei ausüben können. In China werden Christen bedrängt, überwacht und die Glaubensausübung erschwert. Auch in Indien, der größten Demokratie der Welt, ist die Situation für Christen schwierig. In einigen Bundesstaaten werden sie verfolgt, und es kommt zu körperlichen Übergriffen bis hin zu Todesfällen. Besonders problematisch sind die sogenannten Antikonversionsgesetze, die in vielen Bundesstaaten gelten und Christen verunsichern. Bei einem Besuch in Indien vor gut einem Jahr konnte ich feststellen, wie sehr diese Gesetzgebung die Religionsfreiheit einschränkt. Ist ein öffentlich wahrnehmbarer Gottesdienst schon ein Konversionsversuch? Ist ein Gespräch über den christlichen Glauben mit Hindus schon ein Problem? Und das in Indien, wo die Verfassung die Religionsfreiheit garantiert.

Wir dürfen uns aber nicht nur darin erschöpfen, über die Situation der Religionsfreiheit zu berichten, sondern wir müssen uns zunehmend damit beschäftigen, was zur Verbesserung der Lage beitragen kann. Hilfswerke und natürlich auch die Politik müssen prüfen, was ihre Aktivitäten auszurichten vermögen.

In der Freien Theologischen Hochschule (FTH) Gießen wird am Lehrstuhl für Religionsfreiheit jetzt gerade ein Projekt gestartet, das die Wirksamkeit von Aktivitäten in Verfolgungsländern prüft. Es soll dazu dienen, verfolgten Christen besser als bisher helfen zu können. Ein Beispiel aus Indien zeigt, dass die Kontaktaufnahme zu Regional- und Kommunalpolitikern ein wirksames Mittel sein kann. Es gibt bereits einige wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Thema, die an der FTH natürlich ausgewertet werden. Ich hoffe sehr, dass dieses Projekt uns in der Förderung der Religionsfreiheit weiterbringen kann.

Natürlich bleibt die Lagebeschreibung über die Situation vor Ort weiterhin eine wichtige Voraussetzung für Hilfsmaßnahmen. Dabei ist es notwendig, sehr differenziert hinzuschauen. Dies lässt sich am Beispiel von Ägypten sehr gut darstellen. Bei einem Besuch in Ägypten im vergangenen Jahr konnte eine deutliche Verbesserung für die Christen im Großraum Kairo festgestellt werden. Ganz anders sieht es aber in ländlichen Regionen von Oberägypten aus, was ich in einem Gespräch mit dem ägyptischen Außenminister auch angesprochen habe. Wir haben vereinbart, uns bei einem weiteren Besuch im nächsten Jahr die Situation genau anzuschauen. Und das ist auch dringend notwendig. Erst vor kurzem wurde darüber berichtet, dass in einem oberägyptischen Dorf eine junge Christin entführt und zwangsislamisiert wurde. Das von den Eltern verlangte Eingreifen der örtlichen Polizei wurde abgelehnt und die Eltern wurden selbst bedroht. Sowohl Polizei als auch Justiz sind gerade in ländlichen Regionen nicht bereit, Christen zu helfen. Bei aller in den letzten Jahren erfolgten Verbesserung für die Christen in Ägypten ist dies ein unhaltbarer Zustand und der ägyptische Staat muss da Abhilfe schaffen, auch wenn die Gesetze und die darauf basierende Rechtsprechung dies nicht gerade leicht machen werden.

Auch wenn wir in Europa und in Deutschland nicht von Verfolgung von Christen sprechen können, hat die Zahl von Anschlägen auf christliche Einrichtungen im letzten Jahr zugenommen. Das trägt zur Verunsicherung bei. Ein Beispiel ist ein Kaffee in Leipzig, der über mehrere Jahre immer wieder attackiert wurde, wo aber die Kommunalpolitik und auch die Justiz keine Veranlassung sahen, dies als einen Verstoß gegen die Religionsfreiheit zu sehen. Vandalismus und andere Gründe wurden als Erklärungen abgegeben, dabei war doch offensichtlich, dass es sich um einen Angriff auf eine christliche Einrichtung handelte. Es ist vor allem der Berichterstattung von IDEA zu verdanken, dass sich nun doch etwas geändert hat. Der Oberbürgermeister von Leipzig hat inzwischen anerkannt, dass es sich hier um einen Verstoß gegen die Religionsfreiheit handelt.

Dieses Beispiel verdeutlicht die Notwendigkeit von Wachsamkeit in unserem Land. Mit einer Wirkungsanalyse ließe sich zeigen, dass die beharrliche Berichterstattung positive Ergebnisse erzielt hat. Daher sind wir aufgefordert,

offen über Angriffe auf christliche Einrichtungen zu sprechen, wo immer sie stattfinden. Es ist bedauerlich, dass Antisemitismus und die Bedrängung von Juden in unserem Land ein alarmierendes Ausmaß erreicht haben. Eine erfolgreiche Wirkungsanalyse erfordert die Feststellung der Tatsachen ohne Vertuschung oder Beschönigung. Wir dürfen uns nicht von islamistischen Gruppen einschüchtern lassen, wenn wir ihre Rolle beim Antisemitismus in unserem Land ansprechen. Gleichzeitig müssen wir die Religionsfreiheit der Muslime in unserem Land verteidigen. Nur wenn wir uns in unserem Land für Religionsfreiheit einsetzen, haben wir die Glaubwürdigkeit, uns weltweit für verfolgte Christen einzusetzen. Es darf kein zweierlei Maß geben.

Der Einsatz für verfolgte Christen und für Religionsfreiheit ist nach wie vor dringend nötig. Deshalb bin ich allen dankbar, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben.

HISTORISCHES

Wenn Kirchen verschwinden, geht das historische Erbe für immer verloren[1]



Dr. **Kamal Sido** wurde in der syrisch-kurdischen Region Afrin geboren und ist Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). (Bild: © GfbV)

Kirchen und Klöster zeugen noch heute von der christlichen Geschichte des Orients. Zwar sind viele Christen vertrieben worden oder ausgewandert, doch diese Spuren sind geblieben. Als Muslime, die heute in fast allen Ländern die Mehrheitsgesellschaft darstellen, sollten wir diese Zeugnisse der Vergangenheit schützen. Es ist unsere Aufgabe und Berufung. Wir werden es jedoch nicht allein schaffen, wenn wir weltweit keine Solidarität und keinen Beistand liberaler Kräfte gegen die Islamisten erhalten.

Die Geschichte der Christen im Nahen Osten datiert bis auf das 1. Jahrhundert nach Christus zurück. Sie blicken auf eine reiche kulturelle Geschichte zurück und sind ethnisch sowie konfessionell sehr vielfältig. Die ersten christlichen Glaubensgemeinschaften siedelten sich zwischen dem Euphrat und dem Tigris in Mesopotamien, dem heutigen Irak, Syrien und Jordanien an. Schätzungen zufolge sind heute etwa 5 % der Menschen im Nahen Osten Christen. Im Vergleich zum Anfang des 20. Jahrhunderts, wo etwa 13–20 % der Bevölkerung Christen waren, hat die Zahl stark abgenommen.[2] Die christlichen Glaubensgemeinschaften sind immer wieder Ziel von Verfolgung, Diskriminierung, Vertreibung, Gewalt und Mord. Einen dramatischen Höhepunkt erlangte die Gewalt und der daraus resultierende Exodus der Christen nach dem arabischen Frühling 2011 und dem de-facto Zerfall der Staaten Syrien und Irak (nach

[1] Dieser Beitrag wurde erstmalig in der Zeitschrift „Kunst und Kirche – Kirchen in islamischen Ländern“ (1–2026) veröffentlicht. (Überarbeiteter) Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

[2] Mitri Raheb & Mark A. Lamport (Hg.), *The Rowman & Littlefield Handbook of Christianity in the Middle East*, Lanham / Boulder / New York / London: Rowman & Littlefield, 2021 (1. Auflage).

dem Einmarsch der USA 2003), sowie der drastischen Zunahme islamistischer Gewalt. Das christliche Leben droht für immer aus dem Nahen Osten zu verschwinden.[3]

Syrien

Mit etwa einer Million Angehörigen machten die Rum-Orthodoxen, die größte christliche Gemeinschaft in Syrien, vor dem Syrischen Bürgerkrieg 2011 etwa zwei Drittel der syrischen Christen aus.[4] Die Mitglieder der syrisch-orthodoxen Kirche sind größtenteils Assyrer/Aramäer/Chaldäer, eine ethnische Minderheit, die vor allem im Nordosten von Syrien (und zudem in der Südosttürkei, im Nordirak und im Iran) lebt und Aramäisch, die Sprache Jesu, spricht.[5] Sie sind die Bewohner des ehemaligen Westmesopotamiens. Viele Assyrer/Aramäer sind zudem Anhänger der Assyrischen Apostolischen Kirche des Ostens. Neben den bereits genannten christlichen Gemeinschaften zählen zu den Christen im Land noch die Armenier, die Maroniten und eine sehr kleine Minderheit an Protestanten. Heutzutage leben die meisten von ihnen in und um Damaskus, Aleppo, Homs, Hama und Latakia. Ein nicht unbeachtlicher Teil ist zudem in den Nordosten, das Al-Hasakah Gouvernement, geflohen.



Bild 1: Umayyaden-Moschee in Damaskus – Wenn Kirchen zu Moscheen gemacht werden. (© Kamal Sido)

[3] Aus Kamals Berichten.
[4] Aus Kamals Berichten.
[5] Aus Kamals Berichten.

Seit der Bronzezeit nutzten Anwohner die heutige Umayyaden-Moschee als eine Glaubensstätte. Somit ist sie eine der ältesten Moscheen von Damaskus. Zunächst diente der Ort als hellenischer, später als römischer Tempel und wurde danach lange Zeit als christliche Kirche genutzt. Als die von Khalid ibn al-Walid angeführten muslimisch-arabischen Truppen im Jahr 634 Damaskus einnahmen und die Stadt unter die Macht der Umayyaden-Dynastie kam, diente die Kirche zunächst sowohl als Glaubensstätte für Christen und Muslime, doch über die Jahre baute das Kalifat die Basilika in eine Moschee um, wobei sie bis auf die Grundsubstanz wenig von dem ursprünglichen Gebäude übrigließen.[6]



Bild 2: Hanania-Kirche, Damaskus. (© Kamal Sido)

Damaskus ist bis heute ein Zentrum christlichen Lebens und besitzt viele der ältesten christlichen Gebetshäuser der Welt. Dazu zählt ebenfalls die Hanania-Kirche in Damaskus. Sie ist eine kleine unterirdische Kapelle, die in dem alten Viertel Bab Sharqi gelegen ist. Im Jahr 1921 wurden bei Ausgrabungen Überreste einer byzantinischen Kirche aus dem 5. bis 6. Jahrhundert n. Chr. gefunden, die darauf hinweisen, dass die Kapelle einen sehr frühen christlichen Ursprung hatte. Sie ist eine der ältesten christlichen Kirchen der Welt, in der heutzutage noch Gottesdienste gefeiert werden.[7]

---

[6] *Britannica*, „Great Mosque of Damascus“, zuletzt überarbeitet von Barbara A. Schreiber (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

[7] Syrian Heritage Archive Project, „Die Hanania-Kirche – Das Haus Hanania und der Beginn des Christentums in Syrien“, von Jihad Sulaiman (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025); 1 Syria Photo Guide, “Damascus Church Saint Hananiya / دمشق كنيسة القديس حنانيا” (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

Trotz der großen Migrationsbewegungen der Christen ist die Stadt bis heute von christlichem Leben geprägt. Unter der Al-Assad-Regierung war die Situation der Christen ruhig. Der verfassungsgemäß panarabistische Staat tolerierte die christlichen Minderheiten weitgehend, und die Christen erfuhren keine gezielte Verfolgung. Trotzdem gab es Einschränkungen. Zum Beispiel schrieb die Verfassung vor, dass ausschließlich Muslime das Amt des Präsidenten innehaben durften.

Wie sich die Situation für die Christen nach dem Sturz der Baath-Partei durch die islamistische Gruppe Haiʾat Tahrir al-Scham (HTA) entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Auf internationaler Ebene befürwortete der neue Regierungschef eine ethnisch und religiös pluralistische Gesellschaft. Dennoch dauert die alltägliche Gewalt gegen religiöse Minderheiten an. In Damaskus fürchten sich Christen weiterhin vor islamistischen Angriffen. Zuletzt gab es am 22. Juli 2025 einen Anschlag auf die Mar-Elias-Kirche der Rum-Orthodoxen in Damaskus. Ein Selbstmordattentäter tötete mindestens 30 Zivilisten und verletzte 53 Menschen.[8]



Bild 3: Eine christliche Kirche in Al-Hasakeh 2016. Einige Straßen weiter hat der IS geherrscht. (© Kamal Sido)

[8] BBC News, "'We're not safe here anymore' – Syria's Christians fear for their future after devastating church attack", 30. Juni 2025 (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

Als im Jahr 2011 der Bürgerkrieg in Syrien ausbrach, konzentrierte sich der damalige Diktator Baschar Al-Assad auf die Bekämpfung islamistischer Terrormilizen. Im Zuge dessen zog er die syrischen Truppen aus dem kurdisch dominierten Nordosten Syriens ab. In der Region entstand 2013 die Selbstverwaltung AANES (Autonomous Administration of North and East Syria), auch bekannt als Rovaja (kurdisch für Westen [in Bezug auf das kurdische Siedlungsgebiet]). AANES führte Quoten für die zahlreichen Minderheiten entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil ein, setzte sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein und gründete Kulturzentren, eine eigene Miliz und Polizei. Für viele Minderheiten, darunter die Christen, wurde diese Region zu einem Zufluchtsort.[9]



Bild 4: Vom IS bzw. bei Kämpfen zerstört – die Ruine der assyrischen Marienkirche von Tell Nasri bei Tell Tame, Frühjahr 2019. (© Kamal Sido)

Im Zuge des Völkermords von 1915 waren viele Assyrer/Aramäer/Chaldäer nach Tal Tamer, eine Stadt in Nordsyrien in Al-Hasakeh geflohen. Ab 2015 wurde das Gebiet wiederholt vom IS, aber auch von anderen islamistischen Milizen, die von der Türkei unterstützt werden, angegriffen. Auch die Türkei griff das Gebiet regelmäßig an, vor allem mit Drohnen.

[9] Anmerkung der Redaktion: Am 25. August 2026 endete diese Selbstverwaltung nach einer Vereinbarung zwischen dem syrischen Staat und der kurdischen Seite.

Im Nordwesten Syriens konnten Christen ihren Glauben frei praktizieren. Dafür errichteten sie sogenannte Baracken-Kirchen. In der nordwestlich gelegenen Stadt Afrin gab es vor 2011 gar keine Christen, doch stieg die Anzahl mit dem Bürgerkrieg an. Die kurdische Selbstverwaltung in Afrin verfolgte eine tolerante Politik in Fragen der Religionsfreiheit, so dass Muslime zum Christentum konvertieren konnten, ohne getötet, verfolgt oder verstoßen zu werden. Viele Menschen nutzten diese besondere Gelegenheit. Vor der türkischen Operation „Olivenzweig“ im Jahr 2018 stieg die Zahl der Konvertierten in Afrin von 1500 auf 3000.[10] Seit der Besatzung der Türkei fürchten die Christen jedoch auch hier um ihre Existenz.



Bild 5: Baracken-Kirche von Christen aus Afrin im Norden von Aleppo 2023. (© Kamal Sido)

Türkei

Orte wie Ephesos, Smyrna und Antiochien, heute in der Türkei gelegen, waren zentrale Orte der Urkirchen und der ökumenischen Konzilien der Antike. Die Mehrheit der Christen in der Türkei ist heutzutage armenisch-apostolisch oder

[10] Thomas Schirrmacher, Martin Lessenthin und Martin Warnecke (Hg.), Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2024, Bonn 2024, S. 59 (Kamal Sido: „Das Schicksal der christlichen Gemeinschaft in Afrin“) (zuletzt aufgerufen am 6.10.2025).

syrisch-orthodox. Die meisten von ihnen leben in Istanbul.[11] Die Türkei ist offiziell einer der wenigen mehrheitlich muslimischen Staaten, in denen altansässige Christen keine große, gezielte Verfolgung oder starke Einschränkungen durch den Staat befürchten müssen. Dennoch teilen viele Christen im Land ein fürchterliches Schicksal. Von 1914 bis 1916 führten die Türken-Osmanen einen Völkermord an den Armeniern, Aramäern/Assyrern und Pontosgriechen durch, der fast zum vollständigen Zusammenbruch dieser Gemeinschaften führte. Machten die Christen schätzungsweise vor dem Ersten Weltkrieg noch bis zu 20 % der Bevölkerung aus, sind es heute nur noch 0,2 % der Bevölkerung.[12]



Bild 6: Die armenische St. Giragos-Kathedrale in Diyarbakır, Juli 2011. Seinerzeit wurde das Gotteshaus restauriert. (© Kamal Sido)

Ein Symbol für den Genozid ist die Giragos-Kathedrale in Diyarbakır. Sie wurde 1371 erbaut und ist die größte armenisch-apostolische Kirche im Nahen Osten. Im Zuge des Völkermords an den Armeniern, Aramäern/Assyrern und Pontos-

[11] U.S. Department of State, 2021 Report on International Religious Freedom: *Turkey* (2021), (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

[12] Open Doors International, Turkey: Full Country Dossier, World Watch Research, Januar 2023.

Griechen wurde die Kirche 1915 geschlossen und teilweise zerstört. Nach jahrzehntelanger Verwendung als Lager renovierte die von Kurden angeführte Stadtverwaltung im Jahr 2011 die Kathedrale und öffnete sie für die Bevölkerung. Doch geriet das Gebäude bereits fünf Jahre später, im Februar 2016, zwischen die Fronten von kurdischen Rebellen und der türkischen Armee und wurde erneut zerstört.[13] Seit 2022 ist St. Giragos wieder vollständig restauriert und zugänglich. Inzwischen leben in Diyarbakir fast keine Armenier mehr.

Das Verhältnis der türkischen Regierung zu den verbliebenen Christen ist ambivalent. Zwar garantiert die Verfassung Religionsfreiheit, doch kommt es immer wieder zu Diskriminierung, auch von staatlicher Seite. Die Hagia Sophia / Aya Sophia ist dafür beispielhaft. Sie befindet sich im Stadtviertel Eminönü in Istanbul. Sie wurde von 532 bis 537 n. Chr. von Kaiser Justinian I. errichtet und war ein Ausdruck kaiserlicher Macht. Heutzutage gilt sie als eines der bedeutendsten Bauwerke der frühbyzantinischen Architektur. Als die Osmanen 1453 Konstantinopel einnahmen, wandelten sie die christliche Kirche in eine Moschee um. Unter Atatürk wurde die Gebetsstätte 1934 zu einem Museum.[14] Im Jahr 2020, 567 Jahre nach der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen, wurde das Gebäude wieder als Moschee eröffnet. Dieser nationalistisch-islamistische Schachzug von Erdoğan sollte die Überlegenheit des Islam gegenüber dem Christentum symbolisieren. Die Aktion stieß auf starke Kritik von verschiedenen christlichen Glaubensoberhäuptern, weltweit.[15]

Auch die assyro-aramäische Minderheit der Türkei ist mit Diskriminierung konfrontiert. Das 397 n. Chr. gegründete Kloster Mor Gabriel in Tur Abdin ist das zweitälteste erhaltene syrisch-orthodoxe Kloster der Welt. Die Region war lange Zeit ein Zentrum assyrisch/aramäischer Kultur und Tradition. In Mor Gabriel bewahren bis heute ein Bischof, zwei Mönche und fünfzehn Nonnen die syrisch-aramäische Sprache und Kultur und unterrichten etwa vierzig Schüler.[16]

Der Vertrag von Lausanne verpflichtet den türkischen Staat, allen türkischen Staatsbürgern nicht-muslimischer Minderheiten die gleichen Rechte wie den Muslimen zuzusprechen (Artikel 39, 1). Der Vertrag von Lausanne (Schweiz) wurde am 24. Juli 1923 zwischen der Türkei sowie Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien und dem Königreich der

[13] Kathpress, „Historische armenische Kirche in Diyarbakir zerstört“ (Archivversion vom 15. Februar 2016) (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025); Susanne Güsten, *Türkei — Hoffnung für zerstörte Kirchen*, Deutschlandfunk, 3. Mai 2019 (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

[14] SRF, „Einst Kirche und Museum – Hagia Sophia kann wieder als Moschee genutzt werden“, 10. Juli 2020 (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

[15] DW, „Die Hagia Sophia ist wieder eine Moschee“, 24. Juli 2020 (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

[16] Syriac Orthodox Resources, „Dayro d-Mor Gabriel, Midyat, SE Turkey“, zuletzt aktualisiert 4. November 2000, (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

Serben, Kroaten und Slowenen geschlossen. Zwar regelte er die bis heute gültigen Grenzen der Türkei zu ihren europäischen Nachbarn, er hatte jedoch auch gravierende Folgen für die Situation von Minderheiten auf türkischem Staatsgebiet. Nur bedingt erhielten einige Minderheiten einige Rechte. Andere Minderheiten wurden von der Türkei gar nicht anerkannt. Die römisch-katholischen, chaldäischen, syrisch-katholischen und syrisch-orthodoxen Kirchen werden nicht nach dem Lausanner Vertrag gleichbehandelt. Dementsprechend verfügen sie nicht über eine Rechtspersönlichkeit und können deshalb keine religiösen Stiftungen und Schulen unterhalten. Dies führt immer wieder zu Rechtsstreitigkeiten, wie zum Beispiel bei dem Vorwurf der Regierung gegen ein Kloster, unrechtmäßig Land angeeignet zu haben.[17] Kritiker beschuldigten die Regierung, dass es bei dieser Klage nie um die Ländereien ging, sondern um die Erniedrigung der Assyrer/Aramäer, um dadurch Stimmen für Erdoğans Wahlkampf zu gewinnen.



Bild 7: Einsatz für das kulturelle Erbe der syrisch-orthodoxen Christen in der Türkei, 2011: Autor Kamal Sido fordert Schutz für das Kloster Mor Gabriel. (© Kamal Sido)

Ägypten

Die größte christliche Gemeinschaft in Ägypten ist die koptisch-orthodoxe Kirche von Alexandria. Die Kopten machen 90 % der Christen im Land aus, die

[17] Deutscher Bundestag, *Das Kloster Mor Gabriel* (Nr. 16/09, 4. März 2009), S. 1–2, (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025). Die „Himmlische Kathedrale“ in Sharm El-Sheikh ist die größte koptische Kirche der Stadt.

5 bis 10 % der Bevölkerung bilden, und sind mit schätzungsweise 10 Millionen Mitgliedern die größte christliche Glaubensgemeinschaft im Nahen Osten. Daneben existieren kleinere Gemeinschaften, wie die koptisch-katholische Kirche, armenische Christen, griechisch-orthodoxe Gemeinschaften, sowie eine kleine Zahl von Protestanten. Die Kopten sind ein ethno-religiöses Volk, das sich als autochthone Ägypter versteht, also als Ureinwohner Ägyptens. Tatsächlich bedeutet das Wort „koptisch“ so viel wie „ägyptisch“ im Griechischen. Heutzutage wird neben Koptisch (und kleinen Anteilen Griechisch) in der Liturgie und Messe auch Arabisch gesprochen. Die deutliche Mehrheit der ägyptischen Christen ist in Unterägypten beheimatet, vor allem in Kairo und Alexandria.



Bild 8: Die Himmlische Kathedrale der koptischen Christen in Sharm El-Sheikh, Ägypten, 2011. (© Kamal Sido)

Unter Präsident Nasser wurden Christen zwar offiziell als Bürger anerkannt, ihr gesellschaftlicher Einfluss nahm jedoch kontinuierlich ab. Unter Präsident Mubarak war die Lage offiziell einigermaßen sicher, doch es kam wiederholt zu sektiererischer Gewalt und gezielter Diskriminierung, wie zum Beispiel beim Bau und bei der Renovierung von Kirchen.

Die Situation verschlechterte sich drastisch nach dem Arabischen Frühling 2011. Der Sturz Mubaraks und die anschließende Machtübernahme der Muslimbrüder führte zu einer Welle von Angriffen auf koptische Kirchen und Dörfer. Bei dem „Maspero-Massaker“ 2011 wurden mehr als 27 koptische Demonstranten durch Militärkräfte getötet und mehrere hundert schwer verletzt. Einen besonders tragischen Höhepunkt erreichte die Gewalt im August 2013, als die Muslimbruderschaft die Kopten für die Absetzung von Präsident Mursi verantwortlich machte, woraufhin sie 38 Kirchen niederbrannten, 23 Kirchen schwer beschädigten und Privathäuser zerstörten. Hunderttausende Kopten verließen in dieser Zeit das Land.[18]

Momentan haben die Kopten einen gewissen staatlichen Schutz, dennoch kommt es immer wieder zu Angriffen durch islamistische Gruppen, vor allem im Nildelta und auf der Sinai-Halbinsel.

Irak

Die größte christliche Gemeinschaft im Irak ist heute die chaldäisch-katholische Kirche. Neben ihr gehören auch die Assyrische Kirche des Ostens, die Alte Kirche des Ostens, die Syrisch-Orthodoxe Kirche, die Syrisch-Katholische Kirche sowie kleinere Gemeinschaften wie Armenier, Melchiten und Protestanten zu den christlichen Gruppen des Landes. Die meisten Christen im Irak sind ethnische Assyrier/Aramäer. Traditionell lebten Christen im Irak in und um Bagdad, Mossul, Basra und Kirkuk sowie in Dörfern der Ninive-Ebene. Besonders die Region um Mossul und die Städte Qaraqosh (Bakhdida), Alqosh und Karamlesh waren jahrhundertelang kulturelle und religiöse Zentren der irakischen Christen.

Unter Saddam Hussein lebten Christen offiziell als gleichgestellte Staatsbürger und nahmen teilweise hohe Positionen ein. Dennoch waren Christen auch in dieser Zeit politisch eingeschränkt und erlebten, ähnlich wie andere Minderheiten, Repressionen. Mit dem Sturz Saddam Husseins 2003 verschlechterte sich die Lage der Christen dramatisch und fand einen Höhepunkt mit der Machtübernahme des Islamischen Staates (ISIS) 2014 in Mossul und der Ninive-Ebene. Der Zerfall des Staates und das Erstarken islamistischer Milizen führten zu gezielten Angriffen auf Kirchen, Klöster und christliche Wohnviertel. Viele fanden Zuflucht in der kurdischen Autonomieregion Kurdistan, hunderttausende verließen den Irak endgültig. Heute ist die Zahl

[18] Amnesty International Deutschland, „Ägypten: Christen werden zu Sündenböcken nach Auflösung der pro-Mursi-Sitzstreiks“, 9. Oktober 2013, (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).; Amnesty International Deutschland, „Ägypten: Regierung muss koptische Christen vor Gewalt schützen“, 20. August 2013 (zuletzt abgerufen am 6. Oktober 2025).

der Christen im Irak auf geschätzte 150.000 bis 250.000 gesunken, von einst 1,5 bis 2 Millionen vor 2003. Viele Jahre lang befürchtete man, dass bis 2020 im Irak gar keine Christen mehr leben würden. Unter der aktuellen irakischen Regierung wurde Christen mehrfach Schutz zugesichert. Dennoch kommt es weiterhin zu sektiererischer Gewalt.

Perspektive

Mit jeder zerstörten Kirche, jedem verlassenen Kloster und jeder vertriebenen Gemeinde verschwindet ein Teil der jahrtausendalten Geschichte des Christentums im Nahen Osten. Ihr Verlust bedeutet den Untergang einer Glaubensgemeinschaft. Der Schutz dieser Stätten ist daher eine universelle politische und kulturelle Verantwortung.

Bonner Rektor Paul Langen (1893–1945) – ein Gegner des Nationalsozialismus



Prälat Prof. Dr. **Helmut Moll** studierte katholische Theologie und Geschichte an den Universitäten Bonn, Tübingen, Rom, Regensburg und Münster. Im Jahre 1973 wurde er an der Universität Regensburg bei Prof. Joseph Ratzinger promoviert. Von 1984 bis 1995 war er im Dienst an der Römischen Kurie. Seit 1996 ist er Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für das Martyrologium des 20. Jahrhunderts. (Bild: © privat)

Im Verlauf des Jahres 1887 beriet die Bürgerschaft von Nippes über ihre Eingemeindung in die Großstadt Köln. Nach langem Hin und Her erfuhr die Stadt Köln eine Vergrößerung zum 1. April 1888: Nippes, ein dicht besiedelter und begehrter Industriestandort, trennte sich von Longerich und wurde eingemeindet. Die erste Nippeser Schule, eine Folge der starken Bevölkerungsentwicklung im Zuge der wachsenden Industrialisierung, wurde im Jahre 1838 eröffnet. In der Folge kamen weitere Schulen hinzu: im Jahre 1883 an der Hartwichstraße, 1893 an der Augustastraße und 1904 an der Ossendorfer Straße. Das Vereinswesen war blühend: der deutsche Volksbildungsverein (Köln-Nord) entstand 1874, die St. Sebastianus Schützenbruderschaft im Jahre 1876, die Sportvereine Turn- und Fechtgemeinde im Jahre 1878, die Nippeser Bürgerwehr im Jahre 1903. Die erste katholische Kirche St. Heinrich und Kunigunde wurde 1852 eingeweiht. Weitere Kirchen entstanden in der Phase des Baubooms in Nippes, also zwischen 1880 und 1914. St. Marien wurde 1882, St. Joseph wurde 1907, St. Bonifatius wurde 1914 fertiggestellt.[1]

Rheinische Heimat

In Köln-Nippes erblickte Paul Langen am 12. Januar 1893 das Licht der Welt. Seine Eltern waren der katholische Eisendreher Johann Langen (1846 Rodenkirchen – 1923 Köln-Nippes) und seine katholische Ehefrau Christine Elisabeth, geb. Linden (1850 Rodenkirchen – 1927 Köln-Nippes), die seit dem 7. Februar 1873 verheiratet waren. Sie wohnten in der Wilhelmstraße 24. Das

[1] Weiterführend Franz Irsfeld, Nippes – eine Geschichte mit Zukunft, in: ders. (Hrsg.), Nippes gestern und heute. Eine Geschichte des Stadtbezirks und seiner Stadtteile Nippes, Bilderstöckchen, Mauenheim, Weidenpesch, Longerich, Niehl, Riehl (Köln 1983) 9–44; Peter Heimerzheim, Nippes (fast) 2000 Jahre. Biographie eines einzigartigen Kölner Stadtteils (Köln, 2. Durchgesehene Auflage 2024).

Sakrament der Taufe empfing Paul in der Pfarrkirche St. Marien am 14. Januar 1893, seine Paten waren Johannes Betz und Emma Schleicher.[2] Er war der jüngste von fünf Kindern, der als einziger das Gymnasium besuchen durfte. Der Pfarrei St. Marien galten in jenen Jahren über 23.000 Katholiken zugehörig bei 4.800 Nichtkatholiken, geleitet von Pfarrer Friedrich Krüth (*1838) mit seinen vier Kaplänen Peter Schmitz (*1859), Arnold Rohé (*1871), Johann Peter Goerges (*1874) und Joseph Loogen (*1875).[3]

Nach dem Besuch der Volksschule wechselte Paul auf das Realgymnasium Köln-Nippes, das heutige Leonardo-da-Vinci-Gymnasium, das kraft des Beschlusses am 29. April 1903 von der Kölner Stadtverordnetenversammlung gegründet worden war. Im Jahre 1903 begann die Schule mit der Erteilung des Unterrichts, als 117 Schüler in drei Klassen die dem Gymnasium zur Verfügung gestellten Räume der Volksschule Steinbergerstraße besuchten. Die schnell wachsende Schule, die ihre Schüler teilweise in einer Schulbaracke unterbringen musste, erhielt bald ihr endgültiges Domizil im von dem Architekten Friedrich Bolte gebauten Gebäude am Leipziger Platz. Am 28. April 1908 konnte sie durch den von 1907 bis 1917 regierenden Oberbürgermeister Max Wallraf (1859–1941) der Schulgemeinde übergeben werden. Zwei Jahre später erfolgte die staatliche Anerkennung der Schule, die in die Phase der Reformbewegung der rheinischen Schulen und ihrer Expansion fiel.

Paul konnte das Realgymnasium nur besuchen, „weil seine Eltern sich das Schulgeld vom Munde absparten und er selbst früh durch Nachhilfeunterricht dazu beitrug“[4]. Ab dem achten Schuljahr verdiente sich Paul Schul- und Taschengeld durch Nachhilfeunterricht bei reichen Mitschülern. Paul war nach Ansicht seiner Lehrer ein „guter, aber auch schwieriger“[5] Schüler. Seine Tochter Hiltigund Langen (1924–1997) berichtete im Jahre 1987 wie folgt: „Für seine Klasse holte er bei Wettkämpfen regelmäßig die üblichen Siegerkränze aus künstlichem Eichenlaub. 1914 war er westdeutscher Hochschulmeister im Zehnkampf. Sein Trainingsdiskus und seine Kugeln existieren noch heute. Für 5 Reichsmark sprang er von der Rheinbrücke in Köln – er mußte in der Badehose bis Nippes laufen, durch die ganze Stadt, so galt die Wette. Als er zu Hause

[2] Taufbuch der Pfarre St. Marien in Köln-Nippes, Anno Domini 1893, Nr. 20; das Archiv für Stadtteilgeschichte Köln Nippes verfügt über keine Unterlagen zu Paul Langen (Schreiben vom 7.2.2024 an den Verf.).

[3] Handbuch der Erzdiözese Köln, 18. Ausgabe 1901 (Köln 1901) 179.

[4] Susanne Rohde, Hildegard Hohmann, Ruth Schlette, Wider das Vergessen – Erinnerungsorte in Beuel. Hrsg. Beueler Initiative gegen Fremdenhass, 3., ergänzte und überarbeitete Auflage 2012, 29–31.

[5] So Hiltigund Langen, in: Wer war Paul Langen?, in: Holzlarer Bote 1 (September 1987) Nr. 2,2.; vgl. Lukas Ahlborn, Verehrter, verkannter und fast vergessener Held? Der Bonner Hauptlehrer Paul Langen, in: Körber-Stiftung (Hrsg.), Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, November 2009, 3.

ankam, stand sein Vater, Körpergröße 1,95 m, zum Empfang bereit mit einer Tracht Prügel.“[6]

Ferner hielt Hiltigund Langen folgende Episode fest: „Sein langjähriger Klassenlehrer erzählte, daß der Unterprimaner Paul Langen die beleidigende Behandlung durch einen Lehrer quittiert habe mit dem Aufschrei: ‚Ich lasse mich nicht knechten!‘, zum Katheder gestürzt sei, den Lehrer am Schlips gepackt und hochgehoben habe: ein entsetzliches Vergnügen nur für die Mitschüler. Die Relegierung von der Schule habe er, der Klassenlehrer, nur mit Mühe verhindern können.“[7]

Am 6. Februar 1913 bestand Paul die Prüfungen zur Hochschulreife. Er gehörte zur Oberprima a, die aus 16 Schülern bestand.[8] Der aktuelle Schulleiter des Leonardo-da-Vinci-Gymnasiums, Dr. Oliver Baum, teilte mir am 19. September 2025 mit, „dass wir in unserem Archiv Paul Langen lediglich auf einer alten Schülerliste finden konnten. Weitere Unterlagen liegen leider nicht vor.“

Wissenschaftliches Studium

Nach dem Abitur besuchte Paul Langen bis zum 1. August 1914 die Handelsschule in Köln. Vom 1. August 1914 bis zum 27. Dezember 1918 folgte sein Dienst als Gardepionier im Ersten Weltkrieg, bis er wegen Typhus und Malaria als Unteroffizier kriegsbeschädigt entlassen wurde.[9] Im Jahr 1919 begann er das Studium der Philosophie und Geschichte an den Universitäten Frankfurt am Main und Bonn.[10] Das Archiv der Universität Frankfurt konnte allerdings keinen Beweis für sein Studium in Frankfurt beibringen. Dagegen ist sein Studium der Fächer „neue Philologie u. Staatswissenschaft Philosophie“ an der Bonner Universität ab dem Sommersemester 1920 bis zum Wintersemester 1920/21 belegt.[11]

Zur gleichen Zeit nahm er an einem Lehrerseminar im oberbergischen Wipperfürth teil und bestand am 29. März 1919 die erste Lehrerprüfung. Für ein Jahr übernahm er im Anschluss daran eine Vertretung an der Höheren Knabenschule in Königswinter. Sein Studium musste er abbrechen, als er

6 Hiltigund Langen (vgl. Anm. 5) 2.

7 Hiltigund Langen (vgl. Anm. 5) 2.

8 Vgl. für das Folgende den Wikipedia-Eintrag „Paul Langen“ (Zugriff 24. 5. 2024); vgl. Städtisches Neusprachliches Gymnasium Köln-Nippes 1903-1953, hrsg. vom Lehrerkollegium der Schule (Köln o.J. [1953]) 153; Festschrift zur 75-Jahrfeier des Gymnasiums Köln-Nippes 1903–1978, hrsg. vom Lehrerkollegium des Gymnasiums Köln-Nippes (Köln o.J.) 23–29.

9 Lukas Ahlborn, Held (vgl. Anm. 5) III.

10 Wikipedia „Paul Langen“, Zugriff am 24.5.2024; auch Lukas Ahlborn (vgl. Anm. 5) 3 behauptet den Studienort Frankfurt, ohne Belege bringen zu können.

11 https://digitale-sammlungen.ulb.uni-bonn.de/topic/view/777133. Dank gebührt dem Archivleiter Hendrik Mechernich M.A., Bonn.

Volksschullehrer in Rodenkirchen wurde und ihm im Monat Juni 1920 eine Lehrerstelle in Hetzenholz, einem Kirchdorf bei Much auf den Hängen des Bergischen Landes zugewiesen wurde. Die zweiklassische Volksschule mit den Jahrgängen 1 bis 4 im unteren und die Jahrgänge 5 bis 8 im oberen Klassenraum, die 1822 neu erbaut worden war und im Jahre 1874 mehr als 100 Schulkinder aufwies, umfasste die „Ortschaften Büscherhof, Bitzen, Eigen, Hetzenholz, Hevinghausen, Huven, Klauserhof, Niederheiden, Niederheimbach, Nidermarkelsbach, Növerhof, Oberheimbach, Obermarkelsbach, Pillenhof, Rieserhof, Scheidhof, Schlichenbach, Schwellenbach und Weißenporz“[12]. In Hetzenholz kam es in pädagogischer Hinsicht zu Konflikten mit dem Bürgermeister von Much und mit dem Schulrat in Wipperfürth. Dort wurde nämlich sein aufbrausendes Wesen gegenüber Vorgesetzten, Behörden und Kollegen aktenkundig, für dessen Ursache eine Nervenschwäche erkannt wurde. Zudem wurde an ihm eine geistige Erschöpfung festgestellt, infolgedessen er zeitweise beurlaubt wurde.[13] Angesichts dieser Umstände wurde Paul Langen zum 1. Oktober 1928 an die einklassige Volksschule in Wegescheid nordwestlich von Gummersbach im Tal des in die Leppe mündenden Hesselbachs versetzt. Hier sollte er aber nicht lange bleiben.

Im Jahre 1922 heiratete Langen die katholische Clara Müller aus Siegburg. Aus dieser Ehe gingen drei Kinder hervor. Der älteste Sohn starb bereits im Alter von zwölf Jahren. Die Tochter Hiltigund wurde später Studiendirektorin am St. Adelheid-Gymnasium in Pützchen; ihre Schwester Sigrid (*13. Juni 1929), war Ärztin im St. Joseph-Krankenhaus Bonn-Beuel und später in einem Krankenhaus am Bodensee. Beide spielten in der Damen-Feldhandballmannschaft Roleber.[14] Die Kinder hatten nordische Namen, weil Paul Langen eine Vorliebe für den Norden, seine Sagenwelt und Mythologie hatte. Seine Ehefrau starb bereits am 4. Juli 1942.

Hauptlehrer in Bonn-Holzlar

Langen durfte sich im Jahre 1931 eine andere Stelle als Volksschullehrer nach schriftlicher Auskunft seiner Tochter Hiltigund aussuchen, obwohl die preußische Schulverwaltung dies nicht vorsah. Hiltigunds Aussagen sind allerdings mit Vorsicht aufzunehmen, weil hier eine Tochter über ihren Vater schreibt, den sie nicht in Misskredit bringen wollte: „Paul Langen kam am 15. April 1931

[12] Bruno Reifenrath, Als ich noch „der Dorfschullehrer von Hetzenholz“ war. Erinnerungen an eine liebe Schule und an viele nette Menschen, in: Heimatblätter des Rhein-Sieg-Kreises 75 (2007) 178–195, hier 182.

[13] Näheres in seinem Lebenslauf vom 1. Oktober 1927, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, BR–PF 2261, Blatt 963.

[14] Christoph Rauscher, „100 Jahre Fußball om Berg“ – Chronik des BSV Roleber 1919 (Bonn 2019).

nach Holzlar. Er hatte sich diese Schule ausgesucht, weil sie nahe bei Bonn und dem heimatlichen Rhein lag, und weil das Dorf und der große Garten hinter der Schule ihm und seiner Frau sehr gefielen.“[15] Langen wohnte in der dortigen Lehrerwohnung zusammen mit seiner Gattin Clara und ihren drei Kindern[16]. Die Schule war zweiklassig: Von der ersten bis zur dritten Klasse und von der vierten bis zur achten Klasse, jeweils mit einer Schülerschar von etwa 30 Kindern, so der Zeitzeuge Matthias Stöcker (*1931).[17]

Der Ort Holzlar, in dem zahlreiche Menschen bei dem Bergmeister Johann Leopold Bleibtreu (1777–1839) in der Alaunherstellung arbeiteten[18], verfügte im Jahre 1925 über 686, im Jahre 1933 über 768, im Jahre 1939 über 776 und im Jahre 1946 über 872 Einwohner. Im Jahre 1925 waren 93 Prozent der Holzlarer katholisch, sieben Prozent evangelisch, im Jahre 1946 waren 86,8 Prozent der Holzlarer katholisch und zwölf Prozent evangelisch.[19]



Bild 1: Rektor Paul Langen aus Holzlar. (© Privatarchiv Dr. Moll)

Bewusst engagierte sich der neue Lehrer im öffentlichen Leben des Dorfes. Als der örtliche Bürgerverein 1931 gegründet wurde, übernahm Langen die Aufgabe des Schriftführers. Drei Jahre später wurde er Gründungsmitglied der Freiwilligen Feuerwehr Holzlar. Überdies bekleidete er bei den Umzügen zu Ehren des hl. Bischofs Martin von Tours (316/317–397) für mehrere Jahre die Rolle des St. Martin. Außerhalb des regulären Unterrichts unterstützte er seine

15 Hiltigund Langen (vgl. Anm. 5) 2.
16 Schulchronik der Volksschule Holzlar, Band I, 66–82.
17 Mdl. Interview mit Matthias Stöcker, Holzlar, am 4. Mai 2024.
18 Vgl. Christian Schüller, Die Alaunhütten auf der Ennert-Hardt (Holtorf 1996).
19 Vgl. Helmut Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914–1948), in: Dietrich Höroldt (Hrsg.), Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989 = Geschichte der Stadt Bonn. Band 4 (Bonn 1989) 441. 444; Wider das Vergessen. Erinnerungsorte in Beuel. Eine Dokumentation der Beueler Initiative gegen Fremdenhass (Beuel, 2., korr. Auflage 2018) 38–43.

Schüler durch Nachhilfe, ferner durch Musikstunden und Schwimmunterricht. Der Zeitzeuge Matthias Stöcker, der bei Rektor Langen von 1936 bis 1942 zur Schule ging, erinnert sich an den Weiher in Kohlkaul bei Holzlar, wo Langen mit seiner Schülerschar regelmäßig schwimmen ging. Stöcker nannte seinen Lehrer einen Glaubenszeugen, weil er aus christlicher Verantwortung sich als widerständig zum NS-Regime zeigte.[20]

Seine Tochter Hiltigund sprach aus ihrer persönlichen Erinnerung: Ihr Vater „war Pazifist, wie seine Frau, die aus einer Zentrumsfamilie stammte. Einige Tage nach der Reichstagswahl erschienen zwei uniformierte SA-Männer auf dem Schulhof, um ihn zu bestrafen. Er warf sie kurzerhand über den Gartenzaun. Nie wieder wurde er handgreiflich belästigt, zumal seine Erscheinung – Körpergröße 1,83 m – und seine tatsächliche ungewöhnliche Körperkraft davon abhielten."[21] Ob es sich so zugetragen hat, konnte nicht mehr ermittelt werden.

Wiederum seine Tochter Hiltigund: „Im Unterricht arbeitete er streng konzentriert, zu streng, meinte oft meine Mutter. Entsetzlich waren die Rechenstunden für die langsamen Denker; dieses ellenlange Kopfrechnen, bei dem man so leicht den Anschluß verlor! Von Hausaufgaben hielt er nicht viel: er kannte die schlechten Bedingungen, unter denen die Kinder im Dorf lernen mußten. Er übte in der Schule – und das mit Erfolg: Die Schulentlassungen bekamen durchweg gute Lehrstellen."[22]

Zur Musik hatte Paul Langen ein besonderes Verhältnis. „Nach anstrengenden Unterrichtsstunden begann das Vergnügen: Er las Geschichten vor, und dann holte er die Laute, später die Ziehharmonika, die er sich zu Weihnachten gewünscht hatte, und die Kinder sangen wie die Wilden nach der oft übermäßigen Anspannung. Erst nachdem sie sich ausgetobt hatten, ließ er üben: das dreistimmige Summen, die Gehörproben mit der Stimmgabel, das Halten des Tons, die rhythmischen Bewegungen."[23]

Im Jahre 1936 schrieb Langen für seine Schüler folgendes Gedicht:

„Holzlar
Liegt da ein Dörflein, eingebettet
in eine Schlucht, von Wald umsäumt,
als hatt' es sich hineingerettet
von aller Hast der Welt und träumt.

Am einz'gen Weg die Häuser reihen
sich aneinander friedlich, still,

[20] Vgl. Anm. 12.
[21] Hiltigund Langen (vgl. Anm. 5) 2.
[22] Hiltigund Langen (vgl. Anm. 5) 2.
[23] Hiltigund Langen (vgl. Anm. 5) 2.

Mehr alle zwischen ein paar neuen,
von denen keines stören will.

Du kommst vom großen Strom dorthin,
wenn du gen Osten lenkst den Schritt,
und Rheinluft, Rheinduft leise ziehn
mit dem beschwingten Tritte mit.

Am Eingang grüßt ein Kreuz aus Stein,
noch neu und wie zum Schutz erbaut;
uralter Sitt' soll's Zeuge sein,
wenn man auf Christi Wundmal schaut.

Wenn hier der Winter herrscht im Land,
dann liegt es stumm vergraben wohl,
und schmiegt sich an den Bergesrand,
der es vor Bösem schirmen soll.

Doch wenn des jungen Lenzes Macht
Hernieder von den Bergen steigt,
wenn wieder warm die Sonne lacht,
das Dörflein anders dir sich zeigt.

Dann träumt's in seinem Blütenkranz,
von selten zarter Lieblichkeit;
darüber goldner Frühlingsglanz
in reicher Fülle ausgeträumt.

Und tausend Stimmen hell erklingen
Durch Blumenduft aus Waldesgrün,
die dir deine Seele dringen
und dich in rein're Höhen ziehn.

Und wenn nach sonn'gem Tageslauf
Sich leis die Nacht herniedersenkt,
der Mond steigt überm Walde auf
und deine Sinne gottwärts lenkt,

dann stiehlt mit schluchzend sel'gem Ton
sich in deine hoffnungskrank' Gemüt,
gleich als der Pflichterfüllung Lohn
der Nachtigall berauschend Lied.

Von Ihm gewiegt, magst, Dorf, du schlafen
In deines Blütentraumes Pracht,
bis morgen früh zu neuem Schaffen
du lenzgeschwellet aufgewacht."[24]

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Der nationalsozialistische Lehrerbund warb Langen zur Mitgliedschaft, doch ist ungewiss, ob es zu einem Eintritt kam. Der Verband war streng parteipolitisch organisiert und zudem von Rassismus und Judenfeindlichkeit geprägt.[25]

Wie die meisten Berufskollegen trat Paul Langen im Mai 1933 der NSDAP bei. In einem nach dem Ende des „Dritten Reiches" von der katholischen Volksschule zusammengestellten Bericht über ihn wurde freilich festgestellt, dass er nur „gezwungenermaßen Parteimitglied geworden" war.[26] Im ungezeichneten Artikel „Paul Langen – Spuren" heißt es bezüglich des Ehepaars Langen: „1933 gaben die beiden bei der Reichstagswahl die einzigen Nein-Stimmen in Holzlar ab, was jeder wusste"[27]. Im gleichen Artikel heißt es: „Im Winter zündete er [Langen] selbst vor Unterrichtsbeginn die Öfen der Schule an: manche der älteren Schüler kamen in den Kriegsjahren besonders früh, um mit ihm zu ‚politisieren' und am kleinen Radio die Nachrichten des verbotenen englischen ‚Feindsenders' zu hören."[28]

Die in Holzlar lebende Gertrud Lütz (*1948) wusste mir zu berichten, dass ihr Vater Franz Lütz (1915–1989) ihr über das versuchsweise Abhängen der Kreuze in der Holzlarer Volksschule erzählt habe.[29] Als eines Tages zwei NSDAP-Größen von Holzlar die Schule betraten, um die Kreuze abzuhängen, drohte ihnen Rektor Langen, sie beim Hinausgehen mit einem scharfen Gegenstand zu schlagen, woraufhin die beiden Männer von ihrem Plan abließen.

Einem Bericht der Volksschule Holzlar zufolge trat er seinen Kollegen gegenüber als „entschiedenster aktiver Gegner des Nationalsozialismus" auf, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine ablehnende Stellungnahme kundtat. Sein direkter Nachfolger als Hauptlehrer, Rektor Erwin Zimmermann, gab am 19. Januar 1944 gegenüber den NS-Behörden zu Protokoll,

---

24 Nach: Kurt Padberg (zusammengestellt), Einweihung des erneuerten Wegekreuzes Ecke Paul Langen-Str./Am Weinstock im Gedenken an den früheren Schulleiter Paul Langen am Freitag, den 18. März 1994, 14–15.

25 Willi Feiten, Der nationalsozialistische Lehrerbund. Entwicklung und Organisation. Ein Beitrag zum Aufbau und zur Organisationsstruktur des nationalsozialistischen Lehrerbundes = Studien und Dokumentationen zur nationalsozialistischen Bildungsgeschichte. Band 19 (Weinheim 1981); Saskia Müller – Benjamin Ortmeyer, Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945. Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund. Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB (Weilheim 2016).

26 Lehrerakte Paul Langen, Bericht BR-Pe 2261a.

27 Artikel „Paul Langen – Spuren", in: Wider das Vergessen. Erinnerungsorte in Beuel (Bonn 2006) 31.

28 Ebd.

29 Mdl. Gespräch mit Gertrud Lütz am 4. Mai 2023.

dass „aus [Langens] Äußerungen zu entnehmen [war], dass er eine Kontrastellung gegen den heutigen Staat einnimmt“[30].

Als Langen seine Tochter Hiltigund im Arbeitslager Houverath bei Bad Münstereifel im Jahre 1943 besuchte, bekannte er ihr und einigen anderen Mädchen gegenüber seine Meinung, „dass eine siegreiche Beendigung des Krieges für Deutschland völlig unmöglich sei“[31]. Ein Mädchen meldete daraufhin der Lagerleitung diese Äußerung, worauf Langen am 17. Dezember 1943 angezeigt wurde.[32]

Verhaftung

Rektor Langen wurde am 17. Dezember 1943 in das Gestapogefängnis von Köln wegen seiner antinationalsozialistischen Äußerungen zum Verhör gebracht. Es wurde ein Strafverfahren des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen „Langen, Paul, Lehrer, Holzlar wegen Wehrkraftzersetzung“ geführt. Im Kölner Gestapo-Keller wurde er von der Gestapo verhaftet und gefoltert. Wenige Tage später erfolgte die Verlegung in das Kölner Gefängnis „Klingelpütz“. Die Haftanstalt verfügte über 765 Zellen, die aber nicht ausreichten, um die gefangenen Männer und Frauen unterzubringen. Bisweilen lebten drei Personen in einer Zelle. Den Gefangenen wurde jeglicher Kontakt zu anderen Mitgefangenen oder gar der Außenwelt untersagt. Sogar bei den täglichen Hofgängen war ihnen jegliches Gespräch verboten. Alle waren zur Arbeit verpflichtet. Neben den Tätigkeiten, wie dem Befestigen von Knöpfen durch weibliche Gefangene, wirkten die Männer oft in Außenkommandos, beseitigten nach Luftangriffen Blindgänger, befreiten Verschüttete aus den Kellern oder besserten elektrische Anlagen, die durch die Bombardements zerstört waren, aus.[33]

Das Verfahren gegen Rektor Paul Langen war beim Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof in Berlin anhängig.[34] Am 1. September 1944 verfügte der Oberreichsanwalt Folgendes: „Paul Langen, Lehrer, Parteigenosse seit 1933, vermindert zurechnungsfähig, Wehrkraftzersetzung […] durch Hetze in einem Lager des weiblichen Arbeitsdienstes […] Verletzung seiner besonderen Treuepflicht als Parteigenosse und Jugenderzieher […] Neben angemessener

30 Lehrerakte Paul Langen, Bericht BR–PF 2261, Nebenakte 633b 003.

31 Lehrerakte Paul Langen, Bericht BE–PF 2261, Band a.

32 Zum Ganzen Reinhold Weitz, Anfänge und Aufstieg der NSDAP, in: Geschichte im Kreis Euskirchen 20 (2006) 93–163.

33 Weiterführend Stefan Thiesen, Strafvollzug in Köln 1933–1945. Eine Studie zur Normdurchsetzung während des Nationalsozialismus in der Straf- und Untersuchungsanstalt Köln-Klingelpütz = RechtsGeschichte. Band. 2 (Berlin 2011); Horst Matzerath, Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945 = Geschichte der Stadt Köln. Bd. 12 (Köln 2009).

34 Aktenzeichen 30 S Js 1384/43.

Zuchthausstrafe ist die Unterbringung nach § 42 b Abs. 2 StGB angebracht“[35]. Auf diese Weise entging er der drohenden Todesstrafe.

Tod im Zuchthaus Siegburg

Die heftigen Bombardierungen der Stadt Köln durch die Alliierten beschädigten den „Klingelpütz“ so stark, dass Langen mit anderen Gefangenen in das Zuchthaus Siegburg verlegt werden musste. Im Nationalsozialismus wurde das Zuchthaus Siegburg zunehmend zur Unterbringung von politischen Gefangenen und später auch von Kriegsgefangenen verwendet. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden hier auch polnische und sowjetische Kriegsgefangene interniert. Das gleiche Schicksal erlitten an Tuberkulose erkrankte Gefangene in den Jahren 1943 und 1944, die laut den Unterlagen ausgemustert und an einen unspezifizierten Ort abtransportiert wurden, wo sie wahrscheinlich von den Nationalsozialisten umgebracht wurden. Im Jahre 1944 waren 3.500 Menschen in dem für nur 700 Insassen ausgelegten Zuchthaus eingepfercht. Als die US-Streitkräfte nach einem gewaltfreien Aufstand der Gefangenen am 12. April 1945 das Zuchthaus befreiten, waren immer noch 2.600 Insassen in der Anlage inhaftiert. Die schlechte medizinische Versorgung, dazu Unterernährung und die fehlenden hygienischen Umstände führten immer wieder zum Ausbruch von Krankheiten, vor allem Tuberkulose und Fleckfieber. Allein im Jahre 1945 infizierten sich 48 Prozent aller Gefangenen an Typhus, von denen ein Viertel verstarb. Hinzu kamen Magen-, Darm- und Lebererkrankungen sowie Wassersucht.[36]

Angesichts der Haftbedingungen erkrankte Langen an Typhus, nachdem er sich für die Pflege der erkrankten Mithäftlinge zur Verfügung gestellt hatte. Die aus Holzlar stammende Liesel Henseler, verheiratete Wolter (1929–2022), hatte mit ihrem Vater den Hauptlehrer Paul Langen im Zuchthaus Siegburg besuchen können. Aus dem „Buch der Toten“ geht hervor, dass Paul Langen an „Fleckfieber“ im Zuchthaus Siegburg am 16. März 1945 gestorben ist. Er war bis

[35] Nach: Wider das Vergessen. Erinnerungsorte in Beuel. Eine Dokumentation der Beueler Initiative gegen Fremdenhass (o.O. o.J.) unpaginiert.

[36] Vgl. Ulrich Neumann, Die Strafanstalt Siegburg während des Nationalsozialismus, in: August Sanders unbeugsamer Sohn. Erich Sanders als Häftling und Gefängnisfotograf im Zuchthaus Siegburg 1935–1944. Katalog zur Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln vom 23. Oktober 2015 bis 31. Januar 2016 = Veröffentlichungen des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln. Band. 1, hrsg. vom NS-Dokumentationszentrum Köln (Berlin 2015) 235–259; Peter Zenker, Zwangsarbeit in Siegburg, in: Heimatblätter des Rhein-Sieg-Kreises 75 (2007)162–177; Stadtarchiv Siegburg. Bestand III, Nr. 103 und 238; + Hermann L. – Andrea Korte-Böger, Die Rheinische Zellwoll AG im Zweiten Weltkrieg – in Arbeitsort für Zwangsarbeiter und Gefangene. Mit einem Bericht des + Hermann L. als Inhaftierter in Belgien, in: Heimatblätter des Rhein-Sieg-Kreises 86 (2018) 58–173; Morten Pohl, Das Siegburger Zuchthaus – eine Forschungsnotiz, in: Bonner Leerstellen (Zugriff 21.3.2024).

auf die Knochen abgemagert, wog er doch nur noch fünfzig Kilogramm. Die Leiche wurde auf einem Siegburger Friedhof beerdigt.

Vermächtnis und Erinnerung

Zur Erinnerung an den Hauptlehrer im rechtsrheinischen Holzlar wurde Paul Langen schon im Jahre 1954 eine Straße gewidmet, ursprünglich als „Langenstraße“ bezeichnet, die aber im Jahre 1962 in „Paul-Langen-Straße“ umbenannt wurde. Auf dem Zusatzschild heißt es: „Paul Langen, *1893 Köln, 1931 Hauptlehrer in Holzlar, 1943 von der Gestapo verhaftet und gefoltert, 1945 im Zuchthaus Siegburg gestorben“.

Mit dem Gesetz zur kommunalen Neugliederung des Bonner Raumes, das am 1. Juli 1969 in Kraft trat, wurde Holzlar mit seinen inzwischen 4.033 Einwohnern in die Bundeshauptstadt Bonn eingemeindet.[37]

Am 18. März 1994 erfolgte die Einweihung des Kreuzes „Am Weinstock“ im Gedenken an Rektor Paul Langen. Der katholische Pfarrer Kurt Padberg (1939–2010) und die Pastorin Stefanie Graner von der evangelischen Kirchengemeinde feierten in ökumenischer Eintracht gemeinsam mit den katholischen und evangelischen Schulkindern der Katholischen Grundschule Holzlar der zweiten bis vierten Klasse ihren Schulgottesdienst. Bei der Feier wurde das Kreuz eingeweiht und des ehemaligen Rektors gedacht. Der Zeitzeuge Joseph Krautkrämer (1929–2000) erzählte bei dieser Gelegenheit von seiner Schulzeit bei Rektor Langen. Er habe mit seinem Lehrer Langen den britischen „Feindsender“ heimlich gehört. Tochter Hiltigund Langen, die mit ihrer Schwester Sigrid Langen anwesend war, hatte das Kreuz anlässlich der 600-Jahr-Feier-Holzlars gestiftet und dabei die Inschrift auf dem Querbalken des Holzkreuzes gewählt: „Keine Macht dieser Welt muss ich fürchten“.[38]

Am Hochfest Allerheiligen, am 1. November, gedenken die Katholiken in Holzlar entlang der Kreuze, vor allem des Erdkugelkreuzes, des Ökumenekreuzes, des Arche-Noah-Kreuzes und des Paul-Langen-Kreuzes im Ort an ihre Verstorbenen. Sie erinnern in besonderer Weise bei dieser Gelegenheit an ihren früheren Rektor Paul Langen.[39]

Der Bonner Sinologe Prof. Dr. Wolfgang Kubin (*1945) hat das Gedicht „Ich lasse mich nicht knechten! Paul Langen (1893–1945)“ zu Ehren des Holzlarer

---

[37] Vgl. Gabriele Müller-List, Bonn als Bundeshauptstadt (1949–1989), in: Dietrich Höroldt (Hrsg.), Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989 = Geschichte der Stadt Bonn. Band 4 (Bonn 1989) 685.

[38] Vgl. die Dokumentation von Gertrud Lütz (Holzlar) unter Verwendung von Fotos und Zeitungsnachrichten.

[39] Vgl. Dietmar Rabe, Sieben-Kreuze-Lichterprozession am Allerseelentag 1994, in: Begegnung. Mitteilungen – Informationen – Berichte (Weihnachten 1994) 13–15.

Hauptlehrers verfasst, das Langens Zivilcourage veranschaulicht.[40] In den Gehweg der Hauptstraße 103 unmittelbar vor der Katholischen Volksschule Holzlar hat der Künstler Gunter Demnig (*1947) im Jahre 2010 einen „Stolperstein" verlegt, mit den Worten:

„Hier wohnte
Paul Langen
Jg. 1893
Denunziert
Verhaftet 1943
Zuchthaus Siegburg
Tot 16.3.1945".

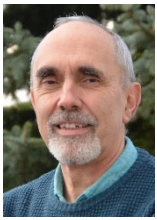
Der „Holzlarer Bote" in der Ausgabe von Juni 2010 veröffentlichte den Artikel „Erinnerungsabend an Paul Langen am 20. November 2009" aus der Feder von Joachim Kuboth (1952–2014). Darin heißt es: „Die zitierten Zeitzeugen meldeten sich zu Wort, schnell entspann sich eine rege Diskussion zur Frage nach dem ‚Helden'. Viele seiner ehemaligen Schülerinnen und Schüler berichteten in authentischer Weise, wie Paul Langen im kleinen Kreis, aber auch vor, während und nach dem Unterricht, im Alltag, oder abends bei Besuchen mancher Elternhäuser gegen die Gleichschaltung, die nationalsozialistische Diktatur und Geisteshaltung ankämpfte, wie er Zivilcourage bewies. Dies zeigte er gerade nach Errichtung der sogenannten ‚Deutschen Volksschule' zu Ostern 1939, als in den Schulen von Amts wegen alle konfessionellen Gegenstände und religiösen Haltungen verboten wurden; in den Kriegsjahren wurde ‚feindliche' Sender gehört. Paul Langen verurteilte den sinnlosen Krieg". Und weiter: „An viele dieser Begebenheiten konnte sich auch Sigrid Langen [Tochter von Paul Langen] erinnern, besonders aber an die zunehmende Bedrohung und Gefahr für Leib und Seele nach Kriegsbeginn, an erste Einquartierungen in der Dienstwohnung im Schulgebäude, an den ständigen Fliegeralarm ab Mai 1940. Schicksalsschläge, wie der frühe Tod des älteren Bruders und Krankheit und Tod der Mutter, trübten die glücklichen Kindheitstage".[41]

Der Bonner General-Anzeiger stellte Paul Langen in der Ausgabe „Beuel" vom 4./5. Mai 2024 mit einem ausführlichen Artikel unter dem Titel „Ein tapferer Holzlarer Rektor" heraus. In Wort und Bild erfuhr der Rektor der Holzlarer Volksschule aus der Feder von Dr. Ebba Hagenberg-Miliu (*1962) eine weitere verdiente Würdigung.

[40] Wolfgang Kubin, Narrentürme (Bonn 2002).
[41] Joachim Kuboth, Erinnerungsabend an Paul Langen am 20. November 2009, in: Holzlarer Bote 24, Juni 2010, Nr. 1,3.

Ursprünge von Diskriminierung verstehen und über christliche Reaktionen nachdenken

Eine Fallstudie zur Türkei[1]



Wolfgang Häde (D.Th., UNISA) ist Gemeindereferent der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ (HMK). Die HMK setzt sich seit der Gründung durch den rumänischen Pastor Richard Wurmbrand vor über 50 Jahren weltweit für Christen ein, die wegen ihres Glaubens diskriminiert und verfolgt werden (www.verfolgte-christen.org). Wolfgang Häde war mit seiner Familie fast 20 Jahre im kirchlichen Dienst in der Türkei tätig. Über den 2007 in der osttürkischen Stadt Malatya ermordeten türkischen Christen Necati Aydin schrieb er das Buch „Mein Schwager – ein Märtyrer.“ (Bild: © privat)

1 Einleitung

Im Jahr 2017 veröffentlichte ich auf Deutsch eine Studie, die auf einer qualitativen Inhaltsanalyse von fünf türkischen Tageszeitungen beruhte.[2] Die Untersuchung zeigte, wie Christen aus der Perspektive unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Milieus in der Türkei wahrgenommen werden.

Die Analyse ergab ein recht vielfältiges Bild von Christen in nationalistischen, fundamentalistisch-islamistischen, gemäßigt-islamistischen, säkular-kemalistischen und liberal-demokratischen Milieus.[3] Neben dieser Vielfalt zeigte sich jedoch eine gemeinsame Wahrnehmung: Christen gelten als potenziell nicht vertrauenswürdig und gefährlich. Die Zeitungen spiegeln dabei jeweils das Milieu wider, das sie vertreten, und beeinflussen es zugleich. Sie vermitteln den Eindruck, dass Vorurteile in der türkischen Gesellschaft häufig für politische und ideologische Zwecke instrumentalisiert werden.

---

[1] Dieser Beitrag erschien erstmalig in: International Journal for Religious Freedom, Vol. 18, Nr. 1 (2025), S. 65–75, unter: https://ijrf.org/index.php/home/article/view/347/363. Übersetzung aus dem Englischen und Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

[2] Wolfgang Häde, 2017. *Anschuldigungen und Antwort des Glaubens: Wahrnehmungen von Christen in türkischen Tageszeitungen und Maßstäbe für eine christliche Reaktion.* Berlin: LIT (Beiträge zur Missionswissenschaft/Interkulturellen Theologie, Bd. 38). Siehe auch Wolfgang Häde, 2013. “Perceptions of Christians in Turkey? A Study of the Climate of Accusations against Christians in Turkish Newspapers”, *International Journal for Religious Freedom* 6(1/2), 65–84.

[3] Häde 2017, 169–170.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Ursprünge der Vorurteile gegenüber Christen in der Türkei und auf die Gründe für diese negativen Wahrnehmungen. Anschließend werden mögliche Reaktionen erörtert, die Christen in der Türkei im Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierung erwägen können. Die Vorschläge greifen Gedanken aus dem neutestamentlichen Ersten Petrusbrief auf, der sich an Gläubige in einer Situation richtete, die jener heutiger Christen in der Türkei ähnelt. Zunächst sollen jedoch die Ergebnisse kurz zusammengefasst werden.

2 Wie werden Christen in der Türkei wahrgenommen

Aus der Sicht des fundamentalistisch-islamischen Milieus[4] gehören Christen einer gültigen, aber überholten Religion an, die sich dem Wahrheitsanspruch des Korans widersetzt. Das nationalistische Milieu in der Türkei[5] betrachtet Christen – und insbesondere christliche Missionare – als Werkzeug des westlichen Versuchs, die Türkei zu schwächen. Die gemäßigten Islamisten[6] teilen diese Analyse. Aufgrund ihres größeren Vertrauens in das Erstarken der Türkei können sie Christen im Land jedoch eine gewisse, wenngleich untergeordnete Rolle zugestehen. Säkulare Kemalisten[7] und liberale Demokraten[8] verteidigen die Religionsfreiheit unter Einschluss der Christen. Ihr Misstrauen gegenüber Christen richtet sich eher gegen die Beziehungen konservativer Christen zur politischen Führung in den USA.

3 Was hat sich in der Türkei seit 2005 verändert

Seit 2005[9] hat die Türkei erhebliche politische Unruhen und Veränderungen erlebt. Der frühere Ministerpräsident und heutige Präsident Recep Tayyip Erdoğan ist mit seiner Partei, der AKP, seit 2002/2003 an der Macht. Anfangs galt er als Hoffnungsträger eines gemäßigten Islams, der mit westlichen demokratisch-liberalen Werten vereinbar sei. Zunehmend kehrte er jedoch zu

4 Vertreten durch die Zeitung *Millî Gazete* (siehe Häde 2017, 125–138).
5 Zeitung *Yeniçağ*, Häde 2017, 115–125.
6 Zeitung *Yeni Şafak*, Häde 2017, 138–148.
7 Zeitung *Cumhuriyet*, Häde 2017, 153–160.
8 Zeitung *Milliyet*, Häde 2017, 148–153.
9 Die Studie untersuchte Zeitungen aus dem Zeitraum November 2004 bis Januar 2005. Gewählt wurde diese Zeit wegen einer heftigen Debatte in den türkischen Medien und der Gesellschaft, die durch einen damals ernsthaft erscheinenden Versuch der türkischen Regierung ausgelöst wurde, der Europäischen Union beizutreten; dadurch erhielten christliche Aktivitäten größere Freiheiten. Alle untersuchten Zeitungen beteiligten sich an der Debatte und offenbarten dabei ihre jeweilige Wahrnehmung von Christen.

seinen eigenen Wurzeln in einem fundamentalistischen, antiwestlichen politischen Islam zurück. Seit 2015 nahm Erdoğans Politik eine deutlich nationalistische Wendung, die schließlich ab 2018 zur Koalition seiner AKP mit der nationalistischen MHP führte.

In einem 2020 veröffentlichten Beitrag[10] erläuterte ich die Veränderungen der politischen Landschaft und der Ausrichtung jener Zeitungen, die ich in meiner ursprünglichen Studie untersucht hatte. Dabei stellte ich jedoch fest, dass sich die grundlegenden Wahrnehmungen von Christen nicht wesentlich verändert hatten.

Seit 2007 war die negative Medienberichterstattung über christliche Aktivitäten zunächst zurückgegangen.[11] In den letzten Jahren nahm die negative Berichterstattung über Christen und besonders über ihre missionarischen Aktivitäten jedoch wieder zu.[12] Ausgangspunkt dieses Anstiegs scheint die Verhaftung des US-amerikanischen Pastors und Missionars Andrew Brunson im Jahr 2016 gewesen zu sein, begleitet von der bereits erwähnten nationalistischen Wende Erdoğans und seiner Partei.

In den Jahren nach 2016 kam es zu einer Welle von Ausweisungen ausländischer christlicher Gemeindemitarbeiter aus der Türkei.[13] In einigen Fällen wurde selbst ausländischen Ehepartnern türkischer Christen die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis verweigert. Einige ausländische Christen klagten gegen ihre Ausweisung oder gegen Einreiseverbote. In jüngerer Zeit wies das türkische Verfassungsgericht (Anayasa Mahkemesi) in mehreren dieser Fälle die Auffassung der Betroffenen zurück, ihre Religionsfreiheit sei verletzt worden.[14]

---

[10] Wolfgang Häde, 2020. "Perceptions of Christians as Reflected by Turkish Newspapers: Analysis and Development", *Islam und Christlicher Glaube/Islam and Christianity* 2, 18–29.

[11] In den Jahren 2006 und 2007 wurden Christen in der Türkei ermordet. Höhepunkt war das Massaker an drei christlichen Männern in der osttürkischen Stadt Malatya am 18. April 2007. Die Täter waren von der negativen Medienberichterstattung beeinflusst worden.

[12] Siehe etwa den am 20. Januar 2021 in *Yeni Şafak* erschienenen Beitrag „Die in den sozialen Medien erneut wachsende Gefahr: missionarische Aktivitäten" („Sosyal medyada yeniden büyüyen tehlike: Misyonerlik"), https://tinyurl.com/5n8wbsbr; oder die Kolumne vom 19. Februar 2023 in der islamistischen Tageszeitung *Yeni Akit* über „Die ‚Missionare' und ‚Provokateure' des Erdbebens" („Depremin ‚misyoner' ve ‚provokatörleri'"), https://tinyurl.com/4mzuzr4k.

[13] Siehe den Beitrag vom 14. Juli 2020 auf der Website des Fernsehsenders *Oda TV* mit dem Titel: „Wir hatten gesagt: ‚Gib den Pastor, nimm den Pastor.' Einen weiteren Pastor nehmen wir nicht auf" („Ver papazı al papazı demiştik … Bir daha papaz almıyoruz"), https://tinyurl.com/ye3czc85. Die Überschrift des Beitrags über die Ausweisung ausländischer Pastoren in der Türkei spielt auf den vermeintlichen Versuch der türkischen Regierung an, durch die Inhaftierung des US-Pastors Andrew Brunson von 2016 bis 2018 die Auslieferung des islamischen Geistlichen und politischen Gegners Fethullah Gülen aus den USA zu erzwingen.

[14] Eine vergleichsweise objektive Darstellung der Entscheidung findet sich unter https://tinyurl.com/8fyzejmw. Der Beitrag in *Haber 7* hingegen wertet die Entscheidung als „Beweis" dafür, dass diese Christen Agenten ausländischer Staaten gewesen seien: https://tinyurl.com/m57kr8hk.

4 Wo liegen die Ursprünge solcher Wahrnehmungen

4.1 Historische Ursprünge

Die historische islamische und koranische Wahrnehmung des Christentums als überholte Religion wirkt bis heute fort. Der Koran und der Status von Juden und Christen als *Dhimmi* („Schutzbefohlene") ermöglichen ihnen ein gewisses Maß an religiöser Duldung. Christen, die sich dem prophetischen Anspruch Mohammeds widersetzen, werden jedoch als Lügner bezeichnet (vgl. Sure 3,71–72; 4,50).[15] Der Status als *Dhimmi* bedeutet eine Unterordnung unter muslimische Herrscher.[16] Christliche Mission unter Muslimen ist ausdrücklich ausgeschlossen.[17]

Die Erfahrung der Invasion westlicher christlicher Kreuzfahrer im Nahen Osten gehört möglicherweise heute mehr denn je zum kollektiven Gedächtnis der Muslime, besonders der Türken. „Der osmanische Staat entstand an der Grenze zwischen Islam und Christenheit."[18]

Während des Niedergangs des Osmanischen Reiches, der mit seiner Niederlage im Russisch-Osmanischen Krieg von 1768 bis 1774 einsetzte, waren die meisten Volksgruppen, die gegen die Osmanen rebellierten und ihre Unabhängigkeit erlangten, Christen; häufig wurden sie dabei von christlichen Staaten unterstützt.[19] Daher verbindet sich das Trauma eines zerbrochenen Reiches für Türken mit der Vorstellung, Christen seien dafür verantwortlich. Ausgehend davon entwickelten manche Intellektuelle ein umfassendes Narrativ eines jahrhundertelangen Kampfes zwischen islamischer und christlicher Zivilisation.[20]

Die Geschichte ist eine schwere Last für die heutige Wahrnehmung von Christen in der Türkei. Hier kann nur ein Teil dieser historischen Belastung behandelt werden.

---

15 Siehe Häde 2017, 23.

16 Clifford Edmund Bosworth, 1982. "The Concept of Dhimma in Early Islam", in Benjamin Braude und Bernard Lewis (Hg.), *Christians and Jews in the Ottoman Empire: The Functioning of a Plural Society*. New York: Holmes & Meier, 41. Bosworth erläutert die aus Sure 9,29 abgeleitete Rolle der *Dhimmi* treffend: Der allgemeine Sinn des Verses sei eindeutig: Die Leute des Buches seien von dem allgemeinen Urteil ausgenommen, bis zum Tod bekämpft zu werden – dem unerbittlichen Schicksal hartnäckiger Heiden. Der Preis für ihre Bewahrung bestehe jedoch in ihrer Herabsetzung auf einen demütigenden gesellschaftlichen Status als Bürger zweiter Klasse, die eine Kopfsteuer zu entrichten hätten.

17 Häde 2017, 28.

18 Bernard Lewis, [1961] 2002. *The Emergence of Modern Turkey*, 3. Aufl. London: Oxford University Press, 42.

19 Siehe Häde 2017, 48–53.

20 Siehe Häde 2017, 143–145, zu den in *Yeni Şafak* veröffentlichten Deutungen.

4.2 Politische Strategien

Die Türkei veranschaulicht Bernard Lewis' These in seinem Buch *History: Remembered, Recovered, Invented*,[21] in dem er anhand von Beispielen aus dem Nahen Osten zeigt, dass Geschichte bisweilen für politische Zwecke erfunden wird.

Nach dem Ende des multireligiösen und multiethnischen Osmanischen Reiches benötigten die Gründer der Republik Türkei eine neue Grundlage für die Nation. Aus ihrer Sicht erforderte die Nationsbildung eine Umschreibung der Geschichte, die nichttürkische muslimische Volksgruppen türkisierte und Nichtmuslime ausschloss. „Ankara […] betrachtete die Muslime des Landes als Türken und die Christen als Außenseiter."[22] Da Christen aufgrund ihrer Religion keine „echten Türken" werden konnten, sollte es für einen Türken keine Möglichkeit geben, Christ zu sein oder zu werden.

Die Türkisch-Islamische Synthese, die in den 1970er Jahren von dem nationalistischen Intellektuellen İbrahim Kafesoğlu entwickelt wurde und in den 1980er Jahren im politischen Leben der Türkei an Bedeutung gewann, behauptet, das türkische Volk habe seine wahre Identität mit der Annahme des Islams gefunden.[23] Durch die Konversion zum Islam seien die Türken zu Rettern des Islams vor seinen Feinden und zur Speerspitze seiner Ausbreitung geworden. Diese Vorstellungen besitzen bis heute das Potenzial, Nationalisten und Islamisten in der Türkei zu vereinen.

Sobald verbreitetes Misstrauen vorhanden ist, eröffnet sich die Möglichkeit, Vorurteile gegen Christen auszunutzen. Die Instrumentalisierung von Vorurteilen gegenüber Minderheiten zu politischen Zwecken ist nicht auf die Türkei beschränkt, lässt sich im türkischen politischen Diskurs jedoch immer wieder beobachten. Um nur zwei neuere Beispiele zu nennen: In den Anfangsjahren der Erdoğan-Regierung verbreiteten nationalistische Oppositionspolitiker im Rahmen ihrer Propaganda gegen die islamistische Regierung stark übertriebene Zahlen über christliche Missionsaktivitäten.[24] Der Regierung wurde vorgeworfen, sie gewähre christlichen Missionaren im Zuge ihres angestrebten Beitritts zur Europäischen Union zu viele Freiheiten. Die erneute Widmung der berühmten Hagia Sophia als Moschee im Jahr 2020 war zweifellos ein Schritt Präsident Erdoğans, mit dem er seine politischen Anhänger zufriedenstellen wollte.[25]

---

[21] Bernard Lewis, [1975] 1987. *History: Remembered, Recovered, Invented.* 1. Touchstone-Ausgabe. New York: Simon & Schuster.

[22] Soner Cagaptay, 2005. *Islam, Secularism and Nationalism in Modern Turkey: Who Is a Turk?* London: Routledge Chapman & Hall (Routledge Studies in Middle Eastern History), 156.

[23] Siehe Ünal Bilir, 2004. *Der Türkische Islam als politisches und religiöses Weltbild in seinem historischen Kern von der II. Meşrûtiyyet-Periode bis zur Gegenwart*. Diss. phil., Universität Hamburg, 44–45.

[24] Siehe Häde 2017, 1–5.

[25] Siehe Häde 2020, 24–29.

4.3 Sozialpsychologische Ursprünge

Sozialpsychologische Ursachen der Diskriminierung von Christen in der Türkei sind schwerer nachzuweisen, da sie oft unbewusst wirken. Wie Gordon Allport in seinem klassischen Werk *The Nature of Prejudice* darlegt, werden die Identitäten gesellschaftlicher Gruppen und sogar ganzer Nationen durch die Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppen geprägt.[26] Diese Unterscheidung ist unvermeidlich. In Zusammenhängen wie dem türkischen werden Fremdgruppen jedoch häufig nicht nur als „die anderen", sondern als Feinde wahrgenommen.

Christen werden in der heutigen Türkei als Fremde bewertet, die eine Bedrohung für die Werte des Landes und die gesellschaftliche Ordnung darstellen. Christof Sauer hat überzeugend gezeigt, dass Angst vor dem Fremden selbst in einem Umfeld auftreten kann, in dem Christen und Muslime seit Jahrhunderten Seite an Seite leben.[27]

Eine weitere wichtige Grundlage für Vorurteile und negative Wahrnehmungen von Christen scheint eine Art Minderwertigkeitskomplex angesichts der Überlegenheit westlicher, „christlicher" Staaten während und nach der Kolonialzeit zu sein, von der die christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich profitierten.[28] Seit Erdoğans Machtübernahme ist es eines seiner Hauptziele, dieses Minderwertigkeitsgefühl durch ein neues Überlegenheitsbewusstsein als Muslime und Türken zu ersetzen. Doch scheint das türkische Volk noch immer nicht zu einer ausgewogenen Identität und Selbsteinschätzung gefunden zu haben.

4.4 Christlich-theologische Deutungen

Aus christlicher Sicht sind die historischen, politischen und sozialpsychologischen Ursachen der Diskriminierung von Christen real, erfassen jedoch nicht die ganze Wirklichkeit. Biblisch-theologische Erklärungsmuster sind nicht nur dort erforderlich, wo andere Erklärungen unzureichend erscheinen. Jenseits der sichtbaren Wirklichkeit gibt es eine unsichtbare Wirklichkeit, die der Apostel Paulus als „ewig" und nicht als „zeitlich" bezeichnet (2 Kor 4,18).[29]

---

[26] Gordon W. Allport, [1954] 1979. *The Nature of Prejudice*. 25th Anniversary Edition. Reading, MA: Addison-Wesley, 41–43.

[27] Siehe Christof Sauer, 2009. "The Religious Other as a Threat: Religious Persecution as an Expression of Xenophobia – a Global Survey of Christian-Muslim Convivience", *Missionalia* 37, 88.

[28] Siehe Timur Kuran, 2011. *The Long Divergence: How Islamic Law Held Back the Middle East*. Princeton, NJ: Princeton University Press, 189.

[29] Die Bibelzitate sind im englischen Original der King James Bible entnommen; in der deutschen Übersetzung wurden sie sinngemäß wiedergegeben.

Der Apostel Petrus setzt voraus (1 Petr 2,4–8), dass Christus als „Eckstein" des endzeitlichen Tempels Gottes für die Glaubenden „kostbar" ist, für diejenigen hingegen, die Gottes Anspruch in Christus nicht gehorchen, „ein Stein des Anstoßes und ein Fels des Ärgernisses". Vernon J. Sterk spricht daher zu Recht vom „konfrontativen Wesen des Evangeliums".[30]

Jesus selbst lehrt seine Jünger, dass Christen „um meines Namens willen" angegriffen werden (Joh 15,21). „Die Kirche leidet, weil die gegen Gott rebellierende Welt Christus hasst."[31]

Bisweilen erscheint das Ausmaß des Hasses gegen die sehr kleine christliche Minderheit in der Türkei irrational und verlangt deshalb umso unmittelbarer nach einer geistlichen Erklärung. Das biblische Buch der Offenbarung zeigt den Feind Gottes besonders hinter unwahren Anschuldigungen gegen die Kirche Jesu. Satan wird als „der Verkläger unserer Brüder" bezeichnet (Offb 12,10).

Damit sind einige Ursprünge der Vorurteile und der Diskriminierung von Christen in der Türkei zusammengefasst. Nun wenden wir uns den Reaktionen zu, die Christen im Umgang mit Diskriminierung empfohlen werden können.[32]

5 Wie sollten türkische Christen auf Diskriminierung reagieren

Vernon J. Sterk weist in seiner Studie über die Verfolgung in Chiapas in Mexiko darauf hin, dass angemessene christliche Reaktionen auf Verfolgung entscheidend für deren Auswirkungen auf die Kirche sind.[33] Christenverfolgung führt nicht zwangsläufig zu Gemeindewachstum und Erweckung. Weise und angemessene Reaktionen helfen der Kirche, unter Verfolgung zu überleben und möglicherweise sogar zu gedeihen.

5.1 Eine biblische Sicht der Verfolgung

Eine grundlegende Voraussetzung für angemessene Reaktionen auf Diskriminierung sollte eine fundierte biblische Sicht der Verfolgung sein. Jesus Christus selbst bereitete seine Jünger auf Verfolgung vor und deutete sie angemessen: „Haben sie mich verfolgt, so werden sie auch euch verfolgen" (Joh 15,20). Der

[30] Vernon J. Sterk, 2019. *Surviving Persecution: How to Understand, Prepare, and Respond*. Eugene, OR: Wipf & Stock, 64.

[31] Christof Sauer, 2010. "Bad Urach Statement – Towards an Evangelical Theology of Suffering, Persecution and Martyrdom for the Global Church in Mission", in Christof Sauer und Richard Howell (Hg.), *Suffering, Persecution and Martyrdom – Theological Reflections*. Bonn: VKW (Religious Freedom Series, Bd. 2), 49.

[32] Siehe Häde 2017, 197–260.

[33] Siehe besonders Sterk 2019, xxi–xxii.

Apostel Paulus nahm Verfolgung in die Grundlagen der Unterweisung neuer Gläubiger auf: „Wir müssen durch viele Bedrängnisse in das Reich Gottes eingehen“ (Apg 14,22). Wenn Christen nicht verstehen, dass Leiden um des Evangeliums willen normal ist, sind sie möglicherweise unvorbereitet und enttäuscht, sobald Schwierigkeiten auftreten.

5.2 Gewissheit über die eigene Identität in Christus

Die wichtigste Form der Verfolgung in der Türkei besteht in einem stetigen Strom negativer Äußerungen und Verleumdungen über Christen.

Christen müssen ihre eigene Wahrnehmung christlicher Identität schützen:

Auch neue Christen könnten eine „Minderheitenpsyche“ mit all ihren negativen Seiten entwickeln. Sie könnten den Mut verlieren, einen positiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, und sich selbst als minderwertig wahrnehmen. Umgekehrt könnten Christen eine sektiererische Haltung entwickeln, in einem eigenen gesellschaftlichen Ghetto zu leben versuchen und sich insgeheim „den anderen“ überlegen fühlen.[34]

Die Bedeutung einer tiefen Kenntnis der wahren christlichen Identität als Gegenmittel gegen die Versuche der Verfolger, christliche Identität negativ zu bestimmen, wird im Ersten Petrusbrief besonders deutlich. Er richtet sich an Christen, die vor allem verbaler Diskriminierung ausgesetzt waren. Petrus erinnert die Empfänger in Anatolien immer wieder daran, wer sie aus Gottes Sicht sind: von Gott erwählt und auserwählt (1,2; 2,4; 2,9). Sie sind „lebendige Steine“ (2,4) im endzeitlichen Tempel Gottes und dazu berufen, als „königliches Priestertum“ (2,9) zu dienen. Miroslav Volf formuliert treffend: „Nur diejenigen, die sich nicht von ihren Feinden definieren lassen, können sie segnen.“[35]

5.3 Offenheit für Kritik

Viele Anschuldigungen in der Türkei waren und sind maßlos übertrieben oder schlicht gelogen.[36] Das erschwert es Christen, sich mit der gegen sie und besonders gegen ihre missionarischen Aktivitäten gerichteten Kritik auseinanderzusetzen. Christen in der Türkei sollten sich jedoch davor hüten, sämtliche Vorwürfe vollständig zu ignorieren. Der arabische Christ Tony Maalouf warnt: „Auch wenn Missionare und christliche Mitarbeiter bereit sein sollten, ihr

[34] Wolfgang Häde, 2012. “Persecution as a Battle for Defining Identity: Reflections from Turkey”, *International Journal for Religious Freedom* 5(1), 94–95.

[35] Miroslav Volf, 1994. “Soft Difference: Theological Reflections on the Relation Between Church and Culture in 1 Peter”, *Ex auditu* 10, 21.

[36] Siehe Häde 2017, 122–125.

Leben für das Evangelium Christi hinzugeben, kann es notwendig sein, innezuhalten und einige der Faktoren zu analysieren, die hinter der Ablehnung der Botschaft des Evangeliums im arabischen und muslimischen Kontext stehen."[37]

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Kritik kann, wo erforderlich, zu Korrektur und sogar Umkehr oder zu einer besseren Apologetik im türkischen Kontext führen.[38] Erste Versuche apologetischer Schriften in türkischer Sprache liegen bereits vor.[39] Armand Aupiais bezeichnet in einem Beitrag von 2021 die im türkischen Mainstream verbreitete Wahrnehmung der *misyoner faaliyetleri* (missionarischen Aktivitäten) als „Missionars-Schimäre"[40] und bietet eine gründlichere Darstellung dessen, was die protestantische Gemeinschaft insbesondere in Istanbul bewegt.[41]

5.4 Ethische Leitlinien für die christliche Mission

Wie Elmer Thiessen gezeigt hat, ist Mission für die Nachfolger Jesu Christi nicht nur eine ethische Notwendigkeit; sie muss zugleich auf eine ethisch verantwortliche Weise geschehen, die dem Wesen und dem Dienst Jesu selbst entspricht.[42]

In dem Bemühen, eine Ethik christlicher Mission zu formulieren und zu veröffentlichen, entstanden mehrere Dokumente. Das bekannteste unter ihnen ist die Erklärung „Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt: Empfehlungen für einen Verhaltenskodex".[43] Sie wurde am 28. Juni 2011 vom Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog der römisch-katholischen Kirche, vom Ökumenischen Rat der Kirchen und von der Weltweiten Evangelischen Allianz veröffentlicht.

Wie der Titel erkennen lässt, gibt die kurze Erklärung „Empfehlungen" und keine verbindlichen Regeln. Christen in der Türkei können jedoch auf dieses ausgewogene Dokument verweisen, wenn ihnen massiv unethische Missions-

---

37 Tony Maalouf, 2008. "Missions in the Context of Violence in the Middle East", in Keith E. Eitel (Hg.), *Missions in Contexts of Violence*. Pasadena: William Carey Library, 378.

38 1 Petr 3,15: „Seid aber jederzeit bereit zur Verantwortung jedem gegenüber, der Rechenschaft von euch über die Hoffnung in euch fordert." Das Wort „Verantwortung" entspricht hier dem griechischen *apologia*, von dem sich „Apologetik" ableitet.

39 Siehe Häde 2017, 200–201.

40 Armand Aupiais, 2021. "From Missionaries to Missionary Labour: Hypotheses on Contemporary Evangelicalism in Istanbul (Turkey)", in Norig Neveu, Karène Summerer-Sanchez und Annalaura Turiano (Hg.), *Missions and Preaching: Comparing and De-compartmentalising the Study of the Missionary Phenomenon. Middle East-Northern Africa.* Leiden: Brill, 92.

41 Aupiais, 92–124.

42 Elmer J. Thiessen, 2018. *The Scandal of Evangelism: A Biblical Study of the Ethics of Evangelism*. Eugene, OR: Cascade Books.

43 World Council of Churches u. a., 2011. *Christian Witness in a Multi-Religious World: Recommendations for Conduct*, https://tinyurl.com/2r6tkf3u.

methoden vorgeworfen werden. So werden Christen in der Türkei beschuldigt, für Konversionen Geld oder eine Ausbildung im Ausland zu versprechen, Dollarscheine in verteilte Neue Testamente zu legen, junge Muslime mit attraktiven Frauen anzulocken oder Menschen durch Drohungen zur Konversion zu zwingen.[44] Christliche Missionare können ihre Bindung an die Leitlinien der genannten Erklärung darlegen, um sich von sämtlichen unethischen Missionsmethoden zu distanzieren – unabhängig davon, ob es solche Fälle tatsächlich gibt oder ob es sich lediglich um Verleumdungen handelt.

5.5 Niemals ein Christentum ohne Mission akzeptieren

Angriffe gegen Christen in der Türkei richten sich überwiegend gegen missionarische Aktivitäten. Das Bewusstsein für unethische Methoden der Missionsarbeit – sofern sie vorkommen – darf niemals dazu führen, ein Christentum ohne Mission zu akzeptieren. Selbst eine Untersuchung der christlichen Missionswissenschaft durch einen islamischen Gelehrten in der Türkei kam zu dem Schluss, dass die Kirche damit ihre *raison d'être*, ihren Daseinsgrund, verleugnen würde.[45]

Theologisch ist es für die Kirche unmöglich, sich nicht an der *missio Dei*, dem Auftrag Gottes, ein Volk für sich zu retten, zu beteiligen. „Der Missionsgedanke ist aufs Engste mit seinem [Gottes] Heilsplan verbunden, der von der Schöpfung zur Neuschöpfung führt."[46] Diese Aussage ist biblisch eindeutig, muss heute jedoch gegen die islamische Vorstellung verteidigt werden, das Christentum habe zwar ein Existenzrecht, bleibe aber grundsätzlich dem Islam untergeordnet und dürfe unter Muslimen keine missionarischen Absichten verfolgen. Die Unverzichtbarkeit der Mission als Ruf zum Glauben an Christus wird zudem von einer pluralistischen Religionstheologie[47] und von anderen Ausprägungen eines Christentums angegriffen, die Jesus nicht als den einzigen Namen anerkennen, in dem das Heil zu finden ist (vgl. Apg 4,12).

5.6 Ein gutes Leben führen

Petrus schrieb seinen ersten neutestamentlichen Brief in einem Kontext, der der heutigen Situation in der Türkei ähnelt. Christen waren verbalen Angriffen

---

[44] Siehe Häde 2017, 123–124 und 134–135.

[45] Süleyman Turan, 2011. *Misyoloji. Hıristiyan Misyon Bilimi* [Missionswissenschaft. Christliche Missionswissenschaft]. Ankara: Sarkaç, 18.

[46] Andreas O. Köstenberger und Peter T. O'Brian, 2001. *Salvation to the Ends of the Earth: A Biblical Theology of Missions*. Leicester: InterVarsity, 25.

[47] Siehe etwa das Buch seines wichtigsten Vertreters: John Hick, 1980. *God Has Many Names*. Louisville, KY: Westminster John Knox Press.

ausgesetzt. Die Nachbarn der Nachfolger Jesu hielten sie für befremdlich (1 Petr 4,4) und redeten „gegen euch als Übeltäter“ (2,12). Sie neigten dazu, Christen zu „verleumden“ und „fälschlich zu beschuldigen“ (3,16).

Die wichtigste christliche Antwort, die Petrus zu empfehlen scheint, ist ein gutes Leben. Der Anblick „eurer guten Werke“ kann sogar diejenigen, die Christen beschuldigen, dazu bringen, Gott zu verherrlichen, also umzukehren (2,12). Christen sind dazu berufen, „durch Gutestun die Unwissenheit der unverständigen Menschen zum Schweigen“ zu bringen (2,15). Infolgedessen sollen diejenigen „zuschanden werden, die euren guten Wandel in Christus verleumden“ (3,16).

Gutes zu tun sollte auch eine Strategie für Christen in der Türkei sein. Einige Wochen nach den verheerenden Erdbeben vom 6. Februar 2023 im Südosten der Türkei sah ich ein TikTok-Video. Einige religiöse Muslime sprachen darin über die christliche Erdbebenhilfe. Sie beklagten, die jungen Christen seien sehr freundlich zu den Menschen und reinigten sogar regelmäßig einen kleinen Park. Dieses Verhalten deuteten sie als böse missionarische Strategie. Zahlreiche Türken kommentierten das Video auf der Website. Die große Mehrheit lobte die Christen und forderte die Ankläger auf, selbst damit zu beginnen, Parks zu reinigen.

5.7 Unrecht ertragen

Der Erste Petrusbrief und andere apostolische Schriften versprechen jedoch nirgends, dass eine ethisch verantwortliche Missionspraxis und ein gutes Leben jeden Menschen zufriedenstellen und überzeugen werden. Christen sollten alle ethisch vertretbaren Mittel einsetzen, um Verfolgung zu vermeiden oder zu verringern; zugleich sollten sie bereit sein, Leiden zu ertragen.

Petrus fordert Christen nicht nur dazu auf, zum Leiden bereit zu sein, sondern stellt ihr Leiden in einen tiefen christologischen Zusammenhang. Christen sind berufen, Leiden zu ertragen, „weil auch Christus für uns gelitten und uns ein Vorbild hinterlassen hat, damit ihr seinen Fußspuren nachfolgt“ (1 Petr 2,21). Der Apostel Paulus betrachtet es sogar als Gnade, „für ihn zu leiden“ (Phil 1,29). Er sehnt sich nach der „Gemeinschaft seiner Leiden“, indem er „seinem Tod gleichgestaltet“ wird (Phil 3,10). In Ländern wie der Türkei, in denen Christen Druck erfahren, muss ihnen vermittelt werden, dass die Nachfolge Christi keine Garantie dafür ist, dass alle Schwierigkeiten verschwinden. Vielmehr gehört das Leiden zur Nachfolge des leidenden Christus.

Auf diesem Weg verspricht Christus seinen Nachfolgern besonderen Beistand. In Zeiten der Verfolgung wird der Heilige Geist durch sie sprechen (Mt 10,20; vgl. auch 1 Petr 4,14), und jedes einzelne Haar auf ihrem Kopf steht unter der Obhut ihres himmlischen Vaters (Mt 10,30).

6 Schlussfolgerungen

In der heutigen Türkei begegnet uns ein komplexes Geflecht von Ursachen für Vorurteile und Diskriminierung gegenüber der kleinen christlichen Minderheit. Die bis in den frühen Islam zurückreichende Vorstellung von Christen als untergeordnetem Volk innerhalb eines islamischen Reiches wirkt weiterhin stark. Die lange Geschichte der Konfrontation mit „christlichen" Mächten während des Niedergangs des Osmanischen Reiches reichte bis zur Gründung der Republik Türkei. Beim Aufbau der neuen Nation wurden Christen eher als fortdauernde Gefahr denn als Menschen wahrgenommen, die einen Beitrag zu Staat und Gesellschaft leisten.

Aus biblischer und historischer Sicht wäre es falsch, zu erwarten, dass Verfolgung die Kirche Christi in der Türkei von selbst läutert. Vielmehr benötigt die Kirche Läuterung und geistliche Erkenntnis, um auf Verfolgung vorbereitet zu sein. Wie sie auf Vorurteile und Anschuldigungen reagiert, beeinflusst deren Folgen.

Christen in der Türkei benötigen daher eine klare biblische Sicht des Leidens als Nachfolger des leidenden Christus. Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf der Identität der Gläubigen in Christus liegen, die ein Gegenmittel zu den falschen Zuschreibungen ihrer Verfolger bildet.

Die Leiter christlicher Gemeinschaften müssen bereit sein, die gegen sie und ihre Missionspraxis erhobene Kritik ehrlich zu prüfen. Ethische Leitlinien für die Mission können nicht nur der Selbstkorrektur dienen, sondern auch eine Grundlage für öffentliche Apologetik bilden. Die Unverzichtbarkeit aktiver Mission für die Kirche Jesu darf jedoch niemals verleugnet werden.

Ein gutes und vorbildliches Leben in der türkischen Gesellschaft ist nicht nur ein Erfordernis christlicher Lebensführung. Es kann auch dazu beitragen, dass manche Mitglieder der Gesellschaft ihren christlichen Nachbarn stärker vertrauen als den gegen sie gerichteten Anschuldigungen. Dennoch wird das Leiden um Christi willen stets zum authentischen christlichen Leben gehören.

Weitere Forschungen sollten untersuchen, wie Christen in der Türkei – insbesondere die in der Mission besonders aktiven Protestanten – tatsächlich auf Verfolgung reagieren.[48]

[48] Eine Studie aus dem Jahr 2017 untersucht die Bemühungen religiöser Minderheiten in der Türkei um die Sicherung ihrer Religionsfreiheit. Sie konzentriert sich jedoch auf die (nichtchristlichen) Aleviten und zwei bedeutende orthodoxe Minderheiten, die Armenier und die Aramäer. Siehe Mehmet Bardakci, Annette Freyberg-Inan, Christoph Giesel und Olaf Leisse, 2017. *Religious Minorities in Turkey: Alevi, Armenians, and Syriacs and the Struggle to Desecuritize Religious Freedom*. London: Palgrave Macmillan.

THEMATISCHE BEITRÄGE

Der totalitäre Staat damals und heute

Eine theologische Analyse[1]



Torbjörn Johansson, Dr. theol., ist schwedischer Theologe und seit 2014 Rektor der Lutheran School of Theology (Församlingsfakulteten) in Göteborg, an der er seit ihrer Gründung 1993 lehrt. Er wurde 1999 an der Universität Lund im Fach Systematische Theologie promoviert. Seine Dissertation behandelt zentrale Fragen der Reformation und die Augustinus-Rezeption bei Martin Chemnitz. Johanssons Lehr- und Forschungsschwerpunkte liegen in der systematischen Theologie, der lutherischen Bekenntnistradition, der Reformationstheologie und der theologischen Hermeneutik. Er ist Verfasser und Herausgeber zahlreicher theologischer Veröffentlichungen. (Bild: © privat)

1 Einleitung

Um die gegenwärtige Situation in einem bestimmten Land beurteilen zu können, muss man eine Vorstellung davon haben, was ein Staat seinem Wesen nach ist und wie ein idealer Staat aussieht. Unter allen möglichen Analysen eines Staates – etwa historischen, politischen oder philosophischen – ist aus christlicher Sicht die theologische Analyse die grundlegendste. In diesem Beitrag untersuche ich die Frage des totalitären Staates und der Religionsfreiheit ausgehend von einem biblischen und bekenntnisgebundenen Verständnis des Staates. Ein theologisches Verständnis des Staates und seiner legitimen Aufgaben macht totalitäre Tendenzen erkennbar.

Mein Schwerpunkt liegt nicht auf Situationen, in denen der Totalitarismus offensichtlich ist, wie in kommunistischen und islamischen Staaten, sondern auf Zusammenhängen, in denen totalitäre Züge unerwarteter hervortreten

[1] Dieser Beitrag erschien erstmalig in: International Journal for Religious Freedom, Vol. 18, Nr. 1 (2025), S. 77–92, unter: https://ijrf.org/index.php/home/article/view/348/365. Übersetzung aus dem Englischen und Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

können. Aus theologischer Sicht kann, wie sich zeigen wird, eine Demokratie totalitär sein, während Formen der Autokratie nicht zwangsläufig totalitär sein müssen.[2]

Die Überschrift „Der totalitäre Staat damals" bezieht sich auf die totalitären Staaten, die im 20. Jahrhundert in Europa entstanden. Ich untersuche den Nationalsozialismus in Deutschland, der Christen dazu zwang, über die angemessenen Grenzen staatlichen Eingreifens nachzudenken. Die Anwendung dieser Überlegungen soll helfen, gegenwärtige Situationen zu beurteilen. In den betrachteten Fällen aus Deutschland und Norwegen ließen sich die Theologen nicht nur unmittelbar von der Heiligen Schrift, sondern auch vom theologischen Erbe der Reformation leiten.

Meines Erachtens besteht eine Kontinuität zwischen dem totalitären Staat in seiner nationalsozialistischen Gestalt und den totalitären Zügen, die im modernen Wohlfahrtsstaat auftreten. In beiden Fällen bietet ein theologisches Staatsverständnis eine tragfähige Grundlage für die Kritik staatlichen Handelns; das Erbe der lutherischen Reformation kann dabei ein besonders hilfreiches Instrument sein. Deshalb werde ich zunächst das Staatsverständnis der Reformatoren betrachten. Anschließend wird untersucht, wie es in der Kritik am Nationalsozialismus fruchtbar gemacht wurde und wie es auf die heutige Situation angewandt werden kann.

2 Die Reformation und der Staat

Die lutherischen Reformatoren verstanden das menschliche Leben im Rahmen dreier verschiedener „Stände" oder Ordnungen: *politia*, *oeconomia* und *ecclesia*. Diese Einteilung und Begrifflichkeit übernahmen sie aus dem Mittelalter, veränderten ihre Bedeutung jedoch entsprechend ihrem Schriftverständnis. Zentrale theologische Einsichten der Reformation, etwa die Lehre vom allgemeinen Priestertum und die Berufungslehre, spielten bei dieser Umgestaltung der Ständelehre eine wichtige Rolle. Das Verständnis der Reformatoren fand Eingang in die Bekenntnisschriften. Die drei Stände werden in den beiden grundlegendsten Dokumenten des Konkordienbuches behandelt: im Augsburger Bekenntnis (*Confessio Augustana*, 1530) und in Luthers Kleinem Katechismus (1529).[3]

---

[2] Dietrich Bonhoeffers Widerstand gegen den totalitären Staat verband sich mit seinen Zweifeln an der Demokratie. Aus Bonhoeffers Sicht war die Demokratie der Weg, auf dem Hitler und die NSDAP in Deutschland an die Macht gelangten. Siehe Wolf Krötke, *Karl Barth and Dietrich Bonhoeffer: Theologians for a Post-Christian World* (Grand Rapids, MI: Baker, 2019), 227.

[3] In einigen großen lutherischen Kirchen, darunter den Kirchen Norwegens und Dänemarks, wurde nicht das gesamte Konkordienbuch anerkannt, sondern nur diese beiden Schriften

Artikel 16 des Augsburger Bekenntnisses befasst sich mit dem Leben in der Gesellschaft. Philipp Melanchthon schreibt, dass das Evangelium weder die staatliche Ordnung noch die Familie aufhebe (*non dissipat politiam aut oeconomiam*), sondern beide als Ordnungen Gottes (*ordinationes Dei*) anzusehen seien.[4] Er kritisiert den Anspruch römisch-katholischer Theologen, christliche Vollkommenheit verlange das Verlassen von Haus und Familie – eine implizite katholische Befürwortung des Mönchtums. Außerdem werden täuferische Gruppen dafür kritisiert, dass sie sich der Mitwirkung an der weltlichen Ordnung, etwa durch das Ablegen von Eiden, verweigerten. Demgegenüber bejaht Melanchthon *politia* und *oeconomia* und schreibt, das Evangelium fordere „vollständig (*maxime*) die Bewahrung beider als Ordnungen Gottes und die Ausübung der Liebe innerhalb dieser Ordnungen". Ein christlicher Bürger ist verpflichtet, der Obrigkeit zu gehorchen, sofern sie ihm keine sündige Handlung befiehlt.[5] Melanchthon verweist hier auf die sogenannte *clausula Petri*, also auf die Worte des Petrus in Apostelgeschichte 5,29, wonach ein Christ Gott mehr gehorchen muss als den Menschen.

Melanchthon verwendet die drei Begriffe *politia*, *oeconomia* und *ecclesia*, um das menschliche Leben in Gesellschaft und Kirche zu beschreiben. Jeder Christ ist in alle drei Stände berufen; alle drei unterstehen Gott und seinen Geboten. Der Gehorsam gegenüber dem Staat wird allein durch die Verpflichtung der Christen begrenzt, einem sündigen Befehl nicht zu folgen. Dazu kam es später im 16. Jahrhundert, als Fürsten durch verschiedene Erlasse versuchten, die Kirche zur Annahme von Zeremonien und Lehren zu zwingen, die der Bibel widersprachen.

Ein weiterer wichtiger Artikel des Augsburger Bekenntnisses über die staatliche Autorität ist Artikel 28, „Von der Gewalt der Bischöfe". Er behandelt vor allem das Verhältnis zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt und befasst sich mit Bischöfen, die zugleich weltliche Macht besaßen. Die geistliche Gewalt wird durch das Wort Gottes ausgeübt, die weltliche letztlich durch das Schwert. Beide Gewalten, Staat und Kirche, kommen von Gott und sind „als die beiden höchsten Gaben Gottes auf Erden" zu achten.[6] Entscheidend ist jedoch ihre Trennung; keine darf in den Zuständigkeitsbereich der anderen eingreifen. Artikel 28 verurteilt Fälle einer solchen Vermischung scharf: „Denn die weltliche Gewalt hat mit ganz anderen Dingen zu tun als das Evangelium. Die weltliche Gewalt schützt nicht die Seele, sondern schützt mit dem Schwert und leiblichen

zusammen mit den drei altkirchlichen Glaubensbekenntnissen – dem Apostolischen, dem Nizänischen und dem Athanasianischen.

4 *The Book of Concord: The Confessions of the Evangelical Lutheran Church*, hg. von Robert Kolb und Timothy Wengert (Minneapolis: Fortress, 2000), 47–51.

5 *Book of Concord*, 51.

6 *Book of Concord*, 92.

Strafen Leib und Gut gegen äußere Gewalt."[7] Wie Artikel 16 festhält, stammen beide Gewalten als Gaben von Gott. Sie betreffen unterschiedliche Bereiche der Wirklichkeit – Seele und Leib – und bedienen sich unterschiedlicher Mittel, um ihre Ziele zu erreichen.[8]

In Luthers Kleinem Katechismus begegnet dieselbe theologische Grundidee wie in der *Confessio Augustana*: Das christliche Leben soll sich innerhalb der bestehenden Ordnungen dieser Welt vollziehen. Der Katechismus endet mit der sogenannten Haustafel. So nennt Luther die neutestamentlichen Abschnitte mit Ermahnungen an verschiedene Gruppen in der Kirche. Er schreibt, sie seien für „allerlei heilige Ordnungen und Stände" bestimmt. Mit dem Ausdruck „heilige Ordnungen" spielt Luther auf die verschiedenen Mönchsorden an. Demgegenüber vertritt er die Auffassung, dass die von Gott eingesetzten Ordnungen – *politia*, *oeconomia* und *ecclesia* – die wahren heiligen Stände seien.[9]

Luther entfaltet diesen Gedanken in seinem 1528 und damit ein Jahr vor dem Kleinen Katechismus verfassten *Bekenntnis vom Abendmahl Christi*. Auch dort spricht er von „heiligen Ordnungen", die von Gott eingesetzt sind und das geistliche Amt, die Ehe und die weltliche Obrigkeit umfassen. Sie können heilig genannt werden, weil Gott sie geboten hat. So hat er den Heiligen zu leben befohlen, und deshalb sind diese Ordnungen heilig: „Denn Gottes Wort ist heilig und heiligt alles, was mit ihm verbunden und in ihm beschlossen ist."[10]

In diesen zentralen Bekenntnisschriften wird deutlich, wie hoch die Reformatoren das Leben in *politia* und *oeconomia* einschätzten. Das Leben in Staat und Familie verkörpert keinen niedrigeren Grad der Vollkommenheit; im Gegenteil, es ist das gute Leben, das Gott in seinem Wort geordnet hat. Luther konnte behaupten, seit den Tagen der Apostel habe niemand die Obrigkeit so hoch erhoben wie er.[11] Wie wir gesehen haben, bedeutet die christliche Unterordnung unter den Staat jedoch keinen blinden Gehorsam. Beachtet der Staat Gottes Gebote nicht, muss ihm der Gehorsam verweigert werden.

Eine genauere Unterscheidung zwischen *oeconomia* und *politia* findet sich in Luthers Auslegung des vierten Gebots im Großen Katechismus.[12] Dort beschreibt er, wie alle Autorität in der Gesellschaft letztlich auf die Autorität der Eltern zurückgeht. Als Beispiel nennt Luther einen Vater, der sein Kind nicht selbst unterrichten kann und deshalb einen Schulmeister hinzuzieht: „So stehen alle, die Herren heißen, an der Stelle der Eltern und müssen von ihnen ihre

7 *Book of Concord*, 92.
8 *Book of Concord*, 92 f.
9 *Book of Concord*, 365; vgl. 365, Anm. 111.
10 *Luther's Works: American Edition*, Bd. 37, hg. von Robert H. Fischer (Philadelphia: Fortress, 1961), 365.
11 *Luther's Works: American Edition*, Bd. 46, hg. von Robert C. Schultz (Philadelphia: Fortress, 1967), 95.
12 *Book of Concord*, 400–410.

Macht und Befugnis zu regieren herleiten."[13] Das Verhältnis zwischen elterlicher Verantwortung und Schule ist ein offensichtlicher möglicher Konfliktbereich zwischen einem totalitären Staat einerseits und Kirche und Familie andererseits, wie weiter unten zu sehen sein wird.

Wir haben zentrale Texte der lutherischen Bekenntnistradition betrachtet. Die darin gezogenen Linien sind vergleichsweise klar und einfach; geistliche und weltliche Gewalt werden deutlich voneinander abgegrenzt. Bei der Anwendung und Übertragung in konkrete Politik können jedoch schwierige Abwägungen entstehen, mit denen sich schon Luther und Melanchthon auseinandersetzen mussten. Das Problem wurde sichtbar, als Thomas Müntzer mit einer von Luthers Theologie grundverschiedenen Lehre hervortrat.[14] Nach Müntzer sollte auf Erden ein Reich Gottes errichtet werden. Seine Mittel sollten, wie im Alten Testament, Gewalt und Schwert sein. Müntzer arbeitete auf verschiedene Weise mit den Bauernaufständen zusammen und brachte schließlich ein Heer zusammen. Als Luther der Obrigkeit riet, gegen Müntzer einzuschreiten, könnte auf den ersten Blick der Eindruck entstehen, er habe von ihr verlangt, die Grenze zwischen weltlichem und geistlichem Bereich zu überschreiten. Für Luther war Müntzer jedoch nicht nur ein Irrlehrer, sondern auch ein Revolutionär. Da es Aufgabe des Fürsten war, Frieden und Recht im Land zu wahren, durfte er mit Gewalt eingreifen.[15]

Der Fall Müntzer verdeutlicht, wie schwierig die Grenzziehung zwischen den Bereichen sein kann. Die religiöse Dimension oder Sphäre umfasst mitunter eine politische, weltliche Dimension, die das Handeln der Obrigkeit beeinflusst: „Sie sind nicht allein Ketzer, sondern Aufrührer."[16] Die politische, weltliche Dimension kann das Eingreifen der Staatsgewalt in etwas rechtfertigen, das primär eine Frage des Glaubens und der Theologie ist und daher außerhalb ihres Mandats liegt. Daraus folgt, dass es nicht genügt, Staat und Religion lediglich als formale Begriffe innerhalb einer Struktur zu betrachten. Aus christlicher Sicht wird die Frage staatlichen Handelns auch zu einer inhaltlichen Frage: Stimmen die Maßnahmen und Werte, welche die Obrigkeit fördern will, mit Gottes Geboten überein? Auf diese Frage werden wir am Ende des Beitrags zurückkommen.

---

13 *Book of Concord*, 406.

14 Zu Müntzers Position siehe *Der Theologe Thomas Müntzer: Untersuchungen zu seiner Entwicklung und Lehre*, hg. von Siegfried Bräuer und Helmar Junghans (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1989).

15 Luther formulierte seine Position allgemein – möglicherweise mit Blick auf Thomas Müntzer – in einer Auslegung von Psalm 82 (1530). Siehe *Luther's Works: American Edition*, Bd. 13, hg. von Jaroslav Pelikan (Saint Louis: Concordia Publishing House, 1956), 61.

16 *Luther's Works: American Edition*, Bd. 13, 61.

Luthers Auseinandersetzung mit Müntzer kann auch erklären, wie sich in der lutherischen Kirche das landesherrliche Kirchenregiment entwickelte, also die Vorstellung, dass der Fürst zugleich Leiter der Kirche in seinem Territorium sei. Wie erläutert, gibt es nach Luther berechtigte Fälle, in denen ein Fürst gerade in seiner Eigenschaft als Fürst gegen eine Irrlehre einschreiten kann. Zugleich war der Fürst nicht nur Herrscher, sondern auch Mitglied der Kirche und konnte als solches, besonders in einer Notsituation, an deren Leitung mitwirken. Streng genommen handelte er in kirchlichen Angelegenheiten nicht als Fürst, sondern als christlicher Bruder in der Gemeinde.[17] Ursprünglich wurde dieses System mit dem Fehlen funktionsfähiger kirchlicher Strukturen gerechtfertigt, später jedoch verstetigte es sich. Über die Rollen Melanchthons und Luthers in den 1530er Jahren bestehen unterschiedliche Auffassungen, die hier nicht behandelt werden können. Den anerkannten Bekenntnisschriften sollte jedoch ein besonderer Rang zukommen. So interessant die Frage ist, wie Melanchthon und Luther mit den auftretenden Problemen umgingen, bleiben ihre übrigen Schriften private Äußerungen, die Orientierung geben können, aber keine bindenden Bekenntnisschriften darstellen.[18]

Damit sind die Hauptzüge des lutherisch-reformatorischen Verständnisses des Lebens in Kirche und Staat skizziert. Es ist selbstverständlich von den Bedingungen seiner Zeit geprägt, stellt in seinen Grundzügen jedoch eine Auslegung der Bibel dar, die an andere geschichtliche Situationen angepasst und auf sie angewandt werden kann. Nun soll untersucht werden, wie dies unter dem Druck des Nationalsozialismus in der totalitären Situation Deutschlands und Norwegens geschah und wie es sich auf heutige Verhältnisse übertragen lässt.

---

17 James M. Estes, der die Auffassung vertritt, Luther habe unter dem Einfluss Melanchthons seine Position zur Rolle der Obrigkeit verändert, nennt dies eine „schwerfällige Unterscheidung". Estes, "The Role of Godly Magistrates in the Church: Melanchthon as Luther's Interpreter and Collaborator", *Church History* 67:3 (1998), 473: „Ebenso war die schwerfällige Unterscheidung zwischen dem Fürsten, der bisweilen als Fürst, bisweilen als christlicher Bruder und bisweilen als beides handelte, kaum ernst zu nehmen." Luther nahm sie jedoch offensichtlich ernst, wie seine ausführliche Verteidigung in den frühen Schriften zeigt. Siehe Karl Holl, „Luther und das landesherrliche Kirchenregiment", in *Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte I: Luther*, 3., vermehrte und verbesserte Aufl. (Tübingen: Mohr, 1923), 326–380. Estes' These wurde von David M. Whitford kritisiert: "Cura Religionis or Two Kingdoms: The Late Luther on Religion and the State in the Lectures on Genesis", *Church History* 73:1 (2004), 41–62. In jüngerer Zeit verteidigte Peter Olsen Estes' Deutung: "Augustine and Luther on Toleration and Coercion", *International Journal for Religious Freedom* 17:1 (2024), 79–91.

18 Vgl. Hermann Sasse, "Church Government and Secular Authority According to Lutheran Doctrine" (1935), in *The Lonely Way: Selected Essays and Letters*, Bd. 1, übers. von Matthew C. Harrison (Saint Louis: Concordia, 2002), 179: „Unsere Lehre muss vor allem aus den Bekenntnissen der Kirche gewonnen werden. Denn die Evangelisch-Lutherische Kirche hat gewiss nicht jeden einzelnen Gedanken des Reformators als ihre Lehre übernommen und jeden unter das ‚Wir glauben, lehren und bekennen' ihres Bekenntnisses gestellt."

3 Deutscher Widerstand: Das Betheler Bekenntnis von 1933

Der Begriff des totalitären Staates ist mit den politischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts verbunden. Die Frage, wie „totalitär" zu definieren ist, besitzt zahlreiche Aspekte; die Literatur zu diesem Phänomen ist umfangreich.[19] Bereits die Begriffsbestimmung ist Teil der Analyse und Kritik des Phänomens. Wie in der Einleitung erwähnt, setzt die Kritik des totalitären Staates eine Vorstellung vom idealen Staat voraus. Eine Stärke des oben umrissenen theologischen Staatsbegriffs besteht darin, dass er die Aufgabe des Staates klar begrenzt. Wie sich am deutschen Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat zeigen wird, war dies der entscheidende Ansatzpunkt der Kritik und damit zugleich Teil der Definition von „totalitär": Ein totalitärer Staat achtet die vom Schöpfer gesetzten Grenzen nicht mehr.

In Deutschland gelangte die Nationalsozialistische Partei durch demokratische Wahlen an die Macht und schaffte diese Demokratie anschließend ab. Einige Theologen schlugen jedoch nicht wegen der Abschaffung der Demokratie schon früh Alarm, sondern aus einem anderen Grund. Ihr theologisches Staatsverständnis ließ sie die tiefere Veränderung wahrnehmen, die begonnen hatte. Wie Seismografen registrierten sie eine Bewegung, die für andere erst später sichtbar wurde.

Die Theologen Dietrich Bonhoeffer und Hermann Sasse gehörten zu den Mitverfassern des sogenannten Betheler Bekenntnisses, das 1933 nach Hitlers Machtübernahme entstand.[20] Beide zählten zu Hitlers frühesten Gegnern. Während andere politische Gründe anführten, beruhte ihre Gegnerschaft auf theologischen Erwägungen. Der sich vor ihren Augen herausbildende totalitäre Staat achtete die Grenzen seines legitimen Handelns nicht mehr. Stattdessen wollte er das gesamte menschliche Leben erfassen und in dessen unterschiedliche Bereiche – Familie, Kindererziehung, Glaube und Werte – eingreifen, als stünde er über ihnen allen.

Das Betheler Bekenntnis entstand, nachdem deutlich geworden war, dass die kirchenpolitische Partei der Nationalsozialisten, die „Deutschen Christen", die Kirchenwahl gewonnen hatte. Die Opposition versuchte, sich um ein gemeinsames Bekenntnis zu sammeln. Das Betheler Bekenntnis vermochte diese

[19] Einen Überblick bietet Emilio Gentile, "Total and Totalitarian Ideologies", in *The Oxford Handbook of Political Ideologies*, hg. von Michael Freeden und Marc Stears (Oxford: Oxford University Press, 2013), 56–72.

[20] Zur Zusammenarbeit der beiden und zum Text des Bekenntnisses in englischer Übersetzung siehe Torbjörn Johansson, *Faith in the Face of Tyranny: An Examination of the Bethel Confession Proposed by Dietrich Bonhoeffer and Hermann Sasse in August 1933*, übers. von Bror Erickson (Irvine, CA: 1517 Publishing, 2023).

einigende Funktion jedoch nicht zu übernehmen; sie fiel 1934 der Barmer Theologischen Erklärung zu. Dennoch wurde das Betheler Bekenntnis als „ein leuchtendes, scharfes und eindrucksvolles Zeugnis dafür" bezeichnet, „welche theologische Arbeit im Sommer 1933 noch geleistet werden konnte".[21]

Im Betheler Bekenntnis behandelt der Artikel „Kirche und Staat" die umstrittenen Fragen.[22] Auffällig ist die Häufigkeit von Begriffen wie „Grenze" und „Begrenzung". Der Artikel betont, dass Kirche und Staat beide von Gott kommen, jedoch durch „unübersteigbare Grenzen" voneinander getrennt sind. Aufgabe des Staates ist es, das menschliche Leben zu schützen sowie Zucht und Ehre zu bewahren – unter Verweis auf Artikel 28 der *Confessio Augustana*. Die Kirche dagegen hat den Auftrag, die Botschaft von Christus und dem Heil in ihm zu verkündigen. Die Gefahr, welche die Bekenner vor Augen hatten, wird ausdrücklich benannt, wenn vor der „Anbetung einer unbegrenzten Autorität als Lebensspenderin und Lebensbringerin" gewarnt wird. Zusammenfassend ist die Frage nach den Grenzen für ein richtiges Verständnis staatlicher Autorität entscheidend. Überschreitet der Staat seine von Gott gesetzten Grenzen, begibt er sich auf Kollisionskurs mit der christlichen Kirche.

In einer an das Augsburger Bekenntnis erinnernden Weise warnt das Betheler Bekenntnis vor unterschiedlichen Formen der Vermischung geistlicher und weltlicher Gewalt. Die Kirche verkennt ihre Aufgabe, wenn sie politische Macht sein will und etwa verlangt, die Taufe müsse Voraussetzung der Staatsbürgerschaft sein. Ihr wahrer Dienst am Staat besteht vielmehr in „schriftgemäßer Verkündigung und Bekenntnis". Der entgegengesetzte Missbrauch liegt vor, wenn der Staat die Kirche als Werkzeug seiner eigenen Ziele einsetzen will. Der falsche Staat erträgt es nicht, von der Weltherrschaft Christi zu hören. Diese scharfe Kritik an der Vermischung der beiden Gewalten bedeutet, dass sämtliche Formen eines „christlichen Staates" abgelehnt werden. Die Aufgabe der Obrigkeit besteht unabhängig davon, ob sie über Heiden oder Christen herrscht, im rechten Gebrauch des Schwertes innerhalb ihrer Grenzen.[23]

Der Artikel über Kirche und Staat unterscheidet klar zwischen dem irdischen und dem himmlischen Bereich. Aufgabe des weltlichen Staates ist es, das irdische Leben zu schützen und zu erhalten, indem er das Schwert zur Abwehr des Bösen einsetzt. Die Kirche kann das irdische Leben nicht schützen. Zugleich ist dieses irdische Leben der Vergänglichkeit unterworfen und gehört zum „Reich des Todes". Das Heil ist etwas anderes und kommt allein durch Christus. Aufgabe der Kirche ist es, zu predigen und zu bekennen und dadurch den Menschen in das „Reich des Heils" zu führen.

---

21 Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1 (München: Propyläen Taschenbuch, 2000), 647.
22 Siehe Johansson, *Faith in the Face of Tyranny*, 48–49.
23 Johansson, *Faith in the Face of Tyranny*, 49.

Sasse und Bonhoeffer, die Hauptverfasser des Betheler Bekenntnisses, gehörten zu den Ersten, die das Böse im Nationalsozialismus erkannten und Alarm schlugen. Warum ließen sie sich nicht täuschen wie so viele ihrer Zeitgenossen?

Sasse, damals lutherischer Pfarrer in Berlin und später Professor für Kirchengeschichte in Erlangen, besaß eine klare Überzeugung davon, wie ein Staat beschaffen sein sollte. Diese verband er mit einem wachen Blick für die politische Wirklichkeit, die mit dem Erstarken des Nationalsozialismus entstand. Im Sommer 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtübernahme im Januar 1933, veröffentlichte Sasse einen Beitrag, der das Programm der Nationalsozialistischen Partei scharf kritisierte.[24]

Sasse argumentierte, Christen könnten das Parteiprogramm der Nationalsozialisten unmöglich akzeptieren. Besonders kritisierte er Punkt 24: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.“[25] Dass die Freiheit der Kirche als bedingt beschrieben und anderen Werten untergeordnet wurde, rief Sasses entschiedenen Widerspruch hervor: „Man mag dem Nationalsozialismus vielleicht all seine theologischen Sünden verzeihen; aber dieser Punkt 24 schließt jede Möglichkeit eines Gesprächs mit der Kirche aus, sei sie evangelisch oder katholisch.“[26] Für Sasse ging es damit letztlich um Religionsfreiheit, insbesondere um die Freiheit, das Evangelium ungehindert zu verkündigen. Klaus Scholder schreibt hierzu, Sasse habe sich von theologischen und nicht von politischen Erwägungen leiten lassen.[27]

Der amerikanische Theologe Ronald Feuerhahn hebt hervor, Sasses Kritik am Nationalsozialismus sei ein Beispiel geistlicher Unterscheidungskraft gewesen.[28] Weil Sasse die Aussagen der Schrift über übernatürliche Mächte ernst nahm, konnte er das Böse des frühen Nationalsozialismus klar erkennen. In einem Brief von 1936 schrieb er einem Freund in den Vereinigten Staaten, er habe Menschen zu Massenveranstaltungen gehen und völlig verwandelt zurückkehren sehen: „Man muss Nationalsozialismus, Faschismus und Bolschewismus als Verkörperungen großer übermenschlicher geistlicher Mächte im Sinne von Eph 6,12 verstehen, die ganze Völker unter ihre Gewalt bringen.“[29]

---

[24] Johansson, *Faith in the Face of Tyranny*, 20.

[25] Zum Parteiprogramm siehe https://tinyurl.com/ydathced.

[26] Im offiziellen Jahrbuch der evangelischen Kirchen, dem *Kirchlichen Jahrbuch*; hier zitiert nach Ronald Feuerhahn, “Hermann Sasse on Law and Gospel”, in *The Beauty and the Bands*, hg. von John R. Fehrmann, Daniel Preus und Bruce Lukas (Crestwood, MO: Luther Academy, 1995), 159–172, hier 161.

[27] Vgl. Feuerhahn, “Hermann Sasse on Law and Gospel”, 162.

[28] Feuerhahn, “Hermann Sasse on Law and Gospel”, 162–165.

[29] Feuerhahn, “Hermann Sasse on Law and Gospel”, 164.

Sasse bezeichnete die nationalsozialistische Bewegung als „unendlich schwer zu verstehen". Er erklärte, sie habe in den Herzen des christlichen Volkes Fuß gefasst, weil sie als politische Bewegung begann, viele christliche Werte vertrat und als Gegenkraft zum vorherrschenden Verfall wahrgenommen wurde. Dahinter entwickelte sich jedoch im Verborgenen etwas anderes; im Laufe der Zeit traten ihre „dämonischen und antichristlichen Mächte" hervor. Feuerhahn unterstreicht die Bedeutung dieser geistlichen Perspektive: „Für Sasse wurde das wahre Wesen dieser Ideologie gerade deshalb deutlich, weil er sie aus theologischer und nicht bloß politischer oder menschlicher Perspektive betrachtete. Er sah sie offen als ‚Kräfte', ‚Geister' und kosmische Mächte." Dies, so Feuerhahn weiter, unterschied Sasse von vielen anderen Theologen seiner Zeit, die lieber von „Ideen" als von „Geistern" sprachen.[30] Diese geistliche Dimension verband sich mit seinem Verständnis der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre.

Über Bonhoeffer, den anderen Hauptverfasser des Betheler Bekenntnisses, ist viel geschrieben worden. Für unseren Zusammenhang ist besonders seine theologische Analyse des Staates wichtig. Bereits 1933 besaß Bonhoeffer eine klare Vorstellung von den Grenzen, innerhalb deren der Staat handeln müsse. In seinem zwischen 1940 und 1943 entstandenen und nach seinem Tod veröffentlichten Manuskript der *Ethik* entwickelte er sein Verständnis von Gesellschaft und Staat, besonders in seinen Überlegungen zu den verschiedenen „Mandaten". Anstelle von „Amt", einem in der damaligen Theologie gebräuchlichen und auch von ihm selbst früher verwendeten Begriff, gebraucht Bonhoeffer nun „Mandat": „Unter ‚Mandat' verstehen wir den konkreten, in der Offenbarung Christi und im Zeugnis der Schrift begründeten göttlichen Auftrag."[31] Der Begriff „Amt" sei säkularisiert und so eng mit einem bürokratischen System verbunden worden, dass er nicht länger brauchbar sei. Mit „Mandat" versucht Bonhoeffer wiederzugewinnen, was zuvor mit „Ordnung", „Stand" oder „Amt" gemeint war.[32] Mandat bedeutet für ihn, dass ein Mensch mit göttlicher Vollmacht ausgestattet ist: „Der Träger des Mandats handelt stellvertretend, als Stellvertreter dessen, der den Auftrag erteilt hat."[33]

Bonhoeffer unterscheidet vier göttliche Mandate: Ehe, Arbeit, Obrigkeit und Kirche. Seine Ausarbeitung versteht er als Auslegung der lutherischen Drei-Stände-Lehre.[34] Deren bleibenden Wert sieht er darin, dass die Stände

---

30 Feuerhahn, "Hermann Sasse on Law and Gospel", 163 f.

31 *Dietrich Bonhoeffer Works*, Bd. 6, hg. von Clifford J. Green (Minneapolis: Fortress, 2005), 389.

32 *Dietrich Bonhoeffer Works*, Bd. 6, 389 f.

33 *Dietrich Bonhoeffer Works*, Bd. 6, 389. Vgl. Martin Luthers Auslegung des vierten Gebots im Großen Katechismus, wo die Eltern als „Gottes Stellvertreter" bezeichnet werden. Siehe *The Book of Concord: The Confessions of the Evangelical Lutheran Church*, hg. von Robert Kolb und Timothy Wengert (Minneapolis: Fortress, 2000), 401.

34 *Dietrich Bonhoeffer Works*, Bd. 16, hg. von Mark S. Brocker (Minneapolis: Fortress, 2006), 549.

nebeneinander und nicht hierarchisch als Über- und Unterordnung stehen. Daher darf weder die Obrigkeit in die Ordnung der Kirche eintreten noch die Kirche in die Ordnung der Obrigkeit übergreifen; Letzteres würde zu kirchlicher Fremdherrschaft führen.[35]

Bonhoeffers Verwendung des Mandatsbegriffs antwortet auf das Verständnis der „Schöpfungsordnungen" in der zeitgenössischen lutherischen Theologie. Manche damaligen lutherischen Theologen zählten auch Volk, Rasse, Klasse und Nation zu den gegebenen Ordnungen. Bonhoeffer will sie jedoch nicht unter die Mandate aufnehmen. Warum? Wie bereits erwähnt, begründet er die Mandate in seiner *Ethik* mit der Offenbarung Christi und dem Zeugnis der Schrift.[36] Ihre Zahl rechtfertigt er damit, dass die Bibel dem Menschen genau diese Aufgaben zuweist und ihnen Verheißungen beigibt. Hier aktiviert Bonhoeffer eines der Grundprinzipien der Reformation: *sola Scriptura*. In seiner Analyse und seinem Verständnis des Staates bindet er sich an das, was die Schrift über das Leben des Menschen in Staat, Gesellschaft und Kirche sagt. Dieses Verständnis biblischer Offenbarung führt ihn zu einer anderen Beurteilung der Lage als viele seiner zeitgenössischen Theologen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ihr theologisch begründetes Staatsverständnis Sasse und Bonhoeffer befähigte, die Vorgänge im nationalsozialistischen Deutschland zu erkennen.

4 Norwegischer Widerstand: Kirkens Grunn

Das Betheler Bekenntnis entstand 1933; ein Jahr später gewann die Barmer Theologische Erklärung die Unterstützung einer größeren Zahl deutscher Pfarrer. In den nordischen Ländern erschien 1942 mit *Kirkens Grunn* („Die Grundlage der Kirche") ein vergleichbares Bekenntnisdokument mit breiter Wirkung in Norwegen.[37] Zu den führenden Persönlichkeiten hinter diesem Bekenntnis

[35] *Dietrich Bonhoeffer Works*, Bd. 16, 549.

[36] *Dietrich Bonhoeffer Works*, Bd. 6, 389.

[37] Zum Text des Bekenntnisses siehe Torleiv Austad, *Kirkens Grunn: Analyse av en kirkelig bekjennelse fra okkupasjonstiden 1940–45* (Oslo: Luther forlag, 1974), 27–32. Eine englische Übersetzung bietet Torleiv Austad, "The Foundation of the Church: A Confession and a Declaration", *Kirchliche Zeitgeschichte* 28:2 (2015), 294–299. Austad behandelt die norwegische Position während des Krieges in einem größeren Zusammenhang in "Attitudes Toward the State in Western Theological Thinking", *Themelios* 16:1 (1990), 18–22. In Dänemark erschien im März 1944 mit "Kirken og Retten i den aktuelle Situation" („Kirche und Recht in der gegenwärtigen Lage") ein mit *Kirkens Grunn* vergleichbares Dokument, das jedoch nie eine ähnliche Bedeutung erlangte wie das norwegische. Verfasser war Regin Prenter, später Professor in Aarhus; unterstützt wurde es von Knud E. Løgstrup, Professor an der Universität Aarhus. Siehe Jørgen Glenthøy, *Kirkelige dokumenter fra besættelsetiden. Officielle og uofficielle hyrdebrev, bekendelser og erklæringer fra den danske kirke – samt et tillæg fra den norske kirke og den tyske Bekendelsekirke, udgivet i anledning av 40 års dagen for Danmarks befrielse 5. maj 1945*, 19–24.

gehörte Bischof Eivind Berggrav, der während eines Teils der Besatzungszeit inhaftiert war.[38] Im Anschluss an *Kirkens Grunn* legten die Pfarrer der norwegischen Staatskirche aus Protest gegen die von Vidkun Quisling geführte deutschfreundliche Partei *Nasjonal Samling* („Nationale Sammlung") ihre staatlichen Ämter nieder. Im Kern ging es bei *Kirkens Grunn* um die Freiheit der Kirche vom Staat. Auch dieses Bekenntnis enthält ein bestimmtes Verständnis vom Staat und seinem Auftrag.

Der fünfte Artikel trägt den Titel „Vom rechten Verhältnis der Christen und der Kirche zur Obrigkeit".[39] Im Einklang mit der *Confessio Augustana* betont er, dass Staat und Kirche beide von Gott kommen und nicht miteinander vermischt werden dürfen. Sie werden als zwei „Ordnungen" oder „Regimente" bezeichnet. Der Gehorsam gegenüber dem Staat wird eingeschärft, zugleich aber begrenzt. Gott wird als Herr über alle Ordnungen und über jede irdische Obrigkeit bekannt. Bewahrt der Staat Recht und Gerechtigkeit nicht, wird er zu einer dämonischen Macht. Ähnlich wie in Bonhoeffers Beschreibung des Mandats wird die parallele Stellung der beiden Ordnungen betont. Gegen Ende des Artikels warnt das Bekenntnis vor „totalitären Ansprüchen" auf die Herrschaft über die Gewissen.

Artikel 4 trägt den Titel „Vom Recht und der Pflicht der Eltern und der Kirche bei der Erziehung der Kinder". Hier wird der Konflikt zwischen unterschiedlichen Auffassungen von der Reichweite des Staates konkretisiert. Das Dokument zieht zugunsten des Rechts und der Pflicht der Eltern, ihre Kinder christlich zu erziehen, eine klare Grenze. Im Einklang damit wird auch das Recht auf christliche Schulen bekräftigt (Artikel 3).

Ohne das Bekenntnis eingehender zu untersuchen, lässt sich feststellen, dass es ähnliche theologische Folgerungen zieht wie das Betheler Bekenntnis und dabei auf Artikel 28 der *Confessio Augustana* verweist. Bischof Berggrav gebrauchte die lutherische Zwei-Reiche- oder Zwei-Regimenten-Lehre auf diese Weise zur Kritik an der deutschen Besatzungsmacht und ihren Versuchen, die norwegische Kirche und das norwegische Volk ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Dies ist ein offenkundiges Beispiel eines theologisch begründeten Kampfes gegen totalitäre Ansprüche.

Bis hierher entsprechen die Linien den Erwartungen. Überraschend mag jedoch sein, dass derselbe Bischof Berggrav wenige Jahre nach Kriegsende vor dem totalitären Staat in einer neuen Gestalt warnte: vor dem modernen Wohlfahrtsstaat.

---

[38] Gunnar Heiene, *Eivind Berggrav: En biografi* (Oslo: Universitetsforlaget, 1992), 353–362.

[39] Zum Text des Bekenntnisses und zu einer Analyse siehe Torleiv Austad, "The Foundation of the Church: A Confession and a Declaration", *Kirchliche Zeitgeschichte* 28:2 (2015), 294–299.

5 Der moderne Wohlfahrtsstaat

Die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war politisch durch die Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaates geprägt. Auf der Konferenz des Lutherischen Weltbundes 1952 in Hannover hielt Berggrav einen Vortrag mit dem Titel „Staat und Kirche heute: die lutherische Sicht“.[40] Eine seiner Fragen lautete: „Lässt sich der moderne Wohlfahrtsstaat mit der lutherischen Zwei-Regimenten-Lehre vereinbaren?“ Ausgehend von dieser Lehre untersuchte er die Nachkriegssituation: „Es stellt sich die Frage, ob die lutherische Lehre von den zwei Regimenten unter diesen veränderten Bedingungen aufrechterhalten werden kann oder ob der neue Staat so tief in das geistliche Regiment eindringt, dass für die Kirche kein Raum mehr bleibt.“[41] Der neue Wohlfahrtsstaat, so beobachtete er, betone die Einheit innerhalb seiner selbst; deshalb sei es für ihn wichtig, dass alle Bürger die richtigen Überzeugungen besäßen.

Berggrav zieht hier eine direkte Linie von der nationalsozialistischen Betonung der richtigen Lebensanschauung zur „demokratischen Gesinnung“ des Wohlfahrtsstaates. Daraus folge, dass junge Menschen so erzogen werden müssten, wie es dem Staat nütze.[42] Was das Christentum lehrt, werde in die Privatsphäre verdrängt und dürfe nicht mit den Ansichten des Staates kollidieren. Praktisch betrifft dies den gesamten Bildungsbereich, aber auch die damals umfangreiche diakonische Arbeit der Kirche, die allmählich in staatliche Trägerschaft überging.

Im Bereich von Erziehung und Bildung verweist Berggrav grundsätzlich auf das Elternrecht und betont, dass jeder Einfluss mit Gottes Geboten übereinstimmen müsse. Verfolgt der Staat eine Auffassung, die Gottes klaren Geboten widerspricht, macht er sich selbst zum letzten Richter über Gut und Böse. Darin erkennt Berggrav die Gefahr, dass der Staat in gewisser Weise „vergöttlicht“ wird. Er will Gottes Platz als allmächtige „Art Allvater“ einnehmen. Der Staat will selbst genügen.[43]

Berggrav sieht einen solchen Staat im Entstehen begriffen. Der moderne Staat, so sagt er, habe vom totalitären Staat gelernt, seine wahren Beweggründe zu verbergen. Er schlage nichts unmittelbar gegen Gottes Gebote Gerichtetes vor und versuche dadurch, seine eigentliche Absicht zu verschleiern.[44]

---

[40] Eivind Berggrav, “State and Church Today: The Lutheran View”, *Proceedings of the Second Assembly of the Lutheran World Federation. Hannover, Germany, July 25–August 3, 1952*, hg. von Carl E. Lund-Quist (Lutheran World Federation, 1952), 76–85. Norwegisch: “Stat og kirke idag”, in *Kirke og kultur* 57 (1952), 449–462.

[41] Berggrav, “State and Church Today”, 81.

[42] Berggrav, “State and Church Today”, 82.

[43] Berggrav, “State and Church Today”, 83.

[44] Berggrav, “State and Church Today”, 84.

Berggrav bezeichnet diesen Wunsch, dem Menschen alles zu sein, als „anmaßenden Hochmut“ und sagt voraus, dass ihm nur in einem „gewaltigen Kampf“ entgegengetreten werden könne.[45]

Berggrav hielt seinen Vortrag in einer politisch angespannten Situation, als der Kommunismus seinen Zugriff auf Osteuropa verstärkte. Zur Zeit der Tagung des Lutherischen Weltbundes in Hannover stand ein ungarischer Bischof wegen seiner Kritik am Regime unter Hausarrest. An seiner Stelle waren andere, den kommunistischen Machthabern loyale Vertreter entsandt worden. Berggravs Rede wurde als Unterstützung für den suspendierten Bischof und als scharfe Kritik am kommunistischen Staatsverständnis aufgefasst.[46] Sie löste in Deutschland eine Debatte aus, rief in der norwegischen Politik jedoch keine größere Reaktion hervor.[47] Die kühle Aufnahme hing damit zusammen, dass der Wohlfahrtsstaat in den 1950er Jahren ein politisches Projekt höchster Priorität war, besonders für die norwegischen Sozialdemokraten, aber auch für die übrigen Parteien.[48]

Mehrere Debatten der vergangenen Jahrzehnte berührten dieselben Fragen, die Berggrav in seinem Vortrag ansprach. Der Begriff „Wohlfahrtsstaat“ bedarf der Differenzierung. Ein solcher Staat kann je nach Geschichte und politischer Entwicklung von Land zu Land unterschiedlich aussehen. Um die verschiedenen Gestalten des Wohlfahrtsstaates in den einzelnen Teilen Europas zu verstehen, müssen auch konfessionelle Gesichtspunkte berücksichtigt werden.[49] Erörtert wurde unter anderem, inwiefern die Entstehung des Wohlfahrtsstaates mit dem evangelisch-lutherischen Umfeld zusammenhängt und wie sich seine soziale Verantwortung zu anderen Initiativen wie der kirchlichen Diakonie verhält. Auf diese Fragen gehe ich hier nicht näher ein. Stattdessen konzentriere ich mich auf den für unseren Zusammenhang wichtigsten Aspekt: die Macht des Wohlfahrtsstaates über Wert- und Gewissensfragen. Nach einer Beschreibung einiger Merkmale der gegenwärtigen Situation sollen diese abschließend anhand der oben dargestellten theologischen Leitlinien beurteilt werden.

---

45 Berggrav, “State and Church Today”, 83.

46 Aud V. Tønnesen, “Velferdsstaten og den lutherske toregimentlaeren”, *Norsk Teologisk Tidsskrift* 112 (2011), Anm. 5.

47 Tønnesen, “Velferdsstaten og den lutherske toregimentlaeren”, 204.

48 Aud V. Tønnesen, “Eivind Berggrav og velferdsstaten”, in *Arv og utfordring: Menneske og samfunn I den kritiske moraltradisjon*, hg. von Sein Aage Christoffersen und Trygve Wyller (Oslo: Universitetsforlaget, 1995), 176 f.

49 Aud V. Tønnessen, “Kirken og velferdsstaten”, *Theofilos* 12 (2020), 390–393.

6 Totalitäre Züge heute

Die nordischen Demokratien sind Beispiele dafür, wie der säkulare Wohlfahrtsstaat in großem Maßstab verwirklicht wurde. Sie sind offensichtlich keine totalitären Staaten. Eine Reihe von Konflikten in ihrem Inneren zeigt jedoch, dass die Gefahr totalitären Denkens nicht mit dem Ende des Nationalsozialismus verschwunden ist. Seit dem Zweiten Weltkrieg kam es in den nordischen Wohlfahrtsstaaten zu zahlreichen ideologischen Spannungen und Debatten, die auf der Grundlage der oben beschriebenen Zwei-Regimenten-Lehre untersucht werden können.

Ein wichtiger Faktor ist, dass der Staat im Vergleich zu Berggravs Zeit in den 1950er Jahren enorm gewachsen ist. Seine Autorität unterscheidet sich heute in Struktur und Umfang so stark von früheren Epochen, dass Vergleiche nur schwer möglich sind. Für viele Menschen sind Staat und Gesellschaft heute miteinander verschmolzen. Dadurch durchdringen die vom Staat belohnten und geförderten Werte große Teile der Gesellschaft und unterschiedliche Lebensbereiche. Es stellt sich, wie Berggrav erkannte, die Frage, wie die Kategorien der Zwei-Regimenten-Lehre auf diese neue Situation anzuwenden sind. Angesichts der neuen Schwierigkeiten, die heutige Staaten aufwerfen, ist diese Lehre meines Erachtens als Orientierungshilfe noch wichtiger geworden.

Ein in modernen Wohlfahrtsstaaten weiterhin bedeutsamer Konflikt besteht zwischen der Kirche und den politischen Parteien. In Schweden verfolgte die Sozialdemokratische Partei, die beherrschende Partei des 20. Jahrhunderts, erklärtermaßen die Strategie, die Kirche nicht wie der Kommunismus in der Sowjetunion auszulöschen, sondern sie zu übernehmen und für eigene Zwecke einzusetzen. Bis heute wirken die Sozialdemokratische Partei und andere Parteien in der Kirchenpolitik mit.[50] Weitere offenkundige Konflikte betreffen Familie, Kinder und Bildungswesen. In Schweden wird seit Jahrzehnten darüber gestritten, ob Bekenntnisschulen betrieben werden dürfen. Darüber hinaus treibt der Staat Fragen der Neudefinition von Ehe und Geschlecht entschieden voran – Fragen, die tief in das Gewissen und die Glaubensüberzeugungen vieler Christen eingreifen.

Zu diesen Fragen ließe sich vieles sagen. Hier soll der Blick jedoch auf ihre gemeinsame Wurzel gerichtet bleiben: den Wunsch der Obrigkeit, Vorstellungen und Werte zu kontrollieren. Diese Tendenz lässt sich in einer Gesellschaft schwer messen und kann unterschiedliche subjektive Wahrnehmungen

[50] Kürzlich erschien eine Dissertation, die diesen Prozess beschreibt: Per Evert, *Landet som glömde Gud: Hur Sverige under 1900-talet formades till världens mest sekulärindividualistiska land* (Skellefteå: Artos & Norma Bokförlag, 2022).

hervorrufen.[51] Der Zeitgeist kann starken Druck ausüben, ohne unmittelbar sichtbar zu sein, und wird je nach Persönlichkeit und gesellschaftlichem Umfeld unterschiedlich erfahren. Der Begriff „politische Korrektheit" beschreibt, welche Denkweise in einer Gesellschaft als zulässig gilt.[52] Einige Ereignisse zeigen jedoch deutlich, welcher Druck im Hinblick auf „richtiges" Denken und Sprechen ausgeübt wird. Dazu gehört die Reihe von Gerichtsverfahren gegen Päivi Räsänen, die frühere finnische Innenministerin und heutige Parlamentsabgeordnete. Räsänen wurde wegen der Art und Weise angeklagt, in der sie die traditionelle christliche Auffassung der Ehe als Verbindung von Mann und Frau verteidigte – eine Position, die in ihrem christlichen Glauben und Bekenntnis gründet.

Dieser Fall verdient besondere Aufmerksamkeit, weil er etwas sichtbar macht, das sonst verborgen und unausgesprochen bleiben könnte. Die in dem Prozess zutage getretene säkulare Intoleranz hat verständlicherweise andere Christen zur Selbstzensur veranlasst.[53] Paul Coleman, Geschäftsführer von Alliance Defending Freedom International, kommentierte diesen Aspekt des Falles: „Dass der Staat trotz der eindeutigen und einstimmigen Entscheidungen der unteren Gerichte zugunsten von Frau Räsänen seit beinahe fünf langen Jahren auf einer Fortsetzung besteht, ist alarmierend. In solchen Fällen ist das Verfahren selbst die Strafe; es erzeugt bei allen Bürgern, die es beobachten, eine abschreckende Wirkung auf die freie Meinungsäußerung."[54]

Die finnische Generalstaatsanwältin erhob gegen Räsänen Anklage wegen „Aufstachelung gegen eine Minderheit". In den ersten beiden Instanzen wurde sie freigesprochen – 2022 vor dem Bezirksgericht und 2023 vor dem Berufungsgericht –, doch die Staatsanwaltschaft brachte den Fall vor den Obersten Gerichtshof.[55] Räsänen erklärte, sie sei „bereit, die Meinungs- und Religionsfreiheit weiterhin vor dem Obersten Gerichtshof und erforderlichenfalls auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verteidigen".[56]

---

51 Zur Frage der säkularen Intoleranz und zum Problem, ihre Intensität einzuschätzen, siehe Dennis P. Petri und Ronald R. Boyd-MacMillan, "Death by a Thousand Cuts: Perception of the Nature and Intensity of Secular Intolerance in Western Europe", *International Journal for Religious Freedom* 13:1/2 (2020), 37–53. Anhand von Interviews mit Vertretern glaubensbasierter Interessenorganisationen erörtern und systematisieren die Autoren Erfahrungen mit der gegenwärtigen Situation.

52 Bernd Wannenwetsch behandelt das Phänomen der politischen Korrektheit im Verhältnis zu den Grenzen der Zwei-Regimenten-Lehre in "The Simultaneity of Two Citizenships: A Theological Reappraisal of Luther's Account of the 'Two Regiments' for Our Times", in *Simul: Inquiries into Luther's Experience of the Christian Life*, hg. von Robert Kolb, Torbjörn Johansson und Daniel Johansson (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2021), 177–194.

53 Siehe Petri und Boyd-MacMillan, "Death by a Thousand Cuts", 43.

54 Siehe ADF International, Pressemitteilung "Bible-tweet case to be heard at Finnish Supreme Court", 19. April 2024, https://tinyurl.com/4rrc6yhe.

55 Zur Darstellung des Falles siehe ADF International, "Bible-tweet case to be heard at Finnish Supreme Court", https://tinyurl.com/y4fcp5xe.

56 ADF International, Pressemitteilung "Bible-tweet case".

Unsere Analyse des Falles kann in zwei Teile gegliedert werden. Der erste betrifft einen Staat, der Gesetze erlässt, die der biblischen Beschreibung der Ehe widersprechen. Damit sündigt die Obrigkeit, denn auch sie untersteht Gott und seinen Geboten. Der zweite Teil betrifft die Behandlung derjenigen, die staatliche Entscheidungen aus Gründen ihres Glaubens und Gewissens kritisieren. Dieser zweite Gesichtspunkt ist im Hinblick auf die totalitären Züge des modernen Staates besonders bedeutsam. Im finnischen Fall überschreitet der Staat seine Grenzen sowohl gegenüber der *ecclesia* als auch gegenüber der *oeconomia*. Nach lutherischem Verständnis sind die Unterweisung in Glaubens- und Wertfragen und deren Vermittlung sowohl Recht als auch Pflicht von Familie und Kirche. Lässt der Staat dies nicht zu, tritt ein totalitärer Zug hervor. Wenn der moderne Staat versucht, alles zu umfassen und selbst vor dem Eingriff in das Gewissen des Einzelnen nicht haltmacht, scheinen sich Bischof Berggravs Worte zu bewahrheiten.

7 Schlussfolgerung

Die Freiheit, den christlichen Glauben auszuüben, wird nicht nur von offenkundig totalitären Staaten bedroht. Totalitäre Züge können sich auch in modernen Wohlfahrtsstaaten zeigen. Diese Staaten werden selbstverständlich nicht als totalitär definiert, enthalten aber dennoch problematische Aspekte. Sie nehmen totalitäre Züge an, wenn sie versuchen, alle Menschen zur Übereinstimmung mit ihren Werten zu zwingen. Allen unterschiedlichen totalitären Bedrohungen ist gemeinsam, dass die oben beschriebene Grenzlinie zwischen geistlichem und weltlichem Bereich nicht geachtet wird. Diese Grenze schützt nicht nur den christlichen Glauben vor Eingriffen der weltlichen Gewalt, sondern umgekehrt auch den Bereich der weltlichen Obrigkeit vor Eingriffen der Kirche.

Die lutherische Theologie ist häufig – und zu Recht – beschuldigt worden, sich der Staatsgewalt gegenüber zu gefügig und gehorsam verhalten zu haben. Sie besitzt jedoch zugleich wichtige theologische Instrumente, um den Staat und sein Verhältnis zur Religion zu analysieren und zu kritisieren. Für den Widerstand in Deutschland und Norwegen war die starke Betonung unterschiedlicher Grenzen zentral. Alle drei Stände – beziehungsweise Bonhoeffers vier Mandate oder die beiden Reiche – stehen unter Gott, haben aber unterschiedliche Aufgaben und unterschiedliche Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben erhalten. Werden diese Lebensbereiche und Mittel miteinander vermischt, entstehen für Staat und Kirche gleichermaßen zerstörerische Situationen.

Zeitweise waren Christen die bestimmende Kraft bei der Prägung von Kulturen; zu anderen Zeiten gehörten sie zu mehreren Stimmen, welche Kultur

und Gesellschaft formten, oder sie wurden an den Rand gedrängt, verfolgt und in den Untergrund gezwungen. In jeder dieser Situationen ist es hilfreich zu wissen, was politische Autorität ist und worin ihre Aufgaben und Grenzen bestehen. Es gilt zu unterscheiden, wann die Obrigkeit eine gute Dienerin Gottes ist (Röm 13) und damit zur Mitspielerin der Kirche wird – etwa wenn die römischen Amtsträger Paulus vor religiös motivierter Gewalt retten (Apg 21,32) – und wann sie als Feind auftritt, wie in Offenbarung 13. Wie bei den Mächten des geistlichen Bereichs verhält es sich auch mit den Kräften des irdischen Reiches: Es bedarf geistlicher Unterscheidungskraft, um zu erkennen, mit wem man es zu tun hat.

Bericht über die Situation der verfolgten Christen in der Welt sowie der Menschen, die aus religiösen, rassistischen, politischen, ethnischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gründen unter Verfolgung leiden

Bericht in der Sitzung der 16. Landessynode am 24. Oktober 2025[1]



Kirchenrätin Dr. **Christine Keim** ist evangelische Theologin und leitet seit März 2022 das Referat Mission, Ökumene und Entwicklung im Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Sie studierte Evangelische Theologie und Philosophie in Tübingen und München sowie Mission, Ökumene und Religionswissenschaft in Princeton (USA). Nach ihrer Ordination 1998 war sie unter anderem am Ökumenischen Institut Bossey bei Genf und als Gemeindepfarrerin tätig. Von 2014 bis 2022 arbeitete sie für die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes, zuletzt als Referentin für Mission und Entwicklung. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören weltweite Ökumene, Mission, kirchliche Entwicklungszusammenarbeit und interreligiöser Dialog. (Bild: © DNK LWB)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werter Herr Landesbischof, hohe Synode, liebe Brüder und Schwestern, vielen Dank, dass ich heute bei dieser letzten Synodaltagung in dieser Legislaturperiode wieder die Möglichkeit habe, durch spezifische Länderinformationen auf die Situation verfolgter Christen und bedrohter Minderheiten aufmerksam zu machen. Die ausgewählten Länder stellen nur einen kleinen Ausschnitt dar von den schwierigen Bedingungen, unter denen Tausende andere Menschen in anderen Kontexten leben müssen. An sie alle sei heute gedacht. Exemplarisch stelle ich die Situation in Syrien, in Kolumbien, Nigeria und Pakistan dar. […]

[1] Der vollständige Bericht ist abrufbar unter: https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Synode/2025/Herbstsynode/Berichte_und_Reden/TOP_10_-_Bericht_ueber_die_Situation_verfolgter_Christen__Bericht_des_OKR_-_Dr._Christine_Keim_.pdf. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Religionsfreiheit und Situation der Christen in Syrien

1. Einleitung

Für kaum ein anderes Land ist es derzeit schwieriger, die Situation der Christen einzuschätzen, als für Syrien. Seit dem Ende des Langzeit-Regimes der Familie Assad im Dezember 2024 sind die Karten in Syrien vollkommen neu gemischt. Mit der Machtübernahme durch die islamistische Gruppe Hay'at al-Tahrir (HTS) und nach der Parlamentswahl nach dem Assad-Regime am 5. Oktober 2025 ist nach wie vor unklar, wohin das Land langfristig steuert.

Für kleine Minderheiten wie die Christen sind solche Phasen der nationalen Unsicherheit existenzbedrohend. Sollen sie auf eine Zukunft in Syrien hoffen, in der sie irgendwann selbstbewusst ihren Teil zu einem gelingenden Miteinander beitragen können? Sollen sie weiterhin trotz aller Opfer und Einschränkungen, die dies bereits in den letzten Jahren und Jahrzehnten bedeutet hat, an der Heimat festhalten? Oder ist jetzt der Moment gekommen, endgültig die Koffer zu packen und anderswo für sich und die Kinder eine Zukunft in Sicherheit, Wohlstand und Würde aufzubauen? Vor dieser schweren Entscheidung stehen derzeit alle Christen in Syrien. Und von ihrer Entscheidung hängt ab, ob der christliche Glaube nach 2000 Jahren Präsenz auch weiterhin im Alltag in Syrien bezeugt wird. […]

2. Entwicklungen der letzten hundert Jahre

Kirchengeschichtlich wird Syrien gerne als die Wiege des christlichen Glaubens bezeichnet. Christliche Präsenz in Syrien geht bis auf den Apostel Paulus zurück. Das heißt, dass seit 2000 Jahren ununterbrochen der christliche Glaube in Syrien gelebt und bezeugt wird, die längste Zeit davon aus einer Minderheitenposition heraus.

Dass es in Syrien über all die Jahrhunderte Christen gab, ist all denjenigen zu verdanken, die sich in den letzten 2000 Jahren bewusst für den christlichen Glauben entschieden haben, die nicht zum Islam konvertiert sind, obwohl es immer vorteilhaft ist, zur Mehrheitsreligion dazuzugehören. Der Übertritt zum Islam ist einfach und wurde von den Herrschenden auch immer einfach gemacht.

Der Rückgang der christlichen Präsenz in den letzten hundert Jahren ist erschreckend. Anfang des 20. Jahrhunderts waren noch etwa 30 Prozent der syrischen Bevölkerung Christen. Bis 2011, dem Beginn der Revolution und dem anschließenden Krieg, war ihr Anteil auf etwa 10 Prozent gesunken. Heute sind noch etwa ein oder zwei Prozent der Syrerinnen und Syrer Christen. Das hängt zum einen mit der demographischen Entwicklung zusammen. Überall im Nahen Osten ist das Phänomen zu beobachten, dass in christlichen Familien

bewusst Familienplanung betrieben wird, um allen Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen zu können. Folglich haben christliche Familien weniger Nachwuchs als muslimische Familien.

Doch viele Christen sind in den letzten Jahren aus Syrien weggegangen, weil das Land politisch und wirtschaftlich vollkommen zusammengebrochen ist, sie sind geflohen vor Kämpfen, Gewalt, Armut und der allgemeinen Perspektivlosigkeit.

Sicher gilt dies auch für nicht-christliche Syrerinnen und Syrer. Es gab und gibt nach wie vor viele Gründe, das Land zu verlassen. Wenn aber jemand, der zu einer Minderheit gehört, der Heimat den Rücken kehrt, spürt diese den Verlust stärker, weil sie schneller merkt, wie sie immer weniger und damit immer unbedeutender wird. Dass in Syrien in naher Zukunft vielleicht keine Christen mehr leben könnten, ist leider kein unrealistisches Szenario mehr.

2.1. Genozid an den Christen unter den Jungtürken

Wer Christen in Syrien heute verstehen will, muss sich die wichtigen Wegmarken in ihrem kollektiven Gedächtnis vergegenwärtigen (s. Tessa Hoffmann: Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Christen im Osmanischen Reich 1912–1922, Münster 2004). Über die Jahrhunderte lebten Christen als Minderheit in einem multireligiösen und multiethnischen Kontext, in dem der Herrscher und auch die Mehrheit muslimisch waren. Die Existenz und Präsenz anderer Religionen und Kulturen wurde nicht in Frage gestellt und auch nicht als Herausforderung der eigenen Identität. Der muslimische Herrscher hatte die Aufgabe, das Miteinander der unterschiedlich Glaubenden nach den Regeln des Islam zu gestalten. Die Schutzsteuer, welche die Christen zahlen mussten, war für den Herrscher ein Einkommen und die Garantie, dass von dieser Gruppe keine Opposition ausgehen wird, für die andere Seite war die Steuer die Garantie seines Schutzes bei Übergriffen anderer.

Sicher gab es auch immer wieder gewaltsame Auseinandersetzungen in den Vielvölkerstaaten unter muslimischer Herrschaft. Dass Christen aber vollkommen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben werden, kommt in großem Stil erst seit etwa hundert Jahren vor. Mit dem Ende des Osmanischen Reiches als bisheriger Ordnung übernahmen 1908 die Jungtürken die Macht in Kleinasien. Sie hatten das Ziel, den Vielvölkerstaat in einen monoethnischen Nationalstaat umzuwandeln. In diesem Konstrukt war kein originärer Platz mehr für die indigene christliche Bevölkerung wie die armenischen, assyrischen, aramäischen oder griechischen Christen. Zwischen 1915 und 1917 wurden mindestens vier Millionen Christen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben. Davon wurden mehr als zwei Millionen bei Massakern oder auf Todesmärschen ermordet.

Syrien galt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Nahen Osten als ein Land, in dem Christen in der Regel ganz gut leben konnten. Wirtschaftlich konnten sie ihren Geschäften nachgehen. Kirchliche Schulen konnten ihre Arbeit leisten und waren für ihr hohes Niveau und die Unterrichtsqualität gleichermaßen bei Christen und Muslimen beliebt.

Dass viele Christen nicht offen in die Opposition zum Assad-Regime standen, ist insbesondere in westlichen Kirchen über viele Jahre und Jahrzehnte auf Unverständnis und Kopfschütteln gestoßen. Dass das Regime skrupellos und korrupt war, dass es keinerlei Rücksicht auf die Menschenrechte nahm und dass der Reichtum der Familie Assad allein auf Korruption aufbaute, war nie ein Geheimnis gewesen. Warum aber hörte man von Kirchenführern und Christen so wenig Kritik am Regime? Warum ließen sich Geistliche gerne mit Bashar al-Assad und davor mit seinem Vater Hafiz al-Assad fotografieren? Warum empfingen sie diese freiwillig in ihren Kirchen, ließen ihre Gemeinden bis zum Schluss regelmäßig am Sonntag für das Wohlergehen der Familie Assad beten? (s. Otmar Oehring: 2017, Christen in Syrien: Aktuelle Lage und Perspektiven. Konrad-Adenauer-Stiftung https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_47863_1.pdf/)

Dass sie selbst ins Fadenkreuz der Spitzel und in die Fänge der Folter-Schergen des Regimes geraten könnten, ist sicher ein Argument, längst aber nicht das einzige. Denn den Kirchen und auch anderen Minderheiten ging es unter dem Assad-Regime verhältnismäßig gut. Sie genossen Privilegien und Freiheiten, die der sunnitischen Mehrheitsbevölkerung verwehrt blieben. Christen konnten ungestört ihre Gottesdienste feiern, ihre Schulen wurden als wichtiger Teil des gesamtsyrischen Bildungssystems geschätzt, christliche Feiertage wie Weihnachten oder Ostern waren national anerkannte Feiertage und christliche Bräuche wie die Palmsonntagsprozession oder das Aufstellen von bunt geschmückten Weihnachtsbäumen waren nicht nur erlaubt, sondern wurden auch gern gesehen.

Weniger gern gesehen wurden die Christen in der Assad-Ära von denjenigen, die auch das Regime nicht gerne sah: radikal-islamische Gruppen. Islamistisches Gedankengut, dass der Islam die beste aller Religionen sei, dass alle nicht-Muslime Menschen zweiter Klasse seien, dass man Christen zu deren Festen nicht mehr gratuliert… solche Ideen hatten sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr unter den sunnitischen Muslimen breit gemacht. Die Christen merkten es daran, dass sie in ihren Restaurants weniger Gäste hatten, dass in ihren Läden bestimmte Leute nicht mehr einkauften, ihre Dienstleistungen nicht mehr so gefragt waren.

Über Jahrzehnte prägte die Sorge um eine zunehmende Islamisierung der syrischen Gesellschaft die Kirchenpolitik in Syrien. „Lieber unter einer säkularen Diktatur leben wie dem Assad-Regime als unter der Diktatur von religiösen Extremisten", lautete die Quintessenz vieler Christen. Und das Regime warnte gerne davor: Sollte die sunnitische Mehrheit in Syrien die Macht übernehmen, dann gnade Gott allen Minderheiten und Andersdenkenden. Auf dem Umkehrschluss, dass nun folglich alle Christen, Drusen und Alawiten gegen „die Sunniten" zusammenhalten müssten, baute das Assad-Regime auf. Es hat damit zu einer sehr tiefen Spaltung in der syrischen Gesellschaft beigetragen, für die es lange brauchen wird, um sie zu überwinden.

2.3. Christen und der Krieg ab 2011

Die Angst vor den Islamisten bekam im Krieg 2011 zusätzlich Nahrung. Als sich in der Unübersichtlichkeit des Krieges auch islamistische Gruppen, zum Teil vom Ausland (Türkei, Qatar, Saudi-Arabien, Irak) unterstützt, einmischten, wurde bei den Christen das kollektive Trauma der Verfolgung und Vertreibung immer wieder angetriggert. 2014 nahm die islamistische Nusra-Front das kleine Städtchen Kessab im Nordwesten Syriens ein. In Kessab lebten bis dahin ausschließlich die Nachfahren von Überlebenden des Genozids an den Armeniern. 6000 Menschen wurden über Nacht vertrieben, Kirchen geschändet, Häuser geplündert.

2015 passierte das Gleiche im Khabur-Tal im Nordosten des Landes. Der Islamische Staat eroberte 36 christliche Dörfer, wo assyrische Christen lebten, deren Wurzeln im Hakkari-Gebirge im Südosten der heutigen Türkei liegen. Auch ihre Vorfahren hatten hundert Jahre zuvor vor den Jungtürken fliehen müssen.

Man darf die Wirkmacht solcher lokalen Ereignisse auf die Christen in ganz Syrien nicht unterschätzen. Sie lassen die Zweifel an einer Zukunft in Syrien wachsen. Das ist von den Islamisten bewusst auch intendiert. Gerne spielen sie Christen gegenüber mit dem Genozid-Trauma und drohen damit, nun endgültige Fakten zu schaffen. Jedes Mal sinkt auf christlicher Seite der Mut zu bleiben noch einmal mehr, und der Drang zu gehen wächst.

Man darf nicht vergessen, dass solche Vertreibungen nicht nur einen ideologischen Grund haben. Es geht auch um Landgewinn. Überall im Nahen Osten ist Land mit ethnischer oder religiöser Identität verbunden. Es spielt eine Rolle, ob der Besitzer eines Grundstücks Christ, Muslim, Kurde oder Araber ist. Land wird – wenn überhaupt – nur innerhalb der eigenen Ethnie oder Religion verkauft. Wer es außerhalb der eigenen Gemeinschaft verkauft, verrät in den Augen der anderen die Zukunft aller. Und wer zu lange im Ausland lebt, verliert irgendwann grundsätzlich alle Ansprüche auf das Land.

Die Landfrage war für viele Familien bisher ein Grund, warum nicht alle das Land verlassen haben. Denn wenn irgendwann das letzte Mitglied einer Familie

gegangen ist, kann das Land leicht von anderen übernommen werden. Angehörige einer Minderheit sind leichter mit Gewalt zu vertreiben als Angehörige einer Mehrheit, die im Zweifelsfall ihre Gruppe zum Schutz mobilisieren kann. Entsprechend schnell geraten Christen in Syrien ins Visier von Extremisten.

2.4. Christen unter der Übergangsregierung

Der Krieg in Syrien gilt schon seit mehreren Jahren als beendet, auch wenn es weder ein Waffenstillstandsabkommen oder gar einen Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien gegeben hat. Die ständigen Kämpfe hatten aufgehört. Das Assad-Regime hatte die volle Kontrolle wieder über Zentralsyrien, im Norden hatte die Türkei Gebiete besetzt, der Nordosten wurde von den Kurden kontrolliert.

Wirtschaftlich erholte sich das Land trotzdem nicht. Das internationale Embargo blieb bestehen. Anfang Dezember 2024 kam allerdings Bewegung in den politischen Status Quo. Die Islamisten, die sich rund um Idlib festgesetzt hatten, eroberten ohne viel Widerstand Damaskus. Und am 8. Dezember 2024 floh der ungeliebte Langzeit-Diktator Bashar al-Assad mit seiner Familie nach Russland. Der bisherige Anführer einer Islamisten-Miliz, Ahmed al-Sharaa, übernahm die Macht und sprach – sehr zur allgemeinen Verwunderung – bald von einem neuen Syrien, in dem Platz für alle sei. (s. Vatican News: Syrien: Neuer Machthaber macht Christen Zusicherungen https://www.vaticannews.va/de/vatikan/news/2025-01/zenari-kardinal-syrien-krieg-umsturz-golanichristen-angst.html) Auch hat er in sein Kabinett eine Christin zur Ministerin berufen.

Wie ernst es al-Sharaa mit seinem Bekenntnis zu einer diversen und inklusiven Gesellschaft meint, treibt seither nicht nur die internationale Gemeinschaft, sondern auch viele in Syrien um – Christen, Alawiten, Schiiten, Drusen und all diejenigen, für die das friedliche Miteinander aller in Syrien beheimateten Kulturen und Religionen einen hohen Stellenwert hat.

Denn jetzt liegen die Geschicke des Landes in den Händen von religiösen Extremisten. Diese dulden im besten Fall Andersgläubige als Bürger zweiter Klasse. Im schlimmsten Fall bringen sie sie um oder vertreiben sie sie. Und in den vergangenen zwölf Jahren hat die Hayʾat al-Tahrir (HTS) in ihrer Hochburg Idlib gezeigt, was sie sich unter einer islamischen Gesellschaft vorstellt. Platz für Andersgläubige und auch Muslime, die ihren Glauben friedlich und offen leben, war da jedenfalls keiner mehr. Aus Idlib waren sie alle sehr schnell nach der Übernahme durch die Islamisten 2012 geflohen.

Jetzt an der Macht über ganz Syrien, zeigt sich, wie wenig al-Sharaa die Dinge unter Kontrolle bringen kann. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gegen Minderheiten, bei denen die eigenen Leute auf ungute Weise mitmischen. Im März 2025 kam es rund um Latakia zu massiven Ausschreitungen mit hunderten Toten. In dieser Region an der Mittelmeer-

küste leben viele Alawiten. Die Familie Assad stammt daher. Hunderte Menschen, darunter auch Christen, starben bei den Kämpfen zwischen den Truppen, die einst HTS hießen und jetzt die regulären Sicherheitskräfte Syriens sind, und ehemaligen Armee-Angehörigen, die unter Assad gedient hatten. Sie wurden nach dem Sturz des Regimes als erste entlassen.

Ende April 2025 kam es zu massiven Ausschreitungen gegenüber Drusen in Damaskus. Auch da gab es Tote, nur weil im Internet die Nachricht verbreitet wurde, ein drusischer Scheich habe den Propheten Mohammed beleidigt. Später stellte sich alles als erlogen heraus. Für die Getöteten und ihre Angehörigen kam das zu spät.

Ende Juni kam es zu schweren Kämpfen im Süden des Landes, rund um Soueida, wo viele Drusen leben. Auslöser waren Übergriffe von Beduinen auf Drusen. Und wieder einmal war al-Sharaa nicht in der Lage, die Gewalt einzuhegen. Dass sich der Nachbarstaat Israel seither als Schutzmacht der Drusen versteht und in die Konflikte in Syrien eingreift, gehört zu den Faktoren, welche die Situation in Syrien noch unsicherer und unkalkulierbarer machen.

Für die Christen in Syrien sind die Zeiten so schlecht wie noch nie. Als sehr kleine Minderheit, die in kleinen Gemeinden über das ganze Land verstreut sind, sind sie immer wieder direkt von gewaltsamen Auseinandersetzungen betroffen, bei denen andere Gruppen gegeneinander kämpfen. Außerdem haben sie keine eigenen Milizen, die sie im Zweifelsfall wenigstens lokal schützen könnten. Anfang Januar 2025 wurde das, was von der assyrischen Kirche in Tell Tawil, einem der Dörfer im Khabur-Tal, übriggeblieben war, erneut beschossen. Von wem ist nicht geklärt. Doch die Botschaft kam bei den verbliebenen Christen an: Diejenigen, die Macht und Waffen haben, wollen nicht, dass die Christen bleiben. Denn deren Land würden sie lieber heute als morgen übernehmen.

Eigentlich müssten diejenigen, die so etwas tun, sofort zur Rechenschaft gezogen werden. Doch so weit reicht die Macht von al-Sharaa bisher nicht. So berichtet der Leiter eines kirchlichen Jugendzentrums in der Nähe von Homs, dass er unlängst vom neuen Dorf-Chef aufgefordert worden sei, seine Arbeit einzustellen. Und zwar, weil in dem Zentrum Jungen und Mädchen zusammenkommen. Koedukation gilt bei Islamisten als Sünde. Die Geschlechter sollten nach ihrer Ansicht möglichst früh voneinander getrennt erzogen werden.

Am 22. Juni 2025 ist schließlich das passiert, was alle Christen in Syrien seit Monaten befürchtet haben. Drei Terroristen drangen am frühen Abend in die griechisch-orthodoxe Mar-Elias-Kirche im Zentrum von Damaskus ein und eröffneten das Feuer auf die vielen Menschen, die zum Gottesdienst zusammengekommen waren. Einer sprengte sich anschließend in die Luft. Die anderen beiden konnten entkommen. 25 Tote und 68 Verletzte lautete ihre grausame Bilanz. Einen Tag später bekannte sich die dschihadistische Terrorgruppe Saraya Ansar al-Sunna zu dem Anschlag. Ihr Name bedeutet übersetzt „Brigade der sunnitischen Partisanen“.

Die Gruppe ist erst Anfang 2025 in Erscheinung getreten mit dem erklärten Ziel, gegen religiöse Minderheiten in Syrien wie die Alawiten, Schiiten, Drusen und eben auch Christen vorzugehen. Auf ihr Konto gehen zahlreiche andere Attentate in den vergangenen Monaten auf Alawiten und Drusen sowie auf ehemalige Beamte des gestürzten Präsidenten Bashar al-Assad. In ihren Reihen sollen auch Kämpfer der Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) sein, denen der Kurs des neuen Machthabers in Damaskus und ihres ehemaligen Kommandeurs Ahmed al-Sharaa zu moderat ist.

3. Zu den Aussichten der Christen in einem neuen Syrien

Für die Christen in Syrien, egal welcher Konfession sie angehören, ist der 22. Juni 2025 ein historischer Schicksalsschlag. Nach diesem Massaker mitten in Damaskus, das niemand verhindern konnte, werden viele vermutlich endgültig ihre Koffer packen. Welchen Sinn hat es noch, in einem Land zu bleiben, dessen Machthaber selbst vor der eigenen Haustür nicht einmal in der Lage ist, für die Sicherheit einer kleinen Minderheit wie der Christen zu sorgen. Oder ist es ihm am Ende vielleicht sogar ganz recht, wenn es im neuen Syrien keine Christen mehr gibt? Hört man sich unter syrischen Christen zur Zukunft Syriens um, bekommt man sehr unterschiedliche Antworten. Sie reichen von der Angst, dass der Krieg gegen die Christen jetzt erst richtig anfängt bis hin zu der Hoffnung, dass man als Christ in Syrien trotz allem eine Zukunft haben kann. Zugeständnisse hat man in den letzten Jahren schon zur Genüge gemacht. Einige freuen sich durchaus, endlich frei reden zu können, ohne die Geheimdienste fürchten zu müssen. Andere dagegen haben den Eindruck, dass der Krieg gegen die Christen jetzt erst richtig anfängt.

Der syrische Bischof Armash Nalbandian fährt in seinem Vortrag fort: „Liebe Schwestern und Brüder, die Lage in Syrien ist verzweifelt – zugleich birgt sie eine einzigartige politische und historische Chance. Christen stehen am Scheideweg: Entweder resignieren sie – oder sie erheben ihre Stimme als Hüter lokalen Friedens, als Agenten zivilen Wandels und als Vertreter einer versöhnenden Zukunft."

4. Fazit

Was Christen in Syrien jetzt am meisten brauchen, sind Ermutigung und Wertschätzung. Ermutigung, dass es trotz allem noch Sinn macht, in Syrien zu bleiben, weil Christen Teil der jahrtausendealten DNA dieses Landes sind. Sie haben schon immer dazugehört und sollen auch weiter dazugehören. Die württembergische Landeskirche unterstützt – gemeinsam mit der EMS (Evangelische Mission in Solidarität) – die evangelische Bildungsarbeit einer Schule

in Hasakeh. Die kirchlichen Schulen in Syrien sind nicht nur für ihren hohen Bildungsstandard bekannt, sondern auch dafür, dass dort Gewaltfreiheit, Respekt und Versöhnung gelebt werden. So haben Christen bisher in die syrische Gesellschaft hineingewirkt. Das schätzen auch viele Muslime. Es wäre eine sinnvolle Investition in die Zukunft des Landes und außerdem ein wichtiger Ausdruck ökumenischer Verbundenheit, wenn Kirchen und Gemeinden in Deutschland diese Arbeit dauerhaft unterstützen würden. Denn das neue Syrien braucht seine Christen nötiger denn je.

Verfolgung und Bedrohung von Kirchen in Kolumbien

Als weiteres Land soll exemplarisch die Situation in Kolumbien beleuchtet werden. Die letzten drei Jahre (2022–2025) war Pfarrerin Lizbeth Chaparro von der evangelisch-lutherischen Kirche in Kolumbien als ökumenische Mitarbeiterin des DIMOE (Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung) in unserer Landeskirche tätig und hat bei kirchlichen Veranstaltungen von ihrem Land und der dortigen Kirche berichtet. Sie schreibt im Juni 2025: „Heute möchte ich eine … Reflexion über die aktuelle Situation meines Landes Kolumbien teilen – aus drei Perspektiven: Politik, Gesellschaft und Glaube."

1. Politik: Zwischen Spannungen und dem Wunsch nach Veränderung

Kolumbien erlebt zurzeit eine sehr bewegte politische Phase. Präsident Gustavo Petro (*1960), seit August 2022 der erste linke Präsident in der Geschichte des Landes, hat eine Volksabstimmung per Dekret vorgeschlagen, um wichtige soziale Reformen voranzutreiben – insbesondere im Arbeits- und Rentenbereich. Dieser Vorschlag ist umstritten, da laut Gesetz eine Zustimmung des Senats erforderlich ist. Präsident Petro bezeichnet die Ablehnung durch den Senat als illegitim und spricht von Drohungen gegen sein Leben sowie von möglichen nationalen und internationalen Verschwörungen (s. Kolumbien: Präsident Petro scheitert mit weiterer Reform | evangelisch.de). Gleichzeitig beginnen sich die politischen Kräfte auf die Präsidentschaftswahlen 2026 vorzubereiten.

Hintergrund: Die Rolle der Kirchen und der Kontext der Religionsfreiheit

Kolumbien ist ein Land, dessen Identität tief in der Religion verwurzelt ist, wobei die römischkatholische Kirche historisch eine zentrale Rolle spielt. Die religiöse

Landschaft ist vielfältig, mit 64 Prozent Katholiken und 17 Prozent Protestanten (Stand 2023). Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit und verbietet Diskriminierung aufgrund der Religion. Trotz des rechtlichen Rahmens und staatlicher Bemühungen zur Förderung der Religionsfreiheit, belegen Berichte über anhaltende Gewalt und Verfolgung, dass die Umsetzung und Durchsetzung dieser Gesetze in weiten Teilen des Landes unzureichend ist. Die Verfassung garantiert zwar Religionsfreiheit, doch berichten mehrere Quellen von Tötungen, Entführungen, Erpressungen und Vertreibungen von Religionsführern und Gläubigen durch nicht-staatliche Akteure. Dies verdeutlicht den klaren Gegensatz zwischen der gesetzlichen Freiheit und der tatsächlichen Realität, insbesondere in den ländlichen Gebieten mit begrenzter staatlicher Kontrolle.

Hauptakteure und Motive der Bedrohung

Die primäre Quelle der Bedrohungen für Kirchen und Religionsgemeinschaften in Kolumbien sind nicht-staatliche bewaffnete Gruppen, die oft in Gebieten mit begrenzter staatlicher Präsenz agieren. Zu den Prominentesten gehören die FARC-Dissidenten (Abkürzung für spanisch Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) und die ELN-Guerilla (Ejército de Liberación Nacional, deutsch: Nationale Befreiungsarmee, eine marxistisch orientierte Guerilla-Bewegung in Kolumbien). Obwohl die FARC 2016 ein Friedensabkommen unterzeichnete, bleiben Dissidentenfraktionen aktiv und kämpfen um territoriale Kontrolle, oft in Verbindung mit dem Drogenhandel. Die ELN stellt ebenfalls eine erhebliche Bedrohung dar. Drogenkartelle und paramilitärische Gruppen: Diese Akteure sind tief in den Drogenhandel verwickelt und betrachten Kirchen als Konkurrenz um Einfluss auf die lokale Bevölkerung, insbesondere auf Jugendliche, die sie rekrutieren wollen.

Motive der Angriffe

Die Angriffe auf Kirchen und ihre Mitglieder sind selten primär religiös motiviert, sondern strategisch begründet: Territoriale Kontrolle und Drogenhandel: Kirchen und ihre Leitungspersonen werden angegriffen, weil sie sich dem Drogenhandel widersetzen und ihre Gemeinden vor der Rekrutierung durch kriminelle Gruppen schützen. Wettbewerb um Einfluss: Kirchen werden als Bedrohung wahrgenommen, da sie Prinzipien und Werte vermitteln, die der Kontrolle der bewaffneten Gruppen über die Jugend entgegenwirken. Finanzielle Erpressung: Gruppen verlangen „Kriegssteuern“ oder Schutzgelder von Kirchen und Pastoren, oft unter Androhung von Gewalt. Wahrnehmung als „Feinde der Revolution“ oder Informanten: Insbesondere evangelische Pastoren wurden von Gruppen wie der FARC als politische Gegner oder

Informanten angesehen. Weigerung zur Kooperation: Kirchenleitungen, die sich weigern, Kirchen für Geldwäsche oder Waffenverstecke zu nutzen, werden zur Zielscheibe. Die anhaltende Gewalt und Verfolgung religiöser Gemeinschaften in Kolumbien ist nicht primär auf religiösen Hass zurückzuführen, sondern auf die strategische Bedeutung von Kirchgebäuden und ihren jeweiligen Kirchenleitungen im Kontext des bewaffneten Konflikts und des Drogenhandels. Gemeindeleiter werden ins Visier genommen, weil sie sich dem Drogenhandel widersetzen, Jugendliche vor der Rekrutierung schützen wollen und als Konkurrenz um Einfluss auf die Bevölkerung wahrgenommen werden. Die Bedrohungen gegen Kirchen und ihre Mitglieder sind vielfältig und reichen von direkter physischer Gewalt bis hin zu subtileren Formen der Kontrolle.

Tötungen und Entführungen

Die physische Sicherheit religiöser Führungspersonen ist erheblich gefährdet. Im Jahr 2023 wurden vier religiöse Leitungspersonen von nicht-staatlichen Akteuren getötet. NGOs berichten, dass illegale bewaffnete Gruppen weiterhin Menschenrechtsverteidiger, darunter auch religiöses Leitungspersonal, töten, bedrohen oder vertreiben, insbesondere wenn diese sich für Menschenrechte oder Landrückgabeansprüche einsetzen.

Erpressung und „Kriegssteuern"

Finanzielle Erpressung ist weit verbreitet. Religiöse Führungspersönlichkeiten, selbst in Bogotá, erhalten Drohungen und werden zur Zahlung von Schutzgeldern oder „Kriegssteuern" aufgefordert. Ein Bericht aus dem Jahr 2018 ergab, dass 13 Prozent des christlichen Leitungspersonals in Bogotá Todesdrohungen erhalten hatten und über 3 Prozent von Erpressung betroffen waren.

Einschränkungen der Religionsausübung

Die Ausübung der Religionsfreiheit wird in Konfliktgebieten oft stark eingeschränkt. Die gezielte Verfolgung von Kirchenleitern und die Einschränkung religiöser Aktivitäten haben weitreichende gesellschaftliche Folgen. Sie schwächen das soziale Gefüge, behindern humanitäre Hilfe und untergraben die Hoffnung in den betroffenen Gemeinden.

Besonders betroffene Gruppen und Regionen

Die Bedrohungen konzentrieren sich auf bestimmte Gruppen und geografische Gebiete, die durch den bewaffneten Konflikt und die Präsenz illegaler Akteure

besonders verwundbar sind. Pfarrer, Bischöfe und andere Kirchenführer sind aufgrund ihrer Rolle als soziale und moralische Autoritäten am stärksten gefährdet. Bis zu 40 Prozent des Landes, insbesondere Dschungelregionen, werden von kriminellen Gruppen kontrolliert. Rolle des Drogenhandels: Die meisten illegalen bewaffneten Gruppen sind stark in die Produktion und den Verkauf von Kokain involviert. Kirchen und ihr Leitungspersonal werden zur Zielscheibe, wenn sie sich dem Drogenhandel widersetzen.

Ursachen und Kontext der Verfolgung

Die Verfolgung von Kirchen in Kolumbien ist tief in den komplexen sozio-politischen und ökonomischen Realitäten des Landes verwurzelt. Anhaltender bewaffneter Konflikt und Fragmentierung: Trotz des Friedensabkommens mit der FARC (Abkürzung für spanisch Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) im Jahr 2016 hat sich die Gewalt in einigen Regionen nicht verringert, sondern zugenommen, da neue oder fragmentierte Gruppen um die Kontrolle von Territorien und illegalen Wirtschaftszweigen streiten.

Landkonflikte und sozioökonomische Ungleichheiten: Der Kampf um Landrechte und die Vertreibung der Bevölkerung sind zentrale Aspekte des Konflikts. Religiöse Führungspersönlichkeiten, die sich für Landrückgabeansprüche einsetzen, werden selbst zur Zielscheibe. Kirchen werden von den bewaffneten Gruppen als Konkurrenz um die Loyalität und den Einfluss auf die Jugend wahrgenommen. Die Verfolgung religiöser Gemeinschaften in Kolumbien ist ein Symptom der tiefgreifenden strukturellen Probleme des Landes, insbesondere der ungelösten Aspekte des bewaffneten Konflikts, der Macht des Drogenhandels und der sozioökonomischen Ungleichheiten.

2. Gesellschaft: Schmerz, Widerstand und Hoffnung

Die soziale Lage bleibt besorgniserregend. Im Catatumbo-Gebiet im Norden des Landes herrscht eine ernste humanitäre Krise. Seit Anfang des Jahres gibt es dort heftige Kämpfe zwischen der ELN (Ejército de Liberación Nacional, deutsch Nationale Befreiungsarmee, eine marxistisch orientierte Guerilla-Bewegung in Kolumbien) und abtrünnigen Gruppen der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee). Mehr als 100 Menschen wurden getötet, viele verletzt und rund 56.000 mussten fliehen. Über 47.000 Kinder können wegen der Gewalt nicht mehr zur Schule gehen (s. auch Gewalt und Flucht in Kolumbien: Der Traum vom Frieden ist vorbei | tagesschau.de). Die indigene Bevölkerung wird oftmals ausgebeutet

durch Kohlebergbau und landgrabbing, d. h. die illegale Aneignung von Landflächen durch mächtige wirtschaftliche oder politische Akteure.

Trotz des Leids zeigt das kolumbianische Volk eine große Kraft zur Solidarität und zum Widerstand. Die Gemeinden organisieren sich, die Kirchen begleiten die Menschen, und viele – vor allem Frauen und soziale Führungspersönlichkeiten – setzen sich weiter für das Leben und den Frieden ein.

3. Glaube: Kraftquelle der Hoffnung

Inmitten dieser schwierigen Realität bleibt der Glaube eine wichtige Stütze für viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer. Die Kirchen – sowohl katholisch als auch protestantisch – engagieren sich stark für die Begleitung von Opfern, für den Schutz der Menschenrechte und den Friedensprozess.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche Kolumbiens (ELCO) spielt dabei – neben der katholischen Kirche – eine zentrale Rolle. Sie unterstützt indigene Gemeinschaften, Binnenvertriebene und venezolanische Migrantinnen und Migranten. Dieser Dienst geschieht im ökumenischen Geist, also in Zusammenarbeit mit anderen Kirchen, auf der Suche nach Versöhnung und Gerechtigkeit. Die Württembergische Landeskirche unterstützt seit vielen Jahren den Lutherischen Weltbund (LWB) bei diesen Projekten. So spricht ELCO-Präsident, Bischof Atahualpa Hernández, im Interview über die Rolle der lutherischen Kirche in Kolumbien, die sich für Frieden und Versöhnung in dem seit über einem halben Jahrhundert anhaltenden Konflikt in dem Land einsetzt (s. Kolumbien: Aus Wegbereitenden werden Friedensstiftende | Der Lutherische Weltbund). Bei der Vorbereitung auf die LWB-Vollversammlung in Krakau/Polen 2023 wurde das LWB-Länderprogramm Kolumbien vorgestellt, das sich seit 20 Jahren für Frieden und Verständigung einsetzt. Carmen Garcia, die Leiterin des LWB-Länderprogramms in Kolumbien/Venezuela, sagte bei der Vorstellung: „Seit 20 Jahren begleiten wir inzwischen die Menschen in den Regionen Kolumbiens, die am schwersten von den bewaffneten Konflikten und der Ungerechtigkeit betroffen sind. Zentrales Element unseres Einsatzes für Frieden ist der Respekt und die Zusammenarbeit mit den Gemeinwesen, die die höchsten Armutsraten im Land haben und am schwersten von den internen Konflikten betroffen sind. Wir wollen die Menschen in den abgelegensten Orten direkt erreichen und versuchen Vertrauen aufzubauen, um mit unseren Partnerorganisationen vor Ort Hand in Hand zu arbeiten.“ (s. Engagement des LWB in Kirche und Gesellschaft in Kolumbien | Dreizehnte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes)

Allerdings ist der drastische Rückgang von Geldern bei USAID seit der Wiederwahl Trumps Ende 2024 auch verstärkt beim Lutherischen Weltbund (LWB) spürbar. Am 18. August 2025, am „Welttag der Humanitären Hilfe“ schlug der

LWB Alarm. Einige wichtige Länderprogramme müssen eingestellt werden, da sie nicht weiter finanziert werden können: Das Länderprogramm im Südsudan beispielsweise musste die Arbeit in 60 Förderzentren für frühkindliche Bildung aufgeben. Das betrifft sowohl sudanesische Geflüchtete als auch die Aufnahmegemeinschaft vor Ort. Durch die Einstellung des Programms bleibt der Zugang zu geschützten Räumen für Vorschulkinder, die ihnen frühes Lernen, Schutz und emotionale Unterstützung ermöglicht haben, künftig verschlossen. (s. Humanitäre Kürzungen gefährden Leben und Zukunftsperspektiven | Der Lutherische Weltbund)

In der Pressemitteilung des LWB heißt es weiter: „Die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) warnt davor, dass für 11,6 Millionen Geflüchtete und Binnenvertriebene die Gefahr bestehe, dass ihnen dieses Jahr nicht mehr geholfen werde – das sind etwa ein Drittel der Menschen, die das Hilfswerk unterstützt. ‚Das sind nicht einfach Zahlen in einer Tabelle', erklärt der UNHCR in einem Bericht vom Juni dieses Jahres. ‚Das sind Familien, die sich keine Nahrungsmittel, Medikamente und Unterkünfte mehr leisten können und keine Chance mehr auf eine bessere Zukunft haben.' Der LWB ist einer der größten konfessionell gebundenen operationellen UNHCR-Partner."

Auch der Fonds „Fluchtursachen bekämpfen" der Landeskirche, den es in den vergangenen Jahren gab, konnte für die kommenden Jahre aus Finanzgründen nicht wieder aufgefüllt werden. Dennoch, so möchte ich ausdrücklich betonen, unterstützt die Landeskirche auch weiterhin Projekte, um Fluchtursachen zu bekämpfen und setzt sich sowohl für geflüchtete Menschen hier bei uns als auch in den Herkunftsländern ein durch das jährliche Pfingstopfer und durch den Nothilfefonds. Diese Mittel werden jedes Jahr neu gesammelt und können flexibel eingesetzt werden. Ich möchte an dieser Stelle der Fachreferentin für die kirchliche Entwicklungsarbeit, Frau Cornelia Wolf, ausdrücklich danken, die mehr als ein Jahrzehnt die Verteilung dieser und anderer Mittel durch den Missionsprojekte-Ausschuss (MPA) treu und zuverlässig verwaltet.

Ein besonders eindrückliches Beispiel ist das Projekt „Symbole der Hoffnung" in Nigeria, vom Lutherischen Weltbund (LWB) 2017 ins Leben gerufen und von Anfang an tatkräftig von der Württembergischen Landeskirche unterstützt.

Religionsfreiheit und die Situation der Christen in Nigeria

1. Einleitung

In der Diskussion um Religionsfreiheit gehört Nigeria zu den sogenannten „Klassikern". Das bevölkerungsreichste Land auf dem afrikanischen Kontinent

kann auf eine lange Geschichte des guten Miteinanders von Christen und Muslimen zurückblicken. Doch gerät dieses Miteinander immer mehr in Gefahr und wird an verschiedenen Fronten herausgefordert.

Islamistische Terrorgruppen wie Boko Haram sorgen insbesondere im Norden des Landes für Angst und Schrecken. Das hohe Bevölkerungswachstum in Kombination mit dem fortschreitenden Klimawandel zwingt christliche Kleinbauern und muslimische Hirten in einen Konflikt um Ressourcen. Und schließlich fürchten christliche Vertreterinnen und Vertreter, dass der allgemeine Konsens über eine paritätische Ämterverteilung bei der Regierung von muslimischer Seite aufgekündigt wird. Genaue Zahlen zur Religionsverteilung gibt es in Nigeria nicht. Derzeit gilt aber die Faustregel, dass die Hälfte der Bevölkerung Christen (überwiegend im Süden), die andere Hälfte Muslime (überwiegend im Norden) sind. Eine kleine Minderheit von unter fünf Prozent fühlt sich traditionellen afrikanischen Religionen zugehörig.

Nigeria ist mit 230 Millionen EinwohnerInnen das bevölkerungsreichste Land auf dem afrikanischen Kontinent. Das Land verzeichnet allerdings rasantes Bevölkerungswachstum. Demographen gehen davon aus, dass 2050 in Nigeria 390 Millionen Menschen leben werden.

2. Situation der Christen

Unter den Christen sind etwa ein Viertel Mitglieder der katholischen Kirche. Die anderen drei Viertel werden der protestantischen Kirchenfamilie zugerechnet, zu denen neben Anglikanern, Presbyterianern, Methodisten und Baptisten auch zahlreiche Frei- und Pfingstkirchen zählen. Letztere wachsen am schnellsten.

Die christlichen Kirchen arbeiten in zwei Dachverbänden zusammen, dem Christian Council of Nigeria (CCN, gegründet 1929), in dem 14 Kirchen und sechs christliche Organisationen zusammenarbeiten. Wesentlich größere Bedeutung kommt mittlerweile aber der Christian Association of Nigeria (CAN) zu, die 1976 gegründet wurde und in der auch die römisch-katholische Kirche sowie zahlreiche Pfingstkirchen vertreten sind.

2.1. Islamistischer Terror

Seit den 1990er Jahren versucht die sogenannte Boko-Haram-Bewegung in Nigeria und in den Anrainerstaaten Tschad, Niger und Kamerun ihre Herrschaftsansprüche mit Gewalt durchzusetzen. „Boko Haram“ bedeutet „Verbot westlicher Bildung“. Die Ursprünge dieser Bewegung liegen im saudischen Wahhabismus, einer sehr konservativen Strömung im Islam, den junge

afrikanische Studenten, die mit einem Stipendium in Saudi-Arabien studieren konnten, nach Afrika brachten.

Boko Haram verfolgt das Ziel, in ganz Nigeria die Scharia einzuführen und einen islamischen Staat aufzubauen. Die Bewegung soll Kontakte zu den Taliban in Afghanistan, zu Al-Qaida im islamischen Maghreb und zu den Shabaab-Milizen in Somalia haben. Opfer des Terrors werden alle, die ihre Ziele nicht mittragen und sich ihrer Ideologie nicht unterwerfen wollen. Mit Anschlägen, Massakern und Entführungen verbreiten sie Angst und Schrecken in der Bevölkerung und versuchen so, Druck auf politische Entscheidungsträger auszuüben und das politische System in die Knie zu zwingen.

Entführungen und die damit verbundenen Lösegeldforderungen sind eine wichtige „Einnahmequelle" für Boko Haram. In den letzten Jahren wurden tausende christliche und muslimische Bürgerinnen und Bürger im Nordosten Nigerias verschleppt oder umgebracht, wobei bei den Mordfällen oft nicht klar ist, ob sie aus religiösen Gründen umgebracht wurden oder weil das Lösegeld nicht gezahlt wurde. Vertreter der Kirchen in Nigeria, aber auch internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, kritisieren immer wieder, dass der Staat zu wenig Präsenz in den Gebieten zeige, in denen Boko Haram und andere extremistische Gruppen die Bevölkerung terrorisieren. Sie fordern wesentlich mehr Sicherheitskräfte und auch den Willen, die vielen Zivilisten, die sich nach wie vor in Geiselhaft befänden, zu befreien und die Täter vor Gericht zu bringen.

Immer wieder fordert zum Beispiel der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), dass der Staat mehr für die Sicherheit im Norden und Nordosten Nigerias tun soll (s. Erklärung zu Nigeria, im regionalen Kontext Afrikas, ÖRK, 14.11.2023). Und Amnesty International kritisierte im Juni 2025, dass die Regierung Überlebende von Entführungen durch Boko Haram nicht wirklich unterstütze.

Im Zusammenhang mit dem islamistischen Terror dürfen zwei Dinge nicht übersehen werden. Zum einen ist Boko Haram nicht die einzige Gruppe, die unter Berufung auf den Islam Terror in der Bevölkerung sät. Es gibt eine Vielzahl von größeren und kleineren Gruppen, die dies tun. Zum Teil werden sie vom Ausland finanziert (s. Boko-Haram-Opfer in Nigeria vom Staat im Stich gelassen. DLF 10.6.2025: https://www.deutschlandfunk.de/boko-haram-opfer-in-nigeria-vom-staat-im-stichgelassen-100.html). Ihr Agieren führt zu einer allgemeinen Politisierung des Islam, was das traditionell friedliche Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen langfristig gefährdet.

Zum anderen müssen die Gründe differenziert angeschaut werden, warum sich Menschen solchen Terrorgruppen anschließen. Oft sind es wirtschaftliche Gründe. So vermeldete die nigerianische Regierung Ende 2024, dass allein in den fünf vorausgegangenen Monaten 130.000 Kämpfer von Boko Haram die

Waffen aufgrund von Hunger und schlechten Lebensbedingungen niedergelegt hätten und die Dialog- und Rehabilitationsangebote des Staates angenommen hätten (s. Boko Haram verliert Zehntausende Mitglieder. ZEIT 12.12.2024: https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-12/bokoharam-mitglieder-kapitulieren).

2.2. Kampf um schwindende Ressourcen

Die Angriffe von Boko Haram dürfen nicht in einen Topf mit den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Fulani-Viehhirten und christlichen Bauern geworfen werden. Seit vielen Jahren kommt es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen nomadischen Hirten aus der Ethnie der Fulani und sesshaften Bauern. Auf der Suche nach Weideland und Wasserstellen treiben die Hirten ihre Tiere über frisch bestellte oder erntereife Felder von Bauern. Damit nehmen sie den Bauern die Lebensgrundlage. Auf der anderen Seite ist auch die Lebensgrundlage der Hirten gefährdet. Das traditionelle Weideland wird immer kleiner, weil die Bevölkerung Nigerias schnell wächst, mehr Agrarland für die Lebensmittelsicherheit gebraucht wird, neue Straßen und andere Infrastruktur zur Versorgung der wachsenden Bevölkerung gebaut werden, die das Weidegebiet der Nomaden zerschneiden.

Hinzu kommen die Folgen des Klimawandels. Die Tiere finden angesichts von anhaltender Dürre in manchen Teilen Nigerias nicht genug Futter. Beim Verkauf sind die Tiere oft magerer als bisher, weshalb die Nomaden keine guten Preise für sie bekommen. Dies wiederum führt dazu, dass sie ihre Herden vergrößern müssen, um überleben zu können. Konflikte zwischen Bauern und Hirten werden aus 22 der 36 Bundesstaaten Nigerias gemeldet. Seit 2001 sollen nach Untersuchungen von Forschenden an der Universität in Abuja rund 60.000 Menschen bei den Auseinandersetzungen zwischen Hirten und Bauern umgekommen sein (s. Angriffe auf Christen in Nigeria. Konrad-Adenauer-Stiftung, 25.01.2024: https://www.kas.de/de/kurzum/detail/-/content/angriffe-auf-christen-in-nigeria). So wurden zum Beispiel bei einer Serie von Überfällen im Bundesstaat Plateau an Weihnachten 2023 in verschiedenen Dörfern mehr als 195 Menschen getötet, rund 1.000 Häuser zerstört und Tausende Menschen vertrieben. Ende Mai 2025 starben im Bundesstaat Taraba 50 Menschen bei Überfällen (s. https://www.barnabasaid.org/de/news/prayerfocus-update-july-2025/). Am 1. Juni 2025 töteten unterschiedliche, bewaffnete Gruppen im östlichen Bundesstaat Benue und im südöstlichen Bundesstaat Aba insgesamt 43 Menschen. Am gleichen Tag wurden im Bundesstaat Plateau 40 Menschen getötet. Und am 13. Juni massakrierten in Yelewata Terrormilizen mehr als hundert Menschen (s. https://www.deutschlandfunk.de/amnesty-internationalbewaffnete-toeten-mindestens-100-menschen-bei-angriff-auf-dorf-102.html). Wer in den jeweiligen Fällen die Angreifer waren, kann nicht immer geklärt werden.

Klar ist jedoch, dass es sich bei den Opfern um Christen handelt. Den Konflikt allerdings auf eine rein religiöse Perspektive zu reduzieren, ist eine Sackgasse. Auf beiden Seiten gießen bereits Extremisten Öl ins Feuer. So gibt es Anzeichen dafür, dass dschihadistische Gruppen wie Boko Haram versuchen, Einfluss auf die muslimischen Fulani-Hirten zu nehmen (s. https://www.clingendael.org/sites/default/files/2024-06/dangerous-liaison.pdf). Und in den Reihen der Christen gibt es durchaus auch Stimmen, die öffentlich fordern, alle Fulani zu töten, weil diese einen Dschihad gegen Christen führen würden (s. Marc-Antoine Pérouse de Montclos: Des États-Unis au Nigeria, la fabrique d'un «génocide des chrétiens», 21.04.2025: https://afriquexxi.info/Des-Etats-Unis-au-Nigeria-la-fabrique-d-un-genocide-des-chretiens). Der nigerianische Erzbischof Fortunatus Nwachukwu warnt deswegen davor, den Faktor Religion in dem Konflikt zu hochzuhängen (s. https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2025-06/nigeria-gewalt-gegen-christen-hat-keine-religioese-grundlage.html). Auch wenn die Opfer der dschihadistischen Gruppen häufig Christen seien, könne er „mit Gewissheit sagen, dass Nigerias Problem kein religiöses ist und es kein Problem der religiösen Verfolgung gibt." Vielmehr sei allgemein der Extremismus „nicht nur der islamische Extremismus" der Grund dafür, dass das Zusammenleben immer schwerer werde. „Das eigentliche Problem besteht darin, dass es Menschen gibt, die politische und ethnische Fragen instrumentalisieren, sie mit religiösen Fragen vermischen und hybride Situationen schaffen, die schwer zu kontrollieren sind." Beim Konflikt zwischen den sesshaften, christlichen Bauern und den muslimischen Hirten aus dem Volk der Fulani liege der wahre Grund dieses Konflikts in der Konkurrenz um Land. Die mangelnde Präsenz des Staates begünstige Rache und Selbstjustiz. Lokale Kriminalität vermische sich häufig mit pseudoreligiösen Behauptungen auf falsch interpretierten Geboten des Islams. Das wiederum führe dazu, dass der Ruf der Fulani-Hirten immer schlechter werde und immer mehr Hass und Vergeltung hervorrufe. Erzbischof Nwachukwu hält selbst einen Völkermord an den Fulani für nicht ausgeschlossen.

Deutlich wird, dass eine einseitige Solidarisierung, welche sich damit begnügt, die Kontrahenten in Opfer und Täter aufzuteilen, die Tatsache verkennt, dass letzten Endes beide Seiten Opfer der Umstände sind. Auch wenn sich manche Nomaden bereits mit den Dschihadisten zusammengetan haben, so kann der Lösungsansatz für diesen Konflikt nicht allein aus einer verstärkten Präsenz der Sicherheitskräfte bestehen oder der einseitigen Unterstützung der Christen. Vielmehr braucht es Lösungen, die beide Seiten in den Blick nehmen und versuchen, die sich widerstreitenden Interessen der Hirten und der Bauern gerecht auszutarieren.

Innerhalb Nigerias wird zum Beispiel darüber nachgedacht, wie die Nomaden sesshaft gemacht werden können auf Grundstücken, die Landbesitzer an

sie verpachten. Das setzt allerdings voraus, dass die Fulani bereit sind, eine seit Jahrhunderten von ihrer Volksgruppe praktizierte Lebensweise freiwillig aufzugeben. Neben der Landfrage muss auch die Wasserfrage geklärt werden. Denn bisher weiden die Herden immer dort, wo es zuvor Regen gegeben hatte. Sollten sie an einem Standort bleiben, müssten die Weiden bewässert und die Tiere mit Wasser versorgt werden.

3. Religionsfreiheit in Nigeria

Nigeria ist seit 1960 unabhängig. Seither hat das Land zahlreiche politische Krisen durchlebt. Nach Jahrzehnten der Militärherrschaft setzte 1999 ein Demokratisierungsprozess ein. Einen demokratischen Machtwechsel hat das Land erstmals 2015 erlebt, als Muhammadu Buhari bei den Präsidentschaftswahlen mehr Stimmen als der bisherige Amtsinhaber Goodluck Jonathan bekam. 2019 wurde Buhari wiedergewählt. Bei den Wahlen hatte es allerdings einige Unregelmäßigkeiten gegeben. Seit Mai 2023 ist Bola Tinubu Präsident von Nigeria.

4. Fazit

Die Konflikte in Nigeria, bei denen Religion eine Rolle spielt, sind oft sehr komplex und haben Ursachen, die jenseits der Religion liegen. Für Außenstehende ist es oft schwer, die Konfliktlagen zu durchschauen. Der Fokus wird schnell auf die Tatsache verengt, dass sich in den Konflikten Christen und Muslime gegenüberstehen. Eine vorschnelle einseitige Solidarisierung mit einer Konfliktpartei kann allerdings weiter Öl ins Feuer gießen und geht an den eigentlichen Konfliktursachen vorbei. Wer Christen in Nigeria helfen will und sich ihnen gegenüber solidarisch zeigen möchte, sollte deswegen unbedingt die Konfliktursachen genau anschauen, damit Hilfe und Unterstützung tatsächlich dem Frieden dienen.

Sehr eindrücklich war für mich das Gespräch mit dem Präsidenten der nigerianischen „Kirche der Geschwister“, Pfarrer Dr. Daniel Mbaya, bei der BMDZ (Basler Mission Deutscher Zweig) am 20. September 2025 in Stuttgart (s. BMDZ NBL 4 2025). Die „Kirche der Geschwister“ ist eine ausgesprochene Friedenskirche und steht in der Tradition der im 18. Jahrhundert entstandenen „church of the brethren“ (Kirche der Brüder). Die Kirche wurde 2014 massiv von Boko Haram heimgesucht, es gab Tötungen, Plünderungen und Kirchenverwüstungen. Ebenfalls 2014 wurden über 200 Mädchen aus einer Schule in Chibok entführt, viele gehörten zur „Kirche der Geschwister“ (s. Church of the Brethren – Wikipedia und 01.05.2025 Nigeria: 10 Jahre danach: Was wurde aus den Chibok – Mädchen?).

Darauf angesprochen, wie die Kirche mit diesen leidvollen Erfahrungen umgehe, antwortete der Kirchenpräsident, dass die „Kirche der Geschwister“

sich bewusst als eine Friedenskirche in der Nachfolge Jesu Christi verstehe (Matthäus 5,39). Durch Friedensarbeit, durch interreligiösen Dialog, durch Konferenzen, aber auch durch gemeinsames Fußballspielen werde versucht, sich für Heilung und Versöhnung einzusetzen und keine Rache zu üben.

Trotzdem fliehen viele Menschen und suchen an anderen Stellen Zufluchtsorte. Nigeria hat 2,5 Millionen intern Vertriebene, die sog. „Internally Displaced Persons" (IDP), das heißt, der weitaus größte Teil der Menschen kommt nicht nach Europa oder Deutschland, sondern bleibt in Heimatnähe. Um den Menschen in ihrem Heimatland eine Perspektive anzubieten bzw. rückkehrende Menschen, die in Europa gestrandet sind und nicht Fuß fassen konnten, aufzufangen, gibt es seit 2017 das bereits erwähnte Programm des Lutherischen Weltbundes, „Symbole der Hoffnung" (s. „Zeichen der Hoffnung" gegen Menschenhandel in Nigeria | Der Lutherische Weltbund). Es wird seit vielen Jahren unterstützt durch die Württembergische Landeskirche. Auch in Simbabwe gibt es mittlerweile dieses Programm. Die Fachreferentin für den kirchlichen Entwicklungsdienst, Frau Cornelia Wolf, hat das Programm letztes Jahr besucht und darüber berichtet: Projektförderung in Simbabwe.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Beratungsangebot der Diakonie „Vorbereitet und erfolgreich nach Deutschland – Migrationsberatung vor der Einreise" (https://legal-migration.de/). Es wird über die EU und Deutschland finanziert und möchte Menschen, die sich mit dem Gedanken einer Zuwanderung nach Deutschland beschäftigen, möglichst frühzeitig erreichen. Im Rahmen einer Perspektivberatung entwickeln die Ratsuchenden möglichst realistische Pläne, damit die berufliche, familiäre und gesellschaftliche Integration nach einem Umzug nach Deutschland möglichst gut gelingt. Ein weiteres Ziel ist, die Personen vor den Gefahren der Migration zu schützen wie ausbeuterische bzw. prekäre Beschäftigungsverhältnisse, familiäre und andere Abhängigkeiten, unseriöse Agenturen etc. Das Projekt berät sozialanwaltschaftlich im Interesse des/der Ratsuchenden – unabhängig von wirtschaftlichen oder staatlichen Interessen. Es ist mittlerweile in 13 Staaten außerhalb der EU tätig in Albanien, Armenien, Äthiopien, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Kosovo, Marokko, Nordmazedonien, Nigeria, Russland, Serbien, Türkei und Ukraine. […]

Religionsfreiheit und die Situation der Christen in Pakistan

1. Einleitung

Mit dem Ende der Kolonialverwaltung im damaligen Britisch-Indien wurden Pakistan und Indien 1947 eigenständige Staaten. Während in Indien vorwiegend

Hindus leben, ist in Pakistan der Islam die Mehrheitsreligion. Gegründet wurde Pakistan als parlamentarische Demokratie säkularer Prägung. Heute spielt Religion allerdings eine zentrale Rolle in Politik und Gesellschaft. Die Frage, wer zu welcher Religion gehört, bestimmt über Sicherheit, Chancen und Perspektiven von Menschen und Gemeinschaften. Hinzukommen extremistische Einflüsse von außen. Teile Nordpakistans sind zu einem Zufluchtsort für verschiedene militante islamistische Gruppen geworden wie der afghanischen Taliban.

Die sozioökonomische Lage Pakistans ist schwierig. Neben massiver Auslandsverschuldung und einer hohen Inflationsrate ist die Staatskasse praktisch leer. Arbeitslosigkeit und Armut prägen den Alltag vieler Menschen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst kontinuierlich. Bestechung, Korruption und Vetternwirtschaft sind weit verbreitet. Die Analphabetenrate ist sehr hoch. Ein Großteil der Bevölkerung nimmt am politischen Leben nicht teil und ist in Entscheidungsprozesse nicht eingebunden. Sie lassen sich von falschen Versprechungen im Wahlkampf täuschen, durchschauen nicht den Missbrauch des Staatsapparats durch machtgierige Politiker und lassen sich leicht als Wähler kaufen.

Armut, Perspektivlosigkeit und mangelnde Bildung sind bekanntermaßen ein guter Nährboden für Extremismus und Polarisierung. In multireligiösen Ländern wie Pakistan können ethnische und religiöse Merkmale leicht zum Ausgrenzungsargument von Menschen und Gruppen missbraucht werden. In Pakistan nimmt die religiöse Intoleranz seit Jahren zu. Mittlerweile haben in manchen Gebieten militante Gruppen die Kontrolle mit Gewalt übernommen und fordern die Autorität des Staates heraus.

Alle diese Entwicklungen haben massive Auswirkungen auf das Leben und den Alltag von Angehörigen religiöser Minderheiten wie der Christen (s. Verfolgte und bedrängte Christen in Pakistan. Arbeitshilfen 336 der Deutschen Bischofskonferenz, 2023 https://www.dbkshop.de/media/files_public/d7101571d208c376600ba20acb6474c4/DBK_5336.pdf).

2. Situation der Christen und anderer religiöser Minderheiten

Mehr als 95 Prozent der Bevölkerung Pakistans sind Muslime. Islamische Ideale und Praktiken durchdringen alle Bereiche des pakistanischen Lebens. Christen sind neben Hindus, Ahmadi-Muslimen (laut pakistanischer Verfassung sind sie keine Muslime), Sikhs und Zoroastriern eine sehr kleine Minderheit. Etwa die Hälfte der Christen gehört der katholischen Kirche an, die andere Hälfte sind Mitglieder protestantischer (v. a. anglikanische, presbyterianische) Kirchen.

Unter britischer Herrschaft genossen Christen einen relativen Schutz. Seit der Islamisierungspolitik in den 1980er Jahren wächst die religiöse Intoleranz

gegenüber Minderheiten in Pakistan. Sozioökonomisch und politisch werden sie diskriminiert. Immer wieder wird ihnen Gotteslästerung vorgeworfen, was dramatische Folgen für Einzelpersonen, ihre Familien und oft auch die gesamte Religionsgemeinschaft hat.

Militante islamische Gruppen hingegen profitieren von einer Gesetzgebung, die sich am islamischen Recht der Scharia orientiert. Besonders problematisch ist das sogenannte Blasphemie-Gesetz, das für Gotteslästerung und vor allem die Beleidigung des Islam harte Strafen bis hin zur Todesstrafe vorsieht.

2.1. Blasphemie-Gesetz

Bereits 1927 führten die Briten ein Blasphemie-Gesetz in das Strafgesetzbuch von Britisch-Indien ein. Damit wollten sie generell Konflikten zwischen Hindus und Muslimen vorbeugen. „Islamisiert" wurde das Blasphemie-Gesetz erst in den 1980er Jahren im Rahmen einer allgemeinen Islamisierungspolitik. Seit der Strafrechtsänderung von 1986 sieht das pakistanische Strafgesetzbuch die Todesstrafe oder lebenslange Haft für Gotteslästerung vor.

Mit den Blasphemie-Gesetzen werden oft persönliche Rechnungen beglichen, die häufig nichts mit Religion zu tun haben. So reicht der bloße Vorwurf der Blasphemie aus, um jemanden zur Zielscheibe von religiösen Fundamentalisten zu machen. Mittlerweile kommt es auch vor, dass diejenigen der Blasphemie beschuldigt werden, die andere gegen den Vorwurf der Gotteslästerung verteidigen.

Heute ist der Missbrauch des Blasphemie-Gesetzes eines der drängendsten Probleme in Pakistan. Betroffen sind davon in erster Linie Angehörige von Minderheiten, wie der Christen, Hindus oder Ahmadi-Muslime. Aber auch Muslime, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen, oder ihre Religion nicht allzu streng leben wollen, werden zur Zielscheibe.

Bei Blasphemie-Vorwürfen ist es völlig unerheblich, ob die Anschuldigung richtig oder falsch ist, ob sie vor Gericht bewiesen werden kann oder nicht. Immer wieder werden die Familien mit reingezogen und in Sippenhaft genommen. Gehört der Beschuldigte einer religiösen Minderheit an, leidet häufig die gesamte Gemeinschaft unter Angriffen auf Häuser, Gebetsstätten und unter Lynchjustiz.

2.2. Religiöse Intoleranz in der Mehrheitsreligion

Seit der Islamisierungspolitik der 1980er Jahre hat die religiöse Intoleranz unter den Muslimen gegenüber Angehörigen von Minderheiten stetig zugenommen. Neben externen Einflüssen spielt dabei auch das Bildungssystem eine Rolle. Voreingenommene Lehrer gegenüber christlichen, hinduistischen und Ahmadi-

Kindern sowie falsche Darstellungen in Schulbüchern fördern religiöse Intoleranz bei den Schülern, die zur Mehrheitsreligion Islam gehören. Schüler aus den Minderheitengruppen dagegen verlieren angesichts der unterschwelligen und offenen Missachtung an Selbstvertrauen und fühlen sich minderwertig.

3. Religionsfreiheit in Pakistan

In Pakistan ist der Islam laut Verfassung Staatsreligion. Auch ist seit 1991 die Scharia, die Islamische Gesetzgebung, zur Grundlage für die Gesetzgebung in Pakistan eingeführt. Zwar heißt es in der Präambel, „dass die Minderheiten frei ihre Religionen bekennen und ausüben und ihre Kulturen entwickeln können". Und in Artikel 36 heißt es, dass „der Staat die legitimen Rechte und Interessen der Minderheiten schützen" solle. Auch werden den Minderheiten eigene Personenstandsgesetze zugesprochen. Gleichzeitig kommt dem Islam laut Verfassung aber eine sehr übergeordnete Rolle zu. So gelten laut Verfassung „die Prinzipien von Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Toleranz und sozialer Gerechtigkeit, wie sie im Islam ausgedrückt sind". Und der Amtseid des Präsidenten beginnt mit einem klaren Bezug zum Koran (s. https://www.missio-hilft.de/missio/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/laenderberichte-religionsfreiheit/laenderbericht-044-pakistan.pdf). Präsident und Premierminister müssen Muslime sein. Die Bevorzugung muslimischer Bürger in der Verfassung ist allgegenwärtig. Nichtmuslime haben keine Chance, eine führende Rolle zu übernehmen.

3.1. Christen als Akteure für Religionsfreiheit und Bürgerrechte

Christen und Angehörige anderer Minderheitsreligionen in Pakistan leiden unzweifelhaft unter einer Vielzahl von Diskriminierungs- und Verfolgungsmustern. Sie tragen ein hohes Risiko, Opfer von Blasphemie-Vorwürfen, Zwangskonversion oder religiöser Intoleranz zu werden. Wer Christen in Pakistan allerdings nur unter dem Opfer-Aspekt sieht, übersieht, dass sie originärer Teil der pakistanischen Gesellschaft sind und sich auch so verstehen. Viele Christen bringen sich aktiv und positiv ein. In vielen Gemeinden kümmern sie sich besonders um marginalisierte und verwundbare Menschen in ihrem Umfeld, beziehen sie in das Gemeindeleben ein, vermitteln wichtige soziale Werte. Auch klären sie Menschen über ihre Rechte in der Gesellschaft auf. Und in einigen Regionen in Pakistan gibt es kirchliche Ausbildungszentren, in denen junge Menschen einen Beruf erlernen können, damit sie später einmal ein eigenes Einkommen erwirtschaften können (s. https://www.dbkshop.de/media/files_public/d7101571d208c376600ba20acb6474c4/DBK_5336.pdf).

4. Fazit

Pakistan gehört mit seinen mehr als 230 Millionen Einwohnern zu den bevölkerungsreichsten Staaten Asiens. Die Hälfte davon ist jünger als 22 Jahre. Gesellschaftliche Entwicklungen innerhalb Pakistans müssen deswegen auch unter der Fragestellung betrachtet werden, welche Rolle Pakistan regional und international in den nächsten Jahren einnehmen wird, insbesondere im Hinblick auf die globale Sicherheit. Die Frage des gesellschaftlichen Miteinanders in Pakistan ist deswegen nicht nur von lokaler, sondern mindestens auch von regionaler Bedeutung.

Wie es einer religiösen Minderheit in einem Land geht und wie die Mehrheit mit ihnen umgeht, scheint auf den ersten Blick eine lokal begrenzte Frage zu sein. Die Welt im 21. Jahrhundert ist aber so stark vernetzt, dass auch bei diesem Thema in einem sehr viel größeren Rahmen gedacht werden muss. In Windeseile machen Nachrichten von Menschen, die aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit diskriminiert, bedrängt, verfolgt oder gar getötet werden, weltweit die Runde und lösen auch hier bei uns in Deutschland Emotionen der Empörung aus und den Wunsch zur Solidarisierung mit den Opfern. Diese Emotionen sind verständlich und zuallererst Ausdruck unserer Menschlichkeit. Wir möchten, dass die Ungerechtigkeit aufhört, und möchten den Opfern helfen. Um sie angemessen und so wirksam wie möglich zu unterstützen, ist es wichtig, sie nicht allein als schwach wahrzunehmen. Christen sind in Pakistan eine kleine Minderheit, die vielen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind und tagtäglich Diskriminierungen erfahren. Sie haben aber auch große Potenziale, mit denen sie sich in die pakistanische Gesellschaft einbringen. So zeigen die Kirchen in Pakistan in letzter Zeit zum Beispiel ein großes Interesse an einer Begegnung zwischen Islam und Christentum. Dieser Dialog auf oberer Ebene macht Hoffnung. Damit diese Arbeit effektiv werden kann, braucht es gleichzeitig einen themen- und handlungsorientierten Dialog zwischen der einfachen christlichen und muslimischen Bevölkerung auf dem Land und in den Städten. Wenn Christen und Muslime, die gleichermaßen unter unwürdigen Lebensbedingungen leiden, gemeinsam befähigt werden, ihre Situation zu verbessern und gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen, wird eine Gesellschaft insgesamt resilienter gegen religiöse Intoleranz.

Kirchen und ihre Institutionen können vor Ort einen wichtigen Beitrag leisten für eine integrativere und humanere Gesellschaft. Sie brauchen unsere Unterstützung, damit sie Menschen ermutigen und befähigen können, sich als gleichberechtigte Bürger in die politischen und gesellschaftlichen Prozesse zum Wohle aller einzubringen. […]

Christenverfolgung und Populismus: Verantwortung in Zeiten antidemokratischer Versuchungen



Lars Rohwer ist seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages, davor gehörte er fast drei Jahrzehnte dem Sächsischen Landtag an und war 1989 Mitglied des Neuen Forum in Dresden. Der evangelisch-lutherische Christ, gelernte Bankkaufmann und Mitglied einer Industriegewerkschaft wirkt ehrenamtlich unter anderem als Präsident des Deutschen Jugendherbergswerks Sachsen und als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen. Rohwer engagiert sich als politischer Pate für Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Kuba und Belarus. Seit 2025 ist er Vorsitzender des Stephanuskreises im Bundestag, einer Gruppe der CDU/CSU-Fraktion, die den Schutz verfolgter Christen sowie Religionsfreiheit und religiöse Toleranz ins Zentrum ihrer Arbeit setzt. (Bild: © Jessica Novak)

Als Vorsitzender des Stephanuskreises in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag begegnen mir immer häufiger zwei Entwicklungen, die auf den ersten Blick weit auseinanderliegen. Die erste Entwicklung ist die bedrängende Lage vieler Christinnen und Christen weltweit, auf die wir in unseren Sitzungen immer wieder aufmerksam machen wollen. Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage, werden aus ihren Dörfern vertrieben, inhaftiert, entführt oder getötet, weil sie einer christlichen Gemeinde angehören oder ihren Glauben öffentlich leben. Das findet jeden Tag überall auf der Welt in unterschiedlichster Weise statt, sei es in Syrien, Nigeria, Nicaragua oder China.

Die zweite, oft weniger beachtete Entwicklung spielt sich in unserer eigenen politischen Debatte ab. Denn Parteien und Bewegungen, die mit dem kirchlichen Leben oft wenig verbindet, berufen sich plötzlich auf das „christliche Abendland“, auf „christliche Werte“ oder auf den Schutz verfolgter Christen, vor allem in Deutschland.

Meiner Meinung nach muss beides zusammengedacht werden. Denn die reale Not verfolgter Christen darf weder relativiert noch als politisches Kapital genutzt werden. Die Politik steht deshalb vor einer doppelten Aufgabe: Wir müssen den Betroffenen eine Stimme geben und konkrete politische Verbesserungen anstoßen. Zugleich müssen wir jedoch auch verhindern, dass ihr Leid dazu dient, Menschenrechte selektiv anzuwenden, religiöse Gruppen gegeneinanderzustellen oder antidemokratische Politik religiös aufzuwerten. Der

Einsatz für Christen ist nur dann glaubwürdig, wenn er aus dem universalen Menschenrecht der Religions- und Weltanschauungsfreiheit folgt. Genau diesem doppelten Auftrag, nämlich dem Schutz verfolgter Christen und der Religionsfreiheit für alle, ist die Politik und der Stephanuskreis verpflichtet.

Christenverfolgung weltweit: ein vielschichtiges Bild

Christenverfolgung ist weltweit eine tägliche Realität. Aktuelle Berichte von Open Doors, Kirche in Not und anderen internationalen Menschenrechtsorganisationen zeigen, dass viele Christinnen und Christen wegen ihres Glaubens benachteiligt, bedroht oder angegriffen werden. Manche verlieren ihre Arbeit oder ihren Zugang zu Bildung und werden durch staatliche Repressionen unter Druck gesetzt. Andere werden vertrieben, inhaftiert, entführt oder Opfer tödlicher Gewalt. Zugleich sind auch Angehörige anderer Religionen und Menschen ohne religiöses Bekenntnis in vielen Staaten erheblichen Einschränkungen ausgesetzt.

Solche Berichte sind wichtig, weil sie auf Missstände aufmerksam machen, die in einer mediatisierten Welt zwischen täglichen Schlagzeilen oft untergehen. Sie können die Lage vor Ort aber oft nur begrenzt abbilden, weil aus autoritär regierten Staaten und Konfliktregionen häufig verlässliche Informationen fehlen. Zahlen sollten deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden. Entscheidend ist, welche Formen der Verfolgung auftreten, wer dafür verantwortlich ist und welche Hilfe die Betroffenen im Einzelfall benötigen.

Wie komplex die Lage sein kann, zeigt sich etwa in Nigeria. Dort werden christliche Gemeinden, Geistliche und Kirchen gezielt angegriffen. Gleichzeitig wirken hier mehrere Ursachen zusammen: islamistischer Terror, organisierte Kriminalität, ethnische und regionale Konflikte, Streit um Land und Ressourcen sowie schwache staatliche Strukturen. Denn auch muslimische Gemeinden werden Opfer von Gewalt. Der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel, hat bei seiner Reise nach Nigeria im April 2026 zu Recht auf diese Vielschichtigkeit hingewiesen. Wer jeden Gewaltakt vorschnell in ein einziges Erklärungsmuster presst, hilft den Betroffenen nicht. Wer die religiöse Dimension aus falscher Vorsicht ganz ausblendet, allerdings ebenso wenig.

Für die politische Arbeit ist eine genaue Unterscheidung allerdings eine notwendige Voraussetzung. Es macht einen Unterschied, ob Menschen gesellschaftlich ausgegrenzt, rechtlich benachteiligt, staatlich überwacht, vertrieben oder mit Gewalt verfolgt werden. Diese Differenzierung relativiert das Leid nicht. Im Gegenteil: Sie hilft, Verantwortliche klarer zu benennen, passende politische Maßnahmen zu entwickeln und die Betroffenen wirksam zu unterstützen.

Populisten entdecken das Christentum für ihre Zwecke

Es ist wichtig festzustellen, dass Populismus nicht automatisch Extremismus bedeutet. In der politikwissenschaftlichen Forschung wird er meist als ein Denken beschrieben, das die Gesellschaft in zwei vermeintlich homogene Lager teilt, nämlich das Volk einerseits und die korrupte Elite anderseits. Beim rechten Populismus treten Nativismus und autoritäre Vorstellungen hinzu. Pluralismus wird dann nicht als Normalfall der Demokratie verstanden, sondern als Störung eines vermeintlich einheitlichen Volkswillens.

Eine Unterscheidung ist mir dabei besonders wichtig. Nicht jede Kritik am politischen Umgang mit Religion ist automatisch populistisch. Nicht jede Auseinandersetzung mit Islamismus und nicht jede Forderung nach einem besseren Schutz christlicher Minderheiten ist Ausdruck von Rechtspopulismus, sondern in vielen Fällen Teil des demokratischen Meinungsspektrums. Die Grenze wird jedoch klar dort überschritten, wo komplexe Fragen auf ein Freund-Feind-Denken reduziert oder ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht gestellt werden. Religion ist für eine solche Politik besonders attraktiv, weil sie starke Symbole bietet, vertraute Erzählungen und eine Sprache von Zugehörigkeit, Bedrohung und Rettung. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass rechtspopulistische Akteure das Christentum häufig weniger als gelebten Glauben denn zur kulturellen Identität verwenden. Der Verweis etwa auf das „christliche Abendland“ bleibt oft auffallend unbestimmt. Präziser wird die Sprache meist dort, wo ein Gegenbild konstruiert wird, insbesondere gegenüber dem Islam.

Chiffre für das Eigene gegen das Fremde

Das ist der entscheidende Unterschied zwischen Bekenntnis und Vereinnahmung. Christlicher Glaube beginnt nicht mit der Frage, wer ausgeschlossen werden kann. Er fragt nach der Würde des Menschen, nach Verantwortung, Schuld, Vergebung und dem Schutz des Nächsten. Populistische Identitätspolitik reduziert diese anspruchsvolle Tradition des Christentums auf ein kulturelles Erkennungszeichen. Das Kreuz wird damit sprichwörtlich vom Zeichen des Glaubens zur Trennlinie einer kulturell definierten Gemeinschaft. So werden „Christliche Werte“ nicht mehr inhaltlich entfaltet, sondern dienen als Chiffre für das Eigene gegen das Fremde.

Menschenrecht wird ein Instrument des Kulturkampfes

Dr. Bernd Hirschberger von Justitia et Pax hat bei einer Veranstaltung des Stephanuskreises typische Muster dieser Umdeutung benannt, nämlich das selek-

tive Herausgreifen einzelner Aspekte der Religionsfreiheit, ihre klientelistische Anwendung auf die eigene Gruppe, das Ausspielen gegen andere Menschenrechte und die Verbindung berechtigter Anliegen mit verschwörungsideologischen oder extremistischen Narrativen. Genau darin liegt meiner Meinung nach die politische Gefahr. Denn was folgt in der Regel daraus? Ein tatsächlicher Angriff auf eine christliche Gemeinde in Syrien wird für Populisten nicht zum Anlass, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz zu stärken, sondern zum Beleg einer Untergangserzählung des Christentums. Aus Solidarität wird Mobilisierung, aus einem Menschenrecht wird ein Instrument des Kulturkampfes.

Der Osten als Brennglas

Als Bundestagsabgeordneter aus Dresden und dem Radeberger Land erlebe ich die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften nicht nur aus der Distanz. Sie gehört hier zum politischen Alltag. Dabei wäre es zu einfach, Ostdeutschland lediglich als Problemregion zu beschreiben. Viele tolle Menschen engagieren sich in Kommunen, Kirchen, Vereinen und Initiativen für ihre Nachbarschaft und für die Demokratie. Ihnen gilt mein größter Respekt. Gleichzeitig sind Enttäuschungen über politische Institutionen, Erfahrungen mit mangelnder Anerkennung und das Gefühl politischer Ohnmacht reale Themen. Ich bin der Meinung: Wer darauf nur mit moralischer Überlegenheit antwortet, überlässt den Populisten das Feld.

Gerade im stark säkularisierten Osten ist die Berufung auf das Christentum besonders aufschlussreich. Forschung zur AfD zeigt, dass ihre christlichen Bezüge häufig vage bleiben und in den ostdeutschen Ländern auf eine überwiegend säkulare Wählerschaft treffen. „Christlich“ bezeichnet in der Konsequenz dann nicht zwingend eine religiöse Praxis, sondern dient als kulturelles Signal für Heimat, Ordnung und die Abgrenzung gegenüber dem Fremden. Dass ausgerechnet Akteure mit geringer kirchlicher Bindung beanspruchen, das Christentum gegen die Kirchen verteidigen zu müssen, ist kein Zufall. Kirchen stören populistische Akteure dann, wenn sie darauf bestehen, dass der christliche Glaube nicht zur Ausgrenzung anderer benutzt werden darf. Kirchen sollten das klarer sprechen, ohne sich dabei als Parteiersatz zu verstehen. Die Erklärung der katholischen Bischöfe von 2024, völkischer Nationalismus und Christentum seien unvereinbar, hat eine notwendige Grenze markiert. Ich denke, wir müssen Positionen benennen, die die Menschenwürde und den demokratischen Pluralismus verletzen. Und wir müssen mit Menschen sprechen, die verunsichert oder enttäuscht sind, ohne gleichzeitig jede ihrer Anliegen und Sorgen mit extremistischen Weltbildern gleichzusetzen. Dann können wir uns

auch wieder mehr auf das Miteinander fokussieren und finden eine Möglichkeit, auf Ausgrenzung angelegter Politik mit Dialog und Menschlichkeit zu begegnen.

Was daraus für Politik folgt

Der Stephanuskreis widmet sich allen verfolgten Religionsgemeinschaften, aus gutem Grund besonders jedoch den verfolgten christlichen Gläubigen. Religionsfreiheit ist jedoch kein Gruppenprivileg. Das Menschenrecht schützt Christen, Juden, Muslime, Jesiden, Bahá'í, Angehörige traditioneller Religionen, Humanisten und Atheisten gleichermaßen. Wer nur die Freiheit der eigenen Gemeinschaft verteidigt, verteidigt keine Religionsfreiheit, sondern nur das Vorrecht der eigenen Überzeugungen.

Der ökumenische Bericht von Evangelischer Kirche in Deutschland und Deutscher Bischofskonferenz formulierte diesen Zusammenhang klar: Religionsfreiheit ist ein Recht für alle. Sie steht zudem in enger Verbindung mit der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Darüber hinaus muss Religionsfreiheit ein fester Bestandteil der deutschen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sein. Dass das Amt des Beauftragten der Bundesregierung mit meinem Kollegen Thomas Rachel seit 2025 im Auswärtigen Amt angesiedelt ist, bietet dafür eine Chance, die ich sehr begrüße. Es erscheint mehr als sinnvoll, religiöse Akteure bei Lageanalysen in Krisenregionen systematisch zu berücksichtigen. Auch bei diplomatischen Gesprächen dürfen willkürliche Verhaftungen von Gläubigen, Blasphemiegesetze, Zwangskonversionen, Angriffe auf Gotteshäuser oder auch die staatliche Kontrolle religiöser Gemeinschaften nicht als Nebenthemen behandelt werden.

Auch dürfen demokratische Parteien das Vokabular der Populisten nicht übernehmen, um kurzfristig verlorene Aufmerksamkeit zurückzugewinnen. Die internationale Forschung zur Demokratieentwicklung dokumentiert seit Jahren eine breite autokratische Gegenbewegung. Der V-Dem-Bericht von 2026 spricht von fünfzehn Jahren stagnierender Demokratisierung. Weltweit befanden sich 2025 lediglich 18 Staaten in einem Demokratisierungsprozess, ein Tiefpunkt verglichen mit den Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In einer solchen Lage ist es besonders riskant, Menschenrechte als Nullsummenspiel zu behandeln. Der Schutz einer christlichen Minderheit wird nicht stärker, wenn die Rechte einer muslimischen Minderheit geschwächt werden. Sicherheit und Freiheit, Religionsausübung und Gleichberechtigung müssen im Rechtsstaat immer wieder praktisch zum Ausgleich gebracht werden. Genau das unterscheidet demokratische Politik von der Logik des Kulturkampfes.

Ein erfolgsversprechender Ansatz wäre, wieder mehr religiöse und menschenrechtliche Bildung zu fördern. Denn wer religiöse Begriffe nicht einordnen kann, ist auch anfälliger für ihre politische Verfälschung. Das gilt auch innerhalb der Parteien und Parlamente. Religionskompetenz bedeutet nicht, religiöse Wahrheitsfragen politisch zu entscheiden. Sie bedeutet, Akteure, Traditionen, interne Vielfalt und Konflikte sachgerecht zu verstehen.

Und schließlich müssen wir den demokratischen Raum vor Ort stärken. Im Osten entscheidet sich die Auseinandersetzung nicht allein in Talkshows oder Parteizentralen. Sie entscheidet sich in Stadtteilen, Kirchengemeinden, Schulen, Betrieben und Vereinen. Menschen müssen erleben, dass demokratische Institutionen ansprechbar sind und Probleme tatsächlich bearbeiten. Der Kampf gegen Populismus darf sich nicht in der Kritik populistischer Sprache erschöpfen. Er verlangt eine politische Präsenz und den Respekt vor biografischen Erfahrungen. Gerade Kirchen können Orte des Dialogs sein, an denen Widerspruch möglich bleibt, ohne den jeweils anderen abzuschreiben.

Solidarität ohne Vereinnahmung

Christenverfolgung ist keine Erfindung populistischer Politik. Sie ist bittere Realität. Gerade deshalb müssen wir widersprechen, wenn sie als Kampfbegriff missbraucht wird. Die glaubwürdigste Antwort auf die Verfolgung von Christen ist nicht die Errichtung neuer Feindbilder. Es ist eine Politik, die religiöse Freiheit konsequent, konkret und für jeden Menschen schützt. Der Stephanuskreis wird weiterhin Aufmerksamkeit für betroffene Menschen auf der politischen Ebene schaffen und Handlungsmöglichkeiten ausloten. Dabei ist mir jedoch wichtig, dass wir nicht in eine falsche Neutralität geraten, die aus Sorge vor Instrumentalisierung über reale Verfolgung schweigt. Gleichzeitig sollten wir uns vor einer selektiven Empörung hüten, indem nur das Leid der eigenen Religionsgruppe beachtet wird.

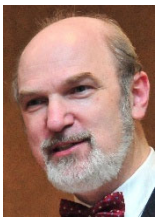
Als Ostdeutscher, der in der DDR geboren und aufgewachsen ist, weiß ich aus Erfahrung, wie wertvoll unabhängige Kirchen und mutige Gemeinden sein können. In der DDR boten Teile der Kirchen Oppositionellen und Andersdenkenden Freiräume. Kirchliche Gruppen und Friedensgebete leisteten einen wichtigen Beitrag zur Friedlichen Revolution. Sie waren Räume des freien Wortes und eben nicht Werkzeuge einer Partei.

Diese Unabhängigkeit bleibt ihr politischer Wert. Christen stärken die Demokratie nicht, indem sie einer politischen Kraft religiöse Legitimation verschaffen, sondern, indem sie die Würde jedes Menschen bezeugen und denen eine Stimme geben, die keine haben. Genau darin liegt auch heute die Aufgabe des Stephanuskreises.

LÄNDERBERICHTE

Hintergründe der Spaltung der Orthodoxen Kirche – Konstantinopel vs. Moskau

Mit besonderer Berücksichtigung der Orthodoxie in der Ukraine



Prof. Dr. phil. Dr. theol. **Thomas Schirrmacher**, PhD, DD, DHL, ist Präsident des Internationalen Rates der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (Frankfurt), Präsident des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (San José, Costa Rica), Co-Präsident von Religions for Peace (New York) und leitet als Erzbischof das Office for Governance and International Affairs der Confessing Anglican Church (https://confessinganglican.church/, Delhi, India; Jacksonville, USA). Er ist zudem seit 2006 Professor für Religionssoziologie an der Staatlichen Universität des Westens in Timişoara, Rumänien. 2021–2024 war er Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz. (Bild: © privat)



Titus Vogt, lic. theol., ist Dekan des Martin Bucer Seminars, einem dezentralen theologischen Seminar für berufsbegleitende theologische Ausbildung. Seit 2005 engagiert er sich maßgeblich beim Aufbau und der Leitung des türkischen MBS-Zweiges. Am MBS unterrichtet er u. a. Konfessionskunde und Dogmengeschichte. Daneben ist er beim Bonner Hilfswerk Gebende Hände als Projektmanager, insbesondere im Bereich Menschenrechte und Religionsfreiheit, tätig. Zudem betreut er bei verschiedenen Verlagen vielfältige Buchprojekte. (Bild: © privat)

Ostkirchen und Westkirchen

Mit den westlichen Kirchen haben die orthodoxen Kirchen die ersten sieben Konzile gemeinsam, von denen das letzte 787 in Nikaia/Nizäa, heute Iznik, in

der Nähe des heutigen Istanbul stattfand („Nizäa II“). Danach kam es zu einer zunehmenden Entfremdung, die 1054 in der gegenseitigen Verbannung des Oberhauptes der jeweils anderen Kirche gipfelte – das Schisma zwischen Ost- und Westkirche. Aus diesem Anlass hatten die Oberhäupter der orthodoxen Kirchen letztmalig einen gemeinsamen Beschluss gefasst – also vor fast 1000 Jahren.

1965 hob Papst Paul VI. am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils die Verurteilung des Ökumenischen Patriarchen auf. Seitdem gilt das Schisma von 1054 im Prinzip als beendet, auch wenn die meisten orthodoxen Kirchen die Katholische Kirche nicht als „Kirche“ anerkennen – die protestantischen Kirchen sowieso nicht.

Die orthodoxen Kirchen haben teilweise der Ökumenischen Bewegung viel gegeben, aber es gelingt ihnen nicht, denselben Schwung zwischen ihren eigenen Kirchen zu entfachen.

Der am 25.1.2025 verstorbene Erzbischof Anastasios (Yannoulatos), Oberhaupt der Autokephalen Albanisch-Orthodoxen Kirche und mein väterlicher Freund (https://bonner-querschnitte.de/bq832-mit-erzbischof-anastasios-von-tirana-durres-und-ganz-albanien-habe-ich-einen-mentor-und-vaeterlichen-freund-verloren/; https://bonner-querschnitte.de/?p=9033) warnte am 27.11.2019:

> „Die ethno-rassische Fragmentierung (in Griechen, in Slawen, und in die, die harmonische Beziehungen mit allen wollen) zerstört den multinationalen, multikulturellen und ökumenischen Charakter der Orthodoxie.“ // “The resulting ethno-racial fragmentation (into Greeks, Slavs, and those who desire harmonious relations with all) deals a grave blow to the multinational, multi-cultural, and ecumenical character of Orthodoxy.” (https://orthochristian.com/125886.html)



Bild 1: Thomas Schirrmacher gratuliert Erzbischof Anastasios Yannoulatos (90) im Aachener Dom zum Empfang des Klaus-Hemmerle-Preises 2020. (© BQ/Esther Schirrmacher)

Aus nächster Nähe

Im Rahmen meines Einsatzes für Religionsfreiheit seit 1995, dann insbesondere auch als Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF) habe ich mich von Anfang an für unterdrückte orthodoxe Kirchen in aller Welt eingesetzt und gute Beziehungen zu vielen Oberhäuptern der orthodoxen Kirchen aufgebaut. Als Leiter des *Office of Intrafaith and Interfaith Relations* (OIIR) der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) und als assoziierter Generalsekretär habe ich einen Botschafter beim Ökumenischen Patriarchen in Konstantinopel/Istanbul und einen Botschafter beim Russisch-Orthodoxen Patriarchen (als Haupt einer weltweit verbreiteten Kirche) eingesetzt. Als Generalsekretär der WEA seit 2021 bis zum Rücktritt aus Gesundheitsgründen April 2024 habe ich mich häufiger mit verschiedenen Patriarchen getroffen, seit meiner Genesung Ende 2024 steht das IIRF wieder im Mittelpunkt meiner Arbeit.



Bild 2: Tischrunde – Thomas Schirrmacher trifft kirchliche Würdenträger, von ihm aus gegen den Uhrzeigersinn: Chrysostomos II, Erzbischof der Zyprisch-Orthodoxen Kirche; Abune Mathias, Patriarch der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche; Béchara Pierre Kardinal Rai, Maronitischer Patriarch von Antiochien und dem ganzen Osten; Katholikos Aram I der Armenisch-Orthodoxen Kirche, Katholikosat von Cilicien; Tawadros II, Patriarch von Alexandrien und Papst der Koptisch-Orthodoxen Kirche; Theodoros II, Griechisch-Orthodoxer Patriarch von Alexandrien; Kurt Kardinal Koch, Präsident des Päpstlichen Rats zur Förderung der Einheit der Christen; Mor Basilios Thomas I, Katholikos von Indien der Syrisch-Orthodoxen Kirche. (© BQ/Titus Vogt)

Ich habe dabei die meisten Patriarchen persönlich kennengelernt, mit einigen treffe ich mich häufiger, mit dem Ökumenischen Patriarchen bisher elfmal, neben Istanbul auch in Wien, Genf oder bei seinem Besuch bei uns in Bonn. Ich war oft im Moskauer Patriarchat und habe den Patriarchen in Baku getroffen. Bei einer Vatikansynode saß ich drei Wochen neben dem Oberhaupt der Estnisch-Orthodoxen Kirche. Zusammen mit Titus Vogt war ich zu Pfingsten 2016 beim „Holy and Great Council" der Orthodoxen Kirchen auf Kreta. Ich habe mit den Häuptern aller Kirchen in der Ukraine gesprochen, mit dem mit Moskau verbundenen Metropoliten ebenso wie mit dem ‚abtrünnigen' Patriarchen Filaret. Als sich Papst Franziskus und der Russisch-Orthodoxe Patriarch in Kuba trafen, war ich zusammen mit Dr. Richard Howell (Neu-Delhi) zeitgleich in der Abteilung für Außenangelegenheiten der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau, um live von Archimandrit Philaret Bulekov, Vizepräsident des Russian Orthodox Church Department of External Church Relations, über die Ergebnisse des Gespräches informiert zu werden.

https://bonner-querschnitte.de/wp-content/uploads/migrated/BQ0417.pdf
https://bonner-querschnitte.de/wp-content/uploads/BQs/BQ0439.pdf



Bild 3: Bischof Nik Nedelchevs, Botschafter der WEA für die orthodoxen Kirchen, im Gespräch mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus und Bischof Thomas Schirrmacher 2019. (© BQ/Martin Warnecke)



Bild 4: Kyrill I., Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, nimmt die Berufung von Dr. Vitaly Vlasenko entgegen. (© BQ/Thomas Schirrmacher)

All das sei nur gesagt, um zu zeigen, dass ich ein genuines Interesse an der Orthodoxen Kirche habe, da die westliche Christenheit viel von ihr lernen kann, und meine Forschung mit Sichtweisen aus erster Hand zusammenkommen – auch zu den gegenwärtigen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Ukraine.

Nichts von dem im Folgenden Gesagten soll eine überhebliche westliche, protestantische oder evangelikale Sichtweise an den Tag legen, zumal Protestanten im Allgemeinen und Evangelikale im Besonderen sicher Weltmeister im Spalten von Kirchen sind. Es geht auch nicht darum, für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen. Es geht nur um den Versuch, Außenstehenden verständlich zu machen, was vor sich geht.

Minsk 15.10.2018: Die Russisch-Orthodoxe Kirche verurteilt den Ökumenischen Patriarchen

Die „Heilige Synode“ der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), das heißt die Vollversammlung der Bischöfe, hat sich am 15. Oktober 2018 in Minsk versammelt und die Abendmahlsgemeinschaft mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I. und allen, die ihm unterstellt sind (einschließlich der Laien), aufgehoben, was auch die Griechisch-Orthodoxe Kirche in Deutschland unmittelbar betrifft. Minsk, die Hauptstadt von Weißrussland (Belarus), wurde bewusst gewählt, da sie neben Kiew in der Ukraine die zweite Hauptstadt eines Landes ist, das die ROK zu ihrem Kernbestand zählt. Der Grund dafür, dass es in Weißrussland keine Absetzbewegung wie in der Ukraine gibt, liegt wohl vor allem daran,

dass der Präsident und Autokrat des Landes, Alexander Lukaschenko (Aljaksandr Lukaschenka), dies verhindert.



Bild 5: Im Gespräch mit dem Russisch-Orthodoxen Patriarchen in Baku, Aserbaidschan, 2019. (© BQ/Martin Warnecke)

Das lange, offizielle Schreiben der ROK kündigt dem Ökumenischen Patriarchen die Eucharistiegemeinschaft auf, da er sich in Gemeinschaft mit einer Ukrainischen Kirche begibt, die von der ROK exkommuniziert wurde. Daneben spricht die ROK Patriarch Bartholomäus jedes weitere Recht ab, die autokephalen orthodoxen Kirchen zu koordinieren. Auch wenn der Traum von Moskau als dem dritten und eigentlichen Rom, das Konstantinopel ersetzt, ein halbes Jahrtausend alt ist: Unter Berufung auf die Tradition wird gewissermaßen die Urtradition der Orthodoxen außer Kraft gesetzt. Der erste Schritt war schon durch das Nichterscheinen der ROK beim „Heiligen und Großen Konzil" in Kreta im Juni 2016 getan, auch er beinhaltete schon den Vorbehalt, dass der Ökumenische Patriarch, der laut Tradition alleine ein solches Konzil einberufen kann, eigentlich doch nicht dazu befugt sei.

Die ersten Plätze der Ehrenreihenfolge der Patriarchatssitze lauten: Konstantinopel (heute Istanbul) – Alexandrien (heute Kairo) – Antiochien (Türkei, Sitz inzwischen verlegt nach Damaskus, Syrien) – Jerusalem – Moskau. In der Gottesdienstliturgie wurde immer schon für das jeweilige Oberhaupt der Kirche und zudem für den Ökumenischen Patriarchen gebetet. Bartholomäus hier zu streichen, hat eine hohe emotionale Bedeutung und ist eine de facto-Erklärung, dass er nicht mehr als Oberhaupt angesehen wird. Allerdings werden die meisten Gottesdienstbesucher diese Änderung nicht bemerken, wenn sie nicht vorher darauf hingewiesen werden.

Was war eine halbe Woche vorher geschehen?

Istanbul 11.10.2018: Patriarch Bartholomäus



Bild 6: Ökumenischer Patriarch. (© Thomas Schirrmacher)



Bild 7: Istanbul 2008 Besuch im Ökumenischen Patriarchat. (© BQ/Titus Vogt)



Bild 8: 2014 Thomas Schirrmacher im Gespräch mit dem Ökumenischen Patriarchen und mit Erzbischof Anastasios in Wien über die Rede für Religions for Peace. (© Geoff Tunnicliffe)



Bild 9: Mit dem Ökumenischen Patriarchen in Riyad. (© Esther Schirrmacher)

Es war dabei ein geschickter Schachzug von Bartholomäus, mit dem die Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) so sicher nicht gerechnet hatten, einen 332 Jahre alten Beschluss seines Amtsvorgängers aufzuheben. Der Beschluss vom 11.10.2018 nimmt die Entscheidung zurück, die in einem Schreiben von 1686 gefällt wurde, dass die Metropolie von Kiew dem Moskauer Patriarchat

unterstellt wird. („Announcement 11/10/2018“, https://www.patriarchate.org/-/communiq-1 [nur noch über https://web.archive.org/web/20181011214857/https:/www.patriarchate.org/-/communiq-1 erreichbar]).

Mit der Ankündigung der Wiederherstellung der Autokephalie für die Orthodoxe Kirche in der Ukraine hob Bartholomäus automatisch auch die 1997 von Moskau verhängte Exkommunikation über Patriarch Philaret und Metropolit Makarij und deren Bischöfe, Priester und Gemeindeglieder auf.

Die Ukrainer, die zur „Ukrainisch-Orthodoxen Kirche“ unter Patriarch Filaret und zur (viel kleineren) „Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche“ unter Metropolit Makarij gehören, werden sich jedenfalls gefreut haben, dass sie von der Exkommunikation, vom Kirchenbann befreit wurden. Denn der Kirchenbann galt ausdrücklich nicht nur für den Patriarchen, die Bischöfe und die Priester, sondern für alle Gläubigen.

Es war dabei längst erwartet worden, dass der Ökumenische Patriarch versuchen würde, der ROK Grenzen aufzuzeigen. Spätestens seit dem Nichterscheinen der ROK auf dem Heiligen und Großen Konzil auf Kreta im Jahr 2016 war klar, dass die Gegensätze unüberbrückbar sind und die ROK nicht zum Kompromiss bereit ist. Mehrfach hat die ROK den Ökumenischen Patriarchen bloßgestellt. Patriarch Bartholomäus I. wäre von der ROK so oder so ins Aus befördert worden. Warum also sollte Bartholomäus nicht die einzige Autorität nutzen, die die Tradition dem Ökumenischen Patriarchen gegeben hat? Denn Geld oder potente politische Partner hat er im Gegensatz zur ROK schon lange nicht mehr.

Allerdings hat keine der anderen zwölf autokephalen Kirchen der Autokephalie für die neue „Orthodoxe Kirche der Ukraine“ (2018 fusioniert aus den beiden oben genannten Kirchen) sofort zugestimmt. Erst mit großem zeitlichem Abstand stimmte in einer umstrittenen Entscheidung die orthodoxe Kirche Griechenlands mit Sitz in Athen, der Patriarch von Alexandrien und schließlich die Orthodoxe Kirche von Zypern zu, zusammen mit dem Ökumenischen Patriarchen sind das also derzeit vier autokephale Kirchen.

In der Ukraine sind seit der Unabhängigkeit russlandorientierte Präsidenten und Politiker auf Seiten der ROK in der Ukraine gewesen, westlich orientierte Präsidenten und Politiker auf Seiten der von ROK unabhängigen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche.

Der frühere Patriarch der unabhängigen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, Filaret Denyssenko, war 1962 bis 1966 Bischof für Wien und Österreich und seit 1967 Metropolit von Kiew der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK). 1990 war er kurzzeitig kommissarisches Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, wurde dann aber nicht gewählt. 1992 verließ er die ROK und initiierte die „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche“, war bis 1995 Stellvertreter der beiden Patriarchen dieser Kirche und wurde dann 1995 selbst zum Patriarchen gewählt. 1997 wurde er von der ROK unter den Kirchenbann gestellt. 2014 unterstützte er den Euromaidan.

Erstaunlich war nun, dass der Ökumenische Patriarch offensichtlich die Rechnung ohne Filaret aufgemacht hat. Oberhaupt der neuen autokephalen Kirche sollte offensichtlich ausdrücklich nicht Filaret werden, stattdessen wurde ein recht junger Metropolit zum neuen Oberhaupt gewählt.

Patriarch Filaret (Filaret Denysenko) ist auch im Jahr 2025 weiterhin aktiv als Oberhaupt des von ihm beanspruchten „Kiewer Patriarchats“ der von ihm im Sommer 2019 wiedergegründeten „Ukrainisch-Orthodoxen Kirche“. Er feierte am 23. Januar 2025 seinen 96. Geburtstag mit einer feierlichen Liturgie in der St. Wladimir-Kathedrale in Kiew, bei der Gebete für die Ukraine und deren Verteidiger gesprochen wurden. Der Patriarch ist heute ein weitgehend isolierter Kirchenführer.

Das Konzil in Kreta 2016

Beim orthodoxen „Heiligen und Großen Konzil“, das nach über einem Jahrtausend Pause im Jahr 2016 erstmals wieder tagte, und zwar in Kreta, hätte jede der 14 autokephalen orthodoxen Kirchen eine Stimme gehabt, wenn alle gekommen wären. Das hätte den ‚Griechen‘ die Mehrheit der Stimmen gegeben. Moskau hätte gerne nach Zahl der Bischöfe abgestimmt, dann hätten die ‚Slawen‘ das Übergewicht gehabt. Strittig war auch die Sitzordnung. Der Ökumenische Patriarch sitzt immer vorne, Moskau sieht das als Verpäpstlichung und wollte eine völlig gleichberechtigte Sitzordnung. Am Ende sagte der Patriarch der ROK ganz kurzfristig ab, als Begründung nannte er das Nichterscheinen dreier anderer autokephaler Kirchen (Georgien, Antiochien, Bulgarien), was aber schon länger im Voraus bekannt war.



Bild 10: Beim Heiligen und Großen Konzil der orthodoxen Kirchen im Anschluss an den Eröffnungsgottesdienst in der Verkündigungskirche in Kissamos am 18.6.2016 mit Theodoros II., Patriarch von Alexandrien. (© BQ/Titus Vogt)



Bild 11: Die Oberhäupter der orthodoxen Kirchen bei ihrem Heiligen und Großen Konzil vor der Titus-Kirche in Heraklion. (© BQ/Titus Vogt)

In Erwartung der Aufhebung des Schismas zwischen Ost- und Westkirchen, die dann 1965 durch Papst Paul VI. erfolgte, begannen 1961 die Vorbereitungen für ein Orthodoxes Konzil. 55 Jahre Vorbereitung, davon zuletzt zwei Jahre intensiver Vorbereitung drohten nun durch das Fernbleiben von vier Kirchen zunichtegemacht zu werden, obwohl die Patriarchen aller vier Kirchen noch im Januar 2016 in Chambesy bei Genf ihr Kommen versichert hatten. Der Ökumenische Patriarch ließ deswegen das Konzil trotzdem stattfinden.

Hierher gehört auch, dass unter Papst Benedikt XVI. die Beendigung der formalen Trennung nahe schien, da Benedikt selbst den Gedanken aufgebracht hatte, dass der Papst für die orthodoxen Kirchen im altkirchlichen Sinne einfach Ehrenoberhaupt würde, ohne Weisungsbefugnis oder das sogenannte Jurisdiktionsprimat, eigentlich ein gewaltiger Schritt für einen Papst, dies auch nur vorzuschlagen. Mit Papst Franziskus schien das noch einmal Fahrt aufzunehmen und er würdigte den Ökumenischen Patriarchen bei seinem Besuch in Istanbul sogar, indem er sich vor ihm verbeugte.

1729 schränkte „Rom“, das heißt der Vatikan, die Erlaubnis zur Teilnahme an den Sakramenten auf alle in voller Einheit mit Rom lebenden Christen ein. Die Orthodoxen reagierten im selben Geiste und die drei Patriarchen von Konstantinopel, Alexandria und Jerusalem verwarfen „die Sakramente der Häretiker“ und entschieden, dass Konvertiten von Westkirchen her „als Ungetaufte“ erneut zu taufen seien. 1757 ging „Moskau“ auf Konfrontation zu den anderen Patriarchen, indem es im Gegensatz dazu die Sakramente der Westkirchen doch anerkannte. Da heute die Moskauer Kirche wesentlich antikatholischer ist als die meisten anderen orthodoxen Kirchen, kann man sich das kaum noch vorstellen.

Denn heutzutage ist es so, dass die Übereinkunft von Rom und Konstantinopel von 1965 und die gegenseitige Aufhebung der Verdammung von Moskau nicht mitvollzogen wurde. Moskau hat immer wieder Fortschritte blockiert, ja mehrfach Dokumente im Nachhinein für ungültig erklären oder neu erstellen lassen. Doch Moskau registrierte sehr genau, dass Papst Franziskus sich immer „Bischof von Rom“ nannte. Und schließlich kam es zu einer ungewöhnlichen Begegnung zwischen Papst Franziskus und dem Moskauer Patriarchen in einer Flughafenabfertigungshalle in Kuba. Dieses Treffen erwies sich allerdings nicht als Startschuss für einen Aufbruch, sondern eher als Sackgasse. Während Papst Franziskus die persönliche Beziehung zum Ökumenischen Patriarchen intensivierte, wurde es praktisch unmöglich, mit der Orthodoxen Kirche als Ganzes zu sprechen, zumal die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) viele weitere ältere Vereinbarungen zwischen Vatikan und Orthodoxen Kirchen rückwirkend widerrief.

Ein typisches Beispiel war ein weltweites Treffen der Religionsführer im Vatikan rund um COP26 am 4.10.2021. Es war nicht möglich, dass beide Patriarchen kamen. Selbst der stattdessen angereiste Repräsentant des Russischen Patriarchen saß nicht direkt neben dem Ökumenischen Patriarchen, wie die veröffentlichten Fotos zeigen, zum Beispiel das folgende.



Bild 12: Interreligiöses Treffen im Vatikan rund um COP26. (© Vatican Media)

Imperiale Kontrolle

Der Kreml nutzt seit Jahrhunderten die Russisch-Orthodoxe Kirche als Werkzeug der imperialen Kontrolle. In der Ukraine, in Weißrussland und nicht so

offensichtlich in weiteren Ländern des früheren russischen bzw. sowjetischen Einzugsbereiches wie die islamischen Länder Usbekistan oder Aserbaidschan, ja selbst über die Russisch-Orthodoxe Kirche im Ausland (Russian Orthodox Church Outside Russia, ROCOR), vor allem in den USA, kann Putin über die russische Kirche immer noch viel Einfluss nehmen.

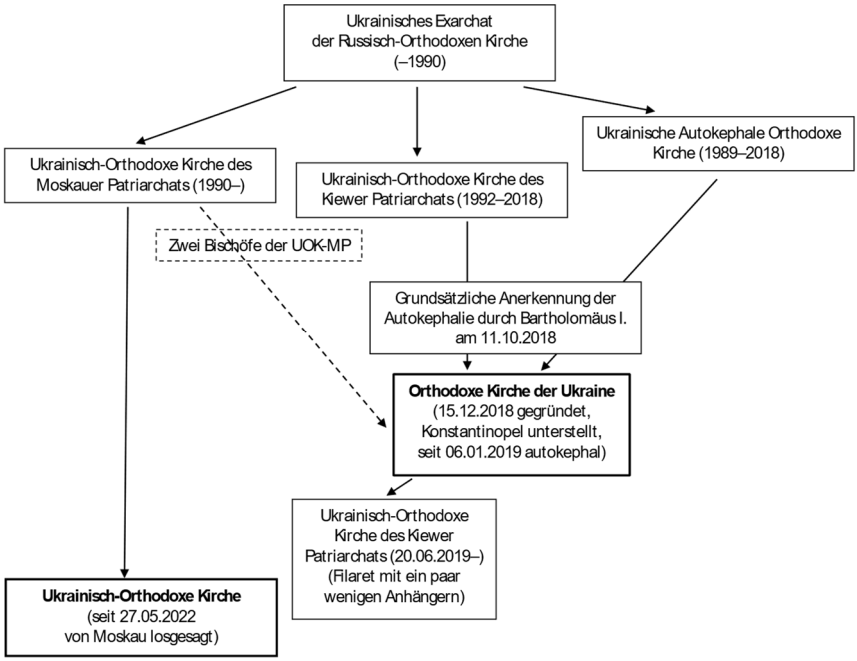
Putin förderte massiv die 2007 erfolgte Vereinigung der autonomen russischen Auslandskirche mit der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), die zur Sowjetzeit unabhängig war. Zu dieser Auslandskirche gehört etwa auch die ROK in den USA.

Der Einfluss der ROK auf andere orthodoxe Kirchen läuft oft über Finanzen oder über staatliche Medien. So nahm im Juni 2018 der von Moskau gelenkte Sender „Sputnik" ein griechischsprachiges Programm auf.

Die Autokephalie der Ukrainischen Kirche gefährdet Putins Projekt, die alte zaristische Größe Russlands zurückkehren zu lassen.

Die Ukraine will umgekehrt nicht zulassen, dass 12.000 Kirchengemeinden in ihrem Land auf den politischen Gegner der Ukraine hören. Dass der Preis dafür ist, dass der ukrainische Staat tief in die Freiheit der Kirche(n) eingreift, ficht diesen nicht an. Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, selbst kein Christ, hat sich eindeutig entschieden, mit Regierung und Parlament die neue autokephale „Orthodoxe Kirche der Ukraine" zu unterstützen und geht zunehmend gegen die Russisch-Orthodoxe Kirche vor, die offiziell als „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche" bezeichnet wird und vor allem als Instrument der russischen Einflussnahme betrachtet wird. Die ähnlichen Namen der Kirchen sind sehr verwirrend.

Ein Gesetz, das im Jahr 2024 verabschiedet wurde, ermöglicht ein schrittweises Verbot der an der ROK orientierten UOK, wenn diese ihre Verbindungen zum Moskauer Patriarchat nicht vollständig löst. Die Kirche wird in vielerlei Hinsicht diskriminiert: Militärseelsorger dürfen nicht an die Front, viele Websites werden blockiert und Geistliche sehen sich Gerichtsverfahren ausgesetzt. Obwohl sich die UOK im Mai 2022 offiziell vom Moskauer Patriarchat lossagte, wird die Trennung von der ukrainischen Seite als nicht glaubwürdig betrachtet und es gibt eine starke politische Kontrolle sowie Druck auf die Kirche. Die russisch-orthodoxe Kirche nutzt die Situation und bezeichnet das Vorgehen der ukrainischen Regierung als Christenverfolgung, während Beobachter diese Vorwürfe als zynisch bewerten, da Russland selbst in den besetzten Gebieten und im eigenen Land keine Religionsfreiheit zulässt.



*Grafik 1: Entwicklung der Orthodoxie in der Ukraine seit 1990 bis heute (**Fett**: die beiden aktuell großen orthodoxen Kirchen in der Ukraine).*

Wie viel geht der ROK in der Ukraine verloren?

Die russische Kirche mit ihren offiziell 150 Mio. Angehörigen (andere schätzen eher 100 Mio.) könnte durch die Autokephalie der Ukraine 30–40 % ihrer Gläubigen verlieren, nämlich diejenigen, die in der Ukraine leben. Die 12.000 Kirchengemeinden in der Ukraine machen ein Drittel der insgesamt 36.000 Kirchengemeinden der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) aus. Dazu kommt, dass die orthodoxen Christen in der Ukraine im Durchschnitt viel aktiver sind. So ist der Prozentsatz der Gottesdienstbesucher in der Ukraine etwa doppelt so hoch wie in Russland.

Kiew gilt als Geburtsort der slawischen Orthodoxie, hier bekehrte sich vor über eintausend Jahren mit Großfürst Wladimir I. der erste König zum Christentum, von hier aus wurde Russland christianisiert. Der emotionale Verlust für die ROK wäre enorm, zumal dies für Putin in seinem Ziel der Rückkehr von Groß-Russland eine große Rolle spielt.

Hintergrund: die Lehre von der Autokephalie

Es gibt also Streit in der Welt der orthodoxen Kirchen um die Legitimität der neu vom Ökumenischen Patriarchen anerkannten Orthodoxen Kirche der Ukraine. Grundsätzlich sind hier zwei Fragenkomplexe zu berücksichtigen.

Zum einen geht es um die de facto-Spaltung zwischen dem Ökumenischen Patriarchen und dem Russischen Patriarchen und ihren Kirchen beziehungsweise Lagern, die auch ohne die Ukraine besteht, und *zum anderen* geht es um die spezielle Lage in der Ukraine.

Man kann das Ganze nur nachvollziehen, wenn man das orthodoxe Verständnis der „Autokephalie“ und der darunter gelagerten „Autonomie“ kennt. Autokephalie (Griechisch = sich selbst regierend) bedeutet, dass eine Kirche ihr eigenes Oberhaupt (Patriarch oder Erzbischof) wählt und sich selbst verwaltet. Die Autokephalie wird vom Ökumenischen Patriarchen erklärt, muss aber von allen anderen autokephalen orthodoxen Kirchen anerkannt werden. Daneben gibt es fast ein Dutzend sogenannter „autonomer“ Kirchen, die einer autokephalen Kirche in gewisser Weise unterstehen, sich aber gleichwohl selbst verwalten.

Als Teil der einen orthodoxen Kirche gibt es 14 autokephale, das heißt sich selbst verwaltende und ihr Oberhaupt selbst wählende orthodoxe Kirchen. Die 14 Patriarchen und Erzbischöfe haben eine alte Ehrenreihenfolge mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel (heute Istanbul) an der Spitze. Aber rechtlich sind alle gleichberechtigt. Autokephal wird eine neue Kirche, wenn der Ökumenische Patriarch dies initiiert und dann alle anderen autokephalen Kirchen zustimmen.



Bild 13: Patriarch Theophilos III von Jerusalem und Thomas Schirrmacher beim Eröffnungsgebet der Bischofssynode St. Petersplatz, Vatikan, Sept 2023. (© Esther Schirrmacher)



Bild 14: Patriarch von Antiochien John X bekommt das GCF-Buch der Tirana Consultation. (© Martin Warnecke)

Die vierzehn offiziellen autokephalen „nationalen“ Kirchen der Orthodoxen Kirche

Nr.	Autokephale orthodoxe Kirche	(in Mio.)	Autokephalie
1	Ökumenisches Patriarchat von Konstantinopel	3,5	3. Jh.
2	Patriarchat von Alexandrien	0,25	331 n.Chr.
3	Patriarchat von Antiochien	4	531 n.Chr.
4	Patriarchat von Jerusalem	0,15	451 n.Chr.
5	Patriarchat von Moskau	140,0	1589
6	Serbische Orthodoxe Kirche	9	1920
7	Rumänische Orthodoxe Kirche	20	1925
8	Bulgarische Orthodoxe Kirche	8	1945
9	Orthodoxe Kirche von Georgien	5	1990
10	Orthodoxe Kirche von Zypern	0,5	431
11	Orthodoxe Kirche von Griechenland	10	1850
12	Orthodoxe Kirche von Polen	0,6	1924
13	Orthodoxe Kirche von Albanien	0,7	1937
14	Orth. Kirche in Tschechien & Slowakei	0,1	1998

Die Kirchen mit den Nummern 1–5 sind kanonisch und historisch vorgegeben und werden von allen orthodoxen Kirchen so akzeptiert. Die Kirchen mit den Nummern 6–14 sind eigentlich gleichwertig, ich folge hier der Einladung des Heiligen und Großen Konzils in Kreta 2016, wobei Kirchen mit den Nummern 6–9 von einem Patriarchen geleitet werden, die Kirchen mit den Nummern 10–14 von einem Erzbischof.

Alle Länder mit mehr als einer halben Million orthodoxer Christen (Stand 2025)

+ *Ländername fettgedruckt = Orthodoxe Kirche(n) ist die Mehrheitsreligion des Landes*

+ *(ROK) = Kirche im Land ist Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche)*

[Die Zahlen stammen aus verschiedenen Quellen und dienen nur der ersten Orientierung, im Einzelnen sind sie umstritten, da Definitionen nicht einheitlich sind und/oder keine seriöse Forschung betrieben wurde. Ich gebe jeweils die höchste Schätzung für ein Land an. Natürlich sind längst nicht alle Orthodoxen praktizierende Christen.]

Land	Gläubige in Mio.	% der Einwohner
Russland (ROK)	**101**	**71 %**
Ukraine	**33**	**77 %**
Rumänien	**16**	**87 %**
Griechenland	**10,5**	**87 %**
Serbien	**8,5**	**86 %**
Weißrussland/Belarus (ROK)	**4,5**	**62 %**
Bulgarien	**4,5**	**81 %**
Kasachstan (ROK)	4	20 %
Moldawien (inkl. Transnistrien)	**3,5**	**95 %**
Georgien	**3,5**	**87 %**
Deutschland	2,8	3,3 %
Nordmazedonien	**1,6**	**59 %**
Bosnien & Herzegowina	1,5	45 %
USA	1,7	0,5 %

Spanien	1,5	3,2 %
Kirgisien (ROK)	1,0	14,5 %
Usbekistan (ROK)	1,0	2,6 %
Italien	0,9	1,5 %
Syrien	0,8	3,4 %
Zypern	**0,8**	**72 %**
Australien	0,6	2,3 %
Kanada	0,6	1,5 %
Montenegro	**0,5**	**74 %**
Österreich	0,5	5,6 %

Zum Gewicht der Russisch-Orthodoxen Kirche

Es gibt seit dem Fall Konstantinopels 1453 eine tiefgreifende Spannung, wenn nicht gar Spaltung, zwischen – grob gesagt – den griechischen orthodoxen Kirchen und den slawischen orthodoxen Kirchen (z. B. Russische oder Serbische Orthodoxe Kirche). Im Hintergrund steht auch, dass der Ökumenische Patriarch durch die Türkei politisch sehr stark eingeschränkt ist, während die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) Rückendeckung der Zaren, der Sowjets und heute Putins hat und zwei Drittel aller Gläubigen vertritt. Die Spannungen ziehen sich durch alle Bereiche. So waren die orthodoxen Kirchen unter dem Ökumenischen Patriarchen dabei, sich in vielen Fragen mit dem Papst zu einigen – darunter die Wiederherstellung des altkirchlichen Zustandes mit dem Bischof von Rom als Ehrenprimat aller alten Patriarchensitze –, als die alle bisherigen Einigungen widerrief und den Prozess beendete.

Seit Jahrhunderten gibt es Spannungen im Einzugsbereich der ROK des einstigen Russischen Reiches, wenn nationale Kirchen autokephal oder wenigstens autonom werden wollen. Die Ukraine ist nur das neueste Beispiel, wo neben einer von Moskau geförderten autonomen Orthodoxen Kirche im Land eine unabhängige Orthodoxe Kirche im Land mit einem eigenen Oberhaupt steht, die von der nationalen Regierung stark gefördert wird.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche stellt mit deutlichem Abstand die größte der 14 autokephalen orthodoxen Kirchen weltweit dar, und nach Expertenschätzungen entfällt auf sie mehr als die Hälfte aller orthodoxen Christen weltweit.

Schätzungen zur Gesamtzahl der weltweiten orthodoxen Christen schwanken zwischen etwa 190 und 300 Millionen. Neuere, seriöse Untersuchungen

wie die der *Society for Orthodox Christian History in the Americas* sprechen von etwa 192 Millionen orthodoxen Christen weltweit.

Die Zahl der russisch-orthodoxen Christen wird meist mit 100 bis 150 Millionen angegeben. Die Russisch-Orthodoxe Kirche macht also etwa 52–78 % aller orthodoxen Christen weltweit aus, je nachdem, welcher Schätzung und Zählweise man folgt. Die Schwankung entsteht aus unterschiedlichen statistischen Methoden (z. B. nur getaufte Mitglieder vs. kulturell-zugehörige Personen).

Will man den politischen Einfluss der Russisch-Orthodoxen Kirche berechnen, muss man die orthodoxen Christen in der Ukraine abziehen (ca. 20–26 Millionen) und die Serbisch-Orthodoxe Kirche als sehr engen Partner der ROK dazuzählen (ca. 9 Millionen).

Das Grundproblem

Die ganze Diskussion offenbart ein Grundproblem der *Orthodoxen Kirche*. Dogmatisch sieht sie sich als eine Kirche (deswegen die Einzahl!), ja als die einzig wahre Kirche, wörtlich als „die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche“. Selbst die Katholische Kirche gilt nicht wirklich als Kirche. Gleichzeitig ist sie seit wenigstens 500 Jahren tief gespalten und zerstritten und in einem Land wie Deutschland oder den USA konkurrieren zahlreiche orthodoxe Nationalkirchen, wo es doch nur eine orthodoxe Kirche in Deutschland geben sollte.

In der Orthodoxen Kirche wird zwischen autokephalen und autonomen Kirchen unterschieden. Autokephale Kirchen sind rechtlich und theologisch völlig selbstständig und wählen ihr Oberhaupt selbst. Autonome Kirchen unterstehen einer autokephalen Kirche. Sie wählen zwar ihr Oberhaupt auch selbst, es muss aber von der autokephalen Kirche bestätigt werden. Der Grad der Selbstständigkeit ist recht hoch, aber unterschiedlich eingeschränkt. Das Oberhaupt einer autokephalen Kirche heißt je nach historischer Bedeutung und damit auch Größe Patriarch, Erzbischof oder Metropolit, das Oberhaupt einer autonomen Kirche heißt Erzbischof oder Metropolit.

Es gibt zunächst die vier altkirchlichen Patriarchate: Jerusalem, Antiochien, Alexandria und Konstantinopel (heute Istanbul). Daneben wurden im Laufe der Jahrhunderte bis ins 19. Jahrhundert hinein sieben Nationalkirchen autokephal: Zypern, Georgien, Bulgarien, Serbien, Russland, Griechenland, Rumänien. Das sind bis heute die größeren orthodoxen Kirchen, die in ihren Ländern die größte Religionsgemeinschaft sind.

Daneben gibt es etwa 14 kleinere orthodoxe Kirchen, die teils von allen anderen Kirchen für autokephal gehalten werden (nämlich diese drei: Polnisch-Orthodoxe Kirche, Orthodoxe Kirche der Tschechischen Länder und der Slowakei, Autokephale orthodoxe Kirche von Albanien), oder die sich selbst für

autokephal oder autonom erklärt haben, aber nur von einem Teil der autokephalen Kirchen anerkannt werden, also umstritten bleiben.



Bild 15: mit dem Rumänisch-Orthodoxen Patriarchen. (© Thomas Schirrmacher)



Bild 16: mit dem Rumänisch-Orthodoxen Patriarchen auf Kreta, Juni 2016. (© Titus Vogt)



Bild 17: mit dem Rumänisch-Orthodoxen Patriarchen. (© Thomas Schirrmacher)

So wird die seit 1920 bzw. 1923–1978 und dann wieder seit 1991 eigenständige *Estnisch-Orthodoxe Kirche* von fast allen anderen autokephalen Kirchen als autonom (zugeordnet dem Ökumenischen Patriarchen in Istanbul) anerkannt, aber nicht von der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), die zudem eine eigene, kleine und zur ROK gehörige autonome Kirche unterstützt. Die ROK hatte aber die Autonomie anerkannt, solange die estnische Kirche 1920–1922 ihr unterstand.



Bild 18: mit dem Estnisch-Orthodoxen Erzbischof Stephanos von Tallinn, Kreta, Juni 2016. (© BQ/Titus Vogt)

In vielen Fällen sind es nationale Kirchen eines Landes aus dem ehemaligen Einzugsgebiet Russlands, die in Konkurrenz zu einer orthodoxen Kirche im selben Land stehen, die zur Russischen oder zur Serbischen Orthodoxen Kirche

gehören, wie eben in der Ukraine oder in Nordmazedonien. Auf Moldawien, das von der Rumänischen und von der Russischen Orthodoxen Kirche beansprucht wird, gehe ich weiter unten ein.

Die Oberhäupter der 14 selbstständigen („autokephalen“) Kirchen sind unabhängig und gleichberechtigt, also auch diejenigen, die nur den Titel Erzbischof tragen und jüngeren und kleineren Kirchen vorstehen, so etwa der Tschechisch-Slowakischen Orthodoxen Kirche und der Polnisch-Orthodoxen Kirche, die überhaupt nur fünf bzw. acht Bischöfe haben.

Umstrittene Nationalkirchen

Eigentlich sind orthodoxe Kirchen Nationalkirchen. Der innerkirchliche Fachausdruck dafür ist “Local Orthodox Churches”, „local“ bezieht sich dabei auf die Nation, also auf ‚Russisch‘, ‚Bulgarisch‘, ‚Rumänisch‘ usw. *Handelt es sich aber um Reiche mit vielen Nationen, und diese Reiche zerfallen, stellt sich die Frage, ob die alte Reichskirche erhalten bleibt und mehrere Nationen und Staaten überspannt oder ob die neuen Nationen und Staaten eine eigene autokephale Kirche bekommen.*

Zudem gehören orthodoxe Kirchenmitglieder, die auswandern, nicht automatisch zur Nationalkirche der neuen Heimat, sondern formen dort Auslandszweige ihrer Heimatkirchen. Der russisch-orthodoxe Christ, der in die USA auswandert, wird Mitglied der Russisch-Orthodoxen Kirche im Ausland (ROCOR) oder der ebenfalls zur Russisch-Orthodoxen Kirche gehörenden *Orthodox Church in America*, nicht etwa der seit 1922 zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel gehörenden Griechisch-Orthodoxen Erzdiözese von Amerika. Die ROCOR hat offiziell 92.000 Mitglieder in den USA (400.000 insgesamt weltweit), die Griechisch-Orthodoxe Kirche etwa 700.000 Mitglieder in den USA – insgesamt leben in den USA schätzungsweise 1,7 Millionen orthodoxe Christen.

Deswegen gibt es in den USA, aber auch in Deutschland praktisch alle orthodoxen Kirchen der Welt, obwohl Deutschland kirchenrechtlich zum Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel/Istanbul gehört.

Ein gutes Beispiel sind Bosnien-Herzegowina und Kroatien, die zum historischen Gebiet der Serbisch-Orthodoxen Kirche gehören. Die serbische Kirche ist der Meinung, dass ihre Angehörigen in den Nachbarländern Serben sind und nicht Bosnier oder Kroaten und deswegen für Serbien zu kämpfen haben. Oder anders gesagt: Wären alle orthodoxen Christen in Bosnien, Kroatien und Kosovo Mitglieder einer nationalen orthodoxen Kirche und nicht Mitglieder der Staatsreligion des Kriegsgegners gewesen oder hätte sich die Serbisch-Orthodoxe Kirche aus Politik und Krieg herausgehalten, wäre die Geschichte auf dem Balkan vermutlich friedlicher verlaufen.

Indem die Gläubigen vieler Länder gerade nicht einer orthodoxen Nationalkirche ihres Landes angehören, sondern der Nationalkirche eines konkurrierenden, meist mächtigeren anderen Landes, und es meist die Politik oder gar der historische Zufall war, die entschieden, ob beim Entstehen eines neuen Staates auch eine neue autokephale Kirche entstand oder nicht, entstand ein Flickenteppich von teils anerkannten und teils nicht anerkannten Nationalkirchen und Kirchen, die aus einem anderen Land gesteuert werden, was vor allem für den Einzugsbereich der Russisch-Orthodoxen Kirche und der Serbisch-Orthodoxen Kirche gilt.

Das führt auch dazu, dass es in westlichen Ländern jede der Nationalkirchen – oft in Konkurrenz zueinander –, oft aber auch eine nationale Kirche gibt. So haben die USA – wie schon gezeigt – eine offizielle orthodoxe Kirche der USA, die Konstantinopel untersteht, einen Zweig der Auslandskirche der ROK und ansonsten einen Ableger praktisch jeder bestehenden orthodoxen Kirche der Welt.

Die Georgisch-Orthodoxe Kirche war seit 487 autokephal. 1811 hat der russische Zar aber die Autokephalie der Kirche einfach abgeschafft. 1917 wurde sie unter den Kommunisten wieder eingeführt, aber erst 1943 hat die Russisch-Orthodoxe Kirche das unter dem Druck des Krieges und Stalins anerkannt. Der Ökumenische Patriarch hat die Autokephalie erst 1989 rückwirkend anerkannt. Der georgische Patriarch Illa II. („Katholikos-Patriarch von ganz Georgien“ seit 1977) erzählte mir bei meinem offiziellen Besuch bei ihm und dem Ministerpräsidenten von Georgien, wie nach 1989 versucht wurde, die georgische Kirche der russischen Kirche erneut unterzuordnen, was aber die Revolution in Georgien verhinderte.



Bild 19: Im Gespräch mit dem Georgisch-Orthodoxen Patriarchen 2016, mit Hans-Joachim Hahn vom Professorenforum und Metropolit Daniel. (© BQ/Martin Warnecke)

Gegenwärtig wird versucht, in den von Russland besetzten Teilen Georgiens, wie zum Beispiel in Abchasien, die dortigen Teile der georgisch-orthodoxen Kirche einer anderen orthodoxen Kirche zu überstellen. 2009 erklärte sich die Abchasisch-Orthodoxe Kirche einseitig als unabhängig von der Georgisch-Orthodoxen Kirche. Diese Abspaltung wird aber von keiner anderen orthodoxen Kirche anerkannt, erstaunlicherweise auch nicht vom Moskauer Patriarchat. Innerhalb der Abchasisch-Orthodoxen Kirche gibt es zudem einen inneren Konflikt: Die Mehrheit orientiert sich an Moskau, eine Minderheit sucht Unterstützung beim Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel. Die Regierung von Abchasien verhält sich zu diesem kirchlichen Schisma erstaunlicherweise neutral.

Der kleinen orthodoxen Kirche der Tschechischen Republik und der Slowakei wurde 1951 von der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), de facto von Stalin, die Autokephalie gewährt, aber erst 1989 von Konstantinopel anerkannt. Die Polnisch-Orthodoxe Kirche war lange ein Spielball der polnischen Geschichte und damit auch zwischen Konstantinopel und Moskau. Sie wurde 1924 von Konstantinopel für autokephal erklärt, dann aber zwangsweise Moskau unterstellt, ist aber heute wieder autokephal und eher Konstantinopel zugeordnet.

Die Albanisch-Orthodoxe Kirche erklärte sich 1919 einseitig für autokephal, es folgte eine komplizierte Geschichte, nach 1989 schickte der Ökumenische Patriarch den bis zu seinem Tod 2025 amtierenden Erzbischof Anastasios (Yannoulatos), der die nur noch auf dem Papier stehende Autokephalie mit Leben erfüllte, wie er mir mehrfach ausführlich erzählt hat.

Die autonome Mazedonisch-Orthodoxe Kirche mit Sitz in Ohrid, der zwei Drittel der Einwohner Nordmazedoniens angehören, hat sich 1967 aus vor allem politischen Gründen von der Serbisch-Orthodoxen Kirche getrennt, der sie unterstellt war. Es war 2017/2018 im Gespräch, dass sie sich der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche unterstellen kann, die dann aber schlussendlich ihr Angebot zurückzog. Somit blieb es dabei, dass die mazedonische Kirche von keiner orthodoxen Kirche anerkannt wurde, obwohl sie vom nordmazedonischen Staat stark gefördert wurde. Seitens der Serbisch-Orthodoxen Kirche wurde ein autonomes Erzbistum Ohrid eingerichtet, das von den übrigen orthodoxen Kirchen als kanonisch anerkannt wird und das nun auch der nordmazedonische Staat gemäß einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte anerkennen muss. Der die Eparchie seit 2000 leitende Bischof Jonan (Vraniskovski) spaltete sich 2002 mit dieser Eparchie ab und kehrte zur serbischen Kirche zurück, worauf ihn die serbische Kirche zum Erzbischof machte, die mazedonische Kirche ihn aber exkommunizierte. 2004 legte der Staat nach und ließ ihn verhaften und zweieinhalb Jahre inhaftieren, da er mit den abtrünnigen Klöstern Eigentum gestohlen habe. Im Gegenzug erklärte die serbische Kirche das mazedonische Erzbistum der serbischen Kirche für autonom. Einen internationalen Haftbefehl gegen Erzbischof Jonan vollstreckte Bulgarien 2011 nicht.



Bild 20: Der seinerzeitige Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz Bischof Efraim Tendero und sein Vertreter beim (orthodoxen) Präsidenten von Nordmazedonien zum 500-jährigen Jubiläum der Reformation am 31.10.2017 zu Fragen der Kirchenstreitigkeiten im Land, 2017. (© BQ/Martin Warnecke)

Der größere Teil der Einwohner Nordmazedoniens gehört der Mehrheitsreligion, der orthodoxen Kirche an. Die orthodoxen Kirchen weltweit sehen diese Kirche aber nicht als Kirche oder wenn überhaupt als abgespaltene, gar häretische Kirche. Als die Kirche schließlich im Mai 2022 durch das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel anerkannt wurde und sich im Juni 2022 der Serbisch-Orthodoxen Kirche unterstellte, die daraufhin die volle Eigenständigkeit (Autokephalie) der Mazedonier erklärte, wurden ‚wie von Geisterhand' alle Gläubigen des Landes von Häretikern wieder zu wahren Christen.

Nicht anerkannte oder nicht von allen anerkannte nationale Abspaltungen gibt es derzeit meines Wissensstandes nach in der Ukraine, Estland, Lettland, Moldawien, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien, Abchasien und der Türkei.

Auf die Estnisch-Orthodoxe Kirche wurde oben bereits eingegangen.

Ein weiteres Beispiel wurde jüngst beim Treffen von Donald Trump und Wladimir Putin in Anchorage bekannt, weil Putin – vermutlich, um den russischen Anspruch auf Alaska symbolisch zu verdeutlichen – den Erzbischof von Sitka und Alaska traf, der zur *Orthodox Church in America* gehört, deren Oberhaupt Erzbischof Tikhon, Erzbischof von Washington und Metropolit von ganz Amerika und Kanada, bekannt gab, dies Treffen nicht autorisiert zu haben. Diese Kirche, die nur von der ROK als autokephal anerkannt wird, steht damit in Konkurrenz zur offiziellen russisch-orthodoxen Kirche in den USA. Bis 1867 Alaska von Russland an die USA verkauft wurde, war die Kirche regulär Teil der ROK. 1808 wurde ihr Sitz nach Sitka in Alaska verlegt. 1867 dehnte sie sich

nach Kanada, USA, Mexiko und darüber hinaus aus, vor allem unter indigenen Völkern, und erhielt 1970 die Autokephalie von Moskau durch die ROK verliehen. Die Kirche zählt heute etwa 700 Gemeinden, Missionen, Klöster und Institutionen mit rund 900.000 getauften Mitgliedern, 97.000 davon in Alaska, dort fast ausschließlich Angehörige der indigenen Völker. Die russische Kirche und die Russen hatten Respekt vor den indigenen Völkern, förderten interethnische Ehen und verwendeten die einheimischen Sprachen für erste Übersetzungen von Teilen der Bibel und auch im Schulunterricht. Die Spannungen zwischen ihr und der Russisch-Orthodoxen Auslandskirche in den USA waren immer sehr groß und sind bis heute nicht ganz beigelegt, wie ich vor Ort in Alaska immer wieder feststellen konnte.



Bild 21: Juneau, Alaska, September 2025. (© Thomas Schirrmacher)



Bild 22: Juneau, Alaska, September 2025. (© Thomas Schirrmacher)



Bild 23: Sitka, Alaska, Russisch-Orthodoxe Kathedrale, September 2025. (© Thomas Schirrmacher)



Bild 24: Sitka, Alaska, Russisch-Orthodoxes Bischofshaus, September 2025. (© Thomas Schirrmacher)

Moldawien wird von zwei Patriarchen beansprucht

In Moldawien gibt es drei konkurrierende orthodoxe Kirchen, davon eine nichtkanonische, mit jeweils einer eigenen Kathedrale in Chişinău.

Rund 80 % der Orthodoxen in Moldawien gehören zur Moldawisch-Orthodoxen Kirche, eine autonome Kirche, die dem Moskauer Patriarchat, also der ROK untersteht. Diese Kirche entstand 1944, als die Sowjetunion nach der Annexion Bessarabiens erzwang, dass die Orthodoxe Kirche Bessarabiens, die dem rumänischen Patriarchen unterstand, dem russischen Patriarchen unterstellt wurde.

Nach dem Ende der Sowjetunion und der demokratischen Revolution wiedererrichtete ein Teil der Priester die Orthodoxe Kirche Bessarabiens, die dem rumänischen Patriarchen untersteht. Sie wurden dabei massiv von der an Moskau orientierten Regierung des Landes gehindert, bis das Land 2001 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Kirche verlor und ihr 2004 Registrierung und Religionsfreiheit gewähren musste. Ihr gehören rund 20 % der Orthodoxen des Landes an.

Bis 1812 unterstand die Metropolie von Chişinău und Moldawien bei einer allerdings sehr wechselhaften Geschichte dem Patriarchen von Konstantinopel, der sich aber den örtlichen Herrschern und seit dem 15. Jahrhundert dem osmanischen Sultan fügen musste. Im 17. Jahrhundert ersetzte mehr und mehr das Rumänische das alte Kirchenslawisch in Liturgie und Lehre.

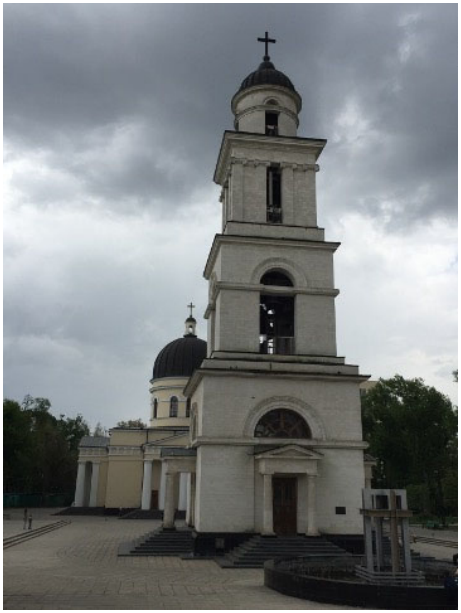


Bild 25: Eine der drei orthodoxen Kathedralen in Chişinău, Moldawien. (© Thomas Schirrmacher)

1812 annektierte das Russische Reich Bessarabien, den westlichen Teil des heutigen Moldawiens. Die Metropolie wurde zwangsweise der Russisch-Orthodoxen Kirche eingegliedert. 1858 kehrte Bessarabien zu Süd-Moldawien zurück, die dortigen orthodoxen Kirchen wurden wieder der Rumänisch-Orthodoxen Kirche unterstellt. 1878 annektierte das Russische Reich das südliche Bessarabien und die Kirchen wurden wieder Moskau unterstellt.

1918 wurde Bessarabien als Moldawische Demokratische Republik unabhängig und vereinigte sich schließlich mit Rumänien. Die Metropolie wurde der ROK entzogen und der Rumänisch-Orthodoxen Kirche eingegliedert. 1940/1941 eroberte die Sowjetunion Bessarabien und gliederte die Metropolie 1944 wieder zwangsweise in die ROK zurück.

Es gibt also Kirchengemeinden in Bessarabien, die aufgrund der wechselhaften politischen Geschichte *in den letzten 215 Jahren sechs Mal zwischen den Patriarchen in Moskau und Bukarest hin und her wechseln mussten*.

Beide, die Russisch-Orthodoxe Kirche und die Rumänisch-Orthodoxe Kirche beanspruchen bis heute Moldawien vollständig als Teil ihres heiligen Territoriums und werfen der jeweils anderen Kirche vor, Nutznießer politischen Zwangs zu sein.

Moskau gegen Konstantinopel, das dritte gegen das zweite Rom

Moskau sah sich seit dem Fall Konstantinopels 1453 als das dritte ‚Rom' (Konstantinopel gilt seit dem Fall Roms als das zweite ‚Rom') und als das eigentliche Zentrum und der eigentliche Erbe der Orthodoxie.

Seit 1461 wurde der Moskauer Metropolit nicht mehr vom Ökumenischen Patriarchen in Konstantinopel aus ernannt oder bestätigt, womit Moskau die Autokephalie erlangte. Ende des 16. Jahrhunderts kam der Titel „Patriarch" auf, das Amt und seine Bezeichnung wurden dann aber von Zar Peter dem Großen (1672–1725) ganz abgeschafft. Ausgerechnet 1917 wurde das Patriarchenamt in Moskau wieder eingeführt.

Durch den Aufstieg Russlands wurde die ROK die mit Abstand reichste und mächtigste der orthodoxen Kirchen, während der Einfluss des Ökumenischen Patriarchats mit der Geschichte des Osmanischen Reiches und später der Türkei verflochten wurde und dadurch und durch Auswanderung (bzw. Vertreibung) ständig abnahm.

Das Erlangen der Autokephalie oder Autonomie für nationale Kirchen war seitdem immer eine spannungsgeladene Sache, die sich oft über Jahrzehnte politischen Streites hinzog, bei dem fast immer Konstantinopel und Moskau beteiligt waren. Der Zar und später die kommunistische Regierung kontrollierten die ROK und nutzten die Frage der Autokephalie für politische Fragen.

Heute arbeiten die ROK und Putin hier eng zusammen. Insofern ist der Fall Ukraine geschichtlich gesehen nur die Wiederholung eines Dauerproblems, nicht zufällig stehen Präsident und Parlament der Ukraine auf der Seite der unabhängigen Orthodoxen Kirche in der Ukraine, Putin auf der Seite der mit der ROK verbundenen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche.

Gut war das Verhältnis zwischen Konstantinopel und Moskau noch nie, seit Russland zur Großmacht aufstieg und sich zur Schutzmacht der orthodoxen Kirchen erklärte. Aber so tief wie diesmal ging der Riss noch nie, obwohl die letzten Höhepunkte der Auseinandersetzung noch nicht lange her sind, so die Absage der Russischen Kirche beim Heiligen und Großen Konzil in Kreta 2016 oder dem Aussetzen des Gebetes für den Ökumenischen Patriarchen im Zusammenhang mit der Autonomie der Estnischen Kirche 1996.

Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel (derzeit Bartholomäus I.) hat den Ehrenvorsitz der orthodoxen Kirchen inne, die zusammen etwa 300 Millionen Anhänger weltweit haben. Das gibt ihm aber keine wirkliche Autorität über die anderen 13 autokephalen Kirchen der Orthodoxie. Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel trägt seinen Titel, weil er allein für die ganze Welt (Ökumene) den Ehrenvorrang hat und nur er ein Konzil einberufen

kann, aber er ist kein Papst und hat keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber den anderen Häuptern autokephaler Kirchen.

Zudem ist er in seinem Wirken durch die türkische Regierung stark eingeengt, die ihn lediglich als Oberhaupt der ca. 2.000 griechisch-orthodoxen Christen im Istanbuler Stadtteil Fener sieht.

Sein Gegenspieler ist der russisch-orthodoxe Patriarch (derzeit Kyrill I.), der die Hälfte aller orthodoxen Gläubigen führt, über große Finanzmittel verfügt und die Rückendeckung des russischen Staates hat.

Es gibt eine große Spannung zwischen den griechisch/byzantinisch geprägten und den slawisch geprägten Kirchen. Erstere haben den historischen Vorrang als Ursprung der Kirchen, letztere machen die große Mehrheit der Gläubigen und Bischöfe aus. Von den 300 Millionen orthodoxen Christen weltweit gehören allein 150 Millionen der Russisch-Orthodoxen Kirche an.

Der Ökumenische Patriarch Bartholomäus I. und schon seine beiden Vorgänger (Athenagoras, 1948–1972, und Demetrios, 1972–1991) waren und sind Vorreiter der Ökumenischen Bewegung. Bartholomäus ist ein vehementer Verfechter der Religionsfreiheit, während die ROK solange Druck ausübte, bis Präsident Jelzin 1997 ein restriktives Religionsgesetz verabschiedete, das die ROK als erste Religion Russlands festschrieb und die immer noch weiter zunehmende Beschränkung anderer Kirchen und Religionen ermöglichte. Bartholomäus ist ein Verfechter der Menschenrechte, die ROK unterstellt diese nach wie vor dem Lehramt. Bartholomäus wird der grüne Patriarch genannt, die ROK hält nichts davon.

Seitdem Russland in der Ukraine durch Luftangriffe viele orthodoxe Kirchen und Gebäude zerstört hat, ein Krieg, den die ROK ausdrücklich als heiligen Krieg unterstützt, hat die tief verwurzelte Entfremdung längst die theologischen und kirchenrechtlichen Ebenen verlassen und wird zur Frage von Leben und Tod.

Der derzeitige Ökumenische Patriarch Bartholomäus, der 1991 inthronisiert wurde, ist seit Jahrzehnten ein wahrer Leuchtturm, (1) der sich für Menschenrechte, Religionsfreiheit und Frieden durch interreligiösen Dialog einsetzt und sich für globale ökumenische Beziehungen stark macht, obwohl (2) er fast keine finanziellen Mittel und (3) keine politische Unterstützung durch den Staat hat – ganz im Gegenteil. Er verfügt über eine immense moralische Autorität als christliche Persönlichkeit und Inhaber des zweithöchsten Rangs der Weltchristenheit seit 1.700 Jahren und kann auf eine beeindruckende Bilanz als Fürsprecher für andere zurückblicken.

Vergleicht man das mit dem Amt des russisch-orthodoxen Patriarchen, das ein Jahrtausend nach dem Ökumenischen Patriarchat entstand, mehrmals unterbrochen wurde und in der historischen Rangliste der orthodoxen autokephalen Führer nur an fünfter Stelle steht, stellt man fest: Der gegenwärtige

Amtsinhaber (1) fördert religiösen Extremismus und verspottet die Menschenrechte, indem er den Heiligen Krieg dem Dialog vorzieht. (2) Er verfügt über nahezu unbegrenzte finanzielle Mittel, die er mit Hilfe der Regierung erhält, und (3) er hat die uneingeschränkte Unterstützung des russischen Staates. Im Gegensatz zum Ökumenischen Patriarchen nutzt er das aber nicht zum Guten, sondern hat seine moralische Autorität verloren und die globalen ökumenischen Beziehungen beschädigt, indem er eine Version des Christentums fördert, die zum Heiligen Krieg aufruft, und die der größte Teil der Weltchristenheit für längst überwunden hielt.

Orthodoxe Kirchen in Deutschland

Die orthodoxen Kirchen in Deutschland haben im Jahr 2025 insgesamt geschätzte 2,8 Millionen Angehörige, wenn man die derzeit in Deutschland lebenden Ukrainer einbezieht, wobei ich den jeweils höheren Zahlen der Eigenangaben der Kirchen folge, die Zahlen allerdings sehr unzuverlässig und die Veränderungen der letzten fünf Jahre weitgehend unerforscht sind. Die Zahl der orthodoxen Christen hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Die größten Einzelgruppen innerhalb der Orthodoxen in Deutschland sind mit rund 800.000 Mitgliedern die Rumänisch-Orthodoxe Kirche, mit 400.000 Mitgliedern die Griechisch-Orthodoxe Kirche, mit 350.000 die Russisch-Orthodoxe Kirche (ohne Ukraine), mit 300.000 die Serbisch-Orthodoxe Kirche und mit 200.000 die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche.

In Deutschland leben inzwischen aufgrund des russischen Überfalls auf die Ukraine 2022 außerdem viele ukrainische Flüchtlinge, darunter viele orthodoxe Christen beider Orthodoxer Kirchen (autokephal und ROK-orientiert), Schätzungen zufolge 750.000, die sich teilweise bestehenden orthodoxen Gemeinden angeschlossen oder auch eigene Gemeinden gegründet haben.

Mit der 2010 gegründeten Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, zu der aktuell 17 Bischöfe aus sieben Kirchen gehören, ist die Einheit oder wenigstens Gemeinsamkeit der orthodoxen Kirchen weiter fortgeschritten als auf internationaler Ebene. Vorsitzender ist der in Bonn ansässige Metropolit Augoustinos, der griechisch-orthodoxe Exarch für Zentraleuropa. In der ökumenischen Zusammenarbeit kommen die Probleme kaum zum Tragen, wie im internationalen Bereich im Ökumenischen Rat der Kirchen arbeiten die orthodoxen Kirchen auch in Deutschland in ökumenischen Institutionen besser miteinander zusammen als im direkten Kontakt.

Griechisch-orthodoxer Metropolit von Europa

Zur griechisch-orthodoxen Kirche in Deutschland gehören 60 Kirchengemeinden mit etwa 200 Gottesdienststätten. Die Gesamtzahl der Mitglieder liegt zwischen 400.000 und 500.000.



Bild 26: Zwei Bonner in Kreta: Gespräch mit Augoustinos, Metropolit von Deutschland, Exarch von Zentraleuropa beim Heiligen und Großen Konzil der orthodoxen Kirchen auf Kreta 2016. (© BQ/Titus Vogt)

Die vor 50 Jahren gegründete Metropolie und das Wirken des Metropoliten Augoustinos sind ein Musterbeispiel für gelungene Förderung der Integration und Vorbild für andere. Es ist bedauerlich, dass weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Evangelische Kirche in Deutschland hochrangige Vertreter zum Jubiläum entsandten, um dem Metropoliten und seiner Kirche zu danken.

Der Metropolit untersteht direkt dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus in Istanbul. Der 1938 geborene Metropolit Augoustinos, mit bürgerlichem Namen Georgios Lambardakis, steht seit 1980 der griechisch-orthodoxen Metropolie von Deutschland und dem Exarchat von Zentraleuropa vor. In Griechenland geboren, studierte er zunächst an der (seit 1971 geschlossenen) *Heiligen Theologischen Schule von Chalki* (Istanbul, Türkei) Theologie. Weitere Studienaufenthalte führten ihn u. a. nach Salzburg (Österreich) und Münster (Deutschland), wo er auch bei Joseph Ratzinger, dem späteren Papst Benedikt XVI., Theologie studierte. 1964 wurde er in Bonn zum Priester geweiht. 2006 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät Bonn. Im selben Jahr wurde er Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland.

Subsahara-Afrika: Christenverfolgung – dschihadistische Gruppen gehen immer brutaler vor

Von **Tobias Lehner** und dem Redaktionsteam des Berichts „Religionsfreiheit weltweit 2025“, päpstliches Hilfswerk KIRCHE IN NOT (ACN).

Subsahara-Afrika ist Schauplatz einer brutalen Christenverfolgung. Hauptursache ist die erstarkende dschihadistische Gewalt. Diese geht nicht von einer einzelnen Organisation aus, sondern von einem dezentralen Netzwerk aus verschiedenen Bewegungen, die autonom operieren, aber die gleiche Ideologie und Taktik verfolgen und auf dieselben Ressourcen zurückgreifen. Diese Bewegungen nutzen durchlässige Grenzen und schwache staatliche Institutionen aus, um sich überregional auszubreiten und eine lose koordinierte Struktur zu bilden. Auch wenn die Gruppen unabhängig sind, tauschen sie Waffen, Kämpfer und Propaganda aus und erhöhen dadurch ihre Widerstandskraft und Reichweite. Ihre Anpassungsfähigkeit hat verheerende Folgen, vor allem für christliche Gemeinden.

Militant-islamistische Gruppen sind in zahlreichen Ländern Subsaharaafrikas bis nach Mosambik im südlichen Teil des Kontinents aktiv. Laut dem Africa Center for Strategic Studies waren diese Gruppen allein im Jahr 2024 für über 22.000 Tote verantwortlich, darunter viele Christen.



Bild 1: Dschihadisten in Westafrika. (© Kirche in Not)

Weitere Verschlechterung der Menschenrechtslage

Der Bericht „Religionsfreiheit weltweit 2025“ des päpstlichen Hilfswerks „Kirche in Not“ stellt fest, dass sich die Lage in Staaten wie Nigeria, Mali, Niger, Sudan, der Demokratischen Republik Kongo und in Mosambik in den vergangenen beiden Jahren nochmals massiv verschlechtert hat.

Dieser Artikel behandelt drei Themenkomplexe:

1. Er skizziert die Weiterentwicklung des Dschihadismus, der sich vom Nahen Osten insbesondere nach Subsahara-Afrika weiterentwickelt hat.
2. Er geht dem Phänomen des Terrors aus den Reihen des Nomadenvolks der Fulani nach, die in zahlreichen Subsahara-Staaten nicht nur Täter, sondern auch Opfer sind.
3. Und er lenkt den Fokus auf die Situation in Mosambik, wo der dschihadistische Terror im Vergleich zum restlichen Subsahara-Afrika eine andere Ausprägung hat, aber für zahlreiche Christen und andere Bevölkerungsgruppen nicht weniger vernichtend wirkt.

Wie sich der Dschihadismus weiterentwickelt

In den vergangenen Jahren trat der weltweite Dschihadismus in eine neue transnationale Phase der Entwicklung ein. Der Zusammenbruch des territorialen „Kalifats“ des Islamischen Staats (IS) in Irak und Syrien 2019 stellte keine entscheidende Niederlage dar. Die komplexe Bedrohungslage blieb weiter bestehen. Auch wenn ihnen eine klare zentrale Führung fehlt, verfolgen große Organisationen wie IS und Al-Qaida weiter ihre Ziele. In mehreren Regionen beweisen ihre Mitgliedsorganisationen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, dass sie in der Lage sind, sich auf die jeweiligen Missstände und Bedingungen vor Ort einzustellen.

Der Wandel wird besonders im Nahen Osten und in Afrika deutlich, wo sich Dschihadistengruppen oftmals an neue Gegebenheiten anpassen, mit schwerwiegenden Folgen für die Zivilbevölkerung, vor allem für die christlichen Gemeinden.

Folgenschwere Ausbreitung

Besonders Subsahara-Afrika hat sich zum Schauplatz der folgenschwersten dschihadistischen Aktivitäten entwickelt. Die Islamistengruppe Jamaʿat Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM), ein einflussreicher Al-Qaida-Ableger, breitet sich

im Sahel aus. Darüber hinaus sind wieder vermehrt Aktivitäten der Terrororganisation Islamischer Staat der Provinz Sahel (ISSP) zu verzeichnen.

Auch in Westafrika, wo dschihadistische Gruppen wie Islamischer Staat der Provinz Westafrika (ISWAP) und Boko Haram nach wie vor ihr Unwesen treiben, ist die Lage besorgniserregend. ISWAP hat zum Beispiel in einigen Gebieten des Tschadbeckens staatsähnliche Herrschaftsstrukturen aufgebaut.

In Zentralafrika zeigte sich der IS-Ableger Allied Democratic Forces (ADF) trotz hoher Verluste extrem widerstandsfähig. Diese Gruppe überfiel am 27. Juli 2025 eine katholische Kirche im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo, als dort ein Nachtgebet stattfand. Annähernd 40 Gläubige wurden getötet. Dieser Anschlag war nur einer von vielen Vorfällen, die ein durchgängiges Muster christenfeindlicher Gewalt erkennen lassen.

In Ostafrika kontrolliert die mit Al-Qaida in Verbindung stehende Terrorgruppe Al-Shabaab weiterhin große Gebiete und führt im Süden und im Zentrum Somalias groß angelegte Operationen durch. Konkurrenz erhält sie von der Organisation Islamischer Staat der Provinz Somalia, die sich in der Region Puntland ausbreitet.

Politische Schwäche, soziale Spannungen und ethnische Konflikte

Neben diesen Hotspots geben auch andere Teile des Kontinents, darunter der Norden Mosambiks, Anlass zu großer Sorge. Dort nutzen IS und Al-Qaida strukturelle und institutionelle Schwächen, soziale Spannungen und wirtschaftliche Not aus, um Fuß zu fassen. Da die beiden Terrorgruppen um Rekruten, territoriale Kontrolle und Einfluss konkurrieren, kommt es immer wieder zu direkten Auseinandersetzungen.

Es ist also festzustellen, dass dschihadistische Aktivitäten in den vergangenen Jahren nicht wesentlich nachgelassen haben. Vielmehr hat es Anpassungen gegeben. Ein vielschichtiges Netz von Terrorgruppen und Einzelkämpfern stellt nach wie vor eine globale Bedrohung dar. Besonders beunruhigend sind die zum Teil eskalierenden Angriffe gegen christliche Gemeinden. Sie sind Ausdruck einer tief verwurzelten sektiererischen Logik, die den Dschihadismus heute prägt.



Bild 2: Bewaffneter Fulani-Hirte. (© Katholisches Sekretariat Nigeria)

Die Fulani: Täter und/oder Opfer?

Die dschihadistische Gewalt in Subsahara-Afrika ist ein immer komplexer werdendes Phänomen. Eine der – auch medial – meistdiskutierten Fragen betrifft die Fulani, die oft so dargestellt werden, als seien sie eine eigene dschihadistische Bewegung. Es ist wichtig zu betonen, dass nicht alle Fulani Dschihadisten sind. Opfer und Beobachter weisen jedoch häufig darauf hin, dass eine beträchtliche Zahl der Rekruten bestimmter bewaffneter Gruppen in Subsahara-Afrika Fulani sind. Diese Tatsache verlangt nach Erklärungen, die über vereinfachende Narrative hinausgehen und die relevanten geopolitischen, historischen und sozialen Aspekte berücksichtigen.

Wer sind die Fulani?

Die Fulani, auch unter den Namen Fulbe oder Peul bekannt, sind eine der größten und am weitesten verbreiteten ethnischen Gruppen in Afrika. Die schätzungsweise 25 bis 40 Millionen Fulani verteilen sich auf mindestens 20 Länder der Sahelregion und Westafrikas. Sie sind ein ursprünglich nomadisches Hirtenvolk, das heute in landwirtschaftlichen oder städtischen Umgebungen größtenteils sesshaft ist.

Die Gesellschaftsordnung der Fulani ist durch ein Kastensystem gekennzeichnet. Es unterscheidet unter anderem Herrscher, Geistliche, Handwerker und Hirten, die die unterste Kaste bilden. Ihre Identität ist stark vom sunnitischen Islam geprägt. Historisch stehen sie mit der Islamisierung der Region im

Zusammenhang. Man sollte jedoch wissen, dass es sich nicht um eine sozial, politisch oder ideologisch homogene Gruppe handelt.

Die verborgene soziale Dimension

Das gesellschaftliche Kastensystem der Fulani wird in der öffentlichen Debatte häufig ignoriert. Dabei spielt es bei der Anwerbung dschihadistischer Kämpfer eine entscheidende Rolle. Die höchste Kaste, zu der Geistliche und Herrscher zählen, die von früheren Emiren und Kalifaten abstammen, verfügt über Grundbesitz und politische Macht. Sie lehnt den Dschihadismus überwiegend ab. Zur niedrigsten Kaste zählen junge, grundbesitzlose Hirten, die von früheren Leibeigenen oder Sklaven abstammen und keinen Zugang zu Bildung oder grundlegenden sozialen Diensten haben. Diese schwächste gesellschaftliche Gruppe ist besonders anfällig für die Rekrutierung durch islamistische Terrorgruppen.

Diese soziale Kluft ist der Grund dafür, dass so viele radikalisierte junge Fulani aus der untersten Gesellschaftsschicht nicht nur gegen andere gesellschaftliche Gruppen, sondern auch gegen ihre eigenen traditionellen Eliten vorgehen, die sie als Teil eines ungerechten politischen Systems wahrnehmen. Obwohl die meisten Fulani nichts mit dem Dschihadismus zu tun haben und viele von ihnen selbst Opfer sind, gelingt es bestimmten radikalen Gruppen, Teile der niedrigen Kasten dieser ethnischen Gemeinschaft zu rekrutieren. Dieser Dschihadismus dient als Mittel des symbolischen sozialen Aufstiegs und der innerethnischen Rache für soziale Benachteiligung.



Bild 3: Überlebende einer Fulani-Attacke in Nigeria. (© Kirche in Not)

Heutige Ursachen für die Radikalisierung

Die dschihadistischen Aktivitäten der Fulani werden immer stärker von externen Faktoren angetrieben. Dazu zählen: systematische soziale Ausgrenzung und Marginalisierung aufgrund der nomadischen Lebensweise; Landknappheit und Einschränkung der traditionellen Wanderrouten infolge des Bevölkerungswachstums und des Klimawandels; Ressourcenkonflikte mit sesshaften Bauern (Land und Wasser); ethnische Stigmatisierung und Gewalt durch staatliche Kräfte oder lokale Milizen.

In Ländern wie Burkina Faso sind die Fulani als „potenzielle Terroristen" stigmatisiert und werden häufig willkürlich von Soldaten oder lokalen Milizen getötet. In Mali gehen Wagner-Söldner gegen Fulani vor, die unter Terrorverdacht stehen. Islamistengruppen wie Katiba Macina, die mit Al-Qaida in Verbindung steht und in Zentralmali aktiv ist, bieten den marginalisierten Bevölkerungsgruppen Schutz und legitimieren so ihre Aktivitäten.

Manipulation durch externe Akteure

Der heutige Dschihadismus instrumentalisiert die Identität der Fulani in mehrfacher Hinsicht. Die folgenden Fakten verdeutlichen, dass die Gewalt nicht nur aus der ethnischen Gruppe hervorgeht, sondern auch von außen geschürt wird:

1. Transnationale Terrorgruppen wie der Islamische Staat in der Sahara-Region oder *Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin* (JNIM) nutzen die Mobilität und Verbreitung der Fulani für den Aufbau von Logistik- und Rekrutierungsnetzwerken.
2. Traditionelle Wander- und Handelsrouten der Fulani erleichtern den Waffen- und Menschenschmuggel und die Verbreitung extremistischen Gedankenguts über durchlässige Grenzen hinweg.
3. Einige geopolitische Akteure der Region – darunter auch Staaten und regionale Herrscher – können die Gewalt der Fulani für ihre Zwecke nutzen, um Gebiete zu destabilisieren oder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Nigeria: Aktuelle ethnische und religiöse Dimension

Im Middle Belt Nigerias sind die Konflikte zwischen muslimischen Fulani-Hirten und sesshaften Bauern der vorwiegend christlichen ethnischen Gruppen Berom, Tiv und Idoma in systematische Gewalt ausgeartet, die über die traditionellen Auseinandersetzungen um Land- und Wasserressourcen hinausgeht.

Der Bundesstaat Benue, der auch als „Kornkammer Nigerias“ bekannt ist, ist ein Beispiel für diese Entwicklung. Viele Beobachter erkennen Gewaltmuster, die nicht nur soziale oder ethnische Aspekte haben.

Nach Meinung von führenden Vertretern ethnischer Gruppen und internationaler Organisationen handelt es sich bei den Vorfällen im Middle Belt von Nigeria nicht um wahllose Aktionen, sondern vielmehr um gezielte ethnische und religiöse Säuberungen. Die Opfer des Fulani-Konflikts sind überwiegend Christen, und betroffen sind überwiegend Gebiete, die sich im neunzehnten Jahrhundert der Ausbreitung des Islam widersetzt haben.

Die nigerianische Bundesregierung hat die Krise zwar im Blick, reagiert aber nur langsam, sporadisch und ohne strafrechtliche Konsequenzen für die Täter. Trotz Gesetzen zum Verbot der freien Weidewirtschaft, angekündigter Gespräche und Sicherheitseinsätzen gehen die Massaker weiter. Zehntausende von Vertriebenen müssen unter schwierigsten Bedingungen ausharren.



Bild 4: Christliche Frauen – hier in Nigeria – werden vielfach Opfer von Entführungen und Zwangsverheiratungen. (© Jaco Klamer/Kirche in Not)

Was steht auf dem Spiel?

Die Krise in Subsahara-Afrika ist nicht einfach nur ein lokaler Konflikt zwischen Hirten und Bauern. Sie ist ein endloser Krieg um Land, religiöse Identität sowie um wirtschaftliche und politische Macht. Das kollektive Trauma des historischen Dschihad, das durch die Untätigkeit des Staates und die Manipulation durch extremistische Gruppen noch verstärkt wird, nährt einen Kreislauf der Gewalt, der sich in der gesamten Region auszubreiten droht. Christliche Gemeinden sind vor allem in Nigeria systematischer Verfolgung ausgesetzt. Aber zugleich sind auch

viele Fulani Opfer von struktureller Gewalt und ideologischer Manipulation. Polarisierende Diskurse helfen in dieser Situation nicht weiter. Wahrheit, Gerechtigkeit und eine gründliche Aufarbeitung der Geschehnisse sind erforderlich, wenn in Subsahara-Afrika dauerhaft Frieden herrschen soll.

Blickpunkt Mosambik: Zwischen Dschihadismus und Wirtschaftsinteressen

Während der Süden Mosambiks bis heute ein Touristenziel ist, leidet die rohstoffreiche Provinz Cabo Delgado im Norden des Landes bereits seit 2017 unter brutaler Gewalt, der lokalen Medien zufolge über 6.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Die Vereinten Nationen beziffern die Zahl der Binnenvertriebenen mit über 1,3 Millionen.

Die Bevölkerung von Mosambik ist mehrheitlich christlich: 5,7 Mio. Menschen bekennen sich zur Katholischen Kirche, weitere 2,5 Mio. Menschen sind Protestanten. Dazu hat das Land eine große muslimische Gemeinschaft von etwa 3,6 Mio. Menschen (vorrangig Sunniten). In den nördlichen Provinzen Niassa (61 %) und Cabo Delgado (54 %) machen Muslime die Mehrheit der Bevölkerung aus. Gleiches gilt für die Küstenregionen. Der Süden Mosambiks und die größeren Städte sind christlich geprägt.

Wichtig zu betonen ist, dass der Terror in Mosambik die gesamte Zivilbevölkerung trifft, Christen wie Muslime. Dass die Christen im Norden von Mosambik in der Minderheit sind, macht sie jedoch besonders verletzlich. Die islamistische Gruppe Ahl al-Sunna wa al-Jamaʿa (ASWJ) hat zum Beispiel dazu aufgerufen, christliche Symbole in der Region zu beseitigen. In der Provinz Cabo Delgado überfallen militante Gruppen immer wieder christliche Gemeinden, setzen Kirchen in Brand und töten Zivilisten.

Trotz der Präsenz internationaler Streitkräfte konnten die Aufständischen in weitere Gebiete vordringen, wobei sie die Schwäche der staatlichen Institutionen und das dort herrschende Machtvakuum ausnutzen.

Worum geht es?

Auch wenn über die Ursprünge der Gruppe widersprüchliche Informationen vorliegen, gilt es mittlerweile als gesichert, dass der regionale Ableger des Islamischen Staats in Mosambik (ISM) – auch bekannt unter dem Namen Al-Shabaab, aber ohne Bezug zu der somalischen Gruppierung – aus der 2007 gegründeten religiösen Organisation Ahl al-Sunna wa al-Jamaʿa (ASWJ) hervorgegangen ist. Das Ziel der Organisation war und ist die Etablierung einer muslimischen Regierung und des Scharia-Rechts in Mosambik.

Ihre ersten Terroranschläge verübte die salafistische ASWJ im Oktober 2017 in Cabo Delgado sowohl gegen christliche Zivilisten als auch gegen Muslime, die die extremistische Ideologie der Organisation ablehnten. 2017 und 2018 verübte die Gruppe insgesamt 66 Anschläge. 2019 folgte eine Ausweitung der Angriffe auf Stadtzentren und strategische Infrastruktur, darunter unter anderem eine große Förderstätte für Flüssigerdgas.

Ab 2019 verbündete sich ASWJ formell mit dem IS. In der Folge wurde ISCAP offiziell als eigenständige Provinz des IS anerkannt und agiert seither unter dem Namen Islamischer Staat Mosambik (ISM).

2020 besetzten die Dschihadisten für einen kurzen Zeitraum die Hafenstadt Mocímboa da Praia und unterbrachen damit wichtige Versorgungsrouten. Internationale Militärinterventionen haben die Gruppe seit 2021 deutlich geschwächt, wodurch sich der Fokus der Gruppe von der Zivilbevölkerung auf staatliche Ziele und die Energieinfrastruktur des Landes verschoben hat.



Bild 5: Von Dschihadisten zerstörte Kirche in Mosambik. (© Kirche in Not)

Ende 2023 und in der ersten Jahreshälfte 2024 weitete der Islamische Staat Mosambik seine Aktivitäten aus und expandierte in die Bezirke Chiure und Mecúfi im Süden von Cabo Delgado. Durch Massaker, Entführungen und andere Angriffe vertrieb die Gruppe mehr als 200.000 Menschen.

In einem Gespräch mit „Kirche in Not“ beschrieb António Juliasse, Bischof von Pemba, der Hauptstadt Cabo Delgados, die Provinz als eine Region, die seit 7 Jahren von Vertreibungen, Gewalt und humanitären Krisen gezeichnet sei. Die Unsicherheit halte Tausende Menschen davon ab, ihr Land zu bestellen,

wodurch Probleme wie Hunger, Krankheit und der Verfall der Gesundheitsinfrastruktur verstärkt werden. Auch das Schulwesen wurde hart getroffen.

Ausgewählte Ereignisse der Verfolgung

Die Liste der dokumentierten Gewalt gegen Christen und andere Bevölkerungsgruppen im Norden Mosambiks ist lang. Hier einige Beispiele aus dem „Kirche in Not"-Bericht „Religionsfreiheit weltweit 2025":

Am 15. September 2023 wurden im Dorf Naquitengue nahe der Hafenstadt Mocímboa da Praia mindestens elf Christen von den IS-Kämpfern getötet. Laut dem Missionar Friar Boaventura kamen die Angreifer am Nachmittag in das Dorf, versammelten die Einwohner, trennten die Christen basierend auf Namen und ethnischem Profil von den Muslimen und richteten anschließend die Christen hin.

Zwischen Dezember 2023 und März 2024 führte der ISM 57 Angriffe in Mosambik durch. Der monatliche Schnitt war damit doppelt so hoch wie in den restlichen Monaten 2023.

Im Januar 2024 bekannte sich der ISM zu acht Angriffen gegen Christen in drei Distrikten in Cabo Delgado, bei denen zehn Zivilisten getötet und mehr als 200 Häuser und Kirchen zerstört wurden. Die Angriffe standen offenbar in direktem Zusammenhang mit einem Statement Abu Hudhayfah al-Ansaris, einem Sprecher des IS, der am 4. Januar zu einer weltweiten Offensive aufgerufen hatte, vermeintlich als Vergeltung für in Gaza getötete Muslime. Dieser Zusammenhang offenbarte eine engere Verbindung zwischen den mosambikanischen Aufständischen und der zentralen Führung des IS als bis dahin angenommen.

Am 9. Februar 2024 brannten Aufständische eine Kirche in einem Ort im Verwaltungsbezirk Mazeze nieder. Der ISM bekannte sich zu der Tat und gab an, in dem Ort nahe der Grenze zur Provinz Nampula „vier Kirchen und eine christliche Schule" zerstört zu haben.

Am 12. Februar 2024 veröffentlichte der IS-nahe Telegram-Kanal Bariqah ein Foto und ein Video, mit denen sich der ISM zu einem Angriff auf einen Bus in Cabo Delgado bekannte, bei dem der Fahrer ums Leben kam. Berichten zufolge hinterließen die Täter handschriftliche Botschaften. Diese enthielten eine Kriegserklärung an Christen weltweit sowie eine Auflistung von drei Optionen: Konversion zum Islam, die Zahlung der Dschizya, einer Steuer für Nicht-Muslime gemäß der Scharia, oder Tod.

Am 15. Februar 2024 griffen islamistische Aufständische den Verwaltungsbezirk Chiure im Süden von Cabo Delgado an. Der ISM bekannte sich zu den Angriffen und berichtete von 18 zerstörten Kirchen in 9 Dörfern. Die Gruppe

teilte auch Bilder von Kämpfern, die Kirchen in Brand setzten und christliche Symbole wie Kruzifixe entweihten.

Im November 2024 wurden im Bezirk Muidumbe in Cabo Delgado vier Christen vom ISM gefangengenommen und getötet. Im gleichen Monat war bereits ein anderer Christ in dieser Region getötet worden.

Laut Studien mehrerer Nichtregierungsorganisationen haben Entführungen, Vergewaltigungen, Zwangsheiraten und sexuelle Versklavung von Mädchen und jungen Frauen in Cabo Delgado durch mit dem IS verbündete dschihadistische Gruppen zwischen 2023 und 2025 zugenommen. Berichte zeigen, dass sich unter den Opfern christliche Mädchen und Frauen befinden, die insbesondere dann Gefahr laufen, zwangsverheiratet zu werden, wenn sie vorher vom Islam zum Christentum konvertierten.



Bild 6: Vater und Sohn in einem Flüchtlingslager im Norden von Mosambik. (© Kirche in Not)

Vorsichtige Hoffnung, aber Frieden ist noch in weiter Ferne

Trotz all dieser bedrückenden Ereignisse ging 2023 die Anzahl der dschihadistischen Angriffe erstmals seit 2017 zurück. Die Militärmaßnahmen der mosambikanischen Sicherheitskräfte in Kooperation mit den Nachbarn aus Ruanda und der seit 2021 gestarteten Friedens- und Verteidigungsmission der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SAMIM) scheinen erste Erfolge zu zeigen.

Im Oktober 2023 stellten die beiden Erdöl- und Energieunternehmen TotalEnergies und ExxonMobil direkte Einzahlungen auf die Konten von etwa 800 mosambikanischen und ruandischen Soldaten ein, die Einrichtungen der beiden Unternehmen beschützten. Den Unternehmen war mitgeteilt worden, dass die Zahlungen künftig direkt an die mosambikanische Regierung erfolgen sollten, um mögliche Verwicklungen in Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden.

Der Islamische Staat hatte in einem Newsletter im Juli 2020 dargelegt, welche Rolle „kreuzfahrerische Ölunternehmen" durch deren Sicherheitskräfte bei Menschenrechtsverletzungen gegen Zivilisten spielen, und damit den eigenen Kampf gerechtfertigt.

Obwohl die Anzahl der Gewalttaten zurückgegangen ist, kommt es nach wie vor zu gezielten Angriffen und Gewalt in einer Form, die auf einen Strategiewechsel der Terroristen schließen lässt: weg von einem territorialen hin zu einem Ansatz, der sowohl von Reichweite als auch Unvorhersehbarkeit geprägt ist, um Angriffe so maximal für Propagandazwecke ausschlachten zu können.

Religionen für den Frieden

Trotz der widrigen Umstände setzen sich die katholische Kirche und andere Glaubensgemeinschaften Mosambiks für Frieden und interreligiösen Dialog ein. In der 2022 unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung von Pemba" bekräftigen Christen und Muslime ihr gemeinsames Engagement, mit dem sie die Instrumentalisierung der Religion verhindern wollen. 2024 signalisierte der Islamische Rat von Mosambik, dass er bereit sei, in Verhandlungen mit Vertretern der Dschihadistengruppen einzutreten. Mit diesen Bemühungen unterstreichen die religiösen Akteure ihre Widerstandskraft angesichts der verschlechternden Sicherheitslage.

Inmitten des Leids bleiben Geistliche, Ordensgemeinschaften und kirchliche Einrichtungen an der Seite der Menschen in Mosambik. Sie koordinieren Nothilfe, bauen Unterkünfte, stellen Lebensmittel und Trinkwasser bereit und organisieren Schulunterricht für vertriebene Kinder. Kirchliche Akteure bieten den Überlebenden Traumatherapie, psychosoziale Unterstützung und Rechtsberatung an – insbesondere Mädchen und jungen Frauen, die der Entführung und Zwangsverheiratung entkommen konnten.



Bild 7: Katholischer Gottesdienst in einem Flüchtlingslager in der Provinz Cabo Delgado. (© Kirche in Not)

Düstere Aussichten

Der Erfolg all dieser Maßnahmen hängt davon ab, ob sich die Lage weiter stabilisieren kann. Der Bericht „Religionsfreiheit weltweit 2025“ macht dazu wenig Hoffnung: „Die Aussichten (…) sind nach wie vor extrem negativ. Vor dem Hintergrund des expandierenden Einflusses dschihadistischer Gruppen, der politischen Unruhen und einem schwachen Staat in einem Großteil des Nordens des Landes sind die Bedingungen für Menschenrechte und Religionsfreiheit weiterhin sehr prekär.“

Iran: Zwischen Krieg, Protesten und Verfolgung – Christen im Iran



Jens Fischer ist Pressesprecher von Open Doors Deutschland. Durch regelmäßige Auslandsreisen hat er immer wieder Gelegenheit zu persönlichen Begegnungen mit verfolgten Christen. Er hat seit 2008 verschiedenen Aufgaben für Open Doors wahrgenommen, unter anderem als Referent für Öffentlichkeitsarbeit sowie als Redakteur. (Bild: © Open Doors)

Seit der „Islamischen Revolution“ im Jahr 1979 ist der Iran offiziell eine islamische Republik, kontrolliert von schiitisch-islamischen Geistlichen. Staatsoberhaupt ist seit dem Tod des langjährigen Machthabers Ajatollah Ali Chamenei im Februar 2026 dessen Sohn Modschtaba Hosseini Chamenei. In den vergangenen Monaten stand der Iran vor allem wegen der blutig niedergeschlagenen Proteste und wegen des Krieges mit den USA und Israel im Fokus der Öffentlichkeit. Ungeachtet dieser aktuellen Entwicklungen sind Christen im Iran seit vielen Jahren extremer Verfolgung ausgesetzt. Auf dem Open Doors Weltverfolgungsindex von 2026 belegt das Land 10 und den Ländern mit der stärksten Christenverfolgung.



Bild 1: Zehntausende iranische Christen treffen sich, der Gefahr entdeckt zu werden zum Trotz, in Hauskirchen. (© Open Doors)

Offiziell folgen die meisten Iraner der Staatsreligion, dem schiitischen Islam. Die iranische Verfassung erkennt vier religiöse Gruppen an: Muslime, Zoroastrier, Juden und Christen. Gleichzeitig erfährt jeder, der kein schiitischer Muslim ist, Diskriminierung und Einschränkungen seiner Rechte. So ist es laut Zivilgesetz Nichtmuslimen verboten, eine muslimische Frau zu heiraten; christliche Frauen sind dazu verpflichtet, den Hidschab zu tragen; und Christen dürfen keinen Besitz von Muslimen erben.

Nicht anerkannte religiöse Minderheiten wie christliche Konvertiten, Bahai, Derwische und Agnostiker sind schweren Verletzungen ihrer Rechte ausgesetzt.

Kriminalisierung von religiös „Abtrünnigen"

Perser bilden die größte Bevölkerungsgruppe im Iran; sie werden als Muslime betrachtet, weshalb jeder, der sich dem christlichen Glauben zuwendet, als Abtrünniger gilt. Dadurch werden fast alle christlichen Aktivitäten zu kriminellen Handlungen – vor allem, wenn sie in der Landessprache Farsi (Persisch) stattfinden. Trotzdem sind in den Jahrzehnten seit der Islamischen Revolution Schätzungen zufolge Hunderttausende Perser zum Glauben an Jesus gekommen. Somit machen Konvertiten inzwischen die Mehrheit der Christen im Iran aus.

Die meisten der vielen Tausend christlichen Konvertiten im Iran versammeln sich in kleinen Hauskreisen. Für sie geht die größte Bedrohung von den staatlichen Sicherheitsdiensten aus. Diese überwachen die Aktivitäten von Christen und sammeln Informationen, um sie als Beweis für „Handlungen gegen die nationale Sicherheit" oder „Spionage für zionistische Regime" zu verwenden. Es wird vermutet, dass Tausende iranische Christen muslimischer Herkunft aus dem Land geflohen sind – aus Angst vor Verhaftung, psychischer Folter (einschließlich Einzelhaft) und langjährigen Gefängnisstrafen.

Die aktuelle Situation der Christen

Am 28. Februar 2026 begannen die USA und Israel einen Krieg gegen den Iran, der am 14. Juni 2026 mit einem Abkommen beendet wurde. Zu dem von vielen Beobachtern erhofften Regimewechsel im Land kam es bislang nicht. Während des Krieges verschärfte sich die humanitäre und wirtschaftliche Krise im Iran. Die Bevölkerung geriet zunehmend in ein Spannungsfeld, bestehend aus staatlichen Repressalien (u. a. Abschaltung des Internet), Krieg und einer zunehmend schwierigen Versorgungslage.



Bild 2: Frauen im Iran beim Bibelstudium. (© Open Doors)

Christen als Sündenböcke

Die iranischen Christen im Lande sind von dieser Krise nicht ausgenommen. Wie andere Bürger leiden sie unter steigenden Preisen, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Ungewissheit über die Zukunft. Sie stehen jedoch aufgrund ihres Glaubens unter zusätzlichem Druck und sind mit Diskriminierung, Überwachung und Einschränkungen der Religionsfreiheit konfrontiert. In Zeiten nationaler Krisen erleben schutzbedürftige Minderheiten oft eine tiefere Isolation und Angst. Doch trotz dieser Nöte halten viele iranische Christen weiterhin an ihrem Glauben, ihrer Hoffnung und ihrem Gebet fest.

Bereits im letzten Jahr kam es zu einem Krieg zwischen dem Iran und Israel. Der wegen seiner kurzen Dauer auch „12-Tage-Krieg“ genannte Konflikt im Juni 2025 war ein einschneidendes Ereignis, das Folgen für alle Iraner hatte. Minderheiten standen jedoch besonders im Fokus des Regimes und wurden als Schuldige angeprangert. Schon am Tag des Kriegsendes, dem 24. Juni, warnte eine Gruppe von Experten der Vereinten Nationen (UN) in einer Erklärung vor einem „erhöhten Risiko, dass [Minderheiten] in dieser Zeit erhöhten politischen Drucks zum Sündenbock gemacht werden“. Sie wiesen darauf hin, dass jegliche Verhaftungen „einen Verstoß gegen Artikel 2 des ICCPR [Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte] und Artikel 2 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“ darstellten.

„Mossad-Söldner“

Doch trotz dieser internationalen Aufmerksamkeit wurden in den folgenden Monaten über 50 Christen verhaftet, was durch eine Erklärung des iranischen Ministeriums für Nachrichtendienst und Sicherheit bestätigt wurde. Darin heißt es, dass die als „Mossad-Söldner“ Festgenommenen „im Ausland unter dem Deckmantel der ‚zionistischen‘ christlichen Evangelisationsbewegung ausgebildet“ worden seien.

Diese Rhetorik wurde im August 2025 noch verstärkt, als staatliche Medien einen Fernsehbeitrag veröffentlichten, der Aufnahmen von einigen der festgenommenen Christen bei einer Versammlung in der Türkei zeigte. Gezeigt wurden Fotos von beschlagnahmten Gegenständen, darunter Neue Testamente sowie angeblich heimlich gemachte Aufnahmen von Bibeln, die in den Iran „geschmuggelt“ wurden. Der Bericht enthielt auch erzwungene „Geständnisse“ einiger der festgenommenen Christen, in denen sie zugaben, ins Ausland gereist zu sein, um religiöse Unterweisung zu erhalten.

UN-Experten: „… ganze Minderheitengemeinschaften als Verräter beschuldigt …“

Am 1. September 2025 veröffentlichte ein UN-Expertengremium einen Bericht zur Lage der Menschenrechte und der Religionsfreiheit im Iran. Vor dem Hintergrund des 12-tägigen Krieges mit Israel weisen die Autoren auf die jüngsten Verhaftungen von Angehörigen religiöser und anderer Minderheiten „in dieser Zeit des erhöhten politischen Drucks“ hin. Sie konstatieren auch einen „starken Anstieg gemeldeter Hassreden … in denen ganze Minderheitengemeinschaften als Verräter beschuldigt […] werden“.

Der Bericht stellt zudem fest, dass der Oberste Richter des Irans „Berichten zufolge die Staatsanwälte angewiesen hat, Schnellverfahren gegen diejenigen einzuleiten, die der Kollaboration mit Israel beschuldigt werden“ – eine „Position, [die] sich in den offiziellen staatlichen Medien widerspiegelt … die am 24. Juni 2025 behaupteten, dass Gerichtsverfahren ‚in Kriegszeiten nicht notwendig‘ seien“.

Die UN-Experten zitieren auch Berichte, wonach Gefangene aus dem Evin-Gefängnis in „überfüllte und unhygienische Einrichtungen“ verlegt wurden, während „das Schicksal und der Verbleib einiger Gefangener … unbekannt blieben“.



Bild 3: Das Gebäude der 2023 durch die Behörden geschlossenen Assemblies of God-Gemeinde in Teheran. (© Open Doors)

Inhaftierte Christen

Während des 12-Tage-Krieges wurden mindestens vier Gerichtsverfahren gegen Christen vertagt. Die Anklagen stehen im Zusammenhang mit ihrem Glauben oder ihren religiösen Aktivitäten. Forderungen nach einer vorübergehenden Freilassung von aus Gewissensgründen Inhaftierten, insbesondere in Haftanstalten in der Nähe von Konfliktgebieten, wurden ignoriert. Mindestens elf Christen befanden sich unter den Insassen des Evin-Gefängnisses in Teheran, als Israel die Einrichtung am 23. Juni angriff. Nach dem Angriff wurden männliche Häftlinge in die Strafanstalt Großraum Teheran und weibliche Häftlinge in das Qarchak-Gefängnis in Varamin verlegt, während das Evin-Gefängnis repariert wurde. Menschenrechtsorganisationen berichteten von unzumutbaren Bedingungen, darunter starke Überbelegung in beiden Gefängnissen. Christen, die an den Gefangenenverlegungen beteiligt waren, bestätigten die katastrophalen Zustände; eine weibliche Gefangene berichtete, sie seien auf „so eine beschämende Weise, in Handschellen“, verlegt worden und „litten ohne sauberes Wasser, Kühlung oder Heizung, ohne Hygiene und angemessene Nahrung, zusammengepfercht und hilflos“.

Nach dem 12-Tage-Krieg wurden die Inhaftierung und die Verurteilungen von Christen wieder aufgenommen. Allein im Monat November traten mindes-

tens vier Christen ihre Haftstrafen an. Im Laufe des Jahres 2025 wurden Haftstrafen mit einer Gesamtlänge von 280 Jahren gegen Christen verhängt.

Die schwere Misshandlung christlicher Gefangener war ein weiteres auffälliges Merkmal des Jahres 2025, darunter die Verweigerung medizinischer Versorgung, psychische Folter und eine gemeldete Prügelattacke. Ein weiterer Tiefpunkt war die Verurteilung einer schwangeren christlichen Konvertitin zu 16 Jahren Haft am Internationalen Frauentag. Unterdessen wurde einem iranisch-armenischen Christen, der 2025 zu seiner zweiten zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, die Teilnahme an der Beerdigung seiner Mutter verwehrt. Sie starb zwei Monate nach seiner erneuten Festnahme.

Einer der christlichen Konvertiten, die gemeinsam mit ihm verurteilt worden waren, erlitt einen Schlaganfall, während er in Einzelhaft saß. Eine andere Christin brach sich die Wirbelsäule, nachdem sie aus ihrem Etagenbett im Gefängnis gefallen war. Daraus entwickelte sich später eine Infektion, da sie nach ihrer Behandlung zu früh ins Gefängnis zurückgebracht wurde. Später wurde berichtet, dass bei ihr die Gefahr einer Lähmung bestand. Darüber hinaus befand sich eine ehemalige Asylbewerberin, die nach über 15 Monaten im Evin-Gefängnis freigelassen wurde, Berichten zufolge in einem „psychisch instabilen Zustand." Sie war gezwungen worden, die letzten Wochen ihrer Haft in der berüchtigten Abteilung 209 zu verbringen, die unter der Kontrolle des Ministeriums für Nachrichtendienst und Sicherheit steht.



Bild 4: Straßenverkehr in Teheran, rechts im Bild die St. Sarkis Kathedrale. (© Open Doors)

Christen stellen sich der Hoffnungslosigkeit entgegen

Die zeitweilige Abschaltung des Internet im Zuge der Proteste und während der Kriegsmonate stellte die Bevölkerung und auch hier wieder besonders die Christen auf mehreren Ebenen vor große Herausforderungen. Viele Christen nutzen das Internet, um Gemeinschaft mit anderen Christen zu pflegen, oder als Quelle geistlicher Inhalte – sei es Literatur, online Predigten oder andere Sendungen zu Glaubensinhalten. Andere sind auf die Möglichkeiten von online-Kommunikation angewiesen, um ihre heimlichen Treffen als Hauskirche zu organisieren.

Zudem ist die Verbindung via Internet zu Freunden und Verwandten im Ausland für viele Iraner von großer Bedeutung. Dabei geht es nicht allein um die Pflege von Beziehungen, sondern auch um die Möglichkeit, sich abseits staatlich gelenkter Medien im Iran zu informieren. Andersherum drangen aufgrund der Abschaltung des Internets auch nur sehr spärliche Informationen aus dem Land nach draußen. Einzelne Telefonate brachten etwas Licht ins Dunkel. So erhielt Open Doors im Februar 2026 durch Pastor Peyman (Name geändert) Einblick in die Situation der Christen im Land.

Pastor Peyman berichtete:

Wir erhalten Anrufe aus dem Iran, und alle weinen. Es handelt sich nicht mehr um einen Einzelfall, sondern um tiefen und anhaltenden Schmerz. Viele haben enge Freunde und Familienmitglieder verloren. Selbst von den Christen, die wir persönlich kannten und unterwiesen haben, wurden mehrere getötet. Allein in einer Stadt verloren fünf Gläubige ihr Leben.

Auch er beklagt die strenge Überwachung und die technischen Einschränkungen in der Kommunikation mit den Menschen im Iran durch die Regierung. Viele Informationen erreichten während dieser Zeit nur die Leiter, und auch das nur über vertrauenswürdige Vermittler. Ein direkter Kontakt zu den trauernden Familien war oft unmöglich. *Wir können manche Familien nicht einmal erreichen, um sie zu trösten oder mit ihnen zu beten. Die Menschen haben Angst, offen zu sprechen. Wir wissen nur, dass einige gestorben sind; viele andere sind emotional zutiefst gebrochen und in ihrem Glauben erschüttert.*

Pastor Peyman schilderte auch die inneren Konflikte vieler Kirchenleiter, wenn sie versuchen, Menschen in extremer Not zu begleiten. *Sie berichten mir: „Alles, was wir sagen, wird von jemandem missverstanden. Wenn wir über Hoffnung sprechen, werden die Menschen wütend. Wenn wir über Liebe sprechen, sagen sie, das sei unrealistisch." Wir Kirchenleiter stehen unter enormem Druck, gefangen zwischen der Wahrheit des Wortes Gottes und den tiefen Wunden, die die Menschen mit sich tragen.*

„Die Kirchen müssen ihre Rolle verstehen“

Trotz der Dunkelheit glaubt Pastor Peyman, dass der Iran einen Punkt erreicht hat, an dem es kein Zurück mehr gibt. „Alles hat sich verändert. Der Iran wird nicht mehr derselbe bleiben. Jeder Einzelne und auch die Kirche müssen ihre Rolle in diesem Moment verstehen: sich gegen Ungerechtigkeit zu stellen, ohne von zerstörerischer Wut überwältigt zu werden.“

Pastor Peyman schloss mit einem klaren Aufruf zum Gebet: „Bitte betet für diejenigen, die trauern, für diejenigen, die traumatisiert sind, für sichere Wege zu helfen und insbesondere für Pastoren und Leiter. Schweigen angesichts von Ungerechtigkeit ist falsch, aber wir müssen auch weise vorgehen. Wir brauchen Gottes Führung heute mehr denn je.“

Das gilt auch dann, wenn sich das Friedensabkommen zwischen den USA und dem Iran vom 14.06.2026 als tragfähig erweisen sollte. Die Lage der Christen im Iran wird vorerst von Verfolgung geprägt sein. Sie brauchen die Unterstützung ihrer Glaubensgeschwister in aller Welt – ganz besonders durch das Gebet. Weitere Informationen und Gebetsanliegen sind abrufbar unter www.opendoors.de/iran.

Kuba: Zwischen Glauben und Überleben

Kubas Lutheraner stehen vor einer Grenzsituation



Martin Lessenthin, Historiker und Politologe, ist Mitherausgeber der Jahrbücher „Religionsfreiheit“ sowie „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“. Als Botschafter für Menschenrechte publiziert er zu Minderheiten- und Menschenrechtsfragen und erstellt gutachterliche Stellungnahmen für politisch Verfolgte sowie Glaubensverfolgte. Von 2016 bis 2024 wirkte er im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin, mit. Von 2001 bis 2023 war Lessenthin als Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Frankfurt/M. tätig. (Bild: © privat)

Einleitung

Auf der kubanischen Isla de la Juventud im Süden Kubas ist eine kleine, über hundert Jahre alte Kirche erhalten. Es handelt sich um die Evangelisch-Lutherische Kirche von Cocodrilo (zu deutsch „Krokodil“), die vor etwa 120 Jahren von einer Handvoll „Alligatoren-Christen“ (s. u.) und einem deutschen Ehepaar errichtet wurde. Es ist das älteste Überbleibsel einer Gemeinschaft, die es verstanden hat, inmitten der Isolation zu überleben und zu wachsen.

Heute zählt die Vereinigte Evangelische Kirche – Lutherische Synode (IEU-SL), zu der auch die Lutheraner in Cocodrilo gehören, etwa 1.500 Mitglieder, die auf elf Gemeinden in sieben Provinzen verteilt sind. Von ihren Anfängen im Zusammenhang mit der amerikanischen Missouri-Synode bis zu ihrem Eintritt in den Lutherischen Weltbund im Jahr 2018 haben die kubanischen Lutheraner ein Modell einer zugleich traditionsorientierten, aber auch der Moderne zugewandten Kirche entwickelt, die tief in die soziale Begleitung der Bedürftigen involviert ist. Diese Arbeit stieß jedoch oft auf den Widerstand durch die jede Initiative erstickende Kommandowirtschaft und eines feindseligen staatlichen Umfelds, in dem Religionsfreiheit, obwohl sie auf dem Papier garantiert ist, nicht in reales Handeln umgesetzt wird. Hilfe im Sinne tätiger Nächstenliebe wird von Repräsentanten des Staates oft mit Argwohn betrachtet und als unerwünschte Konkurrenz abgewürgt.

Jahrhundertealte Wurzeln: die Ankunft des Luthertums in Kuba

Die lutherische Präsenz in Kuba ist mit der Migration englischsprachiger Gemeinschaften von den Kaimaninseln verbunden.[1] Im 19. Jahrhundert ließen sich diese Siedler auf der Suche nach Arbeit im Süden der ehemaligen Isla de Pinos (heute Isla de la Juventud) nieder. Das Fehlen eines Pastors veranlasste sie, sich an die Lutherische Kirche von Missouri in den Vereinigten Staaten zu wenden. Ab 1914 begann ein Missionar, sich um sie zu kümmern. Der wahre Impuls kam aber von einem deutschen Ehepaar, das, bewegt von den spirituellen Bedürfnissen der Gemeinde, den Bau des ersten Gebetshauses im Ort Cocodrilo ermöglichte. Die Kirche selbst ist ein Symbol für den Pioniercharakter dieser Gemeindemitglieder: Sie wurde aus Holz und lokalen Baustoffen gebaut und enthielt eine Sonntagsschule, in der die Frau des Pastors die ersten Buchstaben auf Englisch unterrichtete, während die Eltern die Predigt hörten. Der kleine Flughafen erleichterte den Transfer des Pastors, der jeden Sonntag in einem kleinen Flugzeug von der Inselhauptstadt Nueva Gerona aus eingeflogen wurde. Diese Mischung aus Glauben, Beharren und Pragmatismus kennzeichnet den Charakter der lutherischen Kirche in Kuba.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wuchs die Gemeinschaft langsam. Nach dem Sieg der sozialistischen Revolution und der Exilierung vieler Kubaner im Jahr 1959 verließen 1961 auch amerikanische Pastoren die Insel und die Kirche stand kurz vor dem Verschwinden. Trotz der von den neuen Machthabern ausgehenden Stigmatisierung gläubiger Menschen praktizierten die Gemeindemitglieder ihren Glauben in Privathäusern und hielten die Gemeinde Jahrzehnte lang am Leben. Diese Erfahrung in der Nische, fast im Untergrund, schmiedete eine Kirche, die an Selbstverwaltung, Diskretion und ein tiefes Vertrauen untereinander gewöhnt war.

Anhaltende Verstöße gegen die Religionsfreiheit

Verfassung und politische Wirklichkeit stimmen in Kuba nicht überein. Dies gilt vor allem für Religionsfreiheit, die Freiheit der Kunst, sowie Meinungs- und Pressefreiheit. Die kubanische Verfassung erkennt, respektiert und garantiert Religionsfreiheit. Die IEU-SL ist Teil des Consejo de Iglesias de Cuba (CIC), was ihr einen anerkannten rechtlichen Status und einen Kanal für den institutionellen Dialog mit dem Regime verleiht. Die Realität vor Ort ist jedoch zum Teil prekär. Unab-

[1] In der Sprache der Kariben ist „cayman“ der Name für das dort vorkommende Spitzkrokodil. Deshalb wurden die von dort stammenden Einwanderer „Alligatoren-Christen“ genannt.

hängige Organisationen und Medien haben Jahr für Jahr Verstöße gegen die Religionsfreiheit dokumentiert, die alle Bekenntnisse betreffen. Allein im Jahr 2024 verzeichnete das kubanische Observatorium für Menschenrechte mindestens 996 Handlungen gegen die Religionsfreiheit, eine Rekordzahl, die Hindernisse für die Ausübung von Gottesdiensten, Geldstrafen für Pastoren und Belästigung von Gläubigen umfasst. Unabhängige evangelische Kirchen, d. h. solche, die keine offizielle Anerkennung erhalten, sind am anfälligsten für Polizeidruck.



Bild 1: Lutherische Synode in Santiago de Cuba, März 2026. (© Vereinigte Lutherische Kirche in Kuba)

Systematische Behinderung durch das staatliche Finanzsystem

Die Lutheraner, die in das CIC integriert sind, werden in der Regel nicht offen verfolgt. Sie sind jedoch mit systemischen Einschränkungen konfrontiert, die ihre Arbeit behindern. Die größte Schwierigkeit ist wirtschaftlicher Natur. Die Kirche ist stark auf internationale Spenden angewiesen, insbesondere von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELCA). Aber diese Gelder, die in Devisen eingezahlt werden, sind im kubanischen Finanzlabyrinth gefangen. Seit 2020 hat die Internationale Finanzbank (BFI), die einzige Einrichtung, die berechtigt ist, Spenden aus dem Ausland entgegenzunehmen, den Zugang zu diesen Konten gesperrt. Bischof Ismael Laborde unternahm zahlreiche Schritte, um Bezahlkarten oder Bargeld zu erhalten, ohne Erfolg. Es wurde sogar ein Antrag auf Abhebung von 500 Dollar für den Kauf von Vorräten abgelehnt. „Uns werden die Hände gebunden“, klagt ein anonymes Mitglied der Kirche, „vieles

von dem, was wir brauchen, um den Schwächsten zu helfen, findet sich jetzt nur noch auf den Dollarmärkten“. Dieses De-facto-Einfrieren hat die Kirche unfähig gemacht, humanitäre Projekte zu unterstützen, Lebensmittel zu kaufen oder sogarlebensnotwendige Produkte zu kaufen.

Widerstandsfähigkeit und Beharren auf diakonisches Engagement

Trotz dieser Mauern hat die IEU-SL eine intensive diakonische Arbeit geleistet, insbesondere während der COVID-19-Pandemie. Im Juli 2020 gelang es der lutherischen „Alligatoren“-Gemeinde mit den von der ELCA erhaltenen Mitteln, Lebensmittel, Medikamente und finanzielle Unterstützung an 300 Familien zu verteilen. Sie taten dies, indem sie die Knappheit umgingen und in Landeswährung oder CUC bezahlten, während die BFI ihre Währungen eingefroren hielt. Diese Reaktionsfähigkeit trotz der sozialen Verachtung durch den sozialistischen Staat spiegelt ein zentrales Merkmal der kubanischen lutherischen Identität wider: die Berufung, die Schwächsten unabhängig von institutionellen Hindernissen und politisch motivierter Diskriminierung zu begleiten. Das JOEL Cuba-Programm, das Bibeln und Lernmaterialien verteilt und die Gesundheit der Gemeinschaft fördert, ist ein weiteres Beispiel für diese Widerstandsfähigkeit und das Beharren der Kirche auf diakonischem Engagement.

Eines der bemerkenswertesten Merkmale der IEU-SL ist die Präsenz der Frauen auf allen Ebenen kirchlicher Verantwortung. Die lutherische Kirche hat mehr Frauen als Männer im pastoralen und diakonischen Dienst. Im März 2026 erneuerte die synodale Versammlung ihre Befugnisse und wählte die Pastorin Roselis Laborde Montedoca zur Weihbischöfin, eine Persönlichkeit, die für ihre pastorale und missionarische Laufbahn anerkannt ist. Der Diözesanrat besteht hauptsächlich aus Frauen und genießt das gleiche Recht, Führungspositionen zu bekleiden. Diese weibliche Hauptrolle ist besonders im karibischen Raum von Bedeutung, in dem männliche Machtstrukturen oft Frauen ausgrenzen. Darüber hinaus ist die IEU-SL die einzige Kirche des Landes, die über ein Archiv und ein Gesangbuch christlicher kubanischer Musik verfügt, das vor allem Genres wie Gospel und christliche Kindermusik umfasst. Ganz im Sinne von Martin Luther sollen Jung und Alt in den Gemeinden ihr Christsein muttersprachlich leben und in ihren Gottesdiensten auch muttersprachlich singen.

Die treue Herde weigert sich zu verschwinden

Der Weg vor uns ist nicht einfach. Die Kirche sieht sich mit der Alterung ihrer Führung und der Auswanderung von Schlüsselfiguren konfrontiert. Die Wirt-

schaftskrise löst eine Ausblutung von gläubigen jungen Menschen aus, die eine lebenswerte Zukunft außerhalb Kubas suchen. Zugleich behindert der eingeschränkte Zugang zu Geldern aus dem Ausland größere diakonische und wirtschaftliche Projekte. Es gibt jedoch Anzeichen für eine Wiederbelebung. Zwischen 2024 und 2025 führte die IEU-SL einen intensiven Unterscheidungsprozess mit Treffen, Bibelstudien und mehr als dreißig lutherischen Identitätsworkshops durch. Diese grundlegende Arbeit, die von jungen Menschen vorangetrieben wurde, führte zu einer fast vollständigen Erneuerung des Synodalrats mit der Aufnahme neuer Generationen. Bischof Ismael Laborde, der 2026 wiedergewählt wurde, nimmt dies, trotz eigener gesundheitlicher Probleme, „als Herausforderung“ an. Seine Worte fassen den Geist einer kleinen, aber hartnäckigen Kirche zusammen: „Die Kirche lebt weiter, auch inmitten von Schwierigkeiten.“ Die lutherische Gemeinschaft Kubas, geschmiedet zwischen Hurrikanen, Blockaden und Obst, hat gelernt, in Widrigkeiten zu gedeihen. Ihr größter Reichtum liegt wahrscheinlich nicht in ihren Finanzen, sondern in der Treue einer Herde, die sich weigert zu verschwinden.

Kuba: Alberto Reyes – die unerschrockene Stimme

Ein kubanischer Priester zwischen Kanzel, Dissens und auferlegtem Schweigen[1]

Angel Suares Sanchez berichtet als Botschafter für Menschenrechte über den gesellschaftlichen und politischen Alltag auf Kuba. Er ist engagierter evangelischer Christ und lebt in Santiago de Cuba. Nach langen Jahren beruflicher Tätigkeit im Staatsdienst, wurde ihm eine weitere berufliche Tätigkeit untersagt, weil er sich für die Freilassung von Gefangenen eingesetzt hatte, die friedlich an den Protesten des 11. Juli 2021 teilgenommen hatten.

Im Spannungsfeld zwischen Kirche und Staat in Kuba taucht die Figur von Pater Alberto Reyes Pías als führender Kritiker des Herrschaftssystems auf. Seine Predigten und Veröffentlichungen sind ein Spiegel der nationalen Krise und hallen in einer erschöpften Bevölkerung wider. Bedrohungen, Gefängnis, innerkirchliche Spaltungsversuche und Rufmord – die von der Bevölkerung nicht legitimierte Regierung setzt alte und neue Strategien dagegen, um den Einfluss der sich immer kritischer äußernden Glaubensgemeinschaften einzudämmen.

In einem Land, in dem die Öffentlichkeit seit sechs Jahrzehnten von einer Partei monopolisiert wird, gewinnt das Aufkommen von Kritik aus unerwarteten Räumen außerordentliche Bedeutung. Der Kritiker ist weder ein professioneller Politiker noch ein historischer Oppositionsführer. Er ist ein katholischer Priester, der langsam spricht und fest schaut, der aus seiner Gemeinde in Camagüey und in jüngerer Zeit aus dem Gefängnis und unter Hausarrest zu einer der unangenehmsten Figuren für die kubanische Regierung geworden ist: Pater Alberto Reyes Pías.

Teilnahme an den Protesten vom 11. Juli 2021

Geboren 1966, im Jahr 1995 zum Priester geweiht, war Reyes nicht immer die dissonante Stimme, die sie heute ist. Jahrelang verlief sein Dienst innerhalb der engen Grenzen, die der sozialistische Staat den Religionen setzt. Ein Wendepunkt markierte jedoch seinen Lebensweg: die Teilnahme an den Protesten

[1] Dieser Beitrag erschien am 26. Januar 2026 unter: https://botschafter-menschenrechte.de/?p=3774. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

vom 11. Juli 2021 (11J). Seitdem hat sich seine öffentliche Rede verändert. Er beschränkte sich nicht mehr auf die spirituelle Predigt; er begann, mit Namen und Details die sozioökonomische und politische Realität anzuprangern, die seiner Meinung nach das kubanische Volk unterdrückt.



Bild 1: Pater Alberto Reyes Pías.

Seine Werkzeuge sind einfach, aber effektiv: Predigten, die aufgezeichnet und in sozialen Netzwerken veröffentlicht werden (hauptsächlich über Mitarbeiter, da er nur eingeschränkten Zugang hat) und offene Briefe. In ihnen spricht er nicht abstrakt. Er prangert das Lohnelend, die notorischen Engpässe, die Unterdrückung friedlicher Demonstranten, die Existenz politischer Gefangener und die „Doppelmoral“ einer Führung an, die, wie er feststellt, unter privilegierten Bedingungen lebt, während die Menschen leiden. Seine Kritik ist umfassend: Sie reicht von der wirtschaftlichen Ineffizienz bis zur Grundlage des Einparteiensystems, das er als „totalitär“ bezeichnet.

Er bricht das Schweigen

Die Relevanz von Pater Reyes liegt in mehreren miteinander verbundenen Faktoren. Erstens: seine moralische Glaubwürdigkeit. Sie stammt von einer Institution, der katholischen Kirche, die trotz aller Wechselfälle ein bedeutendes Kapital von Respekt in der kubanischen Gesellschaft bewahrt hat. Er ist kein externer Akteur; er ist ein Hirte, der behauptet, das Leiden seiner Herde zu teilen.

Zweitens, seine direkte und mutige Sprache. In einem Umfeld, in dem die Angst vor Bestrafung die Meinungen erstickt, bricht seine Bereitschaft, die Dinge nach ihrem Namen zu benennen – sogar in Bezug auf Präsident Miguel Díaz-Canel – ein riesiges Tabu. Es fungiert als „Decoder" der offiziellen Realität. Während die staatlichen Medien von „Blockade" als einziger Ursache für alle Übel sprechen, weist Reyes auf Missmanagement, mangelnde Freiheiten und Korruption als intrinsische Faktoren hin.

Drittens artikuliert seine Botschaft das Unbehagen der Bevölkerung. Er erfindet die Krise nicht; er setzt den Hunger, die Verzweiflung und die Frustration, die Millionen von Kubanern täglich erleben, in Worte. Seine Predigt bietet einen Rahmen für Verständnis und für einige eine ethische Legitimation für ihre Unzufriedenheit.

Es ist schwierig, den genauen Einfluss von Reyes in einer Gesellschaft mit eingeschränktem Internetzugang und unter Polizeikontrolle zu messen. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass seine Resonanz beträchtlich ist. Seine Videos zirkulieren von Telefon zu Telefon über Messaging-Apps wie WhatsApp oder Telegramm, in einem modernen „Stick-Journalismus". Sie werden nicht nur von Gläubigen geteilt, sondern auch von Kubanern jeglicher religiöser Überzeugung, die in ihm einen aufrichtigen Sprecher sehen.

Auf den Straßen ruft sein Name gemischte, aber intensive Reaktionen hervor. Für einen Sektor ist er ein „Prophet" oder ein „Märtyrer", der die Wahrheiten sagt, die viele denken, aber nicht zu sagen wagen. Für andere, innerhalb und außerhalb der Kirche, ist er ein rücksichtsloser Mann, der seinen Dienst politisiert und die fragile Koexistenz zwischen kirchlicher Institution und Staat gefährdet. Die Regierung ihrerseits bezeichnet ihn als „Konterrevolutionär", „Söldner" und „Agitator im Dienste der Vereinigten Staaten".

Verhaftung nach Predigt

Seine erneute Verhaftung im Februar 2023, nach einer besonders kritischen Predigt, und seine anschließende Verurteilung zu einem Jahr und acht Monaten Hausarrest (die Strafe, die er laut seinen Verwandten bereits verbüßt hat, aber inoffiziell beibehalten wird) haben sein symbolisches Profil nur noch verstärkt. Die direkte Unterdrückung gegen ihn bestätigt für seine Anhänger die Richtigkeit seiner Anschuldigungen.

Die Handlungen von Pater Reyes können nicht außerhalb des historischen Rahmens der Beziehung zwischen dem kubanischen Staat und den Religionen verstanden werden. Nach einer Phase offener Feindseligkeit in den 60er und 70er Jahren kam es zu einem langsamen Entspannungsprozess, der mit dem Besuch von Papst Johannes Paul II. im Jahr 1998 und der verfassungsmäßigen

Anerkennung des Säkularstaates im Jahr 1992 gipfelte. Koexistenz bedeutete jedoch nie volle Freiheit.

Um den Einfluss von Kirchen zu neutralisieren, die wie die von Reyes der offiziellen Geschichte trotzen, setzt die Regierung ein Arsenal an Taktiken ein, die Zwang mit bürokratischer Kontrolle vermischen:

Überwachung und Kontrolle: Die religiösen Einrichtungen und ihre Führer stehen unter strenger Überwachung der Staatssicherheit. Treffen oder Aktivitäten werden überwacht. Infiltrierte Agenten berichten über den Inhalt der Predigten.

Teilung und Kooptierung: Neugründungen werden gefördert und „loyale" oder unpolitische religiöse Vereinigungen werden bevorzugt. Es wird versucht, die Gemeinschaften zu spalten, indem „fügsame" Führer gegen „problematische Geistliche" antreten. Ausgewählte Ordensleute werden zu offiziellen Veranstaltungen eingeladen, um ein Bild der Inklusion zu projizieren.

Bürokratische und rechtliche Beschränkungen: Die Erteilung von Genehmigungen zum Bau, zur Reparatur von Gotteshäusern oder zur Durchführung öffentlicher Prozessionen unterliegt der vollständigen politischen Willkür. Das Vereinsgesetz und die Gottesdienstverordnungen geben dem Staat absolute Ermessensbefugnis, jede Gruppe zu legalisieren oder nicht.

Diskreditierungskampagnen: In den staatlichen Medien werden Persönlichkeiten wie Reyes angegriffen und mit der „imperialistischen Subversion" in Verbindung gebracht. Ihnen wird jede pastorale oder ethische Motivation verweigert, indem sie als politische Akteure dargestellt werden.

Druck auf die Hierarchie: Die kubanische Führung übt Druck auf die Kirchengipfel aus, insbesondere auf die katholische Bischofskonferenz Kubas, damit sie ihre kritischsten Mitglieder „kontrollieren". Dies schafft eine innere Spannung innerhalb der religiösen Institutionen selbst, zwischen der diplomatischen Klugheit der Hierarchie und dem prophetischen Eifer der Basispastoren.

Der Fall von Pater Alberto Reyes ist viel mehr als die Geschichte eines rebellischen Priesters. Es ist das Symptom einer Zivilgesellschaft, die nach authentischen Stimmen hungert, und eines Regimes, das für einen wachsenden Teil der Bevölkerung jegliche moralische Legitimität verloren hat. Seine Beharrlichkeit, auch in der Haft, zeigt, dass der Glaube, wenn er sich in ein Engagement für Gerechtigkeit niederschlägt, zu einem Kern für einen beeindruckenden friedlichen Widerstand werden kann.

Während sich die Wirtschafts- und Migrationskrise verschärft, findet die Botschaft von Reyes – und die verschiedener evangelischer Geistlicher sowie weiterer religiöser Führer, die bei geringerer Sichtbarkeit ebenfalls staatlichem Druck ausgesetzt sind – weiterhin empfängliche Ohren in der Bevölkerung. Die kubanischen Behörden, die sich in einem Modell der totalen Kontrolle

verschanzt haben, scheinen zuversichtlich zu sein, dass Bedrohung, Isolation, Disqualifikation und Nötigung ausreichen werden, um diese und andere Stimmen auszulöschen. Aber im heutigen Kuba, wo die Ernüchterung weit verbreitet ist, könnte das erzwungene Schweigen tatsächlich einen Aufschrei schüren, der viel schwerer zu bändigen ist. Der friedliche Kampf von Pater Reyes dient nicht seiner persönlichen Freiheit, sondern dem Recht eines ganzen Volkes, Stimmen zu haben, die ohne Angst die kubanische Realität beim Namen nennen.

Kuba: Jugendlager in Kuba – Glaube und Staat in einem stillen Kampf[1]

Ricardo De Jesús Ruiz Garrido ist ein kubanischer Autor, unabhängiger Journalist und praktizierender Christ. Er steht der kubanischen Bürgerrechtsbewegung nahe und berichtet über die gesellschaftliche und religiöse Situation in Kuba. Zu seinen Themen gehören insbesondere das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, die religiöse Erziehung sowie die Handlungsspielräume christlicher Gemeinschaften unter den Bedingungen des kommunistischen Systems.

Der Bericht von Ricardo De Jesús Ruiz Garrido

Im Sommerbild Kubas koexistieren im Jahr 2025 zwei Systeme von Jugendferienlagern, die gegensätzliche Visionen der Gesellschaft widerspiegeln: diejenigen, die von christlichen Institutionen organisiert werden, und die, die vom Staat beziehungsweise von der kommunistischen Jugendorganisation angeboten werden. Obwohl beide Typen von Jugendlagern oberflächlich betrachtet Freizeitaktivitäten für junge Menschen bieten, offenbaren ihre endgültigen Ziele, Inhalte und Machtverhältnisse die komplexe Rivalität zwischen Glaubensfreiheit und Staatstreue auf der Insel.

Christliche Lager: Spiritualität und Gemeinschaft

In den Gemeinden von Matancera organisiert das Centro Cristiano de Reflexión y Diálogo Cuba (CCRD) Treffen für Kinder, Jugendliche und Familien. Das Angebot des Zentrums zielt darauf ab, Jugendliche in Themen zu schulen, die für jede Gruppe von Interesse sind, es zu ermöglichen, Werte zu erziehen und zu lehren, die Natur zu genießen, durch gesunde Aktivitäten. Diese Lager werden als Räume der Wertebildung aus einer spirituellen Perspektive heraus präsentiert.

[1] Dieser Beitrag erschien in: Bonner Querschnitte 886–66/2025, unter: https://bonner-querschnitte.de/bq886-jugendlager-in-kuba-glaube-und-staat-in-einem-stillen-kampf/. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.



Bild 1: Camp der methodistischen und baptistischen Kirchen in Zentralkuba im Jahr 2025. (© ISHR)

Ein von derselben Institution organisiertes Sommercamp für Jugendliche entwickelt ein Programm mit psychospirituellem Fokus, das Aktivitäten wie „Meine Erwartungen teilen und kennenlernen", Analyse von „Familie, Rollen, Beziehungen zu Teenagern, Gewalt" und Reflexionen zu „Wie ich meine Familie als Teenager sehe" umfasst. Die spirituelle Komponente vermischt sich mit dem natürlichen Kontakt in dem, was sie „Grüner Tag" nennen, wo sie Aktivitäten wie „einen Baum säen" durchführen und die „Integration des Menschen mit der Natur" aus einer Perspektive erforschen, die „Natur und Spiritualität" verbindet.

Die Zeugnisse der Teilnehmer an diesen religiösen Begegnungen spiegeln die Begeisterung wider, die sie erzeugen. Eine junge Bewohnerin der Gemeinde Colón sagte: „Ehre sei Gott. Groß ist der Herr und groß sind seine Wunder. Wie gerne wäre ich diesen Sommer dort gewesen, es ist schön, vom heiligen Geist bewegt zu werden." Ein anderer Teilnehmer fügt hinzu: „Ehre sei Gott! Für diesen großen Segen für die jungen Christen unserer Kirche – eine Zeit der Reflexion des Wortes. Gottes Stimme zur Erbauung, Befreiung, Erlösung und zum ewigen Leben zu hören."

Demgegenüber reagieren die vom kubanischen Staat organisierten Lager mit einer anderen Logik. Die Regierungsvorschläge für den Sommer 2025 sind Teil der „Strategie zur Reaktion auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung in

Bezug auf die Preise“ durch „die Integration von Formen der nichtstaatlichen Verwaltung in die Sommerpläne“.

Das Sommercamp für Jugendliche in der Provinz Ciego de Ávila ist ein Beispiel für dieses Modell. Es bringt „mehr als hundert junge Menschen aus Avila zusammen, die sich durch ihre Leistung bei politischen Aktivitäten, Universitätserweiterung und Beiträge zu Produktion und Dienstleistungen auszeichnen“. Studenten der Studentenvereinigung (FEU) und der Föderation der Studenten der Sekundarstufe (FEEM) nehmen an einem Programm teil, das „Ausbildung, revolutionäres Engagement und Erholung“ kombiniert.

Zu den Aktivitäten in diesen staatlichen Lagern gehören freiwillige Arbeit in der Landwirtschaft und Reinigung von Strandgebieten, die sich auf die Reduzierung von Kunststoffen und das Recycling von Materialien konzentrieren. Es werden auch politische Veranstaltungen und Aktivitäten zur revolutionären Bekräftigung organisiert, bei denen junge Bewohner in nahegelegenen Gemeinden zusammengebunden werden.

Einige der christlichen Camps werden von Katholiken organisiert, andere von Evangelikalen oder Lutheranern. Die Kirchen mieten dafür gastronomische und touristische Einrichtungen.



Bild 2: Die religiösen und staatlichen Jugendlager in Kuba repräsentieren zwei verschiedene Visionen der Jugendausbildung, die in einer angespannten Beziehung nebeneinander bestehen. (© ISHR)

Kommunistische Jugendlager

Die Lager der kommunistischen Jugend finden in Freizeitzentren statt, die der Kommunistischen Partei und den lokalen Behörden gehören.

Dr. Betsy Esperanza García Abad, Sekretärin der Union der Kommunistischen Jugend (UJC) an der Universität für Medizinische Wissenschaften von Ciego de Ávila, erklärt das Bildungsziel: „Arbeit und Wissen, die von den Studenten in Abhängigkeit vom sozialen Wohl erworben wurden, zu vereinen und diesen jungen Menschen Geschichte und gesunde Erholung als Option für den Sommer zu bringen“. Darüber hinaus fügt sie ein Schlüsselelement hinzu: „Die höchsten Behörden des Landes, der Provinz und der Gemeinden setzen mit der Durchführung dieser Camps alle Anstrengungen ein, um die Bedürfnisse ihrer Jugendlichen zu befriedigen, denn sie sind die Kontinuität dieser Revolution.“

Grundlegende Unterschiede: zwei Visionen der Gesellschaft

Die Analyse der beiden Modelle zeigt wesentliche Unterschiede, die über die bloße Logistikorganisation hinausgehen: Christliche Lager streben spirituelle Bildung und Stärkung der Gemeinschaft an, während die Lager des Kommunistischen Jugendverbandes politische Anbindung an das Herrschaftssystem und sozialen Dienst aus der definierten ideologischen Perspektive der Kommunistischen Partei priorisieren.

Erstere beinhalten Aktivitäten wie „Straßentheater“ und Bäumepflanzen mit spirituellem Fokus, während letztere „Freiwillige Arbeit“ und „Gemeinschaftsintervention“ mit Zielen quantifizierbarer sozialer Wirkung betonen.

Die staatlichen Lager wählen junge Menschen aus, die „für ihre Leistung in politischen Aktivitäten zugunsten des revolutionären Prozesses, der Universitätserweiterung und ihrer Beiträge zu Aufgaben, die von der kubanischen Regierung priorisiert werden, ausgezeichnet sind“, d. h. mit einem nachgewiesenen institutionellen Engagement-Profil.

Um die Beziehung der kubanischen Regierung zu den religiösen Lagern vollständig zu verstehen, ist es notwendig, das historische Erbe der Militärischen Produktionshilfeeinheiten (UMAP) zwischen 1965 und 1968 zu untersuchen. In diesen Lagern wurden Homosexuelle, Katholiken und junge Menschen, die aufgrund ihres kulturellen oder intellektuellen Hintergrunds verdächtigt wurden, nicht mit der sogenannten Revolution sympathisieren, inhaftiert.

Laut Dokumenten der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) waren diese Einrichtungen Konzentrationslager, in denen viele politische Gefangene Zwangsarbeit leisteten und obligatorische politische Indoktrination erhielten. Der Bericht fügte hinzu, dass mehr als 30.000 junge Menschen mit zwei Zielen in solche Einheiten aufgenommen wurden:

um „dem Staat kostenlose Arbeitskräfte zuzuführen und junge Menschen zu bestrafen, die sich weigern, kommunistischen Organisationen beizutreten“.

Obwohl es eine teilweise Anerkennung dieser Tatsachen in offiziellen Medien gibt, wie in einem Artikel von Cubadebate, der zugibt, dass „die Erfahrung in den UMAP für viele Menschen zweifellos traumatisch war“, verfolgt der derzeitige kubanische Staat einen Ansatz, der seine historischen Auswirkungen herunterspielt und ihn als Antwort auf spezifische kontextbezogene Verteidigungsbedürfnisse angesichts der „dauerhaften Bedrohung durch eine US-Invasion“ darstellt.

Gegenüber zeitgenössischen religiösen Lagern setzt die kubanische Regierung verschiedene Strategien ein, um ihren Einfluss zu begrenzen: Die kommunistische Staatsjugendorganisation organisiert eine breite Palette von Sommeraktivitäten, die nach Angaben der Behörden darauf abzielen, „die Freizeit- und Kulturmöglichkeiten zu erweitern, wobei der Schwerpunkt auf der Zugänglichkeit und der Vielfalt der Vorschläge für alle sozialen Sektoren liegt“. Dieses Angebot konkurriert direkt um die Beteiligung der Jugendlichen.

Staatsfinanzierung für die kommunistische Jugend versus Selbsthilfe durch christliche Gemeinden

Während die Lager der kommunistischen Staatsjugend institutionelle Unterstützung erhalten, müssen religiöse Lager sich selbst finanzieren. Die Regierung „schenkt den Gebieten des Turquino-Plans sowie den gefährdeten und schwer zugänglichen Vierteln besondere Aufmerksamkeit und stellt sicher, dass die Aktivitäten die gesamte Bevölkerung erreichen“, indem sie eine staatliche Präsenz in potenziell fruchtbaren Gebieten für religiöse Arbeit etabliert.

Die Behörden betonen, dass ihre Programme für nicht organisierte Studenten und Jugendliche offen sind, was eine strukturelle Offenheit zeigen soll, die den institutionellen Rahmen aufrechterhält.

Die religiösen und staatlichen Jugendlager in Kuba repräsentieren zwei verschiedene Visionen der Jugendausbildung, die in einer angespannten Beziehung nebeneinander bestehen. Während erstere spirituelle und gemeinschaftliche Werte betonen, priorisieren letztere ideologische Bildung und sozialen Dienst aus einer offiziellen Perspektive.

Der kubanische Staat, Erbe einer Geschichte, in der Religion aktiv verfolgt wurde, hat sich in Richtung einer subtileren Eindämmungsstrategie orientiert, die auf dem Wettbewerb um Jugendräume und dem Aufbau eines attraktiven staatlichen Angebots basiert, ohne auf das offene Verbot zurückzugreifen, das frühere Perioden charakterisierte.

Diese Entwicklung spiegelt die Veränderungen wider, in denen der Glaube trotz der Einschränkungen Ausdrucksmöglichkeiten hinzugewinnt und in denen der kommunistische Staat schrittweise und kontrolliert die Präsenz nichtstaatlicher Akteure bei der Ausbildung der jungen Generationen akzeptieren muss. Das daraus resultierende Gleichgewicht ist zerbrechlich und extrem gefährdet, zeigt aber eine gegenseitige Anpassungsfähigkeit in der komplexen kubanischen Realität.

Ukraine: Wenn die Kirche zur Waffe wird

Christen in der Ukraine und der Missbrauch der Religion im russischen Angriffskrieg



Dr. **Johann Matthies** ist Theologe, Historiker und seit Juni 2025 Politikbeauftragter der Evangelischen Allianz in Deutschland (EAD) am Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung. Er studierte Sozialwissenschaften, Theologie und Geschichte in Deutschland, den USA, Hongkong und Russland. Zehn Jahre arbeitete er für den Missionsbund Licht im Osten; seit 2008 leitet er die Arbeit von Multiply–MB Mission in Europa und Zentralasien. Seine langjährige Missions-, Lehr- und Leitungstätigkeit führte ihn unter anderem nach Osteuropa, Russland und Zentralasien. Matthies gilt als ausgewiesener Kenner Russlands und der Ukraine. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von christlichem Glauben, Politik, Religionsfreiheit und gesellschaftlicher Verantwortung. (Bild: © privat)

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, so lautet eine alte Redewendung, die dem preußischen Militärtheoretiker Carl von Clausewitz zugeschrieben wird. Wer in diesen Jahren auf die Ukraine schaut, muss den Satz weiterdenken. Denn was sich dort seit Februar 2022 abspielt, zeigt eine weiterführende, verstörende Variante: Auch die Kirche kann zum Mittel werden, mit dem ein Krieg geführt wird. Nicht als Trösterin der Leidenden, sondern als Werkzeug derer, die das Leid verursachen. Wer verstehen will, was in der Ukraine geschieht und warum gerade Christen dort unter einem doppelten Druck stehen, kommt an dieser Beobachtung nicht vorbei.

Eine Landschaft des Glaubens unter Beschuss

Inzwischen ist das vierte Kriegsjahr vergangen. Der größte militärische Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg hat Hunderttausende Menschenleben gekostet, Millionen innerhalb des Landes vertrieben und Millionen weitere zu Flüchtlingen in aller Welt gemacht. Nacht für Nacht treffen russische Raketen und Drohnen nicht nur militärische Ziele, sondern Wohnhäuser, Krankenhäuser, Industrieanlagen, Einkaufszentren, Tankstellen, Schulen und eben auch Gebetshäuser und Kirchen. Für jeden aufmerksamen Beobachter ist erkennbar, dass es bei dieser Aggression um weit mehr geht als um die Zerstörung von

Infrastruktur. Es geht um die Auslöschung einer Identität, und zu dieser Identität gehört in der Ukraine ganz wesentlich der Glaube.





Bild 1 und 2: Nach schweren Schäden durch den russischen Angriff im Frühjahr 2022 wiederhergestellt, wurde die Kirche „Licht des Evangeliums“ in Balaklija an Pfingsten 2026 erneut von einer russischen Rakete getroffen und brannte vollständig aus. (© Licht des Evangeliums)

Die Ukraine war über drei Jahrzehnte hinweg ein Land bemerkenswerter religiöser Vielfalt. Orthodoxe, griechisch-katholische und römisch-katholische Christen, eine lebendige Szene von Baptisten, Pfingstlern, Mennoniten und Adventisten, dazu muslimische Krimtataren und jüdische Gemeinden. Diese Vielfalt entstand nicht zufällig, sondern aus einer Freiheit heraus, die in den Nachbarländern so nicht selbstverständlich war. Eine ganze Generation ist in dieser Freiheit aufgewachsen, die heute wie ein Traum erscheint.

640 Gotteshäuser beschädigt oder zerstört

Heute liegt ein großer Teil dieser Landschaft in Trümmern. Nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums wurden im Verlauf des Krieges mehr als 640 Gotteshäuser beschädigt oder zerstört, die Mehrzahl davon christliche Kirchen, aber auch Moscheen und Synagogen. Andere Erhebungen kommen, je nach Zählweise und Stichtag, auf mehr als 700 dokumentierte religiöse Gebäude. Die schwersten Verluste liegen dort, wo die Front am längsten verlief: in den Gebieten Donezk und Luhansk, in Charkiw und Cherson, in Kiew und seinem Umland.

Die nüchternen Zahlen verdecken leicht, was sie eigentlich bedeuten. Hinter jeder zerstörten Kirche stehen Menschen, die dort getauft wurden, geheiratet haben, ihre Toten betrauerten. Viele dieser Angriffe trafen die Gebäude nicht zu beliebiger Stunde, sondern während Gottesdiensten oder während Hilfsgüter verteilt wurden, genau dann, wenn die meisten Menschen versammelt waren. In einigen Fällen nutzten russische Truppen Kirchen als Munitionslager, Beobachtungsposten oder Truppenstellung. Schon das ist ein Bruch des humanitären Völkerrechts, und es macht aus dem Ort des Gebets ein militärisches Ziel.

Auch die Hirten dieser Kirchen sind betroffen. Nach offiziellen ukrainischen Schätzungen wurden bis zum Frühjahr 2025 mindestens 67 Geistliche, Pastoren und Mönche verschiedener Konfessionen durch russische Streitkräfte getötet. Manche dieser Männer starben in den besetzten Gebieten, weil sie sich weigerten, mit der Besatzungsverwaltung zu kooperieren oder weil sie öffentlich gegen den Krieg sprachen. Andere kamen ums Leben, während sie ihren Dienst taten: beim Beschuss einer Kirche, bei der Evakuierung von Menschen, im humanitären Einsatz. Im September 2025 wurde ein Baptistenprediger im Gebiet Donezk durch einen Drohnenangriff getötet, während er Menschen half. Im Februar desselben Jahres starb ein evangelischer Geistlicher, als russische Soldaten ein ziviles Fahrzeug mit Hilfsgütern angriffen; seine Frau überlebte schwer verletzt. Das sind die Geschichten, die der Statistik ihr Gesicht zurückgeben.

Der lange Vorlauf der Ideologie der „Russischen Welt“

Das alles geschah nicht über Nacht. Die Verwurzelung liegt tiefer, und sie hat einen Namen: die Ideologie der „Russischen Welt“, des Russkij Mir. Was in den 1990er-Jahren unter dem verhältnismäßig harmlosen kulturellen Begriff begann, ein Versuch, die russischsprachige Diaspora nach dem Zerfall der Sowjetunion zu fassen, wandelte sich Schritt für Schritt zu einer politischen Doktrin. Der Staat förderte sie, und die Russisch-Orthodoxe Kirche füllte sie mit geistlichem Gehalt. Aus dem Netzwerk russischsprachiger Gemeinschaften wurde die Vorstellung einer eigenen Zivilisation mit gemeinsamem Glauben, gemeinsamer Geschichte und einer messianischen Sendung in der Welt.

Krim zum „heiligen Ort“ erklärt

Mit der Annexion der Krim 2014 erhielt diese Idee ihre offen imperiale Wendung. Die Krim wurde zum „heiligen Ort“ erklärt, die Eroberung als Rückkehr geweihten Bodens gedeutet. Damit war Religion nicht länger Beiwerk, sondern Begründung. Wer den Glauben in den Dienst der Expansion stellt, gewinnt zweierlei: der Staat erhält den Anschein der Heiligkeit, und die Kirche erhält Macht und Einfluss. Es ist ein Tausch, der von Anfang an mehr mit Nutzen als mit Frömmigkeit zu tun hatte. Die Kirche liefert dem Staat den geistlichen Segen, der ihn in den Augen der Bevölkerung unangreifbar macht. Im Gegenzug räumt der Staat ihr die Konkurrenz aus dem Weg und sichert ihr politisches Gewicht.

Dass die Verbindung von Kirche und Sicherheitsapparat in Russland keine Erfindung der Gegenwart ist, gehört zu den bitteren Konstanten der jüngeren Geschichte. Schon in sowjetischer Zeit war die Führung der Russisch-Orthodoxen Kirche durchdrungen von Verbindungen zu den Geheimdiensten; ein Aufstieg in der kirchlichen Hierarchie war ohne deren Wohlwollen kaum denkbar. Diese Verflechtung endete nicht mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Sie wurde unter neuen Vorzeichen fortgeführt. Der gegenwärtige Patriarch hat selbst Geheimdienstvergangenheit und hat den russischen Präsidenten wiederholt als „Wunder Gottes“ bezeichnet. Die Nähe zwischen dem Mann an der Spitze des Staates und dem Mann an der Spitze der Kirche ist damit Ausdruck eines gemeinsamen Verständnisses davon, wie sich Macht und Glaube zueinander verhalten sollen.

Die Heiligsprechung des Krieges

Was diese Russisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats von anderen orthodoxen Gemeinschaften unterscheidet, ist nicht ihr Glaube, sondern ihre

Abhängigkeit vom Staat. Putin benutzt diese Kirche als Fortsetzung russischer Politik mit anderen Mitteln. In meinen Begegnungen mit russischen Christen über viele Jahre hinweg hat sich mir ein Befund eingeprägt, der vieles erklärt: Das Ethnische und das Patriotische, das ins Nationalistische hineingeht, steht im Vordergrund. Die nationale Identität ist oft stärker als die Verankerung im Reich Gottes.

Mit dem Überfall im Februar 2022 erreichte das Zusammenwirken von Staat und Kirche eine neue Stufe. Die kirchliche Führung begann, die militärische Aggression als „metaphysischen Kampf" zu deuten, als Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse. An die Soldaten verteilte Gebetsbücher stilisierten den Präsidenten zur himmlischen Gestalt. Vom höchsten kirchlichen Amt aus wurde verkündet, der Tod russischer Soldaten an der Front wasche die Sünden ab und sei dem Opfer Christi gleichzusetzen. Es ist schwer, die Ungeheuerlichkeit dieser Sätze zu überschätzen. Hier wird das Zentrum des christlichen Glaubens, das stellvertretende Leiden und Sterben Christi, umgewidmet zum Treibstoff einer Mobilmachung. Wer fällt, stirbt nach dieser Logik nicht in einem Angriffskrieg, sondern als Märtyrer.

Diese Rhetorik blieb nicht beim Wort. Aus der „militärischen Spezialoperation" wurde in kirchennahen Gremien der „Heilige Krieg" gegen einen Westen, der angeblich in den Satanismus abgeglitten sei. Wer den Krieg kritisiert oder zum Frieden aufruft, gilt fortan nicht mehr nur als politisch unzuverlässig, sondern als gottlos. Damit ist die Falle zugeschnappt: Das Gebet für den Frieden wird zur strafbaren Handlung, der Wunsch nach einem Ende des Tötens zum Verbrechen gegen den Staat und gegen Gott zugleich. Geistliche, die sich der Linie verweigern, müssen mit Disziplinarmaßnahmen rechnen, bis hin zur Amtsenthebung.

So schließt sich der Kreis zu jener Definition des Kriegs als Fortsetzung der Politik. Die Kirche wird von der teilnahmslosen Zuschauerin zu einem Teil der Kriegführung befördert. Sie liefert die Erzählung, die das Töten heiligt, und sie stigmatisiert jede Stimme, die widerspricht. Das ist der eigentliche Skandal, und er trifft den christlichen Glauben in seinem Innersten.

Was die Besatzung mit dem Glauben macht

In den besetzten Gebieten der Ukraine lässt sich bezeugen, wohin diese Verbindung von Macht und Glaube führt. Die ersten Monate nach der Besetzung waren von ungeordneter Gewalt geprägt: Verschleppungen, Folter, das Verschwindenlassen von Priestern, Pastoren und engagierten Gemeindegliedern. Ein Pastor, der in Gefangenschaft geriet, berichtete später, die Soldaten hätten ihm bei den ersten Verhören unverhohlen erklärt, ihre Aufgabe sei es, ihn zu töten; er solle gehen und beten.

Später, unter dem Druck internationaler Aufmerksamkeit, verlagerte sich die Repression zunehmend ins scheinbar „Geordnete“. An die Stelle der offenen Gewalt traten Verwaltungsverfahren, Geldstrafen, Verbote, Strafprozesse wegen angeblichen „Extremismus“, „Terrorismus“ oder „Spionage“. Die Gewalt bekam ein bürokratisches Gewand. Bewaffnete Razzien während Gottesdiensten, Durchsuchungen, Verhöre, die Beschlagnahme von Bibeln und Gesangbüchern gehören zum Alltag, besonders rund um die großen christlichen Feste.

Besonders verletzlich sind jene Gemeinschaften, die eine eigene ukrainische Identität tragen: die Orthodoxe Kirche der Ukraine, die griechisch-katholische Kirche, weite Teile der protestantischen Gemeinden, dazu muslimische Gemeinschaften und die Zeugen Jehovas. Wo Priester sich weigern, zur Russisch-Orthodoxen Kirche überzutreten oder einen russischen Pass anzunehmen, drohen Strafverfahren, das Ende ihres Dienstes oder die Ausweisung. In einem Fall wurde ein orthodoxer Priester, der sich der Übernahme durch die Russisch-Orthodoxe Kirche verweigerte, am Kontrollpunkt festgenommen, monatelang isoliert und gefoltert und schließlich wegen „Spionage“ zu vierzehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Eine junge Mitarbeiterin der Jugendarbeit einer protestantischen Gemeinde wurde zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Es sind Urteile, die in keinem Verhältnis zur angeblichen Tat stehen und deren eigentlicher Zweck die Einschüchterung der ganzen Gemeinschaft ist.

Die beschlagnahmten Gotteshäuser erzählen ihre eigene Geschichte. Allein in Melitopol wurden die Gebäude von fünfzehn Gemeinden beschlagnahmt. Anderswo wurden Kirchen zu Lagerhallen, zu einer Leichenhalle, zu einem Kino, zu einem Kultur- und Sportzentrum oder zu Büros der russischen Regierungspartei umfunktioniert. Bemerkenswert ist, dass selbst jene Gemeinden, die sich den Bedingungen der Besatzer beugten, russische Pässe annahmen, und sich nach russischem Recht neu registrieren ließen, ihre Gebäude nicht zurückerhielten. Das Versprechen, durch Kooperation ihr Eigentum zurückzugewinnen, erwies sich als leer. Es war nie als Angebot gemeint, sondern als Druckmittel.

Denn auch die erzwungene Registrierung ist ein Instrument. Gemeinden werden gezwungen, die Namen und Adressen aller Mitglieder herauszugeben, auf die ukrainische Sprache im Gottesdienst zu verzichten und das Gebet für die Ukraine zu unterlassen. Über die Religion wird der Pass erzwungen, über den Pass die Loyalität. In vielen Orten ist am Ende nur noch eine einzige protestantische Gemeinde zugelassen, in der Gläubige verschiedener Konfessionen zwangsweise zusammengeführt werden, ganz wie zu Sowjetzeiten. Vielfalt wird nicht direkt verboten, aber sie wird ausgehungert.

Teilweise habe ich solche Vorgänge selbst erlebt. Mit dem Missionswerk Multiply haben wir vor dem Krieg in den traditionellen Siedlungsgebieten deutschstämmiger Mennoniten im Südosten der Ukraine Gemeinden gegründet, die

heute russisch besetzt sind. Diese Gemeindehäuser sind beschlagnahmt und zweckentfremdet, unsere Pastoren haben ihre Privathäuser verloren, und wo früher offen Gottesdienst gefeiert wurde, gibt es heute nur noch Untergrundversammlungen, weil die Besatzer so gut wie kein freikirchliches Leben dulden.



Bild 3: Zu Besuch bei den durch die Besatzer Vertriebenen innerhalb der Ukraine: Mihail Britsin war Pastor einer großen Kirche in Melitopol – auch während der russischen Besatzung. Ein Sonntagsgottesdienst wurde schließlich von russischen Spezialkräften beendet, die Gemeinde enteignet und das Kirchengebäude in eine Polizeischule umgewandelt. Heute dokumentiert und publiziert er zur Situation von Kirchen in den besetzten Gebieten der Ukraine. (© Johann Matthies)

Eine Hierarchie, die aus Moskau gesteuert wird

Parallel dazu wird in den besetzten Gebieten eine kirchliche Ordnung errichtet, die von Moskau aus kontrolliert wird. Orthodoxe Gemeinden, die zuvor zur ukrainischen Kirche gehörten, werden unter die Autorität der Russisch-Orthodoxen Kirche gestellt. Örtliche Bischöfe, die sich widersetzen, werden abgelöst

und durch Geistliche aus Russland ersetzt. Nur noch etwa die Hälfte der orthodoxen Pfarrer in den besetzten Gebieten dienten in ihrer Position auch schon vor dem Krieg, die übrigen wurden nach der Besetzung gezielt aus russischen Diözesen herbeigeholt. So entsteht eine Hierarchie, die weniger der Seelsorge als der ideologischen Kontrolle dient.

Das Ausmaß lässt sich an der Krim ablesen, die seit 2014 als eine Art Versuchslabor dient. Dort sank die Zahl der registrierten Religionsgemeinschaften von über zweitausend auf wenige hundert. Von den ursprünglich 49 griechisch-katholischen Gemeinden blieb keine einzige, von 15 römisch-katholischen nur eine. Was auf der Krim erprobt wurde, wird seither in die übrigen besetzten Gebiete übertragen und zunehmend nach Russland selbst zurückgespiegelt.



Bild 4: Unterwegs im Südosten der Ukraine: Dieser Mitarbeiter einer jungen freikirchlichen Gemeinde begleitet seit 2014 nicht mehr Gottesdienste mit seiner Musik, sondern dient als Militärseelsorger unter den Truppen seiner schwer gebeutelten Heimat. (© Johann Matthies)

Die Lüge, die im Westen verfängt

Während Russland die Christen in den eigenen und in den besetzten Gebieten verfolgt, präsentiert es sich nach außen als Verteidiger des Christentums und stellt die Ukraine als Verfolgerin der Gläubigen dar. Über staatsnahe Sender und über wohlgesinnte konservative Medien im Westen wird der Mythos verbreitet, in der Ukraine würden orthodoxe Christen verfolgt, während Russland die Werte des Abendlandes hochhalte. Diese Umkehrung der Wirklichkeit hat ein Ziel: Sie soll die internationale Solidarität mit den tatsächlichen Opfern unterbinden und eine geschlossene Antwort auf die Menschenrechtsverletzungen erschweren.

Es ist eine Lüge, die verfängt, weil sie an echte Sehnsüchte andockt, an die Sorge um Familie, Tradition und Halt in einer unübersichtlichen Zeit. Gerade deshalb ist es so wichtig, sie beim Namen zu nennen. Wer die zerstörten Kirchen, die verschleppten Priester und die ausgehungerten Gemeinden vor Augen hat, der lässt sich von der Erzählung des Beschützers nicht täuschen. Russland ist in seinen eigenen Grenzen und in den von ihm besetzten Gebieten ein erheblicher Täter religiöser Verfolgung. Das ist keine Meinung, das ist dokumentiert.

Und doch: die Kirche lebt

Bei all dem wäre es ein Versäumnis, allein die Zerstörung zu sehen. Denn der Krieg hat das religiöse Leben der Ukraine nicht nur beschädigt, er hat es auch verwandelt. Kirchen aller Konfessionen sind zu humanitären Knotenpunkten geworden. Aus Gemeindehäusern wurden Hilfszentren, Feldküchen, Unterkünfte für Vertriebene. Militärseelsorger begleiten die Soldaten, andere Seelsorger kümmern sich um die Traumatisierten. Aus örtlichen Gemeinden sind regionale Anlaufstellen geworden, deren gesellschaftliche Bedeutung weit über das Geistliche hinausreicht.

Aus den besetzten und frontnahen Städten sind ganze Gemeinden in den Westen des Landes und ins Ausland geflohen und haben sich dort neu gegründet. Es ist das Phänomen der „Kirchen in der Zerstreuung". Gemeinden aus Mariupol, Melitopol, Berdjansk und der Region Cherson leben in westukrainischen Städten und in den Ländern der Europäischen Union weiter. Manche von ihnen versorgen über Online-Gottesdienste und Hilfsnetzwerke weiterhin jene, die in den besetzten Gebieten zurückgeblieben sind. Wo Gebäude verloren gingen, blieb die Gemeinschaft.

Oleksii M., der diese Wirklichkeit aus eigener Erfahrung kennt, hat sie in Worte gefasst, die mehr sagen als jede Analyse. Der Krieg, schreibt er, hinterlasse mehr als zerstörte Städte. Er zerstöre die äußere und die innere Welt eines Menschen und hinterlasse Wunden, die nicht einfach durch Wünschen verschwinden: Erschöpfung der Seele, Angst, schlaflose Nächte, ein tiefes Gefühl des Verlusts und das endlose Warten auf den Tag, an dem das Leben endlich wieder leichter wird. Er erinnert an die kältesten Wintermonate, als es schien, es könne nicht mehr schlimmer werden, und an die Hoffnung, mit dem Frühling werde auch dieses Tal des Todesschattens enden. Der Winter ging, der Frühling kam, die Tage wurden warm, und doch wich die Dunkelheit nicht. Immer wieder lebe man weiter zwischen Sirenen, Verlusten und Ungewissheit und stelle sich und Gott jeden Tag dieselben Fragen: Warum? Wozu? Wo ist die Gerechtigkeit? Wann endet dieser Schrecken? Wo bist du, Gott, wenn dir

täglich tausend Gebete entgegensteigen? Und manchmal sei das Schwerste nicht einmal der Schmerz selbst, sondern das Schweigen als Antwort.

Doch gerade dieses Schweigen, so fährt er fort, führe dazu, tiefer in Gott und in die Schrift hineinzuschauen. Habakuk, Hiob und viele andere seien durch Zeiten der Furcht, der Verwirrung und der inneren Leere gegangen. Ihre Geschichten erinnerten daran, dass Gottes Schweigen nicht bedeute, er habe sein Volk verlassen; manchmal werde seine Gegenwart gerade in den dunkelsten Momenten am tiefsten spürbar. Auf seiner Reise unter den mennonitischen Brüdergemeinden in der Ukraine sei ihm etwas Bemerkenswertes aufgegangen: Rund achtzig Prozent dieser Gemeinden seien junge Gemeindegründungen, keine vier Jahre alt. Viele hätten alles verloren und seien aus den besetzten Gebieten geflohen. Und doch sei die Kirche lebendig. Menschen würden aufgenommen, umsorgt und mit der guten Nachricht bekannt gemacht. Sie begegneten Gott, ließen sich taufen, begännen, anderen zu dienen. Am meisten beeindruckten ihn die Pastoren und Gemeindeleiter. Sie trügen selbst die Wunden des Krieges und stärkten dennoch andere. Und gerade durch diese menschliche Schwäche würden Güte und Barmherzigkeit Gottes auch in der dunkelsten Nacht sichtbar.

Es liegt eine eigentümliche Wahrheit in diesen Sätzen. Sie bestätigen, was sich an vielen Orten der Ukraine beobachten lässt: Es gibt keine schlechte Zeit, Kirche zu sein. Gerade in der Ohnmacht wird der Allmächtige spürbar nahe. Die Menschen sind offen für Gottes Wort und Wirken, über alle konfessionellen Grenzen hinweg. Was in den Trümmern der Ukraine geschieht, ist auch ein Beleg dafür, dass dieser Glaube sich nicht ausrotten lässt.

Was bleibt

Zwei Bilder stehen am Ende nebeneinander, und sie lassen sich nicht versöhnen. Auf der einen Seite eine Kirche, die sich zum Werkzeug der Macht machen ließ, die den Krieg segnet, die Gefallenen zu Märtyrern erklärt und jede Stimme des Friedens zum Verbrechen. Auf der anderen Seite eine Kirche, die unter Beschuss standhält, die ihre Toten betrauert und dennoch die Hungrigen speist, die ihre Gebäude verliert und dennoch zusammenhält. Beide nennen sich christlich. Doch sie haben nichts gemein außer dem Namen.

Hier liegt die eigentliche Lehre für alle, die von außen auf dieses Geschehen blicken. Der Glaube ist nicht neutral. Er kann zur Waffe werden, mit der Krieg geführt wird, und er kann zum Trost werden, der den Krieg überlebt. Was den Unterschied ausmacht, ist nicht das Bekenntnis, sondern die Richtung: ob die Kirche der Macht dient oder den Menschen.

Für die weltweite Christenheit folgt daraus eine doppelte Aufgabe. Die eine ist die der Klarheit: den Missbrauch des Glaubens als das zu benennen, was er

ist, und sich von der Lüge nicht täuschen zu lassen, die Russland als Schutzmacht des Christentums ausgibt. Die andere ist die der Treue: an der Seite jener zu stehen, deren einziges Vergehen darin besteht, dass sie ihrem Gewissen und ihrem Gott gehorchen. „Es war Krieg, und ihr habt mich besucht“, würde Jesus wohl sagen. Es ist ein Gedanke, der für uns zur Verpflichtung wird, wenn man ihn ernst nimmt und zugleich eine Ermutigung für viele Ukrainerinnen und Ukrainer: Ihr habt weltweit verlässliche Freunde, die an eurer Seite stehen.

Nigeria: Das Narrativ korrigieren

Was die Daten tatsächlich über religiöse Gewalt in Nigeria zeigen[1]



Dr. **Dennis P. Petri** ist Internationaler Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF), Gründer und leitender Wissenschaftler der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Lateinamerika, Professor und Leiter des Lehrstuhls für Geisteswissenschaften an der Universidad Latinoamericana de Ciencia y Tecnología und der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (UNESCO) sowie Direktor der Stiftungsplattform für sozialen Wandel. (Bild: © IIRF)

Alle paar Monate erzeugt eine neue Welle der Gewalt in Nigeria ein vertrautes Muster in der internationalen Presse. Angriffe auf Kirchen, getötete Pastoren, vertriebene Gemeinschaften. Dann folgen Meinungsbeiträge und Faktenchecks. Und zuverlässig entstehen zwei konkurrierende Narrative, von denen jedes beansprucht, das andere zu korrigieren, während keines zutreffend wiedergibt, was die Belege tatsächlich zeigen. Für jeden, der versucht, die Debatte sorgfältig zu verfolgen, ist das Ergebnis echte Verwirrung – nicht weil die Frage unbeantwortbar wäre, sondern weil das Informationsumfeld nicht funktioniert.

Wie das in der Praxis aussieht, lässt sich leicht zeigen. Ein Leser verfolgt die Faktenchecks in der New York Times, bei der BBC oder in Trouw, sieht, wie Intersocietys Zahlen widerlegt werden, und gelangt vernünftigerweise zu dem Schluss, die Behauptung einer gezielten religiösen Verfolgung sei damit erledigt. Dieser Leser wird fast nie auf die Einzelfalldaten des Observatory of Religious Freedom in Africa (ORFA) zu Angriffen auf christliche Gemeinschaften stoßen, ebenso wenig auf den gemeinsamen Bericht No Road Home des International Institute for Religious Freedom (IIRF) und von Open Doors über vertriebene Christen in Benue und Plateau[2] oder auf die Proxy-Schätzung, die John

[1] Dieser Beitrag erschien erstmalig auf Five4Faith am 17. April 2026, unter: https://five4faith.substack.com/p/correcting-the-narrative. Übersetzung aus dem Englischen und Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

[2] OpenDoors, IIRF, WEA. (1. September 2024). No Road Home: Christian IDPs displaced by extremist violence in Nigeria. *Internationales Institut für Religionsfreiheit*. https://iirf.global/?p=5260.

Bainbridge und ich in Frontiers in Sociology veröffentlicht haben.[3] Die Widerlegung verbreitet sich. Die Gegenbelege tun es nicht.

Das Ergebnis ist ein Informationsumfeld, in dem eine grundlegende Frage unbeantwortet bleibt: Richtet sich diese Gewalt gezielt gegen Christen, oder handelt es sich um etwas anderes, das lediglich in religiöser Sprache erscheint? Diese Frage verdient eine ernsthafte Antwort. Stattdessen erhält man die Wahl zwischen einer überzogenen Deutung, die sich durch die Daten nicht stützen lässt, und einem abwiegelnden Gegennarrativ, das von den Daten ebenfalls nicht gestützt wird. Beides muss korrigiert werden.

Die berechtigte Kritik

Die Statistiken, die von Vertretern der stärksten Deutung einer gezielt antichristlichen Gewalt am häufigsten angeführt werden, stammen von einer einzigen nigerianischen zivilgesellschaftlichen Organisation, Intersociety, deren Berichte von Politikern, darunter Donald Trump,[4] sowie von einer Vielzahl religiöser Interessenverbände aufgegriffen und verbreitet wurden. Etablierte Medien wie die New York Times, die BBC[5] und die niederländische Zeitung Trouw haben zu Recht darauf hingewiesen, dass Intersociety aufsehenerregende Zahlen ohne transparente Quellenbasis veröffentlicht.[6] Lässt sich eine Statistik nicht auf eine überprüfbare Methodik zurückführen, kann sie nicht als Beleg dienen. Das ist keine politische Voreingenommenheit, sondern grundlegende epistemische Sorgfalt.

Und die Rhetorik, die diese Zahlen begleitet, geht häufig weiter, als es die Daten rechtfertigen. Das Geschehen in Nigeria als Völkermord zu bezeichnen, ist eine schwerwiegende rechtliche und politische Behauptung. Sie setzt einen bestimmten Beweisstandard voraus. Die im Umlauf befindlichen Zahlen erfüllen ihn nicht. Kritiker, die dieser Deutung widersprechen, haben damit Recht. Doch genau hier endet häufig die sorgfältige Analyse und etwas Bequemeres beginnt.

---

[3] Dennis P. Petri, John T. Bainbridge. (2025). Invisible exodus: toward a methodology for estimating religious displacement in Nigeria. *Frontiers in Sociology*. https://doi.org/10.3389/fsoc.2025.1677251.

[4] Siehe beispielsweise https://truthsocial.com/@realDonaldTrump/posts/115499626990484138.

[5] Olaronke Alo, Chiamaka Enendu, Ijeoma Ndukwe. (7. November 2025). Are Christians being persecuted in Nigeria as Trump claims? *The Namibian*. https://namibian.com.na/?p=915209.

[6] Siehe https://intersociety-ng.org/wp-content/uploads/2025/08/Nigeria-Headquartering-22-Islamic-Terror-Groups-In-Africa-Seeking-To-Obliterate-Christianity-And-Indigenous-Cultural-Heritage-And-Impose-Sultanate-In-Nigeria-By.pdf.

Der unzulässige Schluss

Aus den Aussagen „Intersocietys Daten sind unzuverlässig“ und „die Völkermord-Deutung ist überzogen“ zieht ein großer Teil der Kommentierung einen dritten Schluss: Es gebe überhaupt keine glaubwürdigen Belege für gezielt religiös motivierte Gewalt, und der Konflikt sei besser als Streit um Land und Wasser zu verstehen, der durch Klimawandel und demografischen Druck angetrieben werde.

Dieser dritte Schluss folgt nicht aus den ersten beiden. Die Widerlegung einer schlechten Quelle bestätigt nicht automatisch die gegenteilige Schlussfolgerung. Und die Deutung als Land-und-Wasser-Konflikt hat zwar einen realen empirischen Gehalt, wird aber weit über den Bereich hinaus angewandt, den ihre tatsächliche Erklärungskraft abdeckt. Die Ursachen religiöser Konflikte sind nur selten monokausal.

Es stimmt, dass Fulani-Hirtengemeinschaften und bäuerliche Gemeinschaften in einem realen Wettbewerb um Weiderouten und Wasserquellen stehen, den der Klimawandel verschärft. Das ist dokumentiert, ernst zu nehmen und muss berücksichtigt werden. Doch das Modell des Ressourcenkonflikts kann nicht die geografische Regelmäßigkeit erklären, mit der bestimmte Dörfer angegriffen, bestimmte Gebäude zum Ziel werden und bestimmte Gemeindeführer getötet werden. Handelte es sich ausschließlich um einen Ressourcenkonflikt, wären Angriffe gleichmäßiger über bäuerliche Gemeinschaften verteilt zu erwarten, unabhängig von deren religiöser Zusammensetzung. Die Daten des Observatory of Religious Freedom in Africa (ORFA) zeigen tatsächlich ein Muster gezielter Angriffe, das der religiösen Identität in einer Weise folgt, die ein reines Ressourcenmodell nicht erklären kann.

Dabei geht es nicht darum, Gedanken zu lesen oder die Absichten der Täter zu rekonstruieren. Es geht darum, was die Angriffsdaten zeigen. Wenn Kirchen und kirchliche Zusammenkünfte mit einer Häufigkeit angegriffen werden, die den Anteil christlicher Gemeinschaften an der Bevölkerung weit übersteigt, und wenn dieses Muster über Regionen und Zeit hinweg beständig bleibt, liegt der Beleg für die gezielte Auswahl der Opfer im Muster selbst.[7]

Die Land-und-Wasser-Deutung findet in akademischen und humanitären Kreisen leicht Verbreitung, die gewohnt sind, Konflikte anhand materieller und struktureller Faktoren zu erklären; Journalisten greifen häufig auf dieselben institutionellen Quellen zurück. Forschungseinrichtungen zur Religionsfreiheit wie ORFA und IIRF sind in Fachkreisen bekannt, erscheinen jedoch nur

[7] Dennis P. Petri, John Bainbridge. (11. September 2024). Violence in Nigeria: discussion of the statistical evidence for the disproportionate targeting of Christians. *Canopy Forum*. https://canopyforum.org/?p=25743.

selten im Adressbuch von Konfliktkorrespondenten. Wenn Intersocietys Zahlen widerlegt werden, wirkt die Widerlegung deshalb vollständig, und die sorgfältigere Forschung, die auf ein reales Muster religiös gezielter Gewalt hinweist, gelangt gar nicht erst ins Blickfeld.

Das zugrunde liegende strukturelle Problem

Was die Klärung dieser Debatte so schwierig macht, ist ein strukturelles Problem bei der Erhebung humanitärer Daten. Ob es sich um Datensätze von ACLED, UNHCR, der International Organization for Migration oder dem Internal Displacement Monitoring handelt: Sie enthalten keine Variable zur religiösen Identität vertriebener Personen. Dafür gibt es drei unterschiedliche Gründe.

Der erste ist schlicht mangelndes Problembewusstsein. Viele humanitäre Organisationen haben religiöse Identität historisch nicht als strukturierenden Faktor von Konflikten behandelt; entsprechend wurden ihre Datenerhebungsmodelle ohne diese Variable entwickelt. In Gesellschaften, die tief von Religion geprägt sind, ist dies eine grobe Vernachlässigung. Der zweite Grund ist bewusste Vermeidung: Die Erfassung der Religion Vertriebener stößt auf Widerstand, weil befürchtet wird, sie könne Einsätze politisieren oder die Neutralität zwischen Konfliktparteien beeinträchtigen. Das ist verständlicher; doch wenn die religiöse Variable nicht berücksichtigt wird, entstehen Interventionen, die nicht ausreichend sensibel oder zielgerichtet sind, wodurch buchstäblich Millionen Dollar verschwendet werden. Diese Einwände sind nicht belanglos, doch die Folge ist, dass eine für den Schutz relevante Variable systematisch aus der Datengrundlage ausgeschlossen wird. Der dritte Grund ist praktischer Natur: In aktiven Konfliktgebieten ist selbst eine grundlegende Registrierung häufig unvollständig oder unmöglich, unabhängig davon, welche Daten Organisationen eigentlich erheben möchten.

Alle drei Dynamiken führen zum selben Ergebnis. Religion verschwindet aus den Analysen, die Politik und Medienberichterstattung prägen. Das Fehlen entsprechender Daten in offiziellen Quellen wird dann regelmäßig als Beleg dafür missverstanden, dass das Phänomen nicht existiere – wodurch eine sich selbst verstärkende Spirale entsteht. Das ist es nicht. Es ist vielmehr ein Beleg dafür, dass das Phänomen nie gemessen wurde. Weil Religion nicht erfasst wird, verschwindet sie aus den Analysen. Weil sie in den Analysen fehlt, lässt sich leichter behaupten, sie sei kein relevanter Faktor. Weil sie als irrelevant behandelt wird, entsteht kein Druck, sie künftig zu erfassen. Das Fehlen von Belegen erzeugt so den Anschein eines Belegs für das Fehlen des Phänomens.

Genau diesem Problem sollen ORFAs Einzelfalldaten entgehen. Indem ORFA Angriffe auf Religionsgemeinschaften unmittelbar erfasst, macht die Organisation jenes Muster sichtbar, das aggregierte Vertreibungszahlen ausblenden.

Das Narrativ muss korrigiert werden

Das ist wichtig, weil Narrative Folgen haben. Wenn die vorherrschende mediale Deutung ein dokumentiertes Gewaltmuster auf einen klimabedingten Ressourcenkonflikt reduziert, beeinflusst dies, welche Fragen gestellt, welche Schutzbedürfnisse berücksichtigt und welche politischen Maßnahmen entwickelt werden. Vertriebene Christen in den Bundesstaaten Benue und Plateau sind besonderen Gefährdungen ausgesetzt, die ein allgemeines Modell für Binnenvertriebene nicht erfasst. Erkennt die Deutung, die humanitäre Maßnahmen bestimmt, die religiöse Dimension der gezielten Angriffe nicht an, bleiben diese Gefährdungen für gerade jene Systeme unsichtbar, die ihnen begegnen sollen.

Die Einzelheiten sind entscheidend. Vertriebene Christen in Benue und Plateau sind Risiken ausgesetzt, die ein allgemeiner Rahmen für Binnenvertriebene lediglich als Begleitumstände behandelt. Ihre Pastoren und Katecheten wurden gezielt getötet oder entführt, sodass den Gemeinden jene Personen fehlen, die normalerweise Rückkehr und Wiederaufbau koordinieren würden. Ihre Pfarrkirchen, die in ländlichen Gemeinden des Middle Belt faktisch als gesellschaftliches Zentrum fungieren, wurden niedergebrannt; damit ist der gemeinschaftliche Anker bereits zerstört, bevor die Hilfe für Vertriebene überhaupt einsetzt. Ihr Ackerland wurde in vielen Fällen von bewaffneten Hirtengruppen besetzt, sodass eine tatsächliche Rückkehr in die angestammten Dörfer innerhalb eines realistischen humanitären Zeitrahmens unmöglich ist. Und in gemischten Lagern für Binnenvertriebene haben christliche Familien von wiederholten Angriffen, der Entführung von Mädchen und Druck zur Konversion berichtet. Nichts davon erscheint in den Ereigniskategorien von ACLED oder den Schutzindikatoren des UNHCR, weil keiner der beiden Datensätze nach religiöser Identität differenziert. Der gemeinsame Bericht No Road Home von IIRF, Open Doors und World Evangelical Alliance dokumentiert jedes dieser Muster detailliert anhand konkreter Fälle.

Die notwendige Korrektur besteht nicht darin, ins andere Extrem zu verfallen. Die Völkermord-Deutung wieder einzuführen oder Intersocietys Zahlen zu rehabilitieren, hieße lediglich, eine Verzerrung durch eine andere zu ersetzen. Die Korrektur besteht darin, auf jener Position zu beharren, die die Belege tatsächlich stützen: Es handelt sich um einen Konflikt mit realen Ressourcendimensionen und zugleich um ein reales, messbares Muster religiös gezielter

Gewalt, das von Organisationen dokumentiert wird, deren Methodik transparent und deren Daten öffentlich zugänglich sind.

Große Medien, die sich darum bemüht haben, die überzogene Deutung zu widerlegen, tragen die Verantwortung, dieselbe Strenge auch auf das Gegennarrativ anzuwenden, das sie implizit übernommen haben. Die Land-und-Wasser-Erklärung ist nicht durch Belege erwiesen worden; sie wurde als vernünftige Alternative zu einer diskreditierten Quelle behauptet. Das ist nicht dasselbe. Die Daten sind vorhanden. Die Methodik ist solide. Nun gilt es, dafür zu sorgen, dass diese Belege nicht länger ignoriert werden können.

Was die Belege tatsächlich zeigen

Die Völkermord-Deutung wird von den Belegen nicht gestützt und sollte aufgegeben werden. Intersocietys Zahlen bilden keine verlässliche Grundlage für irgendeine Schlussfolgerung. Diese Feststellungen bleiben bestehen. Konkret sollte Folgendes aufgegeben werden: die nicht nachvollziehbaren aggregierten Opferzahlen, die Intersociety in Umlauf bringt und die politische Akteure anschließend als Tatsachen zitieren; die Beschreibung der Gewalt als vollendeter oder fortdauernder Völkermord, obwohl die rechtliche Schwelle für diesen Begriff nicht erreicht ist; sowie die weitergehende Deutung einer Auslöschung von Zivilisation und Kultur, die Nigeria als Beleg für eine geplante Vernichtung des Christentums darstellt. Diese Narrative verbreiten sich schneller als die ihnen zugrunde liegenden Belege. Brechen sie bei genauer Prüfung zusammen, beschädigen sie zugleich die Glaubwürdigkeit des tatsächlich vorhandenen Musters.

Ebenso wenig gestützt ist jedoch die Behauptung, Religion spiele schlicht keine Rolle und das Geschehen in Nigeria sei ein klimabedingter Ressourcenkonflikt, der zufällig Bilder brennender Kirchen hervorbringe. ORFAs Daten zeigen direkte Angriffe auf christliche Gemeinschaften in Mustern, die deren demografischen Anteil deutlich übersteigen. Der gemeinsame Bericht No Road Home von IIRF, Open Doors und World Evangelical Alliance dokumentiert die besondere Gefährdung vertriebener Christen in den Bundesstaaten Benue und Plateau mit einer Detailtiefe, die sich in das Narrativ eines bloßen Ressourcenkonflikts nicht einfügen lässt.

Der Berichterstattung fehlt etwas: die Bereitschaft, den Raum zwischen einer überzogenen Behauptung und einem abwiegelnden Gegennarrativ auszuhalten und zu fragen, was die besten verfügbaren Belege tatsächlich zeigen. In diesem Zwischenraum liegt die Wahrheit, und dorthin muss sich diese Debatte bewegen.

Für alle, die fragen, wie dies praktisch aussehen kann, sind die Schritte keineswegs abstrakt. Ein Journalist, der über Nigeria berichtet, kann vor Veröffentlichung jede ACLED-Zahl mit den entsprechenden ORFA-Einzelfalldaten abgleichen; dafür genügt eine einzige Abfrage, und sie verhindert, dass das religiöse Muster bereits bei der Quellenauswahl verschwindet. Die Leitung einer humanitären Organisation kann in Aufnahme- und Registrierungsprotokolle ein einziges Feld zur religiösen Identität aufnehmen, dies gemeinsam mit vertrauenswürdigen lokalen Partnern in Benue und Plateau erproben und sich verpflichten, die aufgeschlüsselten Ergebnisse zu veröffentlichen. Eine Redaktion kann grundsätzlich entscheiden, dass Berichte über Gewalt im Middle Belt nicht veröffentlicht werden, ohne zuvor einen Forscher zu konsultieren, der zu religiös gezielter Gewalt arbeitet – ebenso wie man einen solchen Beitrag nicht ohne Rücksprache mit einem Experten für die Dynamik zwischen Hirten und Bauern veröffentlichen würde. Beim IIRF stellen wir hierfür die methodische Grundlage bereit: Die Violent Incidents Database und ORFAs Einzelfalldaten sind öffentlich zugänglich, der Bericht No Road Home enthält Schutzempfehlungen auf Einzelfallebene, und unser Team bietet Briefings und methodische Schulungen für Redaktionen und humanitäre Organisationen an, die die Analyse religiöser Identität in ihre regulären Arbeitsabläufe integrieren möchten. Die Informationslücke lässt sich schließen. Voraussetzung ist, dass diejenigen, die die Mikrofone und Aufnahmeformulare in der Hand halten, ihre Schließung als Teil ihrer Aufgabe begreifen.

Pakistan: Hilfe für minderjährige Opfer christenfeindlicher Einstellungen[1]



Dr. **Iwona Zamkowska** ist Assistenzprofessorin an der Universität Radom, Polen, und hat Beiträge über Religionsfreiheit, das Verhältnis von Kirche und Staat sowie über Bildungsfragen veröffentlicht. (Bild: © Iwona Zamkowska)

1 Einleitung

In Pakistan hält eine stille Epidemie von Entführungen, Zwangsehen und Zwangskonversionen christlicher Mädchen und Frauen an. Obwohl die Verfolgung sowohl Jungen als auch Mädchen betrifft, nimmt sie je nach Geschlecht unterschiedliche Formen an. Minderjährige Mädchen sind dem Risiko ausgesetzt, entführt, vergewaltigt, zum Islam zwangskonvertiert und zwangsverheiratet zu werden. Von 52 Fällen religiöser Verfolgung in Pakistan, die International Christian Concern (ICC) im ersten und zweiten Quartal 2021 dokumentierte, betrafen 18 Gewalttaten gegen Minderjährige: Entführungen mit anschließender Zwangskonversion und/oder Zwangsverheiratung. In einem Fall war das Opfer erst acht Jahre alt (ICC 2021b: 4). Veröffentlichten Aufzeichnungen zufolge werden jährlich zwischen 100 und 700 christliche Mädchen entführt, zwangskonvertiert und mit muslimischen Entführern oder Vergewaltigern verheiratet (Movement for Solidarity and Peace 2014:2).

Selbst wenn solche Fälle angezeigt werden, finden nur selten angemessene Ermittlungen statt, und die Täter werden kaum je angeklagt. Die Strafverfolgungsbehörden bleiben untätig oder setzen die Gewalt sogar fort, wie im Fall eines christlichen Mädchens, das vor den Augen seines Vaters von einem Polizisten gefoltert und sexuell belästigt wurde.

Entführungen beenden den Bildungsweg junger Mädchen abrupt. Schon die Angst vor einer Entführung kann dazu führen, dass sie zu Hause festgehalten werden und keine reguläre Schulbildung erhalten. Weitere Hindernisse für Christen im staatlichen Schulsystem sind unerschwingliche Schulgebühren und ein verpflichtender Religionsunterricht, der ihren Überzeugungen wider-

[1] Dieser Beitrag erschien erstmalig in: International Journal for Religious Freedom, Vol. 17, Nr. 2 (2024), S. 15–29, unter: https://ijrf.org/index.php/home/article/view/288/336. Übersetzung aus dem Englischen und Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

spricht. Aufgrund ihres benachteiligten Status als Bürger zweiter Klasse können Christen die Schulgebühren nur selten aufbringen. Zudem umfasst das Kerncurriculum religiöse Bildung, im Wesentlichen Islamkunde. Selbst wenn christliche Kinder eine formale Ausbildung abschließen, sind ihre Berufsaussichten schlecht. Ihnen werden typischerweise niedrig angesehene Tätigkeiten, etwa in der Straßen- und Gebäudereinigung, angeboten. Wer beruflich erfolgreich ist, kann seine Stellung aus religiösen Gründen verlieren.

Dieser Beitrag stellt die Verfolgung christlicher Kinder in Pakistan als mehrdimensionales Phänomen dar, das ihr gesamtes Leben beeinträchtigt und ihre religiöse, schulische und berufliche Entwicklung behindert. Ausgewählte Verfolgungsfälle dienen als Beispiele; zugleich werden entsprechende Hilfsprojekte von Voice of the Martyrs Poland (VOM Poland) beschrieben, die pakistanische Minderjährige und ihre Familien unterstützen.



Bild 1: Thomas Rachel, Beauftragter der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Auswärtigen Amt, und Thomas Schirrmacher, Präsident des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, hören Berichte von Senator Khalil Tahir Sandhu, Christ im Parlament von Pakistan. (© Martin Warnecke)

2 Überblick über Pakistan

Der Jahresbericht 2024 der United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF 2024:40) empfahl erneut, Pakistan wegen der sich verschlechternden Lage der Religionsfreiheit für Christen und andere religiöse Minderheiten als besonders besorgniserregendes Land einzustufen. „Im Jahr 2023 verschlechterte sich die Lage der Religionsfreiheit in Pakistan weiter. Religiöse Minderheiten wurden wegen ihres Glaubens zur Zielscheibe, unter anderem durch Blasphemievorwürfe, und waren Gewalt durch Menschenmengen, Lynchjustiz und Zwangskonversionen ausgesetzt", erklärten die Autoren (USCIRF 2024:40).

2.1 Druckpunkte

In ihrem Bericht *Children and Youth Specific Religious Persecution 2021: Preliminary Findings from 50 Countries* führten Open Doors die Begriffe Druckpunkte, Zugänge und Entwicklungspfade ein, um Tendenzen bei der Verfolgung Minderjähriger nachzuzeichnen. Druckpunkte bezeichnen „sowohl den Druck als auch die Gewalt, denen Menschen im Zuge religiöser Verfolgung ausgesetzt sind" (Morley et al. 2021:3). Der Bericht untersucht außerdem Zugänge, das heißt Möglichkeiten, religiöse Bildung zu erhalten, sowie Entwicklungspfade, verstanden als Chancen im Hinblick auf die künftige Berufslaufbahn und familiäre Rollen (Morley et al. 2021:3).

Für die spezifische religiöse Verfolgung von Kindern und Jugendlichen wurden folgende Druckpunkte ermittelt: Diskriminierung und Schikanen im Bildungswesen; verweigerter Zugang zu einem christlichen Elternteil; verbale Gewalt einschließlich Belästigungen und Beleidigungen; Zwangsheirat in Verbindung mit sexueller Gewalt; körperliche Gewalt einschließlich Folter; Verweigerung der rechtlichen Identität als Christ; psychische Gewalt und Entführung. In unterschiedlichem Maße gehören all diese Druckpunkte zum Alltag christlicher Kinder und Jugendlicher in Pakistan. Im Folgenden werden sie eingehender untersucht. Da Bildung nach Auffassung der Verfasser des Berichts „eine zentrale Gelegenheit zur Verfolgung" bietet (Morley et al. 2021:3), wird dieser Bereich zuerst behandelt.

2.2 Christenfeindliche Einstellungen im Bildungssystem

Die Überschneidung zwischen dem Recht auf Bildung und dem Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit hat die Aufmerksamkeit internationaler Menschenrechtsorgane auf sich gezogen. Aus diesem Diskurs sind verschie-

dene Rechtsbestimmungen hervorgegangen, die sowohl das Recht jedes Menschen auf Bildung unabhängig von seiner Religion[2] als auch das Recht von Eltern und gesetzlichen Vormündern betreffen, ihre Kinder im Einklang mit ihren Überzeugungen zu erziehen.[3] Trotz solider rechtlicher Garantien erfahren christliche Schüler in Ländern mit eingeschränkter Religionsfreiheit weiterhin Verfolgung, indem ihnen Bildung verweigert wird oder sie im Bildungssystem aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung diskriminiert werden.

Pakistan bildet dabei keine Ausnahme. Die Verfassung des Landes garantiert den Zugang zu kostenfreier Elementarbildung für Kinder zwischen fünf und 16 Jahren (Christian Solidarity Worldwide 2018:60), die Förderung kostenfreier Sekundarbildung für alle und insbesondere einen leichteren Zugang zu höherer Bildung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Regionen (Christian Solidarity Worldwide 2018:58), und zwar unabhängig von der Religion der Schüler. Sie gewährleistet religiösen Minderheiten zudem einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Räumen und Dienstleistungen. Verfassungsrechtlich sind Schüler daher davor geschützt, an Religionsunterricht, Zeremonien oder Gottesdiensten einer anderen Religion teilnehmen zu müssen (Christian Solidarity Worldwide 2018:59).

Offiziell sind staatliche Bildungsangebote kostenfrei, Bildungseinrichtungen stehen Angehörigen aller religiösen Traditionen offen, und Schüler werden nicht wegen ihres Glaubens von der Schule verwiesen. Die Erfahrungen von Kindern aus nichtmuslimischen Familien, darunter Christen, belegen jedoch das Gegenteil.

Erstens reicht die Zahl der Schulen nicht aus, um den Bedarf der Schülerbevölkerung zu decken; außerdem verlangen selbst staatliche Schulen monatliche Gebühren. Christen können diese nur selten bezahlen, da sie in sämtlichen Lebensbereichen systematisch ausgegrenzt und verarmt sind. Sie kämpfen mit Arbeitslosigkeit, Diskriminierung bei Einstellung und Personalauswahl sowie dem Ausschluss aus dem Unternehmenssektor. Ihre Beschäftigungsmöglichkeiten beschränken sich auf befristete, schlecht bezahlte und ungelernte Tätigkeiten. Unternehmen und Handel, die höhere Einkommen ermöglichen könnten, bleiben verarmten christlichen Minderheiten verschlossen, weil sie nicht genügend Investitionskapital ansparen können. Versuchen sie, Handels- oder

[2] Dies geschieht durch die Bereitstellung einer verpflichtenden und kostenfreien Grundschulbildung, einer verfügbaren und zugänglichen Sekundarbildung in unterschiedlichen Formen und einer höheren Bildung, die allen gleichermaßen zugänglich ist (Christian Solidarity Worldwide 2018:10). Siehe Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 18; Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Art. 13 Abs. 2; sowie Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen, angenommen von der UNESCO-Generalkonferenz, Art. 1,4 Abs. 1 und 28 Abs. 1.

[3] Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 26; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art. 18 Abs. 4; Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Art. 13 Abs. 3.

Geschäftspartnerschaften einzugehen, stoßen sie aus Glaubensgründen auf Ablehnung und Ächtung. Mögliche Folgen sind der fehlende Zugang zu Krediten, Subventionen oder öffentlichen Aufträgen sowie Boykotte durch Kunden (Alam 2021:43; World Watch Research 2024:43).

In extremen Situationen führen ungeplante Ausgaben, die das knappe Budget übersteigen, etwa Krankheitskosten, zur Verschuldung und schließlich zur Zwangsarbeit in Ziegeleien. Nicht nur die Erwachsenen, sondern auch die Kinder werden dort zur Arbeit gezwungen und können deshalb keine Schule besuchen. Andere Umstände, die Bildung unzugänglich oder unbezahlbar machen, sind Formen religiöser Verfolgung wie die Inhaftierung oder der Tod eines Elternteils oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten nach extremistischer Gewalt, etwa den Unruhen von Jaranwala im Jahr 2023.

Selbst wenn Kinder christlicher Familien mit geringem Einkommen kostenfreie öffentliche Schulen besuchen, erhalten sie wegen unzureichender oder fehlender Einrichtungen, Lehrkräfte und Lernmaterialien häufig nur eine minderwertige Bildung (Christian Solidarity Worldwide 2018:60). Nach Angaben des US-Außenministeriums ist der weitere Zugang zu Colleges und Universitäten für christliche Schüler eingeschränkt; dadurch werden ihnen Entwicklungspfade zu guten beruflichen Aussichten versperrt (Christian Solidarity Worldwide 2018:63).

Zweitens gehört gewaltsame religiöse Diskriminierung an Schulen für christliche Schüler zum Alltag und ist für viele der wichtigste Grund, ihre Ausbildung abzubrechen. Die Diskriminierung zeigt sich sowohl in den Lehrplänen als auch in den Einstellungen von Lehrkräften und Mitschülern.

2.2.1 Ausdrücklich christenfeindlicher Unterricht und Verweigerung christlicher Identität

Die Lehrpläne staatlicher Schulen enthalten ausdrücklich christenfeindliche Inhalte und bilden damit einen Druckpunkt, der christlichen Schülern ihre Identität abspricht. Die Wurzeln dieser Diskriminierung reichen bis zu den Islamisierungsmaßnahmen zurück, die der damalige Präsident General Zia-ul-Haq in den 1980er-Jahren einführte. Seine Reformen zielten darauf, den gesamten Lehrplan so umzugestalten, dass Kindern und Jugendlichen islamisches Denken vermittelt wurde. Auf diese Weise sollte die gesamte Gesellschaft von islamischer Ideologie durchdrungen und nichtmuslimischen Schülern ihre nationale Identität genommen werden (Christian Solidarity Worldwide 2018:60–61). Zia wollte „jedem Schüler das Bewusstsein vermitteln, dass er als Angehöriger der pakistanischen Nation zugleich Teil der weltweiten muslimischen Umma“ oder Gemeinschaft sei (Christian Solidarity Worldwide 2018:61).

Trotz zahlreicher Versuche, Zias Lehrplan zu reformieren, prägt seine Ideologie die Unterrichtsinhalte bis heute. Religiöse Minderheiten werden unzutreffend, verzerrt und voreingenommen dargestellt; ihr Beitrag zur Geschichte Pakistans wird verschwiegen (Christian Solidarity Worldwide 2018:61). Eine Studie der United States Commission on International Religious Freedom aus dem Jahr 2016, *Teaching Intolerance in Pakistan: Religious Bias in Public School Textbooks*, stellte fest, dass die Lehrpläne „weiterhin die verfassungsmäßigen Rechte religiöser Minderheiten verletzen, indem sie islamische Ideologie in die meisten Fächer integrieren und eine nationale islamische Identität auf Kosten hinduistischer, christlicher und sikhistischer Kinder fördern" (USCIRF 2016:6).

Islamische Ideologie wird in verpflichtenden weltlichen Fächern wie Sozialkunde beziehungsweise Pakistanstudien, Urdu und Englisch verbreitet. Besonders beunruhigend ist, dass nichtmuslimische Schüler, darunter Christen, im Urduunterricht lernen müssen, den Koran zu lesen, während es für ihren jeweiligen Glauben keine entsprechende Regelung gibt. Muslimische Schüler, die den Koran auswendig rezitieren können, erhalten möglicherweise Zusatzpunkte, die ihnen die Zulassung zu höheren Bildungseinrichtungen erleichtern. Dies wirkt sich nachteilig auf die Chancen von Christen aus, einen Hochschulabschluss zu erwerben und beruflich Fuß zu fassen (Christian Solidarity Worldwide 2018:61).

In Sozialkundebüchern wird der christliche Beitrag zur Entstehung Pakistans so dargestellt, dass Christen als Kolonisatoren, Unterdrücker und Verschwörer gegen die muslimische Gemeinschaft erscheinen (USCIRF 2016:5). Die religiöse und kulturelle Identität christlicher Schüler wird dadurch öffentlich beschämt. Sie werden angewiesen, „Toleranz und Gutherzigkeit von Muslimen zu lernen", obwohl ihre tägliche Erfahrung von Verfolgung durch Angehörige der muslimischen Gemeinschaft geprägt ist (Punjab Textbook Board 2015:84).

Diese einseitige Darstellung versetzt Schüler aus religiösen Minderheiten „bestenfalls in die prekäre Lage, als von Grund auf mangelhafte pakistanische Bürger zu gelten, schlimmstenfalls als Ausländer und Staatsfeinde" (USCIRF 2016:6–7). Setzt sich diese Entwicklung fort, kann sie nach Ansicht der Verfasser des Berichts über die Ausgrenzung religiöser Minderheitenschüler als Außenseiter hinausgehen und sie „aufgrund ihres nichtmuslimischen Glaubens als gefährliche Verunreinigung der islamischen nationalen Identität" darstellen (USCIRF 2016:7). Trotz erkennbarer Bemühungen der Bildungsbehörden, voreingenommene Lehrplaninhalte zu entfernen, wurden neue Elemente der Voreingenommenheit und Intoleranz aufgenommen (USCIRF 2016:8).

Islamkunde, ein ausdrücklich religiöses Fach, das Glaubensgrundsätze und Praktiken des Islam vermittelt, ist für nichtmuslimische Schüler nicht verpflichtend. Ein alternativer Ethikunterricht, der häufig von Muslimen erteilt wird, sondert Nichtmuslime jedoch aus und macht sie damit für Diskrimi-

nierung besonders angreifbar. In abgelegenen Gebieten wird dieser Unterricht wegen fehlender Lehrbücher und qualifizierter Lehrkräfte nicht angeboten, sodass Schüler zur Teilnahme am islamischen Unterricht gezwungen sind (Christian Solidarity Worldwide 2018:61).

Im Januar 2024 hob das Ministerium für staatliche Bildung und berufliche Ausbildung die Verpflichtung nichtmuslimischer Schüler auf, in der Schule den Islam zu studieren. Seit dem Schuljahr 2024/25 dürfen Schüler der Klassen 1 bis 12 die Religion ihrer Familie als Unterrichtsfach wählen. Für Christen soll der Lehrplan ein umfassendes Studium der Bibel, des Lebens und der Lehren Jesu Christi, der christlichen Kernglaubenssätze und der Kirchengeschichte umfassen. Anders als der frühere Lehrplan, der den Einfluss des Christentums in Pakistan vernachlässigte oder herabwürdigte, soll er auch die inspirierende Wirkung historischer christlicher Persönlichkeiten – insbesondere das Wirken des Apostels Thomas in Südasien – und zeitgenössischer Persönlichkeiten wie Shahbaz Bhatti behandeln, des pakistanischen Ministers für Minderheiten und Glaubenszeugen. Diese Regierungsentscheidung bedeutete zwar einen bahnbrechenden Erfolg für religiöse Minderheiten, doch bleiben zahlreiche Herausforderungen bestehen, darunter eine angemessene Ausbildung der Lehrkräfte und die Genehmigung des Lehrbuchs für den christlichen Religionsunterricht (ICC 2024).

2.2.2 Einschränkung oder Umlenkung künftiger Entwicklungspfade

Wie bereits gezeigt, sind christliche Schüler benachteiligt, weil sie sich nicht zum Islam bekennen. Sie haben geringere Chancen auf schulischen Erfolg und werden beim Zugang zu weiterführender Bildung eingeschränkt. Manche Schüler aus nichtmuslimischen Familien erhalten schlechtere Noten, weil bessere Leistungen und die Unterstützung durch Lehrkräfte von ihrer Konversion zum Islam abhängig gemacht werden. So wurden einem 17-Jährigen namens Maqsood bessere Noten verweigert, solange er nicht den Islam annahm; wegen seiner Weigerung gab ihm sein Lehrer schlechtere Noten und schlug ihn zweimal wöchentlich. Anderen Schülern wurden Stipendien oder die Zulassung zu weiterführenden Kursen verweigert (Christian Solidarity Worldwide 2018:64).

Selbst wenn christliche Kinder ihre formale Ausbildung abschließen, sind ihre Berufsaussichten schlecht. Jan Alams Untersuchungen zufolge sind „selbst gut ausgebildete Angehörige dieser Gruppen arbeitslos oder üben schlecht bezahlte Tätigkeiten aus, etwa als Straßenkehrer, Zimmerleute, Schneider oder Boten“ (2021:42). Wer eine erfolgreiche berufliche Laufbahn einschlägt, läuft Gefahr, seine Stellung aus religiösen Gründen zu verlieren.

2.2.3 Mit Gewalt verbundene Druckpunkte

Im pakistanischen Bildungssystem sind Schüler aus christlichen Minderheiten drei miteinander verbundenen Druckpunkten ausgesetzt: verbaler, körperlicher und psychischer Gewalt (Morley et al. 2021:9). Zudem wird ihnen der Zugang zu gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Netzwerken verwehrt. Christliche Schüler werden von Lehrkräften wie Mitschülern routinemäßig mit abwertenden Ausdrücken verhöhnt und verspottet, etwa als „schmutziger Christ“ (*chuhra easi*) oder Ungläubiger (Christian Solidarity Worldwide 2018:64–65). Der CSW-Bericht von 2017 dokumentierte außerdem Fälle psychischer Qual und seelischer Misshandlung, darunter Mobbing, Beleidigungen und Demütigungen. Christlichen Schülern wurde Götzendienst vorgeworfen, und sie wurden gedrängt, zum Islam überzutreten. „Einige Lehrer haben eine extremistische Geisteshaltung und versuchen unmittelbar oder mittelbar, nichtmuslimische Kinder davon zu überzeugen, dass ihr Glaube unlogisch sei und im Widerspruch zur universalen Wahrheit und zum Islam als göttlichem Glauben stehe“, heißt es in dem Bericht (Christian Solidarity Worldwide 2018:63). Diskriminierung und Konversionsdruck zwingen manche christliche Schüler zum Schulabbruch, so etwa zwölf Schüler der sechsten Klasse im Alter von zwölf bis 13 Jahren, die in dem Bericht erwähnt werden (Christian Solidarity Worldwide 2018:63).

Gewalt durch Menschenmengen infolge falscher Blasphemievorwürfe verschärft die Feindseligkeit gegenüber christlichen Schülern. Nach den Blasphemie-Unruhen von Jaranwala in der Provinz Punjab im Jahr 2023 gingen etwa 600 christliche Kinder nicht mehr zur Schule. Zu ihnen gehörte der zehnjährige Slavish Murad, der erklärte: „Ich habe Angst. Alle meine Klassenkameraden sind Muslime“ (Chaudhry 2023).

Die im Bericht von Christian Solidarity Worldwide beschriebenen christlichen Schüler wurden körperlich misshandelt, unter anderem durch Auspeitschen und Schläge sowie dadurch, dass man sie vor anderen Schülern zu erniedrigenden und gesundheitsschädlichen Körperhaltungen zwang. Als häufiger Grund für die Misshandlungen wurde ihre Weigerung genannt, zum Islam überzutreten; in anderen Fällen ging es um geringfügige Verfehlungen wie Schreibfehler oder nicht erledigte Hausaufgaben. Um ihnen zusätzliche Schmerzen zuzufügen, wurden christliche Schüler gezielt zur Bestrafung herausgegriffen, während ihre muslimischen Mitschüler verschont blieben.

Auch der Zugang zu sozialen und gemeinschaftlichen Netzwerken wurde den Schülern verwehrt. Ihre Mitschüler mieden die christlichen Schüler, oft auf Anweisung der Lehrkräfte, und drohten damit, sie zu isolieren. Sie mussten getrennt von den anderen Schülern essen, sitzen und spielen (Christian Solidarity Worldwide 2018:63–64).

Im Hinblick auf Entwicklungspfade in künftige Berufe (Morley et al.2021:3) erweist sich Bildung in Pakistan als bedeutendes Mittel zur Verfolgung von Kindern und Jugendlichen. Berichten zufolge wurden viele Schüler durch Misshandlungen auf unterschiedlichen Stufen zum Abbruch ihrer Ausbildung gezwungen. Die Verfasser des CSW-Berichts kamen daher zu dem Schluss: „Schüler aus religiösen Minderheiten werden akademischen und ideologischen Lehrgängen und Verfahren unterworfen, die sich nachteilig auf ihre künftige politische, gesellschaftliche und berufliche Entwicklung auswirken“ (Christian Solidarity Worldwide 2018:65).

Die Verfolgung beeinträchtigt die Entwicklung christlicher Schüler schwerwiegend und hat sowohl unmittelbare und daher leichter erkennbare als auch langfristige Folgen. Zu den unmittelbaren Folgen gehören seelische und körperliche Qualen wie das Gefühl, „isoliert, verachtet und zutiefst niedergeschlagen“ zu sein (Christian Solidarity Worldwide 2018:10), sowie Gefahren für die körperliche Unversehrtheit, die Gesundheit und bisweilen das Leben bedrohen. Diese Erfahrungen wirken sich langfristig auf ihr Wohlergehen aus.

Wie der Bericht von Open Doors feststellt (2021:4), ist die religiöse Verfolgung von Kindern und Jugendlichen durch Isolation, Identitätsprägung und Härte gekennzeichnet. Im pakistanischen Kontext erfolgt die Trennung von Familie und örtlicher christlicher Gemeinschaft durch die Entführung eines Kindes oder Jugendlichen. Häufig wird jungen Menschen infolge von Entführung, Inhaftierung oder Tötung ihrer Sorgeberechtigten auch der Zugang zu einem oder beiden christlichen Elternteilen verweigert. Wegen Diskriminierung und Schikanen im schulischen Umfeld fehlen christlichen Schülern positive Beziehungen in Schule und Gemeinschaft. Sexuelle Gewalt birgt aufgrund einer schambasierten Denkweise und gesellschaftlicher Stigmatisierung ebenfalls die Gefahr sozialer Isolation.

Druckpunkte, die auf die Prägung der Identität zielen, sind eng mit der Tendenz des Bildungssystems verbunden, Christen als Bürger zweiter Klasse zu stigmatisieren, die nichts Wertvolles zur Gesellschaft beigetragen hätten und daher nicht als gute Staatsbürger gelten dürften. Schließlich trägt die Verfolgung minderjähriger pakistanischer Christen die Merkmale verbaler, körperlicher und psychischer Gewalt und schließt in manchen Fällen Zwangsehen ein.

2.3 Verweigerter Zugang zu einem christlichen Elternteil

Pakistans berüchtigtes Blasphemiegesetz wirkt sich in dreifacher Hinsicht nachteilig auf christliche Minderjährige aus. Minderjährige werden selbst nach diesem Gesetz beschuldigt; Mitglieder ihrer Gemeinschaft werden mit entsprechenden Vorwürfen konfrontiert; und gegen Eltern Minderjähriger wird

Anklage erhoben (Daniel 2024:9), sodass ihnen der Zugang zu ihren minderjährigen Kindern genommen wird. Von 29 Christen, die im September 2021 nach dem Blasphemiegesetz angeklagt waren, waren vier minderjährig. Dazu gehörten Shahzad Masih, eine 16-jährige Reinigungskraft in einem Krankenhaus; Asif Stephen, ein nicht alphabetisierter 16-jähriger Christ, dem vorgeworfen wurde, Seiten des Korans verbrannt zu haben; sowie Sunny Mushtaq und Noman Asghar, 19 beziehungsweise 17 Jahre alt, denen Blasphemie zur Last gelegt wurde, weil sie auf ihren WhatsApp-Nummern blasphemische Zeichnungen des Propheten Mohammed empfangen hatten (Stark 2021:5, 16–17, 22). Bei den übrigen 25 handelt es sich um erwachsene Männer und Frauen, von denen die meisten Kinder haben, denen durch die Inhaftierung der Zugang zu einem christlichen Elternteil verwehrt ist.

2.4 Geschlechtsspezifische Verfolgung Minderjähriger

Obwohl Verfolgung sowohl Jungen als auch Mädchen betrifft, verläuft sie je nach Geschlecht unterschiedlich. Insgesamt ist in Pakistan ein dramatischer Anstieg der Gewalt gegen Kinder zu beobachten, darunter sexueller Missbrauch, Entführungen, Fälle vermisster Kinder und Kinderehen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 wurden in 86 Zeitungen 2.227 Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs gemeldet. Die Verteilung nach Geschlecht unterscheidet sich nur geringfügig: Mädchen stellten 54 Prozent, Jungen 46 Prozent der Opfer. Zwar sind alle Altersgruppen betroffen, doch Kinder zwischen sechs und 15 Jahren sind am stärksten gefährdet; in dieser Altersgruppe wurden mehr Jungen als Mädchen zu Opfern (Sahil Organization 2023:4–5). Die meisten Täter stammten aus dem Bekanntenkreis der Familien. Eine Untersuchung der Associated Press aus dem Jahr 2020 zeigte jedoch, dass darunter auch Geistliche waren, die in Koranschulen unterrichteten, welche von den ärmsten Kindern des Landes besucht wurden (Associated Press 2022).

2.4.1 Mädchen Entführung Zwangsheirat und sexuelle Gewalt

Minderjährige Mädchen sind dem Risiko ausgesetzt, entführt, vergewaltigt, zum Islam zwangskonvertiert und zwangsverheiratet zu werden. Diese abscheulichen Praktiken stellen für Frauen und Kinder christlichen, hinduistischen und sikhistischen Glaubens eine unmittelbare Bedrohung dar. Von 25 Fällen religiöser Verfolgung, die International Christian Concern im ersten Quartal 2021 dokumentierte, betrafen sieben die Entführung, Zwangskonversion und Verheiratung Minderjähriger. Veröffentlichten Aufzeichnungen zufolge werden jährlich etwa 1.000 Frauen aus hinduistischen und christlichen

Gemeinschaften entführt, zwangskonvertiert und mit muslimischen Entführern oder Vergewaltigern verheiratet. Diese Zahlen könnten zu niedrig angesetzt sein. Zohra Yusuf, Mitglied der Human Rights Commission of Pakistan, weist auf erhebliche Schwierigkeiten bei der Datenerhebung und -prüfung hin; zumindest in der Provinz Punjab liege die Zahl der Zwangskonversionen christlicher Mädchen jedoch über derjenigen hinduistischer Mädchen.

Im bekanntesten Fall des Jahres 2020 wurde die 13-jährige Christin Arzoo Raja im Oktober entführt, zwangsverheiratet und zum Islam bekehrt. Im Dezember desselben Jahres übertrug das Hohe Gericht von Sindh ihren Eltern wieder das Sorgerecht, allerdings unter der Bedingung, dass sie Muslimin blieb. Rajas 44-jähriger Entführer und der Geistliche, der die Eheschließung und die Bescheinigung der Konversion vorgenommen hatte, beteuerten ihre Unschuld. Sie behaupteten, Raja habe nach dem Schariarecht die Pubertät und damit das Einwilligungsalter erreicht (USCIRF 2022:28).

Arzoos Fall löste international Empörung aus, und es wurden Maßnahmen ergriffen, um den rechtlichen Schutz Minderjähriger zu gewährleisten. Ein Gesetzentwurf zum Schutz von Minderheiten vor Zwangskonversionen wurde jedoch im Oktober 2021 von einem Parlamentsausschuss abgelehnt. Auch das pakistanische Ministerium für religiöse Angelegenheiten widersetzte sich dem Entwurf. Parlamentarier argumentierten, die Festlegung eines Mindestalters für Konversionen von Nichtmuslimen verstoße „gegen den Islam und die Verfassung Pakistans“.

Entführungen beeinträchtigen das körperliche und seelische Wohlergehen eines Kindes schwer. Sie beenden zudem den Bildungsweg junger Mädchen abrupt. Darüber hinaus kann die Angst vor einer Entführung dazu führen, dass Mädchen zu Hause festgehalten werden und ihnen dadurch eine reguläre Schulbildung vorenthalten bleibt.

2.4.2 Jungen Entführung körperliche Gewalt und Vergewaltigung

Neben der verbreiteten sexuellen Gefährdung christlicher Mädchen weist ein Bericht des US-Außenministeriums aus dem Jahr 2019 auf die Entführung und Vergewaltigung christlicher Jungen in Pakistan hin. Jungen werden typischerweise von nichtstaatlichen militanten Gruppen ihren verarmten Eltern durch Drohungen und falsche Versprechungen entzogen. Anschließend werden sie an Angehörige der afghanischen Sicherheitskräfte für *bacha bazi*, eine traditionelle Form sexuellen Kindesmissbrauchs, verkauft (US Department of State 2019:369). Es gibt außerdem Berichte über christliche Jungen, die nicht nur entführt und sexuell missbraucht, sondern auch auf brutale Weise getötet wurden (Vatican News 2022). Zu den Beispielen zählt der elfjährige Samuel Yaqoob, der

2012 auf einem Markt in Faisalabad entführt, brutal gefoltert, anal vergewaltigt und getötet wurde; seine Leiche wurde in einem Abwasserkanal einer christlichen Siedlung abgelegt. Ebenso erschütternd ist der Fall eines siebenjährigen Jungen, der entführt, von mehreren Tätern vergewaltigt und schließlich mit einem Seil erdrosselt wurde (Ibrahim 2016).

Im Folgenden untersuche ich Fälle der Verfolgung Minderjähriger und die Maßnahmen von VOM Poland zur Verbesserung ihrer Lage. Aus Sicherheitsgründen wurden die Namen der Opfer geändert.

Fall 1 Die Töchter der Witwe F

Schwester F ist eine christliche Witwe in Pakistan. Im April 2018 wurde ihr 16-jähriger Sohn getötet, als islamische Extremisten christliche Familien in der Stadt Quetta angriffen. Bei diesem Anschlag kam ein weiterer 24-jähriger Christ ums Leben; drei weitere Personen wurden schwer verletzt, darunter zwei minderjährige Mädchen.

Die betroffenen Familien mussten ihre Häuser verlassen und sich verstecken. Durch den Verlust ihrer Arbeitsplätze und den notwendigen Wohnortwechsel drohte ihnen Armut. Schließlich kehrten sie zurück, um ihre Häuser nicht zu verlieren. Es war jedoch ungewiss, ob sie dort weiterhin sicher leben konnten. In der Familie von F hatte der Tod des Sohnes erhebliche finanzielle Folgen. Trotz seines jungen Alters war er der einzige Ernährer, da Fs Ehemann gelähmt war. Ohne Versorger hatten die Frauen keine Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten; die Familie konnte die Bildungskosten für ihre drei schulpflichtigen Mädchen nicht tragen.

Nach dem Tod des Ehemanns im Oktober 2020 waren die Witwe und ihre vier Töchter nicht nur von Verarmung, sondern auch von psychischer Gewalt bedroht. Sie lebten in ständiger Angst vor einem Angriff. Wegen der realen Gefahr einer Entführung und Zwangskonversion zum Islam wollte die Mutter ihre Töchter nicht ohne Aufsicht eines Erwachsenen zu Hause lassen. Dieser Druckpunkt schränkte ihren Alltag einschließlich grundlegender Aktivitäten außerhalb des Hauses stark ein.

VOM Poland reagierte auf die Entführungsangst der Familie, indem die Organisation lebensnotwendige Güter direkt zu F nach Hause brachte. Die Schulgebühren der Mädchen wurden übernommen, um ihnen den Weg in eine bessere Zukunft zu eröffnen. Neben den regulären Schulgebühren finanzierte das Projekt zusätzlichen Privatunterricht.

Die Folgen des Anschlags von Quetta im Jahr 2018 schränkten auch die Bildungschancen anderer Kinder aus den betroffenen Familien stark ein. Nach einer Zeit im Versteck kehrten sie schließlich in die Schule zurück. Auf

Empfehlung der örtlichen Partner wurden sie an Privatschulen angemeldet, die eine bessere Ausbildung boten und christliche Schüler weniger diskriminierten.

Fall 2 Arbeiter in Ziegeleien

Die wirtschaftliche Lage christlicher Familien ist verheerend. Sie finden nur niedrig angesehene körperliche Arbeit; der durchschnittliche Tagesverdienst beträgt fünf bis sechs Euro. Ältere Kinder beziehungsweise erwachsene Kinder arbeiten, wann immer es möglich ist, und helfen ihren Eltern, die Familie zu ernähren. Minderjährige, die eine Arbeit aufnehmen müssen, verlieren den Zugang zu Bildung und damit den Weg in eine bessere Zukunft.

Die täglichen Lebenshaltungskosten belaufen sich auf etwa 1,50 Euro pro Person beziehungsweise rund 45 Euro im Monat. Bei einer unerwarteten Krise, zumeist Krankheit oder Tod, muss die Familie einen Kredit aufnehmen. Die Rückzahlungsbedingungen erscheinen zunächst tragbar, werden jedoch verändert, sobald der Kredit an den Ziegeleibesitzer verkauft wird. Dadurch wird er unbezahlbar und zwingt die Familie für Jahre in Schuldknechtschaft in der Ziegelei. Die Familie wird auf das Fabrikgelände umgesiedelt. Lebenshaltungskosten und Entlohnung werden dort so berechnet, dass der Kredit unmöglich zurückgezahlt werden kann.

In den Ziegeleien werden minderjährige Kinder gemeinsam mit ihren Eltern zur Arbeit gezwungen. Werden sie nicht aus der Ziegelei freigekauft, verlieren sie jede Chance auf Bildung, da die Besitzer keine anbieten. Ihnen drohen lebenslanger Analphabetismus und Zwangsarbeit.

Christliche Familien sind zwar nicht die einzigen Opfer dieser Schuldknechtschaft, doch sind sie stärker benachteiligt als Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften. Christen werden zur Konversion zum Islam gezwungen, Frauen häufig sexuell belästigt. Lehnen sie die Konversion ab, werden sie üblicherweise durch eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und höhere Arbeitsanforderungen bestraft. Die Beispiele zweier ausgewählter Familien, die inzwischen von VOM Poland betreut werden, veranschaulichen dieses Muster.

T nahm einen Kredit über 1.550 Euro auf, weil er und seine Frau wegen ihrer Erkrankungen medizinische Behandlung benötigten. Die monatlichen Raten waren zunächst tragbar, änderten sich jedoch im Laufe der Zeit, bis die Familie sie schließlich nicht mehr aufbringen konnte. Daraufhin zog sie in eine Ziegelei, wo ihre Mitglieder viele Stunden täglich und manchmal sogar nachts wie Sklaven arbeiten mussten. T und seine Frau haben vier Kinder im Alter von vier bis neun Jahren, die zusammen mit ihren Eltern arbeiten mussten. Ihr Weg

in eine erfolgreiche berufliche Zukunft war versperrt, da sie keinerlei Zugang zu Bildung hatten.

Nach ihrer Freilassung im Oktober 2021 – nach fünf Jahren in Schuldknechtschaft – erhielt die Familie fünf Monate lang finanzielle Unterstützung von VOM Poland, um Lebensmittel einzukaufen und Rechnungen zu bezahlen. Sie erhielt außerdem eine Bibel und kann diese nun erstmals selbst lesen. Kein Familienmitglied hatte jemals eine Schule besucht; für sie begann daher ein neues Kapitel der Bildung. Die Kinder wurden eingeschult, die Eltern begannen zu Hause an Alphabetisierungskursen teilzunehmen. Langsam wird ihr gesamtes Leben erneuert und verwandelt: ihr Gesichtsausdruck, ihre Kleidung und ihr Zuhause ebenso wie ihre gesellschaftliche Stellung, ihr geistliches Wachstum sowie ihre Bildungs- und Berufschancen.

Die Geschichte der Familie von S macht neben Verarmung und fehlenden Bildungschancen die besonderen Belastungen deutlich, denen junge christliche Mädchen ausgesetzt sind. Ein christlicher Mann, seine Frau und ihre fünf Kinder waren 16 Jahre lang in einer der berüchtigten pakistanischen Ziegeleien versklavt. Sie mussten über ihre Kräfte hinaus arbeiten und unter beklagenswerten Bedingungen leben, bevor sie 2020 freikamen. Die Lage der Familie verschlechterte sich, als der muslimische Ziegeleibesitzer begann, sie regelmäßig zu schikanieren und zu bedrohen. Er verlangte vom Vater, seine minderjährigen Töchter den Söhnen des Besitzers als Ehefrauen zu überlassen.

Die Unterstützung von VOM Poland für die Familie von S folgte dem üblichen Verfahren der Organisation: Befreiung aus der Schuldknechtschaft, sechsmonatige Versorgung und anschließend Hilfe bei der Arbeitssuche zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Im Dezember 2020 erschien ein Partner von VOM Poland in Begleitung eines örtlichen Pastors in der Ziegelei und beglich den Kredit von S. Die Familie konnte den Ort daraufhin sicher verlassen und damit beginnen, ein normales Leben wiederaufzubauen. Ein halbes Jahr lang half VOM Poland der Familie, ihre täglichen Ausgaben zu decken und sich in Ruhe von den traumatischen Erfahrungen zu erholen. Anfang Juni 2021 leitete VOM Poland den Weg in die Selbstständigkeit ein, indem die Organisation S eine Rikscha übergab. Bevor er in der Ziegelei landete, hatte er als Berufskraftfahrer gearbeitet. Nun kann er wieder ein angemessenes Einkommen erzielen und seine gesamte Familie ernähren.

Die hier dargestellten Fälle verdeutlichen die psychische Gewalt, der christliche Familien in Ziegeleien ausgesetzt sind. Dank der Intervention von VOM Poland schlugen die Drohungen in diesen Fällen nicht in körperliche Gewalt um. E und seine Familie hatten weniger Glück. E und seine Frau hatten drei Töchter im Alter von 15, 13 und neun Jahren sowie einen zehnjährigen Sohn. Sie arbeiteten 25 Jahre lang in einer Ziegelei. Im zeitigen Frühjahr 2022 verschlechterten sich ihre Lebensbedingungen jedoch, da der Ziegeleibesitzer und

ihre muslimischen Kollegen der Familie gegenüber immer aggressiver wurden. Wegen ihres christlichen Glaubens war die Familie schwerer Verfolgung ausgesetzt und wurde zur Konversion zum Islam gedrängt. Die Aggression gipfelte in einer besonders grausamen Tat gegen die 13-jährige Tochter. Am 21. März 2022 entführten zwei muslimische Kollegen im Alter zwischen 35 und 45 Jahren das Mädchen, vergewaltigten es viele Stunden lang und ließen es bewusstlos an einem verlassenen Ort zurück. Die Mutter war seelisch völlig gebrochen. Das Mädchen benötigte eine medizinische Untersuchung sowie psychologische und geistliche Hilfe zur Bewältigung des Traumas.

Die Familie erhielt von der örtlichen Kirche rechtliche Unterstützung, um eine Bestrafung der beiden Täter zu erreichen. Einer von ihnen wurde schließlich festgenommen, jedoch bald wieder freigelassen, nachdem die Familie des Mädchens ihm offiziell verziehen hatte. Eine Aufrechterhaltung der Anklage hätte schwerwiegende Folgen für die Familie haben können. Zudem gilt Vergewaltigung in Pakistan nicht als schweres Verbrechen.

Das Team von VOM Poland bewertete die Lage als Notfall. Der Verbleib unter solchen Bedingungen zerstört ein Opfer einer Gruppenvergewaltigung seelisch und setzt die gesamte Familie, insbesondere ihre weiblichen Mitglieder, weiterer Verfolgung und Gewalt aus – zumal die Täter unbehelligt in der Gemeinschaft blieben. Deshalb musste die Familie unbedingt an einen sicheren Ort gebracht werden. VOM Poland leitete unverzüglich die medizinische Behandlung und Traumatherapie des Mädchens ein. Die Eltern und die älteste Tochter begannen einen sechsmonatigen Alphabetisierungskurs für Erwachsene. Die beiden jüngsten Kinder wurden in die Grundschule aufgenommen. Nach Abschluss des Alphabetisierungskurses stattete VOM Poland die Eltern und die älteste Tochter so aus, dass sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen konnten. Das betroffene Mädchen erhielt zwölf Monate lang medizinische Behandlung und psychologische Traumatherapie und erholte sich vollständig. Währenddessen schloss es einen sechsmonatigen Alphabetisierungskurs für Erwachsene ab und absolviert derzeit eine Berufsausbildung zur Kosmetikerin.

3 Schlussbemerkungen

Pakistan veranschaulicht die meisten der im Bericht von Open Doors beschriebenen Druckpunkte der Christenverfolgung, darunter christenfeindliche Einstellungen im Bildungssystem, der verweigerte Zugang zu einem christlichen Elternteil und zahlreiche Formen geschlechtsspezifischer Verfolgung Minderjähriger. Minderjährige Jungen und Mädchen werden systematisch isoliert, in ihrer Identität geprägt und schwer verfolgt. Ein Leben ohne Frieden, mangeln-

der Schutz und minimale Aussichten auf hochwertige Bildung und berufliche Chancen beeinträchtigen die Lebenszufriedenheit der christlichen Minderheit Pakistans (Alam 2020). Trotz des anhaltenden Drucks zivilgesellschaftlicher und internationaler Organisationen erscheinen die Aussichten auf einen grundlegenden Wandel gering. Selbst wenn die rechtlichen und politischen Bedingungen im Land reformiert werden, ist kaum mit einer erheblichen Verbesserung der Religionsfreiheit religiöser Minderheiten zu rechnen. Die Unterdrückung, der Christen ausgesetzt sind, ist nicht nur systembedingt; sie ist eine tief in der Gesellschaft verwurzelte Geisteshaltung, deren Veränderung Generationen dauern würde.

Dennoch gibt es in diesem ansonsten pessimistischen Szenario einen Hoffnungsschimmer. Eine Gesellschaft zu verändern ist beinahe unmöglich; bestenfalls ließe sich über viele Generationen ein neues Fundament schaffen. Es ist jedoch möglich, das Leben einzelner Christen und Familien zu verändern. Wie das Beispiel von VOM Poland zeigt, ist die Arbeit christlicher Missionen und Organisationen in dieser Hinsicht unverzichtbar.

Literatur

Alam, J., 2020. 7P's of life-satisfaction: a social constructionist model for the life satisfaction of religious minority groups in Kohat, Khyber Pakhtunkhwa (Pakistan), *Humanities and Social Sciences Communications*, 7(147). Abrufbar unter: https://doi.org/10.1057/s41599-020-00632-6.

Alam, J., 2021. Religious minorities as victims of poverty: exploring the socio-economic impediments behind their poor economic status in Kohat. Khyber Pakhtunkhwa-Pakistan, *Journal of Religious & Theological Information*, 20(2): 35–48. DOI: 10.1080/10477845.2020.1832360.

Associated Press, 2022. Aid group reports surging numbers of child abuse in Pakistan. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/m8k3mhac.

Chaudhry, K., 2023. Children shun school after Pakistan anti-Christian violence. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/2xfv7vyj.

Christian Solidarity Worldwide, 2018. *Faith and a future: Discrimination on the basis of religion or belief in education*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/mr47tjmu.

Daniel, L., May 2024. *Innocence under threat. Examining the impact of blasphemy laws on minority Christian children in Pakistan*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/bd3z8wjn.

Ibrahim, R., 2016. The Islamic rape and murder of Christian boys. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/3vjy8rk5.

ICC, 2021a. *Factsheet: Christian persecution in Pakistan. Q1*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/3rz9cfsw.

ICC, 2021b. *Factsheet: Christian persecution in Pakistan. Q2*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/5n92amdf.

ICC, 2024. Pakistani Christians no longer required to study Islam in school. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/5fckzjex.

Morley, R., E. Lane Miller, Helene Fisher, and E. Brown, 2021. *Children and youth specific religious persecution 2021. Preliminary findings from 50 countries*. Abrufbar unter: https://www.opendoors.org/Childrens_Report.

Movement for Solidarity and Peace, 2014. *Report on forced marriages and forced conversions in the Christian community of Pakistan*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/yc4j46aj.

Punjab Textbook Board, 2015. *Islamic Studies textbook. Grade 6*.

Sahil Organization, 2023. *Sahil six months cruel numbers report (January-June 2023) – A compilation of statistics on child sexual abuse of reported cases in Pakistan*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/yck93dxp.

Stark, W., 2021. *The voiceless victims of Pakistan's blasphemy laws: 29 Pakistani Christians currently in prison and a guide to effective advocacy on their behalf*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/2whm2855.

USCIRF (United States Commission on International Religious Freedom), 2016. *Teaching intolerance in Pakistan. Religious bias in public school textbooks*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/5d5tvzrn.

USCIRF (United States Commission on International Religious Freedom), 2024. *Annual report of the United States Commission on International Religious Freedom*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/mte68w6s.

US Department of State, 2019. *Trafficking in persons report June 2019*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/4zz9xwbx.

Vatican News, 2022. Archbishop shines spotlight on abducted and abused minors in Pakistan. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/3vjy8rk5.

World Watch Research, January 2024. *Pakistan: Full country dossier, January*. Abrufbar unter: https://tinyurl.com/4dyde36r.

Pakistan: Christen und andere religiöse Minderheiten zwischen Verfassungsversprechen, Blasphemiegesetzen und Alltagsdiskriminierung

Wenn ein Gerücht genügt: Religionsfreiheit als fragile Ausnahme



Martin Morawetz, MA, MBA ist seit Februar 2026 Generalsekretär von CHRISTEN IN NOT (CiN) in Wien. Er verantwortet Organisationsentwicklung, Governance/Compliance und Transparenzstandards sowie die strategische Steuerung von Finanzen, Kommunikation/Fundraising und internationalen Projekten in Krisen- und Hochrisikokontexten. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf dem Schutz religiöser Minderheiten und auf praxistauglichem Brückenbau durch interreligiös anschlussfähige Projektarbeit, die Deeskalation und lokale Akzeptanz stärkt. (Bild: © Christen in Not)

In Pakistan reicht oft ein einziges Gerücht, um aus Nachbarschaft ein Risiko zu machen. Wo religiöse Vielfalt statistisch „klein" wirkt, sind die Folgen von Ausgrenzung und Gewalt groß: Kirchen werden verwüstet, Häuser niedergebrannt, Familien fliehen – manchmal noch bevor ein Gericht überhaupt prüft, was passiert ist.

Die Ausschreitungen gegen christliche Viertel in Jaranwala (August 2023) wurden international zum Sinnbild einer Realität, in der Religionsfreiheit nicht als gesichertes Grundrecht erlebt wird, sondern als fragile Ausnahme, die jederzeit kippen kann. Nach Erhebungen der National Commission for Human Rights mobilisierte ein Blasphemievorwurf binnen Stunden eine Menge von rund 1.200 Personen; 22 Kirchen sowie etwa 80 Häuser wurden beschädigt oder zerstört. Besonders erschütternd ist der Mechanismus: In Gesprächen vor Ort wurde der Auslöser als finanzieller Streit beschrieben – und die Eskalation als durch Lautsprecheransagen angeheizt. Ein kleiner Funke genügte, weil radikale Deutungsangebote sofort verfügbar waren.[1]

Dieser Beitrag zeigt, warum das verfassungsrechtliche Versprechen von Religionsfreiheit für Christen und andere Minderheiten in Pakistan in der Praxis

[1] Zu den Ausschreitungen in Jaranwala (Aug. 2023) und zur Rekonstruktion der Eskalationsdynamik vgl. National Commission for Human Rights (o. J.); Human Rights Commission of Pakistan (2023) sowie U.S. Department of State (2024).

häufig nicht zu wirksamem Schutz wird – und welche Mechanismen dabei immer wieder in Gewalt, Vertreibung und Alltagsdiskriminierung kippen.[2]

Minderheit „klein", Risiko groß: Sichtbarkeit ohne Schutzmacht

Pakistan ist demografisch überwältigend muslimisch – und dennoch leben dort Millionen Menschen anderer Religionszugehörigkeiten. Die amtliche Volkszählung[3] (Census 2017) weist bei insgesamt 207.684.626 Einwohnern 2.642.048 Christen aus, also rund 1,27 % der Bevölkerung. Zum Vergleich: Hindus werden mit 3.595.256 (≈1,73 %) ausgewiesen; die Kategorie „Qadiani/Ahmadi" mit 191.737; „Scheduled Castes" mit 849.614.[4]

Internationale Regierungsquellen bestätigen die demografische Dominanz der muslimischen Mehrheit und verweisen zugleich darauf, dass die genaue Aufschlüsselung je nach Erhebungsmethode variiert. Politisch bedeutet das: Minderheiten sind groß genug, um gesellschaftlich sichtbar zu sein, aber häufig zu klein, um wirksam Macht, Schutz und Ressourcen einzufordern.[5]

Norm und Wirklichkeit: Verfassung, Strafrecht, Institutionen

Pakistanische und internationale Berichte beschreiben einen doppelten Rechtszustand: formale Garantien stehen neben weitreichenden Einschränkungen. Religionsfreiheit wird grundsätzlich anerkannt, gleichzeitig aber an

---

[2] Der Beitrag stützt sich auf (1) amtliche pakistanische Daten (Bevölkerungsstatistik), (2) staatliche Berichte und Institutionen (z. B. National Commission for Human Rights), (3) internationale staatliche Monitorings (u. a. U.S. Department of State, USCIRF, UK Home Office) sowie (4) UN-Standards und Vertragsorgane (u. a. CERD). Wo Zahlen divergieren, wird dies als Befund der Lage (Untererfassung, politische Sensibilität, Messprobleme) transparent gemacht. Ergänzend werden zentrale Primärquellen (Verfassung, Pakistan Penal Code) sowie einschlägige Rechtsprechung (u. a. Supreme Court) herangezogen, um die Differenz zwischen Norm und gelebter Realität zu zeigen. Ergänzend werden psychotraumatologische Standards und humanitäre MHPSS-Rahmen genutzt, um psychosoziale Folgen von Gewalt, Vertreibung und Dauerstress sachgerecht einzuordnen.

[3] Pakistan Bureau of Statistics (2020), Sixth Population & Housing Census 2017, Table 9 (Population by sex, religion and rural/urban).

[4] „Scheduled Castes" bezeichnet in der pakistanischen Volkszählung überwiegend Gruppen, die historisch als „niedrige"/Dalit-Kasten klassifiziert wurden (vor allem im hinduistischen Spektrum) und im Zensus separat von „Hindus" ausgewiesen werden. „Qadiani/Ahmadi" ist die Zensus-Kategorie für Ahmadis (der Begriff „Qadiani" wird teils abwertend verwendet). „KP" steht für Khyber Pakhtunkhwa.

[5] U.S. Department of State (2024), 2023 Report on International Religious Freedom: Pakistan (Demography).

„Gesetz, öffentliche Ordnung und Moral“ gebunden – Formulierungen, die in polarisierter Lage Spielräume für Restriktion schaffen. Konstitutionell ist die Freiheit, Religion zu bekennen und auszuüben, in Art. 20 der Verfassung garantiert – jedoch ausdrücklich „subject to law, public order and morality“. Art. 22 setzt zudem Grenzen für religiöse Unterweisung in staatlichen Bildungseinrichtungen. Bereits 2014 stellte der Supreme Court in einem vielzitierten Urteil fest, dass der Staat Minderheiten effektiver schützen und institutionell absichern muss.[6]

Besonders konfliktträchtig ist der Komplex der sogenannten Blasphemie-Bestimmungen. Internationale Regierungsberichte halten fest, dass hierfür Strafen bis hin zur Todesstrafe (für „Beleidigung/Entweihung des Propheten Muhammad“) vorgesehen sind; hinzu kommen lebenslange Haft (u. a. für Qur’an-Entweihung) und mehrjährige Freiheitsstrafen für religiöse Beleidigungsdelikte. Gleichzeitig wird betont: Pakistan habe bislang niemanden wegen Blasphemie hingerichtet, doch die bloße Existenz und Anwendung der Normen erzeugt ein Klima existenzieller Bedrohung – vor Gericht wie auf der Straße.[7]

Institutionell ist relevant, dass staatliche Zuständigkeiten religiöse Regulierung ausdrücklich einschließen: So wird etwa beschrieben, dass das Ministry of Religious Affairs and Interfaith Harmony in die Prüfung von Online-Inhalten eingebunden ist und Inhalte als „blasphemisch/offensiv“ an Behörden zur Sperrung oder strafrechtlichen Verfolgung weiterleiten kann. Der Befund ist wichtig, weil er zeigt: Religionspolitik ist nicht nur „gesellschaftlich“, sondern organisatorisch in staatliche Routinen eingebaut. Dass Minderheitenpolitik zugleich im Religionsressort verortet ist, zeigt die National Commission for Minorities: Sie ist dem Ministry of Religious Affairs and Interfaith Harmony zugeordnet; nach Angaben des Ministeriums endete die letzte Amtszeit im Mai 2023, eine Rekonstituierung ist im Prozess.[8]

Politisch existieren zugleich Mechanismen der Repräsentation: Berichte verweisen auf reservierte Sitze für religiöse Minderheiten in Nationalversammlung, Senat und Provinzversammlungen. Solche Regelungen sind wichtig – sie kompensieren aber keine fehlende Sicherheit im Alltag, wenn Schutz und Strafverfolgung faktisch versagen. Die Verfassung reserviert im Nationalparlament

---

6 Zum verfassungsrechtlichen Rahmen der Religionsfreiheit (u. a. Art. 20, Art. 22) vgl. National Assembly of Pakistan (2012). Zur Rechtsprechung und zu institutionellen Schutzaufträgen vgl. Supreme Court of Pakistan (2014).

7 Zu Strafrahmen und Anwendung der Blasphemie-Bestimmungen vgl. Pakistan Penal Code, §§ 295-B, 295-C (Government of Pakistan, 1860) sowie U.S. Department of State (2024) und UK Home Office (2024).

8 Zur institutionellen Verortung (u. a. National Commission for Minorities beim Ministry of Religious Affairs and Interfaith Harmony) vgl. Government of Pakistan, Ministry of Religious Affairs and Interfaith Harmony (o. J.). Zur Rolle in der Prüfung/Weiterleitung als blasphemisch eingestufter Online-Inhalte vgl. U.S. Department of State (2024).

zudem Sitze für nicht-muslimische Bürgerinnen und Bürger (National Assembly: 10 reservierte Sitze). In der Praxis stärkt das formale Repräsentation – ersetzt aber keinen Schutz, wenn Sicherheitsapparate, Ermittlungen und Gerichte im Ernstfall nicht verlässlich funktionieren.[9]

Blasphemie als Systemrisiko: Anzeige, Haft, Prozess – und die Angst davor

Das gravierendste Risiko für Christen (und andere Minderheiten) ist nicht nur Diskriminierung, sondern die Kombination aus Anklagefähigkeit und Gewaltbereitschaft: Eine Anschuldigung kann rechtlich eine Kette aus Festnahme, jahrelanger Untersuchungshaft, Prozessverschleppung – und parallel soziale „Lizenz" zur Gewalt auslösen.

Besonders alarmierend sind die Daten der pakistanischen National Commission for Human Rights (NCHR): In einem Update vom 25. Juli 2024 berichtet die NCHR einen sprunghaften Anstieg der wegen Blasphemie inhaftierten Personen – von 11 (2020) auf 767 (Stand 25. Juli 2024). Allein in Punjab werden 581 Inhaftierte ausgewiesen (Sindh 120, Khyber Pakhtunkhwa 64, Balochistan 2).[10]

Die NCHR-Daten machen zudem sichtbar, wie sehr solche Verfahren in der Praxis in ein Geflecht aus Zwang, Druck und Missbrauch geraten können. In einem weiteren NCHR-Datensatz (Interviews/Erhebung, November 2023) werden unter 331 untersuchten Fällen u. a. sechs christliche Betroffene genannt. Selbst wenn Christen zahlenmäßig nicht die Mehrheit der Angeklagten stellen, trifft sie der Mechanismus besonders hart: Weil Minderheiten in lokaler Machtverteilung schwächer sind, kippt das Risiko schneller von „Anschuldigung" zu „kollektiver Bestrafung".[11]

Internationale Beobachter stützen diese Diagnose. In US-Berichten wird unter Rückgriff auf lokale Dokumentation beschrieben, dass es 2023 hunderte Blasphemie-Beschuldigte gegeben habe; ein Teil davon Christen. Zugleich wird das Dunkelfeld betont: Viele Fälle würden nicht konsistent erfasst oder berichtet.[12]

---

[9] Zur politischen Repräsentation und zu reservierten Sitzen für nicht-muslimische Bürgerinnen und Bürger vgl. National Assembly of Pakistan (2012), Art. 51; sowie U.S. Commission on International Religious Freedom (2024).

[10] National Commission for Human Rights (2024), Blasphemy report (Oct. 2024; Update 25 July 2024): Entwicklung 2020–2024 und Provinzverteilung der Inhaftierten.

[11] NCHR (2024) berichtet in derselben Veröffentlichung auch Befunde aus Interviews/Erhebungen (u. a. Religionszugehörigkeit in untersuchten Fällen).

[12] U.S. Department of State (2024) verweist u. a. auf Zahlen lokaler Dokumentation (z. B. CSJ) zu Blasphemie-Beschuldigungen und betont Erfassungsprobleme.

Von der Anklage zur Menge: Gewaltlogik und kollektive Bestrafung

Das zentrale Problem ist nicht nur das Gesetz, sondern das gesellschaftliche Vollstreckungsrisiko. Wo Blasphemie-Vorwürfe soziale Mobilisierung auslösen, kann „Recht" zur bloßen Vorstufe von Gewalt werden. Trial-Monitoring-Berichte beschreiben Blasphemie-Gesetze als drakonisch und in der Praxis missbrauchsfähig; sie dokumentieren zudem massive Verfahrensverzögerungen und ein Umfeld, in dem Gewaltandrohungen die Prozessführung überschatten.[13] Auch internationale Policy-Analysen verweisen darauf, dass soziale Medien in Kontexten wie Pakistan Hassrede verstärken und Mobilisierung beschleunigen können.[14]

Ein dokumentierter Fall verdeutlicht die Dynamik: Nach Blasphemie-Vorwürfen wurde im Mai 2024 ein älterer christlicher Mann von einer Menge angegriffen; während die Täter festgenommen wurden, wurde zugleich auch gegen das Opfer ein Blasphemie-Verfahren registriert – er erlag später seinen Verletzungen. Das steht paradigmatisch für ein Muster, das Betroffene als „unmögliche Lage" erleben: Schutz suchen heißt nicht selten, selbst kriminalisiert zu werden.[15]

Auch internationale Regierungsberichte halten fest, dass Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit getötet wurden; für 2023 werden mehrere religiös motivierte Tötungen inklusive christlicher Opfer genannt. Der Befund ist eindeutig: Wo der Staat nicht konsequent schützt, entsteht ein Machtvakuum – und dieses Vakuum füllt die Menge. Der Fall Jaranwala macht zudem sichtbar, dass Gewalt nicht „die" Mehrheitsgesellschaft repräsentiert: Während radikale Akteure die Menge mobilisieren, berichten Untersuchungen zugleich von muslimischen Nachbarn, die Christen schützten oder ihnen zur Flucht verhalfen. Gerade weil die Alltagsrealität vieler Menschen von Armut, Arbeit und Versorgungssorgen geprägt ist, ist es fatal, wenn der Staat radikalen Kadern das Feld überlässt.[16]

---

[13] Christians for Justice and Peace (2024), Pakistan blasphemy report (September 2024): Trial monitoring, Verfahrensverzögerungen und Bedrohungslage.

[14] Mounstephen, P. (2019). Bishop of Truro's independent review for the Foreign Secretary of FCO support for persecuted Christians: Final report and recommendations. Foreign & Commonwealth Office. (Hinweis: Der Review benennt soziale Medien als Verstärker von Hassrede und Mobilisierung, explizit auch im Kontext Pakistan.)

[15] Fallvignette zu Mob-basierter Gewalt im Kontext eines Blasphemie-Vorwurfs: Christians for Justice and Peace (2024), Abschnitt zu Ereignissen im Mai 2024.

[16] Zur Dynamik Mob-basierter Gewalt und kollektiver Bestrafung vgl. U.S. Department of State (2024); National Commission for Human Rights (o. J.) sowie Human Rights Commission of Pakistan (2023).

Psychosoziale Folgen: Trauma, Dauerstress und Resilienz

Wenn Kirchen brennen und Familien fliehen, bleiben nicht nur Ruinen. Gewalt gegen religiöse Minderheiten wirkt in biografischen Bruchlinien nach: in Angstreaktionen, Schlaflosigkeit, sozialem Rückzug, Misstrauen – und in der Frage, ob Zukunft überhaupt noch planbar ist. In Pakistan ist diese Dimension oft unsichtbar, weil sie selten angezeigt, noch seltener therapeutisch begleitet – und fast nie politisch adressiert wird.

Besonders perfide ist die Logik der ständigen Alarmbereitschaft: Wo ein Vorwurf (oder ein manipuliertes Posting) ausreichen kann, um Festnahme, soziale Ächtung oder Mob-basierte Gewalt auszulösen, wird Bedrohung chronisch. Menschen organisieren ihren Alltag um das Vermeiden von Risiken: welche Worte man nicht sagt, welche Wege man nicht geht, welche Kontakte man abbricht. Das ist nicht bloß „Angst" – es ist ein Sicherheitsdefizit, das sich psychisch und sozial einschreibt.[17]

Die S3-Leitlinie zur Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) beschreibt als Kernmerkmale traumabezogener Störungen u. a. das Wiedererleben (Intrusionen), Vermeidung und anhaltendes Bedrohungsgefühl/Übererregung. In der Forschung wird für Kontexte anhaltender Bedrohung auch von „continuous traumatic stress" gesprochen: Belastungsreaktionen enden nicht nach dem Ereignis, weil Gefahr, Unsicherheit und soziale Ausgrenzung fortbestehen.[18] Für Pakistan ist zusätzlich wichtig, dass die Leitlinie (und die ICD-11-Debatte) auch die **Komplexe PTBS** (KPTBS/CPTSD) als eigene, klinisch relevante Folgeform beschreibt: Sie entsteht typischerweise nach extremen, langandauernden Belastungen, aus denen Flucht schwierig oder unmöglich ist, und umfasst neben den PTSD-Kernsymptomen zusätzliche Störungen der Selbstorganisation (u. a. Emotionsregulation, negatives Selbstkonzept, Beziehungsprobleme).[19]

Für religiöse Minderheiten ist diese Unterscheidung mehr als Fachsprache: Viele erleben nicht ein singuläres Ereignis, sondern wiederholte Episoden von Drohung, Demütigung, ökonomischer Ausgrenzung, erzwungenen Ortswechseln und juristischen Verfahren – häufig ohne die Erfahrung, dass der Staat verlässlich schützt. Das Risiko ist, dass Gewalt nicht „verarbeitet" wird, sondern sich als fortgesetztes Leben im Ausnahmezustand stabilisiert.

In der humanitären Praxis ist deshalb anerkannt, dass Schutz, Recht und psychosoziale Stabilisierung zusammen gedacht werden müssen. Die

[17] Zur Chronifizierung von Traumafolgen und zur Komplexen PTBS vgl. Schäfer et al. (2019); Cloitre (2020) sowie Hamadeh et al. (2025).

[18] Schäfer et al. (2019), S3-Leitlinie PTBS (AWMF 155/001): Kernsymptome/Diagnosekriterien.

[19] Zur Komplexen PTBS vgl. Schäfer et al. (2019) sowie Cloitre (2020) und Hamadeh et al. (2025).

IASC-Leitlinien (2007), die von zahlreichen Organisationen weltweit getragen werden, verstehen *Mental Health and Psychosocial Support (MHPSS)* als mehrschichtiges Maßnahmenbündel – von Schutz- und Menschenrechtsstandards über Community-Mobilisierung bis hin zu Gesundheitsdiensten.[20] Solche Rahmen sind hilfreich, weil sie übersetzen, was Religionsfreiheit in der Lebenswirklichkeit bedeutet: nicht nur „Gottesdienst ohne Verbot", sondern Leben ohne permanenten psychischen Ausnahmezustand.

Auch sozialwissenschaftlich wird betont, dass traumasensibles Arbeiten nicht zuerst über Diagnosen, sondern über **Sicherheit, Stabilisierung, Partizipation und die Vermeidung von Retraumatisierung** läuft – und dass Trauma immer auch soziale Beziehungen, Zugehörigkeit und Handlungsspielräume betrifft.[21] Gerade in Minderheitenmilieus kann psychosoziale Stabilisierung daher nicht als „weiches Thema" neben juristischen Reformen behandelt werden, sondern als Teil einer Schutzkette.

Schließlich berühren Gewaltfolgen auch die Frage nach **Würde im Krankheitsfall**. Die WHO definiert Palliative Care als Ansatz, der die Lebensqualität von Patientinnen und Patienten und ihren Familien bei lebensbedrohlichen Erkrankungen verbessert und Leiden frühzeitig lindert – ausdrücklich auch psychosoziale und spirituelle Dimensionen – und ordnet Palliative Care dem Menschenrecht auf Gesundheit zu.[22] In vulnerablen Minderheitenmilieus, in denen Zugang zu Versorgung ohnehin fragil ist, entscheidet sich Würde oft daran, ob Hilfe erreichbar ist, wenn Menschen körperlich und seelisch an Grenzen kommen.

Damit wird klar: Eine Analyse, die Religionsfreiheit ausschließlich als Rechtsfrage behandelt, unterschätzt die Langzeitkosten von Gewalt und Ausgrenzung. der Folgebeitrag wird deshalb zeigen, wie Praxis – etwa psychosoziale Stabilisierung (traumasensibel), traumasensibles Arbeiten und würdesichernde Versorgung – an genau dieser Bruchstelle ansetzt.

Alltagsdiskriminierung: Arbeit, Bildung, Würde

Gewalt ist der sichtbarste Teil – aber nicht der häufigste. Der Alltag vieler Christen wird durch strukturelle Abwertung geprägt: in Schulen, auf dem Arbeitsmarkt, in Behörden. Internationale Berichte halten fest, dass christliche

[20] Inter-Agency Standing Committee (2007), IASC Guidelines (WHO-Publikationsseite): MHPSS als intersektoraler Rahmen (u. a. Protection & Human Rights Standards, Community Mobilisation, Health Services).

[21] Nikitsin et al. (Hrsg.) (2026), *Traumasensibel arbeiten*: traumasensible Praxis als Ansatz, der Sicherheit, Stabilisierung, Partizipation und Retraumatisierungsvermeidung betont.

[22] WHO (2020), Fact sheet *Palliative care*: Definition, psychosoziale/spirituelle Dimensionen und Bezug zum Menschenrecht auf Gesundheit.

Aktivisten weiterhin weit verbreitete Diskriminierung berichten – insbesondere im privaten Arbeitsmarkt jenseits niedrig qualifizierter Tätigkeiten.[23]

Diese Realität hat eine historische und sozioökonomische Dimension: In Teilen Pakistans werden Christen stereotyp mit „niedrigen" Berufen assoziiert. Staatliche Menschenrechtsberichte beschreiben, wie Bildungsbiografien durch ein Erwartungsregime geprägt werden (z. B. „4th category jobs" wie Sweeper/Peon) – mit langfristigen Folgen für Chancen, Einkommen und gesellschaftliche Stimme. Der gleiche Befund benennt zudem problematische Unterrichtsinhalte, in denen Angehörige anderer Religionen abgewertet oder als Belastung dargestellt werden. Das ist nicht nur verletzend, sondern sozialpsychologisch brandgefährlich, weil es Vorurteil in Curriculum übersetzt.[24]

Zwar existieren staatliche Quotenregelungen: In offiziellen Berichten wird darauf verwiesen, dass die Jobquote für Minderheiten 2018 von 2 Prozent auf 5 Prozent erhöht wurde. Zugleich wird betont, dass niedrige Bildungsquoten und Diskriminierung verhindern, dass solche Instrumente die Lage schnell drehen. Rechte werden formal gesetzt – doch ohne Durchsetzung, Bildungspolitik und Antidiskriminierungsarbeit bleibt Wirkung begrenzt.[25]

Geschlechterdimension: Entführung, Zwangskonversion, „Ehe" als Gewaltform

Die größte Verwundbarkeit liegt oft dort, wo Minderheit, Armut und Geschlecht zusammenfallen. Internationale Beobachter dokumentieren Muster von Entführung, erzwungener Konversion und (Schein-)Ehen, die Minderheiten – darunter Christen – besonders betreffen.[26]

Ein strukturelles Kernproblem ist die rechtliche und administrative Asymmetrie: Länderberichte verweisen darauf, dass Konversion als solche nicht generell verboten ist, der Austritt aus dem Islam aber gesellschaftlich häufig als „Apostasie" gelesen und über Blasphemie-Risiken sanktioniert wird. Zudem wird beschrieben, dass Behörden bei Konversionen zum Islam vielfach schneller und unkomplizierter agieren als in umgekehrter Richtung – was eine faktische Schieflage erzeugt.[27]

---

[23] Zu Diskriminierung im Arbeitsmarkt (jenseits niedrig qualifizierter Tätigkeiten) vgl. U.S. Department of State (2024).

[24] National Commission for Human Rights (2021), Assessment report on minorities' core issues: Bildungsbarrieren, Berufsstereotype und problematische Curriculuminhalte.

[25] NCHR (2021) verweist auf die Erhöhung der Jobquote für Minderheiten (2 % → 5 %) und diskutiert Umsetzungsprobleme.

[26] Zu erzwungenen Konversionen und Zwangsheirat vgl. USCIRF (2024), inkl. Schätzungen zu Betroffenen pro Jahr.

[27] UK Home Office (2024), Country policy and information note: Pakistan – Christians and Christian converts (u. a. Konversion/Apostasie/Blasphemierisiken).

Auch die National Commission on the Rights of Child (NCRC) betont in einem Policy Brief, dass es bei „forced conversions“ nicht nur um Religion, sondern um Rechtslücken, Schutzdefizite und die Frage geht, ob Minderheitenpersonalstatuten (z. B. im Familienrecht) ausreichend modernisiert und durchgesetzt werden. Wo Dokumente, Alterseinschätzungen, Ehe-Registrierung und Schutzmechanismen versagen, wird das Recht selbst zum Werkzeug der Täter.[28]

Internationale Bewertung: Pakistan unter Druck – Reformfenster offen?

Die internationale Lagebewertung fällt seit Jahren kritisch aus. Berichte beschreiben eine Verschlechterung der Religionsfreiheit, einschließlich Blasphemie-Anklagen, Mob-basierter Gewalt und erzwungener Konversionen.[29] Ein früher politischer Referenzpunkt ist die britische „Bishop of Truro Review“; im Anschluss daran wurden u. a. die Notwendigkeit klarer Benennung, diplomatischer Schulungen sowie Unterstützung einschließlich Trauma-Versorgung betont.[30]

Internationale Regierungsberichte halten zudem fest, dass Pakistan wiederholt als Land besonderer Besorgnis (Country of Particular Concern, CPC) eingestuft wurde – ein politisches Signal, das die Schwere dokumentierter Verstöße unterstreicht.[31]

Auch die Vereinten Nationen adressieren die Problemlage im UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD): In den CERD-Abschließenden Bemerkungen (2024) werden Gewalt und Repressalien gegen Minderheiten sowie Risiken im Kontext von Blasphemie-Vorwürfen thematisiert und Handlungsbedarf betont.[32]

In einer vom UN-Menschenrechtsbüro (OHCHR) bereitgestellten Zusammenfassung der CERD-Anhörung werden zudem Fragen der Expertinnen und Experten zu Blasphemie-Gesetzen ausdrücklich genannt.[33]

---

[28] National Commission on the Rights of Child (2021), Policy brief … Forced conversion (Arzoo case): Rechtslücken und Reformbedarf.

[29] USCIRF (2024), Pakistan (Country update): Bewertung zu Blasphemie, mobbasierter Gewalt und forced conversions.

[30] Hunt, J. (2019, July 8). Persecution of Christians review: Foreign Secretary’s speech following the final report. Foreign & Commonwealth Office. (Politischer Kontext der Bishop of Truro Review; betont u. a. klare Benennung, diplomatische Schulungen und Unterstützung einschließlich Trauma-Versorgung.)

[31] Zur CPC-Einstufung und Begründung vgl. U.S. Department of State (2024).

[32] CERD (2024), Concluding observations … Pakistan (CERD/C/PAK/CO/24–26).

[33] OHCHR (2024), Meeting summary zur CERD-Anhörung (u. a. Fragen zu Blasphemiegesetzen).

Was sich ändern muss, damit Rechte Schutz werden

Die Lage religiöser Minderheiten in Pakistan – besonders der Christen – ist geprägt von einem Widerspruch: formale Anerkennung trifft auf praktische Verwundbarkeit. Die gefährlichste Schnittstelle entsteht dort, wo (a) strafrechtliche Normen weit auslegbar sind, (b) Behörden unter Druck stehen oder parteiisch agieren und (c) gesellschaftliche Gewaltbereitschaft in kollektive Bestrafung kippt. In diesem Dreieck wird Religionsfreiheit zur Überlebensfrage.

Wer Religionsfreiheit ernst meint, muss daher nicht nur Gesetze diskutieren, sondern Schutz operationalisieren: professionelle Ermittlungen, Zeugen- und Opferschutz, entschlossene Strafverfolgung Mob-basierter Gewalt, Reformen gegen Missbrauch in Blasphemie-Verfahren, Bildungs- und Curriculums-Arbeit gegen Entmenschlichung, sowie wirksame Prävention und Intervention bei Zwangskonversionen und Zwangsverheiratung – und ebenso verlässlich zugängliche psychosoziale Unterstützung (traumasensibel, stigmaarm) sowie würdesichernde Versorgung bis hin zur palliativen Begleitung.

Von der Diagnose zur Schutzkette: Praxis, Resilienz und Brückenbau

Die Analyse hat gezeigt, warum Religionsfreiheit in Pakistan für Christen und andere Minderheiten oft nicht an fehlenden Normen scheitert, sondern an brüchigen Schutzketten: Ein Vorwurf kann Strafverfolgung auslösen, soziale Mobilisierung beschleunigen und Existenzen zerstören, bevor staatlicher Schutz greift. Die entscheidende Frage lautet daher: Was stabilisiert Menschen konkret – medizinisch, ökonomisch, sozial und psychosozial – damit Rechte im Alltag nicht nur formell bestehen, sondern erlebbar werden?

Hilfe erreicht Menschen, stärkt Würde und Handlungsspielräume und reduziert so jene Verwundbarkeiten, die in eskalierenden Situationen besonders oft „durchschlagen". Der nachfolgende Praxisbeitrag mit Projektbeispielen knüpft an diese Diagnose an und ordnet ausgewählte CiN-Ansätze nicht als einzelne Maßnahmen, sondern als Schutzkette:

Zwei Grundprinzipien sind dabei leitend: Erstens wird Hilfe dort priorisiert, wo Menschen strukturell schneller aus Versorgung, Rechtsschutz und sozialer Absicherung herausfallen. Zweitens wird Hilfe so gestaltet, dass sie in polarisierten Kontexten nicht spaltet: Wo möglich, werden Leistungen unabhängig von Religionszugehörigkeit erbracht – bei gleichzeitig klarem Blick auf die spezifischen Risiken, denen Minderheiten ausgesetzt sind.

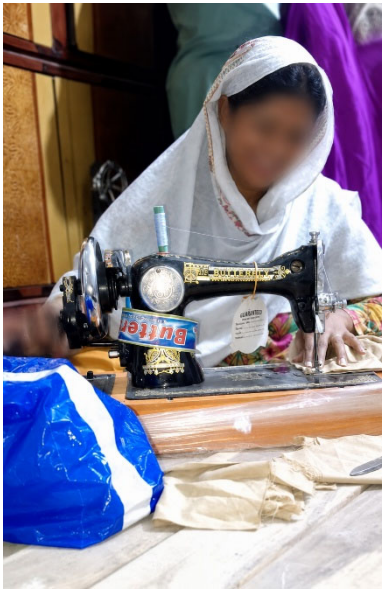


Bild 1: Existenzsicherung als Schutzfaktor: In der CiN-Nähschule erwerben Frauen berufliche Fähigkeiten und Einkommensperspektiven – ein konkreter Beitrag zu Würde, Selbstwirksamkeit und Resilienz in einem Hochrisikokontext. (© Church in Need)

Praktisch bedeutet das, Schutz nicht nur als „Sicherheit" zu verstehen, sondern als Kombination aus Existenzsicherung, Zugang zu Versorgung, traumasensibler Stabilisierung und lokalem Vertrauensaufbau. Gerade in Umfeldern, in denen radikale Akteure mit kleinen Auslösern Mobs mobilisieren können, wird dieses Vertrauenskapital zu einem relevanten Schutzfaktor – weil es Deeskalation begünstigt und Angriffsflächen reduziert.

Youhanabad (Lahore): Existenzsicherung als Schutzraum: Berufsbildung und Einkommensperspektiven – etwa über eine Nähschule mit Schwerpunkt Frauenförderung – wirken in einem Hochrisikokontext nicht nur ökonomisch. Sie reduzieren Abhängigkeiten, stärken Selbstwirksamkeit und schaffen soziale Räume, in denen Unterstützung organisiert werden kann.

Sindh/Hyderabad: Gesundheitsversorgung als Brücke: Das St. Elizabeth Hospital in Hyderabad ist ein christliches Krankenhaus und zugleich Anker einer Versorgung, die bewusst nicht nach Religionszugehörigkeit unterscheidet. Gerade diese sichtbare Fairness kann lokale Akzeptanz erhöhen und Spannungen mindern, während die Fragilität der Lage bleibt: Ein Funke kann genügen, um radikale Mobilisierung gegen Christen auszulösen.

Mobile Medical Outcare: Hilfe, die Menschen erreicht: Mobile Teams bringen medizinische Hilfe zu den Ärmsten und in Regionen, die sonst kaum

erreichbar sind. Das ist in Armuts- und Hitze-/Krisenkontexten unmittelbar lebensschützend – und es verhindert, dass Krankheit, Transportkosten oder Distanz Familien in einen irreversiblen Absturz treiben.

Pflegeausbildung: Kapazität, Würde, Aufstieg: Die Unterstützung der Krankenpflege-Ausbildung stärkt lokale Systeme nachhaltig. Sie eröffnet insbesondere jungen Frauen reale Berufschancen und schafft zugleich personelle Kapazitäten, die für mobile Versorgung und den Ausbau palliativmedizinischer Angebote entscheidend sind.

Palliative Care im Aufbau: Würde am Lebensende: Der Aufbau eines Palliative Care Day Centre (ergänzt um home-based Ansätze) setzt dort an, wo Leidensdruck, Armut und Versorgungsdefizite zusammenfallen. Palliative Care bedeutet in diesem Kontext: Schmerz- und Symptombehandlung, Begleitung von Familien und ein würdevoller Umgang mit Sterben, Trauer und Verlust – als Teil einer menschenrechtsbasierten Versorgung.

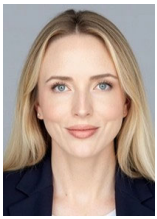
Traumasensible Stabilisierung (MHPSS[34]): Resilienz ermöglichen: Gewalt, Drohung und Vertreibung hinterlassen nicht nur materielle, sondern psychosoziale Bruchstellen. Traumasensible Ansätze – Psychoedukation, sichere Räume, Stabilisierung, Weiterverweisung – unterstützen, dass Betroffene wieder handlungsfähig werden, Schule und Alltag aufrechterhalten können und nicht dauerhaft in Angstspiralen gebunden bleiben.



Bild 2: Mobile Medical Outcare: Medizinische Grundversorgung dort, wo sonst kaum Hilfe hinkommt – niedrigschwellig, sichtbar und ohne Unterscheidung nach Religionszugehörigkeit. (© Church in Need)

[34] Mental Health and Psychosocial Support (MHPSS) = psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung.

Ägypten: Strafverfahren wegen Blasphemie – aktuelle Entwicklungen und rechtliche Auswirkungen



Kelsey Zorzi ist leitende Juristin und Direktorin der Rechtsvertretung für globale Religionsfreiheit bei ADF International in Washington DC. Zorzi leitet ein multinationales Netzwerk von Anwälten, Regierungsbeamten und internationalen Institutionen, um rechtliche Hürden zu überwinden und die Religionsfreiheit als Grundpfeiler der Menschenrechte zu unterstützen. 2018 wurde sie zur Präsidentin des NGO-Ausschusses der Vereinten Nationen für Religions- und Glaubensfreiheit gewählt. (Bild: © ADF International)

Ägypten wird oft als zutiefst religiöse Gesellschaft beschrieben, in der der Glaube nicht nur eine persönliche Angelegenheit, sondern auch ein prägendes Merkmal des öffentlichen Lebens ist. Mit einer Bevölkerung von über 100 Millionen Menschen ist das Land überwiegend muslimisch, beherbergt aber auch eine der ältesten christlichen Gemeinschaften der Welt. Koptische Christen, deren Anteil an der Bevölkerung auf etwa 10 bis 15 Prozent geschätzt wird, leben seit fast zweitausend Jahren in Ägypten, also schon lange vor der Einführung des Islam.

Gleichberechtigung nur auf dem Papier

Trotz dieser langjährigen Präsenz befanden sich Christen in Ägypten historisch gesehen stets in einer prekären Lage. Ihre Herausforderungen sind nicht immer klar im Gesetz verankert, zeigen sich jedoch in der Praxis. Einschränkungen beim Bau und der Instandsetzung von Kirchen, eine Unterrepräsentation in Regierungsämtern sowie regelmäßig auftretende Ausbrüche religiöser Gewalt haben allesamt zu einem Umfeld beigetragen, in dem Gleichberechtigung oft eher auf dem Papier als in der Realität existiert. Rechtliche Rahmenbedingungen, die zumindest äußerlich einen gewissen Schutz bieten, versagen häufig in ihrer Anwendung.

Eines der wichtigsten Instrumente in diesem Zusammenhang ist das ägyptische Blasphemie-Gesetz, insbesondere die Bestimmungen zur Kriminalisierung der „Verachtung der Religion“ in Artikel 98(f) des ägyptischen Strafgesetzbuchs. Diese Gesetze sollen offiziell den sozialen Zusammenhalt wahren und

religiöse Spannungen verhindern. In der Praxis werden sie jedoch ungleichmäßig und oft unverhältnismäßig gegen religiöse Minderheiten angewendet, vor allem gegen Christen, Andersdenkende und diejenigen, deren Überzeugungen außerhalb gesellschaftlich akzeptierter Normen liegen, insbesondere wenn diese Überzeugungen nicht mit dem Islam oder den vorherrschenden muslimischen Normvorstellungen übereinstimmen.

Ausweitung der Blasphemie-Anklagen gegen verschiedene Gruppen

In der Praxis gehen Blasphemie-Bestimmungen oft mit zusätzlichen Anklagepunkten einher, was es den Behörden ermöglicht, die Rechtsgrundlage für eine Inhaftierung auszuweiten, selbst wenn der eigentliche Anlass in religiöser Meinungsäußerung oder Weltanschauung liegt.

Was wir heute beobachten, ist nicht gänzlich neu, entwickelt sich jedoch weiter. Die Zahl der Fälle nimmt zu, und der Kreis der Betroffenen weitet sich aus. Was einst auf vereinzelte Vorfälle beschränkt war, hat sich zu einem umfassenderen Phänomen entwickelt, das verschiedene Gruppen betrifft: junge Christen, Konvertiten, Atheisten und Personen, die Religion offen hinterfragen.

Im Zentrum steht dabei ein klarer Widerspruch. Das ägyptische Recht erlaubt es Einzelpersonen – zumindest auf dem Papier –, ihre Religion frei zu wählen. In der Praxis ist diese Freiheit jedoch eingeschränkt. Der Übertritt zum Islam ist unkompliziert und wird vom Staat anerkannt. Der Austritt aus dem Islam ist äußerst schwierig, wird administrativ oft nicht anerkannt, und Konvertiten können weder ihre amtlichen Dokumente aktualisieren noch entsprechend ihrem neuen Glauben leben. Selbst über den Konversionsprozess hinaus bleibt die offene Bekundung des Glaubens riskant. Der Glaube mag theoretisch geschützt sein, doch ihn offen zu leben, ist eine andere Sache.

In diesem Rahmen sind mehrere unterschiedliche, aber miteinander verbundene Arten von Fällen häufiger geworden. Zusammen zeigen sie, wie die Grenzen akzeptabler religiöser Äußerungen immer weiter eingeengt werden.

Neue Generation unter Beobachtung

Eine der auffälligsten Entwicklungen ist die wachsende Zahl von Fällen, in denen junge Christen betroffen sind, insbesondere solche, die online aktiv sind. Im Gegensatz zu früheren Generationen beteiligen sie sich offener an religiösen Diskussionen, reagieren auf Kritik und verteidigen ihren Glauben öffentlich.

Fälle wie der von Bola, einem jungen Christen, der wegen Äußerungen im Internet strafrechtlich verfolgt wurde, zeigen, wie schnell solche Äußerungen

zu einem strafrechtlichen Problem werden können.[1] Ein Video, ein Kommentar oder sogar eine Antwort auf Kritik kann als Verachtung des Islam ausgelegt werden, oft basierend auf selektiven Auszügen oder der Art und Weise, wie der Inhalt dargestellt wird. Bola wurde während seiner Haft angeblich gefoltert.

Bemerkenswert an diesen Fällen ist nicht nur ihre Häufigkeit, sondern auch, wie alltäglich sie sind. Es handelt sich nicht um Aktivisten oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Es sind Menschen, die sich mit Glauben und Identität auseinandersetzen, so wie es ihre Altersgenossen weltweit tun. Doch in Ägypten birgt dieser Prozess rechtliche Risiken.

Die Folge ist ein abschreckender Effekt. Viele beginnen, sich selbst zu zensieren und vermeiden öffentliche Diskussionen über Religion gänzlich. Andere äußern sich weiterhin, sind sich aber bewusst, dass das, was sie sagen, gegen sie verwendet werden könnte.

Konvertiten und der Preis der Sichtbarkeit

Eine weitere wachsende Gruppe bilden Personen, die zum Christentum konvertiert sind und anschließend öffentlich über ihren Glauben gesprochen haben.

Der jüngste Fall von Said Mansour Abdelrazek, der vor allem wegen seiner Konversion zum Christentum wegen Blasphemie und sogar Terrorismus angeklagt wird, spiegelt diese Tendenz wider.[2] Konvertiten, die das Christentum offen verteidigen oder Aspekte des Islam kritisieren, werden oft so behandelt, als hätten sie eine unausgesprochene Grenze überschritten. Ihre Äußerungen werden nicht als persönliche Überzeugung, sondern als Provokation angesehen.

Dies verdeutlicht eine tiefere Spannung. Zwar ist die Glaubensfreiheit verfassungsrechtlich geschützt, doch wird sie in der Praxis nicht gewahrt, wenn es um den Austritt aus dem Islam geht. Konvertiten können ihre amtlichen Dokumente nicht aktualisieren oder gemäß ihrem neuen Glauben leben. Wenn sie sich öffentlich äußern, machen sie diese Lücke sichtbar und werden dadurch noch verwundbarer.

Es wurden Tausende von Anträgen im Zusammenhang mit Fragen der Religionskonversion gestellt, von denen die überwiegende Mehrheit abgelehnt wurde. Diese Fälle beschränken sich nicht auf diejenigen, die zum Christentum zurückkehren möchten, sondern umfassen ein breiteres Spektrum von Personen, die versuchen, ihre gewählte religiöse Identität rechtlich anerkennen zu lassen.

---

[1] Coptic Solidarity, „Die jugendliche Schülerin Bola Attia: Willkürliche Festnahme, Folter und absurde Anschuldigungen“ (13. November 2025) *unter* https://www.copticsolidarity.org/2025/11/13/teen-student-bola-attia-arbitrary-arrest-torture-and-absurd-accusations/.

[2] The Christian Post, „Christ in Ägypten wegen Konversion zum Christentum inhaftiert und in Kreuzigungsstellung aufgehängt“ (28. April 2026) *unter* https://www.christianpost.com/news/christian-man-imprisoned-hung-in-crucifixion-position-in-egypt.html.

Atheismus und die Ausweitung der Strafverfolgung

Eine weitere wichtige Entwicklung ist die Zunahme von Fällen, in denen Atheisten betroffen sind. Dutzende Personen, von denen die meisten ursprünglich Muslime waren, wurden in den letzten Jahren im Zusammenhang mit Bekundungen ihres Unglaubens festgenommen.[3]

Fälle wie der von Maged Zakaria, der online als „Mufti der Menschheit" bekannt ist, deuten auf weiterreichende Probleme hin.[4] Berichte von Personen, die mit diesen Fällen vertraut sind, beschreiben systematischen Druck, Schikanen und Drohungen während der Haft, die sich manchmal auch auf Familienangehörige erstrecken.

In einigen Fällen werden Inhaftierte dazu ermutigt oder unter Druck gesetzt, eine Rückkehr zum Islam zu erklären, um ihre Freilassung zu erwirken. In diesem Zusammenhang wird der Glaube nicht nur mit der Identität verknüpft, sondern auch mit der Vermeidung von weiterer Haft und Schaden.

Unterdrückung christlicher Apologetik und des intellektuellen Lebens

Die Auswirkungen dieser Strafverfolgungen reichen über die einzelnen Angeklagten hinaus. Sie haben auch die Art und Weise verändert, wie Christen öffentlich mit ihrem Glauben umgehen.

Der Fall von Augustinos Samaan, einem jungen koptischen YouTuber, sticht besonders hervor.[5] Er wurde aufgrund von Inhalten strafrechtlich verfolgt, in denen er das Christentum verteidigte und sich online an religiösen Debatten beteiligte, darunter ausführliche Diskussionen und direkter Austausch mit anderen. Sein Fall markierte einen Wendepunkt und zeigte, dass selbst strukturierte theologische Diskussionen zu schwerwiegenden rechtlichen Konsequenzen führen können.

Nach seinem Fall wurden viele, die zuvor an ähnlichen Diskussionen teilgenommen hatten, weitaus vorsichtiger. Die öffentliche Debatte verschwand

---

[3] Mohamed Napolion, „Seit Anfang 2025 wurden laut EIPR 52 Personen wegen ihrer religiösen Überzeugungen inhaftiert", Al Manassa (12. Januar 2026) *unter* https://manassa.news/en/news/29680.

[4] Egyptian Initiative for Personal Rights, „Sicherheitsmaßnahmen erstrecken sich auch auf Nichtgläubige, Atheisten und Personen mit abweichenden religiösen Ansichten" (20. Oktober 2025) *unter* https://eipr.org/en/press/2025/10/security-crackdown-extends-non-religionists-atheists-and-those-dissenting-religious.

[5] ADF International, „Christlicher YouTuber in Ägypten droht fünf Jahre Haft und Zwangsarbeit, weil er online seinen Glauben vermittelt" (27. April 2026) *unter* https://adfinternational.org/news/christian-youtuber-in-egypt-faces-five-years-imprisonment.

zwar nicht, wurde jedoch eingeschränkter und zurückhaltender, insbesondere wenn es darum ging, direkt auf den Islam einzugehen.

Ein System, das differenziert, aber alle einschränkt

Über all diese Kategorien hinweg – junge Christen, Konvertiten, Atheisten und diejenigen, die die Religion hinterfragen – ist die Vorgehensweise einheitlich. Der Staat mag jede Gruppe anders behandeln, doch das Ergebnis ist ähnlich: Einschränkung, Druck, begrenzte Rechtsmittel und manchmal sogar Gewalt oder Folter.

Auf dem Papier steht es jedem frei, zu glauben, was er will. In der Praxis hängt diese Freiheit jedoch stark davon ab, wie diese Überzeugungen zum Ausdruck gebracht werden und ob sie mit den vorherrschenden sozialen und religiösen Normen übereinstimmen, nämlich jenen, die mit dem Islam verbunden sind.

Rechtliche Implikationen über Einzelfälle hinaus

Auffällig ist nicht nur, dass es diese Fälle gibt, sondern auch, wie schnell ihre Zahl zunimmt und wie viele verschiedene Gruppen davon mittlerweile betroffen sind. Junge Christen, die Beiträge im Internet veröffentlichen, Konvertiten, die über ihren Glauben sprechen, Atheisten, die ihren Unglauben zum Ausdruck bringen, und Personen, die versuchen, ihre Religion auf legalem Wege zu wechseln – sie alle werden in denselben rechtlichen Rahmen aus Blasphemie-Vorwürfen und Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit einbezogen.

Die Zunahme dieser Strafverfolgungen zeigt ein klares Muster. Was einst vereinzelte Fälle waren, hat sich auf mehrere Kategorien ausgeweitet, die jeweils unterschiedliche Arten von Äußerungen betreffen, aber zu ähnlichen Ergebnissen führen. In vielen dieser Fälle erweitert die Anwendung zusätzlicher Strafanzeigen neben den Blasphemie-Bestimmungen den Umfang der Strafverfolgung, wodurch es einfacher wird, Personen, deren zugrunde liegendes Verhalten mit religiösem Glauben oder religiöser Meinungsäußerung zusammenhängt, für längere Zeit in Haft zu halten.

Aus rechtlicher Sicht wirft dies ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Auslegung und Durchsetzung von Gesetzen gegen „Religionsverachtung“ auf. Das Fehlen klarer Grenzen und der von Natur aus subjektive Charakter dessen, was als „Verachtung“ gilt, ermöglicht es, gewöhnliche Äußerungen – einschließlich Debatten, Kritik oder sogar Hinterfragungen – als strafbar zu behandeln. Das schafft Unsicherheit nicht nur für die direkt Betroffenen, sondern für jeden,

der sich an religiösen Diskussionen beteiligt. Es handelt sich um ein System und einen Ansatz, die nicht nur darauf abzielen, bestimmte Einzelpersonen ins Visier zu nehmen, sondern auch breitere Minderheitengemeinschaften durch Angst zum Schweigen zu bringen.

Da die Zahlen und Vielfalt der Fälle weiterwachsen, reichen die Auswirkungen über einzelne Strafverfolgungen hinaus. Sie deuten auf ein System hin, in dem die Grenzen akzeptabler Meinungsäußerung unklar sind und sich ständig verschieben, was es zunehmend erschwert, sich offen und ohne rechtliches Risiko mit Religion auseinanderzusetzen.

Armenien: Auslöschung christlicher Identität im ältesten christlichen Staat?



Prof. h.c. Dr. phil. **Tessa Hofmann** ist Philologin und Soziologin und war bis April 2015 am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin tätig. Sie publizierte zahlreiche Bücher zur Geschichte, Kultur und Gegenwartslage Armeniens, der armenischen Diaspora, zur Genozid-Forschung und zu Minderheiten in der Türkei und im Südkaukasus. (Bild: © privat)

Die (fast) älteste christliche Kirche: Die Heilige Rechtgläubige Armenisch-Apostolische Kirche

Wie der offizielle Name der armenischen Nationalkirche andeutet, beruft sie sich auf das Apostolat von zwei Jüngern aus dem Zwölferkreis um Jesus Christus: Judas Thaddäus (Lebbäus; gest. um 68) sowie Bartholomäus (Nathanael Bar-Tolmai; gest. um 66) sollen in Armenien bzw. (Kaukasisch-)Albanien das Evangelium gepredigt und den Märtyrertod gefunden haben. An überlieferten Stätten ihres Martyriums entstanden im Mittelalter bedeutende Wehr- und Wallfahrtsklöster, von denen jedoch nur das Kloster Thaddei Wank (bei Artas, Provinz Maku/Iran; errichtet 68, 1329 und Anfang 19. Jh.; 2008 Weltkulturerbe der UNESCO) das 20. Jh. überdauerte, während das Kloster des Hl. Bartholomäus bei Albayrak/Başkale in der historischen westarmenischen Provinz Waspurakan (Van, erbaut 13.–18. Jh.) von der türkischen Armee als Lager entweiht wurde und schwere Zerstörungen erlitt.

Der als „kleiner Christianisierung“ in der armenischen Kirchengeschichte umschriebenen Apostelmission folgte nach einem vom „Erleuchter“ (Lussaworitsch) Armeniens, Grigor, bewirkten Heilwunder die „große Christianisierung“: Grigor heilte König Trdat III. Arschakuni, der durch die Tötung christlicher Nonnen gefrevelt hatte, von dessen Wahn, ein Keiler zu sein, worauf der dankbare Herrscher das Christentum zur Staatsreligion erhob. Nach armenischer Überlieferung geschah dies um das Jahr 301– zwölf Jahre, bevor es der römische Kaiser mit dem Mailänder Toleranzedikt zur gleichberechtigten Religion erklärte, sowie 79 Jahre, bevor Kaiser Theodosios das Christentum zur offiziellen Staatsreligion des Römischen Reiches erhob. Mit dieser Frühdatierung beansprucht die armenische Kirche, die älteste noch bestehende christliche Kirche zu sein.

Der besonders in Ostarmenien starke Einfluss der etwas älteren syrisch-orthodoxen Kirche führte dazu, dass Armenien beim ersten großen Schisma der

Kirchengeschichte die Beschlüsse von Chalcedon verwarf. Gemeinsam mit syrisch-orthodoxen Christen, Kopten, christlichen Äthiopiern, Eritreern sowie der Indischen Orthodoxen Kirche bildet die Armenisch-Apostolische Kirche seither die Untergruppe der altorientalischen (vor-chalcedonensischen) Kirchen innerhalb der großen Gemeinschaft christlicher Kirchen.



Bild 1: Stich mit der Darstellung eines armenischen Bischofs.

Damit das Christentum auch zur Volksreligion Armeniens aufsteigen konnte, bedurfte es der Binnenmission. Ihr Haupthindernis bildete anfangs der Umstand, dass der „Gottesodem", wie auf Armenisch die Bibel umschrieben wird, nur in den Fremdsprachen Griechisch und Syrisch (Aramäisch) vorlag bzw. von gelehrten Klerikern im Gottesdienst in die Landessprache jeweils übersetzt werden musste. Da sich die vorhandenen Alphabete (Griechisch und die parthische Pahlewi-Schrift) nicht für das lautlich reichere Armenisch eigneten,

bildete die Schaffung eines Nationalalphabets (um 404) die Hauptvoraussetzung für die bereits im Jahre 433 abgeschlossene Übersetzung der gesamten Bibel.

Beides – die Schaffung eines armenischen Alphabets (möglicherweise auch Wiederauffindung bereits vorhandener Buchstaben) und die frühe Bibelübersetzung – bilden das Werk des Mönchs und vormaligen Hofsekretärs Mesrop Maschtoz (geb. um 362, gest. 17.02.440), dessen Vita zeitnah zwischen 443-49 von seinem Schüler und Biographen Korjun (geb. um 380, gest. um 450) verfasst wurde; sie gilt als historisch zuverlässiges Werk der altarmenischen Geschichtsschreibung. Korjun zufolge entwarf der philologisch offenbar geniale Maschtoz auch für die benachbarten Georgier und ostkaukasischen Albaner, die damals noch in Kirchenunion mit Armenien standen, Vollalphabete, bei denen jeder Buchstabe einem Phonem entspricht.

Das Werk des Maschtoz schuf die Voraussetzungen für eine rasch aufblühende geistliche und weltliche armenische Literatur, deren besondere Stärke die Geschichtsschreibung wurde. Seine Bibelübersetzung trug zur dauerhaften Verankerung des Christentums bei und machte die Christianisierung Armeniens zum wichtigsten Impuls der nationalen Kulturgeschichte. Der armenischstämmige byzantinische Patriarch und Diplomat Photios (858–886) kopierte das Erfolgsmodell „Buchstaben plus Bibelübersetzung“ bei der Slawenmission, mit der er die Brüder Konstantinos (später Kyrill genannt) und Methodios beauftragte. Die Stilisierung ihres glagolitischen Alphabets weist Einflüsse der armenischen und koptischen Schrift auf.

Mit Ausnahme des vierten bis sechsten Jahrhunderts, als Ostgeorgien (Iberien) und das untergegangene Königreich Albanien (heutiges Nordwestaserbaidschan) mit Armenien in Kirchenunion standen, hat die Armenisch-Apostolische Kirche nicht missioniert. Seit eintausend Jahren bildet sie die einzige weltweite armenische Organisation, die überall dort ansässig wurde, wo armenische Auslandsgemeinschaften entstanden. Für sechs Jahrhunderte, bis zur Wiedererlangung der Staatlichkeit Armeniens 1991 vereinte einzig die Kirche die weltweit verstreute Nation und erlangte damit die Bedeutung eines integrativen Staatsersatzes. Ihre stark kulturprägende Wirkung währte bis in die Neuzeit mit ihrer zunehmenden Säkularisierung. Die identitätsstiftende Ausstrahlung der armenischen Kirche hält jedoch bis heute an.

In den 1725 Jahren ihrer langen Geschichte hat die armenische Kirche zahlreiche Herausforderungen überstanden, darunter innere und äußere Spaltungen, Verfolgung, Vertreibungen und Völkermord. Aus ihrer historischen Erfahrung begreift sie sich als Märtyrerkirche. Von 5.000 armenisch-apostolischen Klerikern überlebte nur etwa ein Zehntel den Völkermord im Osmanischen Reich (1915/16). Nach Angaben des armenisch-apostolischen Patriarchats von Konstantinopel wurden damals fast sämtliche der 2.200 Klöster und Kirchen

im türkischen Staatsgebiet geplündert und niedergebrannt, darunter herausragende Beispiele frühchristlicher Architektur aus dem 7. Jh. Über 20.000 armenische Handschriften und Frühdrucke fielen in jenen Jahren der Brandschatzung von Kirchen und Klosterbibliotheken oder anderer Zerstörung zum Opfer. In den 1920er und 1930er Jahren war die armenische Kirche im sowjetischen Herrschaftsbereich erneuter Verfolgung ausgesetzt, die in der Ermordung des Katholikos Choren I. (Muradbekjan; 1873–1938) durch sowjetische Geheimdienstangehörige gipfelte.

Die Vernachlässigung und sogar Zerstörung von Sakralbaudenkmälern außerhalb des heutigen Armeniens – gegenwärtig besonders in Aserbaidschan – zeugen von anhaltender religiös-nationalistisch motivierter Verfolgung.

Gliederung und Rechtsstellung

Ihre Autokephalie („Eigenhäuptigkeit“) erlangte die Armenisch-Apostolische Kirche bereits im Jahr 374. Seither wird sie von einem von Klerikern und Laien gewählten Oberhaupt, dem Katholikos, geleitet. Dessen Amtssitz befindet sich seit 1441 erneut im Großkloster Etschmiadsin am Rande der einstigen Haupt- und Residenzstadt Wararschapat, wo König Trdat das Christentum zur Staatsreligion erhoben hatte. Allerdings löste das Vordringen des arabischen Kalifats in die Araratebene im Jahr 640 eine fünfhundertjährige „Periode der Wanderschaft“ aus, in der das Katholikat mehrfach verlegt wurde, entsprechend dem Wechsel der Königsresidenz.



Bild 2: Kathedrale des Katholikats Etschmiadsin, Sitz des Katholikos aller Armenier. (© Armenian Church of America)

Nachdem das kilikisch-armenische Königreich unter die Herrschaft der muslimischen Mameluken gefallen war, beschloss 1441 eine Synode die Rückverlegung

des Katholikats an den ursprünglichen und außerhalb des mamelukischen Herrschaftsgebiets gelegenen Sitz. Allerdings verweigerte der damalige Amtsinhaber den Umzug, woraus ein zweites Katholikat entstand: das „Hohe Haus von Kilikien“ mit Sitz in Sis (türk. Kozan). Nach Verfolgungen durch das jungtürkische Regime während und nach dem Ersten Weltkrieg reorganisierte man das kilikische Katholikat und verlegte seinen Sitz dauerhaft nach Beirut (Ortsteil Antelias), weil inzwischen die armenische Bevölkerung in Kilikien vernichtet oder vertrieben worden war und die Behörden des osmanischen Reiches eine Residenz in Konstantinopel abgelehnt hatten.

War schon die bloße „Doppelhäuptigkeit“ der armenischen Kirche konfliktträchtig, so wurde das Spannungsverhältnis zwischen den beiden Katholikoi durch den Ost-West-Konflikt während des Kalten Krieges noch verstärkt und drohte die Kircheneinheit zu sprengen. Gleichzeitig trug die Konkurrenz mit einem von der Sowjetunion unabhängigen Katholikat wesentlich dazu bei, dass der armenischen Kirche eine korrumpierende Abhängigkeit von Staat und Partei erspart blieb, wie sie etwa die georgisch-orthodoxe Kirche erlitt. Dem charismatischen Katholikos Wasgen I. (geb. Karapet Paldschjan, 1908–1994) gelang ab 1963 die Aussöhnung mit dem kilikischen Katholikat, das die Oberhoheit Etschmiadsins und des dortigen „Katholikos aller Armenier“ anerkannte; die gegenwärtigen Katholikoi amtieren als Garegin II. (Ktritsch Nersisjan, geb. 1951) in Etschmiadsin bzw. Aram I. (Keschischjan, geb. 1947) in Antelias. Kirchenrechtlich unterstehen die ca. 400.000 armenisch-apostolischen Gläubigen des Libanon, Syriens und Zyperns sowie Teile der Diasporen Griechenlands und Nordamerikas dem „Hohen Haus von Kilikien“. Die Jurisdiktion des „Katholikos aller Armenier“ erstreckt sich auf Armenien (ca. 3 Mio. Gläubige) sowie auf die übrige Diaspora. Nach Eigenangaben besitzt die Armenisch-Apostolische Kirche gegenwärtig rund zehn Millionen Angehörige. Seit 1962 gehört sie dem Weltkirchenrat (gegr. 1948) an.

Zwei armenisch-apostolische Patriarchate in Jerusalem (1311) und Konstantinopel (1461) entstanden als Gegengründungen der Mameluken bzw. Osmanen, um die in ihrem Herrschaftsbereich lebenden Armenier besser zu kontrollieren. Das Patriarchat von Konstantinopel mit heute ca. 50.000 bis 70.000 Gläubigen in der Türkei sowie der Diaspora wurde von den Osmanen zudem als Gegengewicht zum orthodoxen Ökumenischen Patriarchat ins Leben gerufen und anfangs privilegiert. Dem Patriarchat zu Jerusalem unterstehen in Israel ca. 1.500 bis 1.600 Gläubige sowie eine Gemeinde in Jordanien.

Zwei weitere armenisch-apostolische Regional-Katholikate haben das 19. Jahrhundert nicht überdauert: Das Katholikat von Waspurakan (Van, historisches Südwestarmenien) mit Sitz auf der Insel Achtamar entstand als Abspaltung: Es wurde 1113 von Bischof Dawit Artsruni aus Protest dagegen ausgerufen, dass ein Minderjähriger zum Katholikos ernannt worden war. Als

regionales Katholikat mit schwindendem Einflussbereich und zuletzt noch etwa 100.000 Gläubigen verwaiste es nach der Ermordung von Katholikos Chatschatur III. (Tschirojan; 1863–1895) und wurde von den osmanischen Behörden 1915 aufgelöst. Die Jurisdiktion des „albanischen Katholikats", das Grigoris, der Neffe des Erleuchters Grigor schon im Jahre 306 im Kloster Amaras begründete, erstreckte sich außer auf die historische Provinz Arzach (Karabach) auch auf die angrenzende altarmenische Provinz Sjunik. Die seit dem Mittelalter in der Adelsfamilie der Dschalaljan erbliche Würde des Katholikos wurde nach der Eroberung des südöstlichen Kaukasus 1815 vom russisch-orthodoxen Heiligen Synod zum Amt eines Metropoliten herabgestuft.

Religion und Kirche im postsowjetischen Armenien

Schon zur Sowjetzeit (1921–1991) war Armenien ein fast monoethnisches Land. Mit der Abwanderung ethnischer, ethnoreligiöser bzw. sprachlicher Minderheiten hat sich dieser Trend zur Monoethnisierung in den letzten 30 Jahren noch verstärkt: Bei der letzten Volkszählung (Zensus) in der postsowjetischen Republik Armenien wurden 3.018.854 Einwohner gezählt, davon über 98 % ethnische Armenier und etwa 90 % Angehörige der Armenisch-Apostolischen Kirche.

Obwohl das armenische Religionsgesetz („Gesetz über Gewissen und religiöse Organisationen", 1991, novelliert 1995) die Trennung von Staat und Kirche vorsieht, begünstigte der Gesetzgeber die Armenisch-Apostolische Kirche aufgrund ihrer herausragenden historischen Rolle als Stifterin, Bewahrerin und Verteidigerin nationaler Identität, indem er ihr einen Sonderstatus und Privilegien als Nationalkirche zuerkannte, die durch das Gesetz über die Beziehungen zwischen der armenischen Kirche und der Republik Armenien (2007) noch erweitert wurden. Artikel 18 des armenischen Grundgesetzes (1995, 2005 novelliert) lautet infolgedessen:

> „1. Die Republik Armenien erkennt den ausschließlichen Auftrag der Heiligen Apostolischen Armenischen Kirche als Volkskirche im geistlichen Leben des armenischen Volkes, bei der Entwicklung seiner nationalen Kultur und der Bewahrung seiner nationalen Identität an.
>
> 2. Die Beziehungen zwischen der Republik Armenien und der Heiligen Apostolischen Armenischen Kirche können gesetzlich geregelt werden."

Die Geschichte der Armenisch-Apostolischen Kirche wurde integraler Lehrstoff an öffentlichen Schulen. Kritiker warfen allerdings der armenischen Kirche ihre Staatsnähe, Konservatismus sowie die Beschränkung auf den Kultus vor, demgegenüber karitative Aufgaben vernachlässigt würden. Dieser Mangel mag

auch die Missionserfolge begründen, die christliche Sekten und andere Religionsgemeinschaften im postsowjetischen Armenien zunächst verzeichneten.

Die armenische Kirche war auf eine weltanschauliche Konkurrenz ebenso wenig vorbereitet wie andere „traditionelle“ Kirchen und Religionsgemeinschaften in postsowjetischen Staaten. Aus Sicht des armenisch-apostolischen Klerus bzw. des politischen Establishments handelt es sich bei den westlichen Missionserfolgen um Proselytenmacherei bzw. „Suppenmission“. Das Strafgesetz (Art. 162 in der Fassung von 2008) und das Religionsgesetz (Art. 8) verbieten die freilich nicht näher definierte „Seelenjagd“. Das Gesetz schreibt allen religiösen Organisationen und Gemeinschaften eine behördliche Registrierung beim Ministerium für Nationale Minderheiten und Religionsausübung vor. Voraussetzungen sind der Nachweis von mindestens 200 erwachsenen Mitgliedern sowie der nicht profitorientierten, rein spirituellen Natur einer Organisation. Nicht zuletzt unter dem Einfluss ausländischer Geldgeber ist die Behördenpraxis seit Jahren tolerant.

Kirche und Staat nach der „Samtrevolution“ (2018)

Das enge, positive Verhältnis zwischen der Staatsführung der Republik Armenien und der armenisch-apostolischen Kirchenleitung verschlechterte sich abrupt und dramatisch unter der Amtsführung des ehemaligen Journalisten Nikol Paschinjans, eines Anhängers des ersten post- und antisowjetischen armenischen Präsidenten Lewon Ter-Petrosjan (Nov. 1991–Febr. 1998). N. Paschinjans Protestbewegung von 2018 richtete sich gegen allgemeine postsowjetische Missstände wie Oligarchentum und Korruption, was ihm die Gunst vieler Wähler einbrachte; die aus der armenischen Region Arzach (Berg-Karabach) stammenden Präsidenten Robert Kotscharjan und Serge Sargsjan bezeichnete N. Paschinjan als prosowjetisch und korrupt und leitete als Regierungschef im Mai 2019 ein Strafverfahren gegen Kotscharjan ein, das viele Kritiker als Akt persönlicher Rache Paschinjans ansahen; Paschinjan saß 2008 als Anführer ungenehmigter Massenproteste mehrere Monate im Gefängnis.

Paschinjans Machtübernahme im Ergebnis seiner „Samtrevolution“ (2018) inspirierte auch Mitglieder der Bewegung „Neues Armenien, neuer Patriarch“, auf ähnliche Weise die geistliche Macht zu wechseln, indem sie am 6. Juli 2018 die Residenz des Katholikos Garegin II. in Etschmiadsin belagerten, unter der Führung des Koordinators der Initiative, Karen Petrosjan, und das Büro des Oberhaupts der Armenisch-Apostolischen Kirche besetzten. Geistliche schlossen sich dieser Bewegung erst ab 2025 an. Im Januar 2026 veröffentlichte Paschinjan einen „Reformfahrplan für die Armenische Kirche“, den zehn Bischöfe in seiner Residenz des Regierungschefs unterzeichneten. Das Dokument

zielte erkennbar darauf ab, den Einfluss von Katholikos Garegin II. zu beschneiden, den Paschinjan zuvor ohne Vorlage von Beweisen öffentlich mit schweren persönlichen Vorwürfen überzogen hatte.

Traditionsgemäß werden Katholikoi durch den Nationalen Kirchenrat bzw. eine Synode gewählt. Als im Februar 2026 in Sankt Pölten (Österreich) eine armenisch-apostolische Bischofskonferenz einberufen werden sollte, verhinderte die armenische Regierung ihre Stimmfähigkeit, indem sie dem Katholikos sowie etlichen Hierarchen die Ausreise verbot. Dieses generelle Reiseverbot verhinderte auch, dass Garegin II. an der Beisetzung seines georgischen Amtskollegen Ilias II. im März 2026 teilnehmen konnte. Das Ausreiseverbot begründet die politische Führung damit, dass gegen das armenische Kirchenoberhaupt ein Strafverfahren wegen der Absetzung eines der abtrünnigen Bischöfe eingeleitet wurde.



Bild 3: Katholikos Aller Armenier Garegin II. (© ÖRK)

Bereits 2021 hatte Paschinjans Regierung eine weitere Verfassungsreform in Aussicht gestellt, um der Kirche ihren privilegierten Status zu entziehen. Seit Paschinjans „Samtener Revolution“ von 2018 ist Katholikos Garegin II. (mit bürgerlichem Namen: Ktridsch Nersisjan) ein deutlicher Kritiker Paschinjans, insbesondere, nach dem verlustreichen Angriff Aserbaidschans auf die De Facto-Republik Arzach (Herbst 2020) und Paschinjans Äußerung auf einer EU-Konferenz in Prag im Oktober 2022, wonach Karabach zu Aserbaidschan

gehöre. Die offene Unterstützung des Katholikos für die Freilassung des ehemaligen Präsidenten Robert Kotscharjan Anfang 2020 und seine Ablehnung von Paschinjans allzu nachgiebigen Friedensbemühungen nach dem Zweiten Karabachkrieg steigerten noch Paschinjans Ärger. In seinen Augen verkörpert der Katholikos keine spirituelle Autorität mehr, wenn er dies überhaupt jemals getan habe, sondern vielmehr politische Obstruktion gegen Paschinjans vermeintlich realistisch-gegenwartsorientierte, antirevanchistische Politik. Paschinjan beantwortete in vulgärer Sprache die Kritik des obersten Geistlichen mit einer Beleidigungs- und Verleumdungskampagne: „Ehrwürdiger Hochwürden, vögeln Sie doch einfach weiter die Frau Ihres Onkels. Was haben Sie mit mir zu tun?“ – postete Nikol Paschinjan am Morgen des 30. Mai 2025 auf seiner Facebook-Seite. Es bleibt unklar, an welchen Geistlichen sich der Regierungschef wandte. Es folgten weitere Posts, in denen er die Geistlichen kritisierte und die Frage, wie viele hochrangige Kirchenvertreter ihrem Gelübde der Ehelosigkeit treu bleiben. Seiner Ansicht nach sollten alle Geistlichen, die den Zölibat gebrochen haben, zurücktreten, denn „das Volk hat ein Recht auf eine Kirche, die in spirituellen und moralischen Werten verwurzelt ist.“ Paschinyan wandte sich dann der Wahl des armenischen Patriarchen zu: „Die Republik Armenien muss bei der Wahl des Katholikos aller Armenier das entscheidende Stimmrecht haben. Die Kandidaten müssen einer Hintergrundüberprüfung unterzogen werden. Diese Frage muss ein für alle Mal geklärt werden.“[1]

Paschinjans inzwischen geschiedene Ehefrau Anna Hakobyan unterstellte den Geistlichen Pädophilie. Auch wenn der Katholikos die gegen ihn gerichteten Vorwürfe bisher nicht zurückgewiesen hat, behaupten dessen Anhänger, dass die Anschuldigungen gegen Artikel des armenischen Strafgesetzbuches verstoßen. Die Regierung wiederum behauptet seit Mai 2024, dass die Armenisch-Apostolische Kirche gegen die verfassungsmäßige Trennung von Kirche und Staat verstoße, indem sich der Katholikos in die Innenpolitik einmische, unter anderem durch seine Kritik des fragilen Friedensprozesses mit Aserbaidschan als Verstoß gegen nationale armenische Interessen.

Zwischen Juni und Dezember 2025 ordnete ein und derselbe Richter, Massis Melkonjan, die Festnahme von vier Erzbischöfen an, darunter der Kanzleileiter des Katholikats, Erzbischof Arschak Chatschatrjan. Laut einem Medienbericht soll er 2018 einen Mitarbeiter der Kirche angewiesen haben, Drogen in den Rucksack eines Teilnehmers an einer Protestaktion gegen den Katholikos zu schmuggeln. „Angesichts der öffentlichen Äußerungen und der Haltung des Erzbischofs [er bekundete seine Unterstützung für den Katholikos aller

[1] Blackmail or message to Catholicos? Analysing Pashinyan’s social media posts. “JAM News”, 2 Jun 2025, https://jam-news.net/blackmail-or-message-to-catholicos-analysing-pashinyans-social-media-posts/.

Armenier] ist klar, dass dieser Artikel versucht, ihn aus politischen Gründen zu diskreditieren. Das Ziel ist es, in der Gesellschaft den Eindruck seiner angeblichen Verwicklung in den Drogenhandel zu erwecken", betonte der Anwalt des Erzbischofs, Arsen Babajan. Er bezeichnete die sieben Jahre alten Vorwürfe als „lächerlich" und „absurd" und merkte an, dass es keine direkten Zeugenaussagen gegen den Erzbischof gebe.

Einige Monate zuvor, im Juni 2025, hatte Richter Melkonjan auch die Festnahme von zwei weiteren Hierarchen genehmigt: Im Juni 2025 verhafteten die Behörden im Abstand von nur wenigen Tagen die Oberhäupter der Diözesen Tawusch und Schirak der Armenisch-Apostolischen Kirche. Erzbischof Bagrat Galstanjan, Oberhaupt der Diözese Tawusch, wird beschuldigt, „terroristische Handlungen und die Machtergreifung" geplant zu haben. Erzbischof Bagrat Galstanjan war besonders stark von den Gebietsabtretungen und Vertreibungen betroffen, die Nikol Paschinjan in seiner Provinz angeordnet hatte und hatte zu Protestdemonstrationen aufgerufen, denen Zehntausende folgten. Er wurde Ende Juni 2025 unter dem Vorwurf, einen Staatsstreich geplant zu haben, inhaftiert. Eine Tonaufnahme, die Galstanyan angeblich belastete, war manipuliert worden.

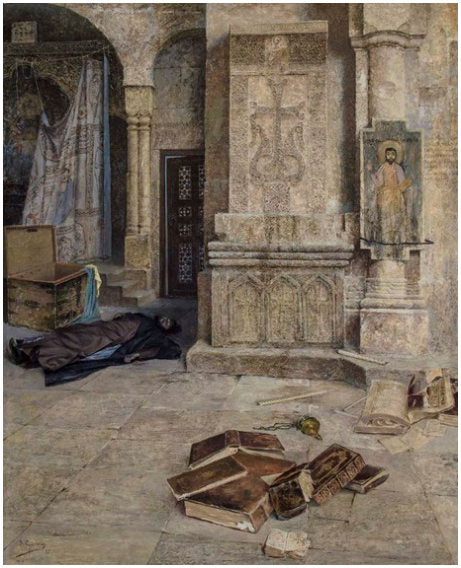


Bild 4: Wardges Surenjanz: Entweihtes Heiligtum (1895). (© Public Domain)

Am 15. Oktober 2025 stürmten Sicherheitskräfte die Diözese der westlichen Provinz Aragatsotn und verhafteten Bischof Mkrtitsch Proschjan, zwölf Priester und mehrere Mitarbeiter. Sogar der Anwalt eines im Juni 2025 inhaftierten

Erzbischofs wurde von maskierten Agenten festgenommen. Am nächsten Morgen wurden die meisten wieder freigelassen – mit Ausnahme von Bischof Proschjan, Priester Garegin Arsenjan sowie dem Buchhalter der Diözese, denen politisch motivierte Straftaten vorgeworfen werden. Noch am selben Tag kritisierte der Anwalt Alexandr Kotschubajew auf Facebook die Verhaftung des Bischofs und das Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Einen Tag darauf wurde auch er verhaftet. Der russisch-armenische Unternehmer und Mäzen Samwel Karapetjan ist seit dem 18. Juni 2025 in Haft, nachdem er in einem Fernsehinterview die Kirche verteidigt hatte. Darüber hinaus wurden in der dritten Juniwoche 2025 Anhänger der nationalrevolutionären Traditionspartei *Armenische Revolutionäre Föderation – Daschnakzutjun (ARF-D)* und andere Anhänger des Erzbischofs Bagrat Galstanjan festgenommen. Die Liste der politischen Gefangenen in Armenien wächst.

Die Opposition, darunter sogar Lewon Ter-Petrosjan, wirft Paschinjan „Verrat“ vor und behauptet, Paschinjan habe die Kirche angegriffen, um Baku zu beschwichtigen. Seit der Niederlage Armeniens im Krieg mit Aserbaidschan um Arzach im Jahr 2020 haben sich unter den Wählern Apathie und Desillusionierung breitgemacht. Ter-Petrosjans Partei *Armenischer Nationalkongress* betont die Notwendigkeit der Einheit in Armenien.

Als die Spannungen zwischen dem Iran und Israel Anfang Juni 2025 erstmals in einen Krieg mündeten, hielt sich Paschinjan vier Tage mit Verbalangriffen zurück. Seine verbale „Waffenruhe“ endete, als der russisch-armenische Geschäftsmann und Mäzen Samwel Karapetjan den Katholikos verteidigte und drohte, die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, sollte der Streit mit der Kirche nicht auf politischem Wege beigelegt werden. Karapetjan war einer von vier Geschäftsleuten, die 2020 den Großteil einer beispiellosen Kaution in Höhe von 4,1 Millionen Dollar für die Freilassung Robert Kotscharjans aufbrachten.

Als der Nationale Sicherheitsdienst Karapetjan bei einer nächtlichen Razzia in Jerewan nicht auf Anhieb hatte festnehmen können, entließ Paschinjan den Chef der Sicherheitsbehörde am folgenden Tag. Karapetjan wurde daraufhin wegen öffentlicher Aufrufe zum Sturz der Regierung angeklagt. In der Zwischenzeit hat Paschinjan Schritte unternommen, um Karapetjan sein Eigentum am armenischen Stromverteilungsnetz zu entziehen. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kündigte am 18. Juni 2025 an, dass Moskau die Entwicklungen in Armenien genau verfolge. Als der armenischstämmige Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, am 30. Juni 2025 auf der Außenministerkonferenz der CSTO „ernste Besorgnis“ wegen des „Angriffs auf Autoritäten der armenisch-apostolischen Kirche“, einem „Eckpfeiler der armenischen Gesellschaft“, äußerte, dementierte der armenische Außenminister Ararat Mirsojan derartige Angriffe und forderte Lawrow auf, sich „nie wieder“

in innere Angelegenheiten Armeniens einzumischen. Mirsojan selbst war der Konferenz ferngeblieben.

In den folgenden neun Monaten hat sich die Lage nicht gebessert. „Für die Regierung ist die Kirche nicht nur eine religiöse Institution, sondern eine politische Kraft, die ihrer Autorität im Weg steht“, findet der armenisch-apostolische Pfarrer Dr. Diran Sardaryan in Baden-Württemberg und berichtete über systematische Einschränkungen derselben: „Die Maßnahmen der Regierung betreffen das kirchliche Leben in seiner ganzen Breite. Der Unterricht in der Geschichte der Armenischen Kirche an öffentlichen Schulen wurde [2023] aus den Lehrplänen entfernt. Damit verlieren Generationen junger Armenier den institutionalisierten Zugang zu jenem Wissen, das diese ganze Reihe zu vermitteln sucht: wer sie sind, woher ihr Glaube kommt und was die Kirche für ihr Volk über Jahrhunderte bedeutet hat.

Die Militärseelsorge wurde abgeschafft. Junge Soldaten, die in einem der schwierigsten geopolitischen Umfelder der Welt ihren Dienst leisten, haben damit keinen institutionellen Zugang mehr zu geistlicher Begleitung. Darüber hinaus steht die Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen zur Disposition, Bereiche, in denen die Kirche bisher Menschen in extremen Lebenssituationen begleitet hatte.“

Der Weltkirchenrat und die Organisation *Christian Solidarity International* verurteilten diese Vorgänge öffentlich als Angriffe auf die Religionsfreiheit.

In einem bedeutenden legislativen Kurswechsel hat die armenische Nationalversammlung Änderungen des Grundgesetzes verabschiedet, die der langjährigen Praxis, staatliches und kommunales Land unentgeltlich an die Armenisch-Apostolische Kirche zu übertragen, ein Ende setzen. Die neuen Vorschriften, die am 25. März 2026 in zweiter und letzter Lesung verabschiedet wurden, sehen vor, dass solche Grundstücke nicht mehr zum Bau oder zur Instandhaltung religiöser Bauten in das Eigentum der Kirche übergehen dürfen. Stattdessen dürfen die Behörden Grundstücke nur noch auf der Grundlage einer unbefristeten Nutzung gewähren, wodurch sichergestellt wird, dass der Staat das endgültige Eigentumsrecht behält. Kritiker sehen diesen Schritt im breiteren Kontext der eskalierenden Spannungen zwischen der Regierung und dem Katholikosat von Etschmiadsin.



Bild 5: Entlassung von Militärgeistlichen im Frühjahr 2026. (© 301)

Der größere Zusammenhang: Ahistorizismus

N. Paschinjans Vorgehen gegen die geistlichen Führung seines Landes – unter dem Deckmantel der Reformnotwendigkeit – ist Bestandteil eines umfassenderen Anliegens: Er glaubt, seinem Volk, dessen Siedlungsraum sich innerhalb von nur 111 Jahren um über 90 Prozent verringert hat, einen Gefallen zu tun, indem er Realismus einfordert: Die zuletzt aus Arzach (Berg-Karabach) Vertriebenen sollen nicht mehr von ihrer Heimat träumen oder gar an eine Rückkehr denken, sondern nüchtern im Hier und Jetzt, d. h. in den Grenzen des „echten Armenien“ verharren, also der Republik Armenien. Aus den Stempeln der Einreisevisen wurde die Silhouette des Berges Ararat entfernt, der bis 1921 noch zu Armenien gehört hatte und der armenisch-apostolischen Kirche als Berg der

Archelandung als heilig gilt und als Sanctum nicht bestiegen werden durfte. West-Armenien soll nur noch als „historisches Armenien“ bezeichnet, Berg-Karabach laut einer Äußerung des Parlamentssprechers A. Simonjan nicht mehr Arzach genannt werden.

Drei Armenier aus Arzach wurden am 23. März 2026 von Beamten des armenischen Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS) festgenommen, nachdem sie in der Nähe der Hakari-Brücke Fotos mit Arzach im Hintergrund gemacht hatten, wie Rechtsanwalt Roman Jerizjan in einer Videobotschaft auf Facebook mitteilte. Ihm zufolge wurden die Männer auf dem Rückweg angehalten, ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt und ihre Handys beschlagnahmt, während ihnen der Kontakt zu einem Anwalt verwehrt wurde. „Nach ein oder zwei Stunden wurden sie auf eine Polizeiwache gebracht, um verwaltungsrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden. Letztendlich erhielten sie eine Verwarnung, doch ihre Handys wurden ohne richterliche Anordnung durchsucht. Auf die Frage, warum sie die Fotos gemacht hätten, sagten sie, sie wollten lediglich ihre Sehnsucht stillen, ohne weitere Absichten. Daraufhin erklärte ihnen ein Polizeioberstleutnant, wenn sie ihre Heimat vermissten, könnten sie sich [den Aserbaidschanern] stellen und auf diese Weise nach Hause zurückkehren“, sagte Jerizjan.[2]

Der von Paschinjan erzwungene Rücktritt von Edita Gzoyan als Direktorin des Genozidmuseums und -instituts (Jerewan) fällt ebenfalls in diesen Zusammenhang. Die international angesehene Wissenschaftlerin hatte den Zorn des Regierungschefs ausgelöst, als sie dem US-amerikanischen Vizepräsidenten J. D. Vance bei dessen Staatsbesuch im März 2026 ein Buch über Arzach schenkte und ihn zu einem Gedenkstein für die armenischen Massakeropfer in Sumgait (Ende Februar 1988) führte. Dass Paschinjan Präsident Wladimir Putin am 11. Oktober 2019 am Rande des Gipfels der *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* (GUS) in Aschchabat (Turkmenistan) das Buch *Frieden für Karabach* des russischen Diplomaten Wladimir Kasimirow geschenkt hatte, spielt für Paschinjans Doppelmoral anscheinend keine Rolle. Nur einen Tag nach seiner Wahl am 8. Mai 2018 betonte Paschinjan in der karabach-armenischen Hauptstadt Stepanakert, wie wichtig Karabach für Armenien sei und äußerte unter anderem: „Arzach ist Armenien. Basta!“ Spätestens viereinhalb Jahre darauf vollzog er einen vollständigen Sinneswandel und behauptete, Karabach gehöre zu Aserbaidschan, offenbar in der Erwartung, dass alle Armenier seine Meinung teilen.

Das armenische Interesse an Geschichte und ihrer Deutung ist eine unmittelbare Folge der Christianisierung und ließ die Geschichtsschreibung zur

[2] Three Artsakh Armenians detained over photo. “PanArmenian”, 23 March 2026, https://panarmenian.net/eng/news/331807/.

produktivsten Gattung der altarmenischen Literatur werden, denn schon die damaligen Historiographen beschäftigte intensiv die Frage, ob Gott ihr Volk „auserwählt" habe, da er so leiden ließ. Geschichte und Glauben wurden zum Fundament armenischer Kollektiv- und Individualidentität. Welchen Sinn macht es, jetzt beides zu untergraben?

In einem Offenen Brief vom 12. Februar 2026 warnten prominente Vertreter der armenischen Diaspora N. Paschinjan, dass die Art und Weise, wie seine Regierung mit der Kirche umgehe, die Beziehungen zu Armeniern weltweit in einer Weise zu schädigen drohe, „wie es nicht einmal dem Osmanischen Reich oder der Sowjetunion gelungen ist". Das *Lemkin Institute for Genocide Prevention* (eine US-amerikanische Nichtregierungsorganisation) veröffentlichte am 28.12.2025 seine Stellungnahme „Historische Kontinuitäten der Identitätsauslöschung innerhalb von Opfergruppen", in der es das antikirchliche Vorgehen der armenischen Regierung mit der „genozidalen Logik" der osmanischen Regierung verglich: „Das Lemkin-Institut für Völkermordprävention äußert tiefe Besorgnis über die anhaltende staatliche Unterdrückung der Armenisch-Apostolischen Kirche in Armenien, einschließlich der Verhaftungen und Einschüchterungen von Geistlichen, der gezielten Angriffe auf kirchliche Einrichtungen und der zunehmenden Nutzung des Rechtssystems durch den Staat, um religiöse Führer zum Schweigen zu bringen. Diese Entwicklungen stellen eine gefährliche Herausforderung für die demokratischen Institutionen Armeniens sowie einen Eingriff in die Kerninstitutionen der armenischen Identität dar. Sie sind ein bedauerliches Beispiel dafür, wie Völkermordprozesse in Zeiten der Bedrohung verinnerlicht werden können. (…)

Mit der Zerstörung der Kirche versuchten die osmanischen Herrscher, genau jenen Mechanismus zu zerschlagen, der es der armenischen Identität ermöglicht hatte, Jahrhunderte imperialer Herrschaft und kultureller Unterdrückung zu überstehen.

Diese gezielte Kampagne gegen das armenische Christentum zeigt, dass Völkermord nicht nur durch physische Vernichtung, sondern auch durch die Auslöschung der kulturellen und spirituellen Identität vollzogen wird. Die Auslöschung der Kirche als moralischer Kompass und einigende Institution der Nation war ein zentraler Bestandteil der Logik des Völkermords."[3]

Fazit

Die seit Beginn von N. Paschinjans Regierung antikirchliche Politik hat nicht nur der armenisch-apostolischen Kirche als wichtigstem Zusammenhalt und

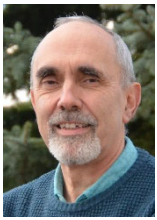
[3] https://www.lemkininstitute.com/statements-new-page/statement-on-the-suppression-of-the-armenian-apostolic-church%3A-historical-continuities-of-identity-erasure-within-victim-groups.

Identitätsstifterin der mindestens zehn Millionen zählenden armenischen Weltbevölkerung – davon nur ein knappes Drittel in der Republik Armenien lebend – äußersten Schaden zugefügt, sondern ebenfalls der Rechtsstaatlichkeit der Republik Armenien. Dazu gehören nicht nur willkürliche Festnahmen von Hierarchen, Geistlichen und deren Anwälten, sondern massive Störungen der innerkirchlichen Funktionsfähigkeit, etwa durch Ausreiseverbote zu Synoden im Ausland.

Ministerpräsident Paschinjan begründet dies mit dem zutiefst undemokratischen Anspruch, dass die Regierung zu bestimmen habe, wer das Oberhaupt der armenischen National- und Volkskirche wird. Er hebt damit die verfassungsmäßige Trennung von Kirche und Staat zugunsten der Exekutive auf und ordnet eine altehrwürdige Institution der Staatsführung unter. Zu diesem Zweck bedient er sich sowohl der Einschüchterung, als auch des „Kompromats" als einem berühmt-berüchtigten Diskreditierungs- und Erpressungsmittel aus der Sowjetzeit, auch wenn er sonst strikt antisowjetisch und antirussisch auftritt bzw. seinen Kritikern (einschließlich des Katholikos) pauschal vorwirft, Agenten Moskaus zu sein. Der Bruch eines Keuschheitsgelübdes ist zudem kein weltlicher Straftatbestand. Es zählt nicht zu den Aufgaben eines Regierungsoberhaupts, in diesem Zusammenhang zu ermitteln.

Zugleich bildet Paschinjans Kultur- und Kirchenkampf einen wesentlichen Bestandteil seines Versuchs, die Identität seiner Landsleute durch einen radikalen Verzicht auf ihr bisheriges Geschichtsbild und die daraus abgeleiteten Werte auszulöschen.

Niger: Zunehmender Terror auch gegen Christen unter dem Radar?



Wolfgang Häde (D.Th., UNISA) ist Gemeindereferent der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ (HMK). Die HMK setzt sich seit der Gründung durch den rumänischen Pastor Richard Wurmbrand vor über 50 Jahren weltweit für Christen ein, die wegen ihres Glaubens diskriminiert und verfolgt werden (www.verfolgte-christen.org). Wolfgang Häde war mit seiner Familie fast 20 Jahre im kirchlichen Dienst in der Türkei tätig. Über den 2007 in der osttürkischen Stadt Malatya ermordeten türkischen Christen Necati Aydin schrieb er das Buch „Mein Schwager – ein Märtyrer.“ (Bild: © privat)

Während des Gottesdienstes zu Heiligabend am 24. Dezember 2025 im Dorf Mailo, das zur nigrischen Region Dosso gehört, drangen Terroristen in die Kirche ein, feuerten mehrfach in die Luft. Mindestens ein Ehepaar aus der Kirche wurde anschließend gezielt erschossen. Rund 400 christliche Familien flohen aus Angst vor weiteren Gewalttaten aus dem Dorf. Sie mussten dabei ihre Häuser und alle Mittel für ihren Lebensunterhalt in Panik zurücklassen. Kurzfristig ließen sich die meisten der Familien im Dorf Dankasari, rund 9 km von Mailo entfernt, nieder. Junge Menschen und besonders Studenten flohen in die Nähe der Hauptstadt Niamey, rund 150 km entfernt.[1]

Leider ist die Terrorattacke von Weihnachten 2025 kein Einzelfall. Laut ACLED, einer NGO, die gewalttätige Angriffe weltweit verfolgt und verifiziert, wurden in Niger im Jahr 2025 fast 2.000 Menschen zu Opfern von Gewalt. Seit einigen Jahren sind dabei auch besonders christliche Dörfer und Siedlungen im südwestlichen Grenzgebiet zu Burkina Faso und Mali das Ziel von Angriffen. Die Dörfer Torodi und Makalondi im Gebiet von Tillabéri werden dabei oft erwähnt. Es kommt zu Drohungen, zur Zerstörung von Kirchengebäuden, zu Entführungen und Morden. Islamisten verlangen von Christen die „Djizya“, eine Art „Schutzgebühr“, die im Islam traditionell von Nichtmuslimen eingezogen wurde. Außerdem werden den Christen oft ihr Bestand an Nutztieren und ihr Land entrissen – und damit ihre Lebensgrundlage.

[1] Dieser Terrorangriff wird über die französische Nachrichtenagentur AFP in mehreren Zeitungen und Internetportalen berichtet, z. B.: https://pmnewsnigeria.com/2025/12/26/gunmen-kill-couple-during-church-attack-in-niger/ (letzter Zugriff 22.04.2026). Konkrete Angaben über die Situation von Christen in Niger gehen in diesem Artikel – falls nicht anders angegeben – auf eine Partnerorganisation der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ vor Ort zurück. Der Name kann aus Sicherheitsgründen hier nicht erwähnt werden.

Christliche Frauen und Mädchen sind besonders gefährdet. Viele Frauen bleiben als fast mittellose Witwen zurück. Die Witwen und christliche Mädchen werden leicht ausgebeutet oder in frühe Ehen gezwungen.

Immer wieder müssen zahlreiche Christen ihre Dörfer aufgrund von Drohungen und der tatsächlichen Gefahrenlage verlassen. Viele von ihnen siedeln sich aus Mangel an Alternativen in den Vororten der nigrischen Hauptstadt Niamey (wie z. B. Harobanda, Koira Kano, Lazaret oder Saga) an. Dort leben sie meist in extremer Armut und sind dabei abhängig von gelegentlichen humanitären Hilfen. In der Regel fehlen geeignete Unterkünfte. Die christlichen Familien, die zuvor in der Landwirtschaft und Tierzucht auf eigenen Feldern tätig waren, leben dort mittellos und ohne adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten.



Bild 1: Christliche Binnenflüchtlinge vor ihren Behelfsunterkünften. (© HMK)

Politische und wirtschaftliche Lage

Große Teile von Niger gehören zur Wüste Sahara und zur südlich anschließenden Sahelzone. Das Land gehört zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Erde. Die Quote von Analphabeten wurde für das Jahr 2019 mit 69,4 Prozent angegeben.[2]

Seit die ehemalige französische Kolonie im Jahr 1960 die Unabhängigkeit erlangte, kam es zu zahlreichen Militärputschen. Beim bisher letzten Putsch

[2] Diese und andere Angaben in diesem Abschnitt aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Niger# (15.05.2026).

wurde am 26. Juli 2023 Präsident Mahamed Bazoum durch das Militär gestürzt. Die neuen Machthaber kündigten alle militärische und politische Zusammenarbeit mit westlichen Ländern auf. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich hatte bis dahin noch besondere Beziehungen zu Niger gepflegt. Stattdessen wandte sich das Regime besonders Russland, aber auch der Volksrepublik China zu. Ausgebaut wurde auch der Einfluss der Türkei, die versucht, sich in Afrika als stabiler Partner zu präsentieren.[3]

Der Militärputsch in Niger löste eine heftige Reaktion der ECOWAS („Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft") aus. Selbst eine Invasion in Niger zugunsten der alten Regierung stand zur Debatte. Daraufhin schlossen sich Niger, Mali und Burkina Faso, die aktuell alle von Militärjuntas regiert werden, zur „Allianz der Sahelstaaten" zusammen und traten im Januar 2025 aus der ECOWAS aus.

Im Juni 2025 gab es Meldungen, dass die Junta in Niger mit der Zusammenarbeit mit Russland und der Türkei in Bezug auf Überwachung der Telekommunikation unzufrieden sei und daher die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit eingestellt habe.[4] Die grundsätzliche Neuausrichtung auf diese Partner in Abkehr vom Westen scheint jedoch davon nicht betroffen zu sein.

Die Einwohner von Niger sind in großer Mehrheit sunnitische Muslime der malikitischen Rechtsschule.[5] 75.000 Menschen in Niger gelten als Christen.[6] Daneben gibt es auch noch Angehörige traditioneller afrikanischer Religionen. Wie andere Staaten in der gesamten Sahelzone[7] kämpft auch die Regierung in Niger gegen islamistischen Terror, der von verschiedenen Gruppen wie „Islamischer Staat – Sahel Provinz" (ISSP), „Jamaʿat Nasr al-Islam wal Muslimin" (JNIM), Boko Haram und „Islamic State – West Africa Province" („Islamischer Staat in der Provinz Westafrika", ISWAP) ausgeht.[8] Schon 2024 wurde Niger als das Land mit dem höchsten prozentualen Zuwachs an Terrortoten weltweit eingestuft.[9]

---

[3] Vgl. Artikel „Türkei verstärkt Engagement in der Sahelzone", Hossam Sadek, 30.07.2024: https://www.mena-watch.com/tuerkei-verstaerkt-engagement-in-der-sahelzone/ (15.05.2026).

[4] Vgl. Artikel „Niger suspends surveillance services from Russia Turkey", 3. Juni 2025: https://adf-magazine.com/2025/06/niger-suspends-surveillance-services-from-russia-turkey/?utm_source=chatgpt.com (15.05.2026).

[5] Laut „Country Report Niger" des US State Departments für 2023 sind 98 % Muslime: https://www.state.gov/reports/2023-report-on-international-religious-freedom/niger/ (15.05.2026).

[6] Vgl.: https://www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex/laenderprofile/niger (15.05.2026).

[7] Vgl. dazu für einen Gesamtüberblick über die Terrorlage in der Sahelzone den Artikel "Violent extremism in the Sahel" vom 5. Mai 2026: https://www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/violent-extremism-sahel (15.05.2026).

[8] Vgl. Open Doors, Fußnote 6.

[9] Vgl. den Artikel vom 03.06.2025: https://adf-magazine.com/2025/06/niger-suspends-surveillance-services-from-russia-turkey/?utm_source=chatgpt.com (15.05.2026). Dort wird für 2024 eine Zunahme der Terrortoten von 94 % gegenüber dem Vorjahr (930 Tote) berichtet.

Angriffe gegen Christen

Islamistischer Terror in der Sahelzone richtet sich nie ausschließlich gegen die christliche Minderheit. Auch Muslime, die sich nicht der versuchten Einführung der Scharia-Gesetzgebung beugen, können Ziel von Angriffen sein.

Trotz der sehr geringen Anzahl von Christen im Land sind sie regional dennoch das Hauptziel des Terrors. Es wird berichtet, dass ISSP und JNIM in den Regionen Tillabéri und Tahoua im Westen des Landes „eine strenge Form der Scharia“[10] durchzusetzen versuchen. Christen allgemein und besonders Konvertiten aus dem Islam werden dort zur Zielscheibe. Im Südosten (Region Diffa) kam es zur Zerstörung von Kirchen, zur Entführung von Entwicklungshelfern und auch zu Morden an Christen durch Boko Haram und ISWAP. Weil die Grenzen zu Nigeria, Mali und Burkina Faso offen sind, verfügen die Terroristen über leicht zugängliche Rückzugsgebiete. Die Terrorbekämpfung wird dadurch erschwert.[11]

Findet die Bedrängnis der Christen internationale Beachtung?

Lange Zeit war die Förderung der weltweiten Religionsfreiheit ein wichtiges Anliegen der US-Regierung. Der jährliche „Report on International Religious Freedom“ des US State Department (Außenministerium) war eine wichtige Quelle für gesammelte und ausgewertete Informationen zur Religionsfreiheit in zahlreichen Ländern der Erde. Der Bericht für das Jahr 2023, der zum 1. Mai 2024 erscheinen sollte, wurde erst verspätet im Juni 2024 veröffentlicht. In 2025 erschien dann gar kein Bericht für das Jahr 2024. Auch ein Bericht für 2025, der verpflichtend am 1. Mai 2026 hätte vorliegen sollen, wurde bisher weder veröffentlicht noch angekündigt. Möglicherweise sind die zum Teil radikalen Kürzungen von Mitteln durch die neue US-Administration ein Grund dafür.

Im „country report“ über Niger für 2023[12] wurde auf zumindest damals noch gute Beziehungen zwischen offiziellen Vertretern von Muslimen und Christen im Lande hingewiesen. Problematisch sei aber bereits vor dem letzten Militärputsch im Jahr 2023 das staatliche Genehmigungsverfahren für religiöse Organisationen gewesen, das sehr langwierig und kompliziert sei.

Außerhalb der staatlichen Kontrolle wird auf die anhaltende und zunehmende Bedrohung durch gewalttätige extremistische Organisationen hinge-

[10] Ebd.
[11] Ebd.
[12] Vgl.: https://www.state.gov/reports/2023-report-on-international-religious-freedom/niger/ (15.05.2026).

wiesen, die zumeist ihre „salafistisch-dschihadistische Ideologie“[13] als Rechtfertigung für ihre Gewalttaten anführen.

Die staatlich errichtete, aber unabhängige „U.S. Commission on International Religious Freedom“ veröffentlicht weiter jährliche Berichte mit Empfehlungen an die US-Regierung. Der im März 2026 veröffentlichte neuste Bericht empfiehlt jedoch Niger weder zur Aufnahme in die Liste von „Countries of Particular Concern (CPCs)“ noch für die Aufnahme in die „Special Watch List (SWL)“ als Vorstufe dazu.[14]

Möglicherweise sind diese Bewertungen auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die US-Regierung nach dem Putsch von 2023 eine pragmatischere – also weniger offen kritische – Haltung eingenommen hat als die meisten europäischen Länder. Trotzdem ist es bedauerlich, dass die sich rapide verschlechternde Situation auch der christlichen Minderheit in Niger augenscheinlich wenig Beachtung in Politik und Weltöffentlichkeit findet.

Christliche Hilfe in Niger

Wegen der äußerst angespannten wirtschaftlichen Notlage im Land sind besonders von Terror betroffene Christen auf Hilfe angewiesen, die aus dem Ausland finanziert wird. Im vom Terror wohl am meisten betroffenen und von im Landesvergleich überdurchschnittlich vielen Christen besiedelten südwestlichen Grenzgebiet zu Mali und Burkina Faso leben wegen der Terrorangriffe zahlreiche Christen in Lagern und Notunterkünften – besonders in der Umgebung der Hauptstadt Niamey. In der Region Diffa im Südosten des Landes gibt es traditionell weniger Christen. Dort leben aber auch christlichen Flüchtlinge aus dem noch stärker vom islamistischen Terror betroffenen und dort angrenzenden Nigeria in Flüchtlingslagern.

Das bereits erwähnte nigrische Hilfswerk[15] arbeitet als Partner der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ im Südwesten Nigers in verschiedenen Projekten zur Unterstützung bedrängter Christen. So werden vertriebene Christen in den Vororten von Niamey durch Anschubfinanzierung und Ausbildung darin unterstützt, wieder kleine landwirtschaftliche Betriebe aufzubauen. Witwen und

[13] Ebd.

[14] Vgl. im Inhaltsverzeichnis des Berichts: https://www.uscirf.gov/sites/default/files/2026-03/USCIRF_2026_AR%20(2).pdf (15.05.2026). Vgl. auch den Artikel vom 15.05.2026: „State Department Delay Sends the Wrong Message on Religious Freedom“, in dem berichtet wird, dass sich die U.S-Commission Anfang 2026 besorgt darüber äußert, dass das State Department mit den vorgeschlagenen Einstufungen von Ländern mit Verletzung der Religionsfreiheit zuletzt sehr langsam vorging: https://persecution.org/2026/05/15/state-department-delay-sends-the-wrong-message-on-religious-freedom/ (19.05.2026).

[15] Vgl. Fußnote 2.

ihren Kindern wird medizinische Hilfe und Ausbildungsförderung gewährt. Gerade jungen Frauen soll durch Ausbildungen in Fertigkeiten wie Nähen und anderen Handarbeiten geholfen werden, selbst Einkommen zu generieren. Gerade erst neu in Notunterkünften oder Lagern angekommene Flüchtlinge werden vorübergehend mit Lebensmitteln versorgt. Die Organisation versucht, besonders bedürftigen Familien mit Baumaterialien zu stabileren Unterkünften zu verhelfen.



Bild 2: Hilfsgüter für die Verteilung in den Orten Torodi und Makalondi. (© HMK)

Öffentlichkeitsarbeit sollte das Schicksal der sehr kleinen christlichen Gemeinschaft, aber auch anderer Minderheiten in Niger stärker als bisher ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit bringen. In Ländern wie Nigeria oder seit einigen Jahren auch in Mali und Burkina Faso sind so viele Christen Opfer von Terror geworden, dass darüber die kleinere Gruppe von Christen in Niger leicht übersehen werden kann.

Die Gemeinde Jesu Christi weltweit ist aufgerufen nach ihren Möglichkeiten – aber in großer Sensibilität und in Kontakt mit einheimischen Christen – die Not der Mitchristen im Niger zu mindern. Das sollte mit intensivem Gebet einhergehen, weil Christus selbst als höchste Autorität eingreifen kann.

China: Digitaler Totalitarismus – leninistische Kontrolle und Christenverfolgung unter Xi Jinping



Dr. **Adrian Zenz** ist Direktor für Chinastudien bei der Stiftung „Victims of Communism Memorial Foundation“ in Washington, D. C. Er promovierte im Fach Sozialanthropologie an der Universität Cambridge. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf Chinas Minderheitenpolitik in Xinjiang und Tibet, insbesondere der Kampagne der Masseninternierung in Xinjiang, sowie der Zwangsarbeit in beiden Regionen. Dr. Zenz ist Autor des Buches Tibetanness under Threat (Global Oriental, 2013) und Mitherausgeber von Mapping Amdo: Dynamics of Change (Oriental Institute, Prag, 2017). Er war maßgeblich an der Analyse geleakter interner Geheimdokumente der chinesischen Regierung beteiligt, darunter die „China Cables“, die „Karakax-Liste“, die „Xinjiang Papers“ und die „Xinjiang Police Files“. Darüber hinaus hat Dr. Zenz als Sachverständiger vor Parlamenten in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Kanada und den USA zu Pekings Politik in Xinjiang Stellung genommen. (Bild: © privat)

Die heutige Situation des Christentums in China ist von einem Paradoxon geprägt: Eine Glaubensgemeinschaft, die Schätzungen zufolge fast 100 Millionen Menschen umfasst, sieht sich der technologisch fortschrittlichsten Verfolgung seit der Kulturrevolution ausgesetzt.[1]

Diese Entwicklung ist die Konsequenz einer strategischen Re-Ideologisierung unter Xi Jinping, die mit den Mitteln eines digitalen Totalitarismus agiert. Ziel ist die Eliminierung jeglicher Loyalität außerhalb der Kommunistischen Partei (KPCh). Diese Verfolgung ist in Xis persönlicher Ideologie verwurzelt, wird durch die Feindseligkeit des leninistischen Staates gegenüber konkurrierenden Glaubenssystemen legitimiert, durch die Zwangspolitik der „Sinisierung“ umgesetzt und durch einen allgegenwärtigen Überwachungsapparat vollzogen.

I. Xi Jinpings ideologische Prägung

Der Politikwissenschaftler David Shambaugh charakterisiert Xi Jinping treffend als „Modernen Emperor“ oder Kaiser.[2] Dies beschreibt eine Zentralisierung der

[1] Council on Foreign Relations. (2018, October 11). Christianity in China. https://www.cfr.org/backgrounders/christianity-china.

[2] Shambaugh, D. (2021). *China's leaders: From Mao to now*. Polity Press.

Macht, wie sie seit Mao Zedong nicht mehr existierte. Xis spätere Machtkonsolidierung, die Abschaffung der Amtszeitbegrenzung und der geschaffene Personenkult sind direkte Umsetzungen dieser Haltung. Seine Herrschaft ist geprägt von der Wiederbelebung maoistischer Rhetorik und der expliziten Erklärung: „Osten, Westen, Süden, Norden oder das Zentrum – die Partei regiert alles“.[3]

Xis Weltanschauung wurde maßgeblich durch seine traumatischen Jugenderfahrungen geprägt. Als Sohn des hochrangigen Revolutionärs Xi Zhongxun erlebte er den tiefen Sturz seines Vaters während Maos Säuberungen.[4] Sein Vater wurde später während der Kulturrevolution inhaftiert und gefoltert.

Die Brutalität dieser Zeit traf Xi Jinping direkt. Als die Kulturrevolution 1966 ausbrach, war er 13 Jahre alt.[5] Militante Studenten plünderten das Haus der Familie, eine seiner Schwestern starb durch Suizid. Xi selbst wurde als Feind der Revolution gebrandmarkt, öffentlich vorgeführt, zeitweise interniert und im Zuge einer Demütigungsveranstaltung sogar von seiner eigenen Mutter denunziert. Als Xi als Teenager aus der Internierung floh und hungernd nach Hause zurückkehrte, wies seine Mutter ihn ab und meldete ihn den Behörden. Dies ist ein erschütterndes Beispiel dafür, wie die Angst vor politischer Vergeltung und der Druck zur Staatskonformität elementarste familiäre Bindungen zersetzen.

Diese Erfahrungen von Chaos machten Xi jedoch nicht zum Kritiker des Systems. Im Gegenteil festigten sie in ihm die Überzeugung, dass nur eine ideologisch geeinte Partei die Stabilität Chinas garantieren kann. Die Analyse des Zusammenbruchs der Sowjetunion durch die Führung bestärkte ihn in dieser Haltung; der Kollaps wurde als Folge mangelnder ideologischer Überzeugung interpretiert. Daraus ergibt sich eine scheinbar paradoxe Konsequenz: Ein Mann, dessen Familie Opfer der unkontrollierten Macht der Partei wurde, reagierte nicht mit einer Mäßigung dieser Macht, sondern mit deren Zentralisierung und Stärkung.

Xi ist ein überzeugter Leninist. Diese Überzeugung manifestiert sich in einer signifikanten Verschiebung des politischen Systems. Unter Xi Jinping tendiert China von einem autoritären System zurück in Richtung eines Neo-Totalitarismus. Während der Autoritarismus primär äußeren Gehorsam einfordert,

---

[3] Shirk, S. L. (2018). China in Xi’s “new era”: The return to personalistic rule. Journal of Democracy, 29(2), 22–36. https://www.journalofdemocracy.org/articles/china-in-xis-new-era-the-return-to-personalistic-rule/.

[4] Torigian, J. (2025). *The Party’s interests come first: The life of Xi Zhongxun, father of Xi Jinping*. Stanford University Press.

[5] Buckley, C., & Tatlow, D. K. (2015, September 24). Cultural Revolution shaped Xi Jinping, from schoolboy to survivor. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2015/09/25/world/asia/xi-jinping-china-cultural-revolution.html.

strebt der Totalitarismus nach der Kontrolle des gesamten Lebens – einschließlich der innersten Überzeugungen, womit die Grenze zwischen öffentlichem und privatem Leben aufgehoben wird. Diese Rückkehr zur totalitären Logik erklärt die erneute Betonung der gedanklichen Umerziehung, um ideologische Konformität zu erzwingen.

Die Ideologie der Partei unter Xi besteht aus einer Synthese aus Marxismus-Leninismus und aggressivem Nationalismus.[6] Sie steht in direktem Konflikt mit dem Christentum. In einem leninistischen Parteienstaat wird Religion als konkurrierende Ideologie betrachtet. Sie bietet eine alternative Quelle für Moral und Loyalität, die das Wahrheitsmonopol der Partei in Frage stellt. Das Christentum, mit seinen globalen Verbindungen, wird als besonders gefährlich und als Einfallstor für „ausländische Infiltration" eingestuft.[7]

II. Der Leninistische Parteienstaat und seine Instrumente der Kontrolle

Die Politik Xi Jinpings agiert auf dem Fundament des offiziell atheistisch-leninistischen Parteienstaates, der seine Repression durch eine ausgeklügelte rechtliche Architektur legitimiert. Ein Wendepunkt sind die 2018 in Kraft getretenen „Neuen Vorschriften für religiöse Angelegenheiten" mit der Doktrin der Sinisierung.[8] Diese Vorschriften verbieten die religiöse Erziehung Minderjähriger sowie nicht genehmigte religiöse Aktivitäten online und in nicht registrierten Räumen.

Die KP setzt zunehmend auf juristische Kriegsführung („Lawfare") gegen christliche Gemeinschaften, etwa indem sie Spenden als finanziellen Betrug einstuft, um strafrechtlich gegen sie vorgehen zu können. In diesem Jahr wurden über 70 Gemeindeleiter und Mitglieder unter diesem Vorwand verhaftet. Im Herbst 2025 wurde Pastor Ezra Jin, Leiter der Zion-Gemeinde in Peking, verhaftet.[9] Der Grund: illegale Nutzung von Online-Netzwerken. Nach der gewaltsamen Schließung der Kirche durch die Behörden im Jahr 2018 spaltete sie sich in Kleingruppen auf und ging online. Sie erstellte ein hybrides Gemeindemodell, was zu einem starken Wachstum führte.

---

6 Tsang, S., & Cheung, O. (2024). *The political thought of Xi Jinping*. Oxford University Press.

7 Lee, C., & Huang, J. (2023). Making Christianity Chinese: Sinicization outside state narratives. *China Perspectives*, 3–8. https://doi.org/10.4000/chinaperspectives.15300.

8 Council on Foreign Relations. (n. d.). *Religion in China*. https://www.cfr.org/backgrounders/religion-china.

9 Reuters. (2025, November 19). China underground church pastors arrested, face up to 3 years in jail, NGO head says. https://www.reuters.com/world/china/china-underground-church-pastors-arrested-face-up-3-years-jail-ngo-head-says-2025-11-19/.

Ein weiteres zentrales Instrument ist die rechtliche Kategorie der *Xie Jiao* (邪教), treffender übersetzt mit „heterodoxe Lehren“. Der Begriff wird oft politisch motiviert, um ideologisch unliebsame Gruppen zu zerschlagen. Gemäß Artikel 300 des chinesischen Strafgesetzbuches ist die bloße Mitgliedschaft in einer als *xie jiao* eingestuften Gruppe ein schweres Verbrechen.[10]

Die Rechtfertigung für diese massiven Eingriffe basiert auf einer gezielten Pathologisierung unerwünschter Glaubenssysteme. Regierungsseiten stellen die Kirche des Allmächtigen Gottes beispielsweise als einen „krebsartigen Tumor“ dar, der aus dem Gesellschaftskörper herausgeschnitten werden muss. Diese pseudo-medizinische Rhetorik dient dazu, präventive Masseninterventionen zur Schaffung einer „Gedankenimmunität“ zu legitimieren.

Diese Techniken der Massen-Umerziehung wurden ursprünglich Mitte der 90er Jahre gegen protestantische Gruppierungen und katholische Untergrundkirchen entwickelt, im Kampf gegen die Falun-Gong-Bewegung verfeinert, und jüngst im großen Stil auf die Uiguren angewandt, von denen womöglich über eine Million in Umerziehungslager gesteckt wurden.[11] Dieses System der Transformation durch Erziehung ist flexibel skalierbar und wird landesweit gegen ideologische und religiöse Vereinigungen eingesetzt.

III. Der Glaube im Dienst des Staates

Unter Xi Jinping wurde der Begriff der „Sinisierung“ (中国化, *zhongguohua*) von einem ursprünglich neutralen Prozess der kulturellen Anpassung in eine repressive politische Kampagne umgewandelt.[12] Unter Xi ist die KP nicht nur marxistisch-leninistisch, sie verbindet diese Ausrichtung mit einem parteizentrierten Nationalismus.[13]

Sinisierung bedeutet in diesem Kontext nicht kulturelle Anpassung, sondern die vollständige Unterordnung von Theologie, Lehre und Praxis unter die Führung der KP, ihre „sozialistischen Kernwerte“, und die Ideologie des

---

[10] Introvigne, M. (2018). Xie Jiao as “criminal religious movements”: A new look at cult controversies in China and around the world. *The Journal of CESNUR*, *2*(1), 13–32. https://cesnur.net/wp-content/uploads/2018/02/tjoc_2_1_2_introvigne.pdf. Congressional-Executive Commission on China. (2020). *Annual report 2020*. https://safeguarddefenders.com/sites/default/files/extradition-center/Country%20Report%20on%20China%202020%20-%20US%20Congressional-Executive%20Commission%20on%20China.pdf.

[11] Zenz, A. (2019). ‘Thoroughly reforming them towards a healthy heart attitude’: China’s political re-education campaign in Xinjiang. *Central Asian Survey*, *38*(1), 102–128. https://doi.org/10.1080/02634937.2018.1507997.

[12] Lavicka, M., & Chen, J. Y.-W. (2023). New measures for governing religions in Xi’s China. *China Report*, *59*, 259–274. https://doi.org/10.1177/00094455231187046.

[13] Tsang, S., & Cheung, O. (2024). The political thought of Xi Jinping. Oxford University Press.

Staates.[14] Diese Strategie stellt eine Weiterentwicklung der Verfolgung dar. Während der Kulturrevolution war das Ziel die Ausrottung der Religion; unter Xi ist die primäre Strategie die Subversion des Christentums von innen heraus.

Der wohl tiefgreifendste Aspekt dieser Subversion ist der Fünfjahresplan der KP, der eine staatlich kontrollierte Neuübersetzung und Kommentierung der Bibel vorsieht.[15] Ziel ist die Schaffung einer Übersetzung, die christliche Lehren im Sinne sozialistischer Werte umdeutet. Noch gibt es diese Übersetzung nicht, aber konkrete Beispiele verdeutlichen die Radikalität dieses Vorhabens. Ein Universitätslehrbuch soll die Geschichte der Ehebrecherin aus Johannes 8 so verfälscht haben, dass Jesus die Frau am Ende steinigt.[16] Als Begründung wird angeführt, auch er müsse sich an das Gesetz halten. Die KP fordert schließlich Treue zum Gesetz, das sie selbst festlegt. In dieser Logik muss sich auch Jesus dem Gesetz des Staates unterwerfen.

In anderen Fällen wurden die Zehn Gebote in Kirchen durch Zitate von Xi Jinping ersetzt. Durch die Veränderung zentraler theologischer Narrative versucht die Partei, die transzendenten Ansprüche des Glaubens auszuhöhlen und durch staatlich sanktionierte Botschaften zu substituieren. Diese Sinisierung manifestiert sich auch physisch: Kirchen werden gezwungen, die Nationalflagge zu hissen und Porträts von Xi Jinping aufzuhängen. Kreuze wurden massenhaft entfernt, um die öffentliche Sichtbarkeit des Christentums auszulöschen. Minderjährigen wird der Zutritt zu Kirchen vielerorts verboten.

Die Durchsetzung dieser Politik wäre ohne Chinas beispiellosen Überwachungsapparat nicht möglich. Chinas „Sentinel State“ oder Wächterstaat ist ein System der „verteilten Überwachung“, dessen Strategie in der Prävention liegt: Opposition wird erkannt und neutralisiert, bevor sie kollektiv handeln kann.[17] China hat dieses System perfektioniert, das ein digitales Panoptikum mit arbeitsintensiven, traditionellen Polizeimethoden kombiniert und sich auf die umfassende Durchdringung der Gesellschaft stützt, die nur ein leninistischer Parteienstaat ermöglicht.

---

[14] Mok, C. W. J. (2024). (En)countering state-led Sinicization: Critical discursive responses from Roman Catholics in China. *The China Quarterly*, 1–21.

[15] China Law Translate. (2019, June 18). *Five-year planning outline for advancing the sinification of Christianity (2018–2022)*. https://www.chinalawtranslate.com/en/outline-of-the-five-year-plan-for-promoting-the-sinification-of-christianity%EF%BC%882018-2022%EF%BC%89/.

[16] Kuo, L. (2019, January 13). In China, they’re closing churches, jailing pastors – and even rewriting scripture. *The Guardian*. https://www.theguardian.com/world/2019/jan/13/china-christians-religious-persecution-translation-bible. *Church Times*. (2020, September 22). *Chinese textbook has Jesus throwing the first stone.* https://www.churchtimes.co.uk/articles/2020/2-october/news/world/chinese-textbook-has-jesus-throwing-the-first-stone.

[17] Pei, M. (2024). *The sentinel state: Surveillance and the survival of dictatorship in China.* Harvard University Press.

Die Low-Tech-Komponente, zugleich aber das organisatorische Fundament, ist das „Rastermanagement“ (网格化管理, Wanggehua guanli).[18] Der Staat teilt Gemeinschaften in kleine, leicht zu überwachende Raster ein. Jedes Raster wird von einem Betreuer überwacht, der verdächtige Aktivitäten – einschließlich nicht genehmigter religiöser Versammlungen – meldet. Dies ist die physische Manifestation der leninistischen Durchdringung und eine moderne Adaption des alten imperialen Baojia-Systems der gegenseitigen Überwachung.

Auf soziale Räume wie Kirchen wendet der Staat das militärische Konzept der „Schlachtfeldkontrolle“ (阵地控制, *zhendi kongzhi*) an. Diese gelten als „Schlachtfelder“, die durch ein Netzwerk von Informanten überwacht werden, um „illegale“ religiöse Aktivitäten im Keim zu ersticken. Ergänzt wird dies durch High-Tech-Komponenten: KI-gestützte Kameras, Big-Data-Datenauswertung und Online-Zensur. Kameras sind omnipräsent. Die Zion-Kirche in Peking etwa wurde geschlossen, nachdem sie sich weigerte, Gesichtserkennungskameras zu installieren[19]; andernorts wird das Zutrittsverbot für Minderjährige per Kamera überwacht.

Diese Technologien sind nur deshalb so effektiv, weil sie auf die bestehende leninistische Organisationsstruktur aufgesetzt werden. Die KP ist zudem Meisterin der „innovativen Unterdrückung“: Sie experimentiert mit Kontrollmethoden zunächst auf lokaler Ebene, um erfolgreiche Ansätze regionsweit auszurollen. So wurde Xinjiangs Masseninternierung entwickelt.[20]

Die primäre Funktion des Überwachungsstaates ist die Zerstörung von Vertrauen und die Atomisierung der Gemeinschaft. Das Raster-Management und die Informanten-Netzwerke führen dazu, dass Gläubige niemandem mehr vertrauen können. Dies schürt Angst und Misstrauen. Das Ziel ist es, die für das religiöse Leben essenziellen Gemeinschaftsbande zu zerreißen und die Gläubigen in die Isolation zu treiben.

---

[18] Cook, S. (2017). *The battle for China’s spirit: Religious revival, repression, and resistance under Xi Jinping*. Freedom House. https://freedomhouse.org/report/special-report/2017/battle-chinas-spirit. Introvigne, M. (Ed.). (2019, September 13). Pei, M. (2021). *Grid management: China’s latest institutional tool of social control*. PRC Leader. https://www.prcleader.org/post/grid-management-china-s-latest-institutional-tool-of-social-control.

[19] Shepherd, C. (2018, August 30). For a ‘house church’ in Beijing, CCTV cameras and eviction. *Reuters*. https://www.reuters.com/article/world/for-a-house-church-in-beijing-cctv-cameras-and-eviction-idUSKCN1LF0EF/.

[20] Zenz, A. (2024). Innovating repression: Policy experimentation and the evolution of Beijing’s re-education campaign in Xinjiang. *Journal of Contemporary China*, *34*(152). https://doi.org/10.1080/10670564.2024.2302484.

IV. Folgen und Transnationale Repression

Für die Hauskirchen ist die Situation existenziell. Tausende Kirchen wurden geschlossen oder abgerissen. Die Gläubigen sind gezwungen, in den Untergrund zu gehen. Prominente Führer wie Pastor Wang Yi von der Early Rain Covenant Church sind paradigmatisch. Nach einer Razzia 2018 wurde er in einem geheimen Prozess zu neun Jahren Haft verurteilt – offiziell wegen „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt" und „illegaler Geschäftstätigkeit".[21] Sein Fall dient als Exempel zur Einschüchterung der breiteren Gemeinschaft. Die vorgebliche illegale Geschäftstätigkeit bestand darin, dass seine Gemeinde christliche Bücher produziert und an Gemeindemitglieder verkauft hatte.

Berichte bestätigen landesweite Razzien und die Verwendung fadenscheiniger Anklagen wie „Betrug" gegen Pastoren. Besonders extrem ist die Verfolgung von Gruppen, die als *Xie Jiao* gelten. Massimo Introvigne dokumentiert am Beispiel der Kirche des Allmächtigen Gottes – der heute am stärksten verfolgten religiösen Bewegung in China – die Brutalität des Vorgehens, einschließlich systematischer Verhaftung, Folter und außergerichtlicher Tötungen in Gewahrsam. Die Kirche meldete allein für 2023 fast 12.500 verhaftete Mitglieder, von denen Tausende gefoltert oder zwangsindoktriniert wurden.[22]

Die Kontrolle endet nicht an Chinas Grenzen. Wir beobachten eine Zunahme der „transnationalen Repression". Dieses Phänomen beschreibt das Vorgehen von Staaten, Dissens unter Exilgemeinschaften im Ausland zum Schweigen zu bringen. Freedom House identifiziert China als den weltweit aktivsten Akteur in diesem Bereich.[23]

Chinesische Sicherheitsorgane überwachen die Diaspora und versuchen, geflohene Christen zum Schweigen zu bringen. Zu den Methoden gehören digitale Überwachung und die „Stellvertreter-Nötigung": das heißt, Familienmitglieder in China werden bedroht, um das Verhalten ihrer Verwandten im Ausland zu steuern.

---

[21] Wang, M. (2019, December 30). China sentences Wang Yi, Christian pastor, to 9years in prison. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2019/12/30/world/asia/china-wang-yi-christian-sentence.html. Enos, O. (2020, January 2). Chinese pastor sentenced to 9 years in prison amid renewed persecution. *The Heritage Foundation*. https://www.heritage.org/china/commentary/chinese-pastor-sentenced-9-years-prison-amid-renewed-persecution.

[22] Introvigne, M. (2020). *Inside The Church of Almighty God: The most persecuted religious movement in China*. Oxford University Press. Introvigne, M. (2024, February 20). *Report – Persecution of Christians in China*. FOREF Europe. https://foref-europe.org/blog/2024/02/20/report-persecution-of-christians-in-china-%F0%9F%87%A8%F0%9F%87%B3/.

[23] Freedom House. (2021). *China: Transnational repression origin country case study*. https://freedomhouse.org/report/transnational-repression/china.

V. Schlussfolgerung

Die Verfolgung des Christentums in China ist ein umfassendes staatliches Projekt, das sich aus einer komplexen und gefährlichen Kombination ergibt:

1. Einer neo-totalitären Ideologie, geprägt durch Xis traumatische Geschichte und den absoluten Machtanspruch der Partei.
2. Einer Strategie der Sinisierung, die auf die vollständige Unterwerfung religiöser Autorität abzielt und auf Umerziehungsmethoden zurückgreift, die im Kampf gegen Falun-Gong perfektioniert wurden.
3. Der Schaffung eines beispiellosen Wächterstaates, der durch die Kombination von leninistischer Organisationskapazität und modernster Technologie eine nahezu lückenlose präventive Repression ermöglicht.

Xi Jinpings Polizeistaat mag beeindruckend sein, aber er schafft auch ganz neue Freiräume für den Glauben. Der Totalitarismus will den ganzen Menschen vereinnahmen: seinen Verstand, sein Herz und seine Seele. Damit maßt er sich einen Anspruch an, der allein Gott zusteht. Aber gerade indem er alles unterdrückt, untergräbt der Totalitarismus sich selbst. Er hinterlässt eine Leere, die nur der Glaube füllen kann. Durch die Verfolgung wird die Kirche jedoch gestärkt, diese Leere zu füllen.

Nicht nur trotz dieser Herausforderungen, sondern gerade durch sie zeigt sich die Widerstandsfähigkeit der christlichen Gemeinschaften. Der erhöhte Druck führte demnach zu vier positiven Entwicklungen: einer intensiveren Gebetsabhängigkeit, gewachsenem Mut unter den Gläubigen, mehr Autarkie aufgrund reduzierter ausländischer Hilfe, und vertiefter Bibelkenntnis, weil die Aufspaltung in Kleingruppen die Ausbildung tausender neuer Bibellehrer erforderlich machte. Diese Veränderungen wurden durch die Pandemie stark beschleunigt.

Die Kampagne der Partei, so brutal sie auch sein mag, stärkt also die Gemeinde Christi im Untergrund. Pastor Wang Yi verfasste die „Erklärung des treuen Ungehorsams“ im Bewusstsein, dass er irgendwann verhaftet werden würde.[24] Er verband dies mit der Bitte, die Erklärung zu veröffentlichen, sobald er im Gefängnis säße. Darin schrieb er:

„Das kommunistische Regime hat Angst vor einer Kirche, die sich nicht mehr vor ihm fürchtet.“

[24] Wang, Y. (2022). *Faithful disobedience: Writings on church and state from a Chinese house church movement* (H. Nation & A. W. Workman, Eds.). InterVarsity Press. Wang, Y. (2018, December 12). My declaration of faithful disobedience. *China Partnership*. https://chinapartnership.org/blog/2018/12/my-declaration-of-faithful-disobedience/.

MENSCHENRECHTS- UND HILFSORGANISATIONEN

Selbstdarstellungen



ADF International Austria gem. GmbH
Postfach 5
A-1037 Wien

ADF International Deutschland e. V.
Bockenheimer Landstr. 17-19
D-60325 Frankfurt/M.

ADF International Switzerland
Postfach
CH-1211 Genf 20

kontakt@adfinternational.de • www.ADFInternational.de

Information zur Organisation

Alliance Defending Freedom (ADF) ist eine der weltweit größten christlichen Menschenrechtsorganisationen, die sich durch strategische juristische Arbeit vor Gerichten und an den wichtigsten internationalen Organisationen für Meinungs- und Religionsfreiheit, Elternrechte, den Schutz des Lebens sowie Ehe und Familie einsetzt.

Die Organisation hat Büros u. a. in Wien, Genf, London, New York und Brüssel und tritt bei der UNO und verschiedenen EU-Institutionen für Freiheitsrechte und Menschenwürde ein. Zudem bietet Alliance Defending Freedom hochklassige Ausbildungsprogramme für die nächste Generation von Verantwortungsträgern an. Das intensive Fortbildungsprogramm der Areté Academy richtet sich an herausragende Studenten und „young professionals“ aus Recht, Politik, Medien und Gesellschaft. (Mehr Informationen unter ADFinternational.de/arete)

Arbeitsgebiete und Projekte

Alliance Defending Freedom arbeitet zurzeit an mehr als 600 Fällen und Projekten in über 70 Ländern mit einer Erfolgsquote von über 85 Prozent.

- Meinungsfreiheit:
  - In Finnland verurteilte der Oberste Gerichtshof im März 2026 die Abgeordnete Päivi Räsänen wegen einer Kirchenbroschüre von 2004 zu Ehe und Sexualethik; vom Vorwurf ihres Bibelvers-Tweets von 2019 wurde sie freigesprochen.
  - Wir vertreten zwei ehemalige mexikanische Abgeordnete, Gabriel Quadri und Rodrigo Iván Cortés, die wegen Beiträgen zu Genderthemen in den sozialen Medien zensiert und verurteilt wurden, und brachten die Fälle vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission.

- Religionsfreiheit:
  - In Nigeria sitzt der Sufi-Muslim Yahaya Sharif-Aminu noch immer in der Todeszelle. Ihm wird Blasphemie vorgeworfen, weil er in einem Songtext einen Imam besungen hatte. Alliance Defending Freedom unterstützt seinen Fall vor dem nigerianischen Höchstgericht.
  - In Deutschland verwarfen die Gerichte mehrfach behördliche Versuche, friedliches Gebet nahe Abtreibungseinrichtungen, gestützt auf das neugefasste Schwangerschaftskonfliktgesetz mit Zensurzonen im 100-m-Radius, zu verbieten.
  - In Indien und Pakistan unterstützt Alliance Defending Freedom hunderte Menschen, die aufgrund von Anti-Konversionsgesetzen, Zwangsheirat oder Rechtswillkür in ihrem Glauben und ihrer Freiheit eingeschränkt werden.

Wer bei ähnlichen Themen juristische oder öffentliche Probleme bekommt, kann sich bei Alliance Defending Freedom (ADF) melden. Die Experten der Organisation können auch für verschiedene Themen als Redner, Workshop-Leiter oder Trainer angefragt werden. Auch für Interviews und Medienanfragen stehen die Anwälte und Sprecher zur Verfügung.

Arbeitskreis Religionsfreiheit – Menschenrechte – Verfolgte Christen (AKREF)

AKREF Deutschland
Esplanade 5-10a
07422 Bad Blankenburg
Tel +49 (36741) 24 24
redaktion@akref.de
https://akref.ead.de/

AKREF Österreich
Julius-Fritsche-Gasse 44
5111 Bürmoos
Tel +43 (662) 23 49 43
kontakt@evangelischeallianz.at

Für Religionsfreiheit und die Anliegen verfolgter Christen

Der Arbeitskreis Religionsfreiheit – Menschenrechte – Verfolgte Christen (AKREF) innerhalb der Evangelischen Allianz in Deutschland nimmt sich – wie schon seit Gründung der Evangelischen Allianz im Jahr 1846 – der Nöte von verfolgten Christen und Menschen aller Religionen weltweit an. Bereits bei den ersten internationalen Konferenzen im 19. Jh. setzte sich die Evangelische Allianz für verfolgte Christen anderer Konfessionen ein. Ziel ist das Eintreten für Religionsfreiheit im Sinne von Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte. Christen werden zum Gebet mobilisiert, Regierungen und die säkulare Presse informiert. Im Jahr 2000 wurde der AKREF gegründet, dessen Mitglieder aus Kirche, Politik, Ethik und Mission vom Vorstand der Evangelischen Allianz in Deutschland berufen werden. Neben einmaligen Aktionen werden wöchentlich Gebetsanliegen und Pressenachrichten versandt, jährlich der Weltweite Gebetstag für verfolgte Christen mit einem eigenen Gebetsheft organisiert, ein Jahrbuch und weitere Bücher herausgegeben, sowie Lobbyarbeit in Bonn und Berlin betrieben. Die Arbeit ist eng mit dem Internationalen Institut für Religionsfreiheit verbunden: https://iirf.global/.

Mitglieder des Arbeitskreises: Vorsitzender: Matthias Böhning: Generalsekretär der International Society for Human Rights; weitere Mitglieder: Michael Chandrathas: Bischof der Blessing Gospel Mission Church in Mönchengladbach; Erika Gitt: Redakteurin bei der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA; Dr. Ekkehard Graf: Dekan in Marbach, Württembergische Landeskirche; Tobias Haberstroh: Projektmanager MENA und Zentralasien, Coworkers Stuttgart; Markus Habicht: Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei AVC; Frank Heinrich: Vorstand EAD; Michaela Koller: Referentin für Religionsfreiheit bei der IGFM; David Müller: Ojcos-Stiftung – Politikreferent für Religionsfreiheit; Manfred Müller: Missionsleiter der HMK-Hilfsaktion Märtyrerkirche;

Johannes Neudeck: Koordinator Mission und Diakonie, westlicher Balkan; Dr. Daniel Ottenberg (designiert): Persecution-Analyst bei Open Doors; Prof. Christof Sauer: Professor am Fjellhaug International University College in Oslo; Matthias Schwab: Communio Messianica; Jan B.

AKREF Österreich

Die Hauptaufgabe des AKREF ist es, Christen in Österreich über die Verfolgung von Christen in verschiedenen Teilen der Welt und über die Gefährdung der Religions- und Meinungsfreiheit im „freien" Westen zu informieren und zu Gebet und Handeln zu motivieren.

Herzstück ist – entsprechend der Tradition der Evangelischen Allianz – das Gebet, und insbesondere die Vorbereitung des jährlichen Gebetstags im November, des Sonntags der verfolgten Kirche. Gebet schafft Veränderung, die wir mit menschlichen Mitteln nicht bewerkstelligen können. In dem Bewusstsein, dass viele der vergangenen Veränderungen – etwa die Glaubensfreiheit im ehemals „ersten atheistischen Staat der Welt" Albanien, die (relative) Religionsfreiheit in Russland, die Wende im Osten Deutschlands, und nicht zuletzt die zahlreichen Bekehrungen zu Jesus Christus in der islamischen Welt, herbeigebetet und nicht mit „Heer oder Kraft" bewirkt wurden, wollen wir am Gebet festhalten und so viele Christen wie möglich ermutigen, sich zu beteiligen.

Weiters sehen wir unsere Aufgabe darin, Politiker, die Presse und damit die Öffentlichkeit für die Anliegen verfolgter Christen zu sensibilisieren und durch Petitionen an Botschaften und führende Politiker von Staaten; in denen Christen verfolgt werden, für unsere verfolgten Geschwister einzutreten. Zu diesem Zweck wollen wir uns mit Werken und Organisationen auch über die Grenzen der Evangelischen Allianz hinaus vernetzen. Eine intensive Zusammenarbeit verbindet uns mit den Arbeitsgruppen mit gleicher Zielsetzung in der Deutschen und Schweizerischen Evangelischen Allianz.



AVC Deutschland
Ranstädter Straße 20 I
D-63667 Nidda I
T +49 (6043) 98 49 20
mail@avc-de.org
www.avc-de.org

AVC Österreich
Karl-Popper-Straße 16
A-1100 Wien
T +43 (676) 384 31 10
mail@avc-at.org
www.avc-at.org

AVC Schweiz
Industriestrasse 21
CH-2553 Safnern
T +41 (32) 356 00 80
mail@avc-ch.org
www.avc-ch.org

Geschichte

AVC – Aktion für verfolgte Christen und Notleidende wurde 1972 in Deutschland gegründet. Den Anstoß dazu gab die Situation der verfolgten Christen hinter dem Eisernen Vorhang. Inzwischen ist AVC zu einem internationalen Werk gewachsen mit selbständigen Werken in der Schweiz und Österreich sowie zahlreichen Partnerorganisationen.

Unser Selbstverständnis

Klare Worte. Starke Taten: Unser Slogan ist Programm. AVC ist ein Missions- und Hilfswerk, das sich weltweit für verfolgte Christen und Notleidende einsetzt.

Hand in Hand mit unseren nationalen und internationalen Partnern engagieren wir uns in über 60 Ländern mit Mut und Herz für die Bedürftigen und Vergessenen dieser Welt.

Unsere Arbeit fokussiert sich auf die Brennpunkte, wo Christenverfolgung sowie materielle und geistliche Not zusammentreffen. Wir sind motiviert von unserem christlichen Glauben und der Aufforderung von Jesus zu praktischer Nächstenliebe.

Unsere Vision

Unser Herz schlägt für die verfolgten Christen und die Notleidenden in den Krisen-, Kriegs- und Katastrophengebieten dieser Welt. Indem wir materielle,

seelische und geistliche Not lindern, bringen wir Gottes Liebe zu den Menschen und schenken ihnen lebendige Hoffnung.

Informiert bleiben

Unsere Website gibt einen Überblick über das Wirken von AVC. Die kostenlose Zeitschrift AVCreport wird alle zwei Monate versandt und informiert über die aktuellen Projekte. Auch Newsletter, Konferenzen, Referentendienste sowie Reisen in Projektgebiete haben dasselbe Anliegen: dass Interessierte Feuer fangen.

AVC finanziert sich ausschließlich über Spenden.

CHRISTEN IN NOT
Christen *helfen* in Not (CiN)
Singerstr. 7/IV/2
A-1010 Wien
Tel +43 (01) 712 15 07
info@christeninnot.com
www.christeninnot.com

„CHRISTEN IN NOT“ – Christen helfen in Not (CiN) ist ein 1980 gegründetes österreichisches, ökumenisches Hilfswerk. CiN unterstützt Menschen dort, wo Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt, diskriminiert oder als religiöse Minderheit besonderen Gefährdungen ausgesetzt sind. Ausgangspunkt der Arbeit ist die Überzeugung, dass Religionsfreiheit untrennbar mit der Würde jedes Menschen verbunden ist. Ziel ist es, Menschen nicht nur in akuten Krisen zu helfen, sondern ihre Lebensgrundlagen und Zukunftsperspektiven nachhaltig zu stärken.

Der Arbeitsansatz verbindet kurzfristige humanitäre Hilfe mit langfristigem Resilienzaufbau. Resilienz versteht CiN als die Fähigkeit von Menschen und Gemeinschaften, auch unter Bedingungen von Diskriminierung, Gewalt oder Vertreibung ihre Würde, Handlungsfähigkeit und Hoffnung zu bewahren. Schutz entsteht daher nicht allein durch rechtliche Rahmenbedingungen, sondern ebenso durch den Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung, wirtschaftlicher Eigenständigkeit und tragfähigen sozialen Netzwerken. Bildungs- und Ausbildungsprogramme fördern Selbstwirksamkeit und gesellschaftliche Teilhabe und stärken zugleich – in christlichen Gemeinschaften – die religiöse Identität und den ökumenischen Zusammenhalt.

Wo es der lokale Kontext ermöglicht, werden auch Angehörige anderer Religionsgemeinschaften in ausgewählte Projekte einbezogen. Dies dient dem Vertrauensaufbau, der Gewaltprävention und der Förderung eines friedlichen Zusammenlebens, ohne den besonderen Schutzauftrag gegenüber verfolgten und bedrängten Christen zu relativieren.

Ein regionaler Schwerpunkt liegt auf Pakistan. Dort unterstützt CiN unter anderem Ausbildungs- und Einkommensprogramme, insbesondere für Frauen, um wirtschaftliche Abhängigkeiten zu reduzieren und die Widerstandsfähigkeit christlicher Familien zu stärken. Gemeinsam mit dem christlichen St. Elizabeth Hospital in Hyderabad werden Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung umgesetzt, darunter der Ausbau der Pflegeausbildung, der Palliativversorgung sowie mobiler und gemeindenaher Betreuungsangebote. Der diskriminierungsfreie Zugang zu medizinischer Versorgung trägt zugleich dazu bei, Vertrauen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aufzubauen und gesellschaftliche Spannungen zu entschärfen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in Nigeria. Dort unterstützt CiN gemeinsam mit langjährigen kirchlichen Partnern mobile medizinische Versorgungsangebote für christliche Gemeinden in konfliktsensiblen Regionen, Projekte für Binnenvertriebene sowie Maßnahmen zur Stärkung lokaler Resilienz. Ziel ist es, die gesundheitliche Versorgung besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen zu verbessern und zugleich den sozialen Zusammenhalt in von Gewalt betroffenen Regionen zu fördern.

CiN arbeitet nach verbindlichen Grundsätzen der Good Governance sowie nach klaren Compliance-, Transparenz- und Qualitätsstandards. Dazu gehören eine sorgfältige Auswahl und Prüfung von Projektpartnern, transparente Mittelverwendung, dokumentiertes Monitoring, regelmäßige Finanz- und Wirkungsberichterstattung sowie eine kontinuierliche Evaluation der Projektziele. Diese Standards dienen der Qualitätssicherung ebenso wie der Rechenschaft gegenüber Spenderinnen und Spendern, öffentlichen Fördergebern und den Menschen, für die die Projekte umgesetzt werden.

Ergänzend zur Projektarbeit engagiert sich CiN in der nationalen und internationalen Advocacy für Religionsfreiheit und die Rechte religiöser Minderheiten. Durch die Vernetzung mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und internationalen Partnern trägt CiN dazu bei, strukturelle Ursachen religiöser Diskriminierung sichtbar zu machen, den interreligiösen Dialog zu fördern und langfristige Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben zu stärken.

Christliche Ostmission (COM)
Bodengasse 14
CH-3076 Worb
Tel +41 (31) 838 12 12
mail@ostmission.ch • www.ostmission.ch

Die **COM** hilft notleidenden Menschen ganzheitlich: materiell, medizinisch, geistlich und psychologisch. Sie leistet schnelle, unbürokratische und direkte Hilfe, die wirkungsvoll und nachhaltig dort ankommt, wo die Not am größten ist.

Tätigkeit: Die drei Pfeiler der COM sind: aufbauen – schützen – helfen.

1. Aufbauen – Die COM baut auf durch Bildung und Gewerbeförderung. Menschen ohne Arbeit leben in Armut. Gewerbe- und Landwirtschaftsförderung schafft Arbeitsplätze und hilft vielen, der Armut zu entkommen. Seit über 30 Jahren hat die Christliche Ostmission Tausenden von Menschen geholfen, sich eine Existenz aufzubauen.
2. Schützen – Weltweit leben laut Schätzungen über 50 Millionen Menschen in Formen moderner Sklaverei. Etwa die Hälfte von ihnen ist in Zwangsarbeit, die andere Hälfte in Zwangsehen gefangen. Hinter den Schicksalen stehen oft skrupellos handelnde, organisierte Netzwerke. Die Christliche Ostmission bekämpft dieses Unrecht in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern und engagiert sich mit ihren Projekten umfassend in der Präventions- und Lobbyarbeit, befreit Opfer von Menschenhandel, betreibt Schutzhäuser und bietet Ausbildungsprogramme sowie psychologische und rechtliche Unterstützung an.
3. Helfen – Die COM hilft direkt in Notsituationen und Katastrophen. In einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion lebt die Hälfte der Menschen unter der Armutsgrenze, oft in bitterster Armut. Die Christliche Ostmission steht solchen Menschen zur Seite. Sie unterstützt sie mit Lebensmitteln, Heizmaterial, Kleidern und Medikamenten.

Einsatzgebiete: Osteuropa, Russland, Südosteuropa, Asien (Zentralasien sowie Afghanistan, Indien, Nepal, Kambodscha und Vietnam).

Geschichte: Die COM wurde 1973 als Verein mit Sitz in Worb als Filiale von «Underground Evangelism» (USA) gegründet. Ziel war es, verfolgten und benachteiligten Christen hinter dem Eisernen Vorhang mit Bibeln, christlicher Literatur und humanitärer Hilfe beizustehen. Heute setzt die COM ihre Missions- und Unterstützungsarbeit für Menschen fort, die nach Jahrzehnten unter

kommunistischen Regimen in großer geistlicher und materieller Not sind. Missionsleiter und Geschäftsführer ist Gallus Tannheimer. Insgesamt arbeiten 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Worb für die Christliche Ostmission.

CSI-Deutschland gem. GmbH
Lautensackstr. 7
D-80687 München
Tel +49 (89) 58 99 75-50
info@csi-de.de
www.csi-de.de

Stiftung CSI-Schweiz
Leutschenbachstr. 95
CH-8050 Zürich
Tel +41 (44) 982 33 33
info@csi-schweiz.ch
www.csi-schweiz.ch

Christian Solidarity International (CSI) ist eine christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenwürde.

Was wir tun

Für Religionsfreiheit und Menschenwürde | CSI setzt sich für Opfer von religiös motivierter Gewalt und Benachteiligung ein. Wir sind überkonfessionell tätig.

- Wir befreien Menschen, die aus religiösen Gründen oder kriminellem Profitdenken versklavt, eingesperrt oder entführt wurden. Wir integrieren Befreite wieder in ihre Dorfgemeinschaft oder ermöglichen ihnen einen Schutzort.
- Wir bringen Überlebenshilfe in Ländern, in denen religiöse Minderheiten diskriminiert oder auch angegriffen werden.
- Wir bieten Opfern von religiöser Verfolgung juristische Hilfe an und kämpfen für die Freilassung von Glaubensgefangenen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass benachteiligte Kinder und Familien sicher aufwachsen können und eine Lebensperspektive haben.
- Wir fordern die Regierungen vieler Staaten mit repressiver Gesetzgebung dazu auf, Religionsfreiheit zu gewähren.
- Wir setzen uns im Kontakt mit Politikern, Regierungsvertretern und Meinungsmachern auf politischer Ebene dafür ein, dass die

Religionsfreiheit in den betroffenen Ländern gewahrt und die Opfer geschützt werden.

Wo CSI arbeitet

Hilfe für Bedrängte und Verfolgte | In folgenden Einsatzgebieten ist Christian Solidarity International aktiv:

- Kaukasus: Armenien | Bergkarabach
- Naher und Mittlerer Osten: Ägypten, Irak, Syrien
- Subsahara-Afrika: Nigeria, Südsudan | Sudan
- Südasien: Bangladesch, Indien, Nepal, Pakistan, Sri Lanka
- Südostasien: Indonesien | West-Papua, Myanmar
- Zentralamerika

So bleiben Sie über die Arbeit von CSI informiert

- **CSI-Magazin:** Beiträge aus erster Hand, konkrete Einblicke in unsere Arbeit vor Ort, Protest- und Ermutigungskarten, Gebetsnachrichten
- **Newsletter:** Bleiben Sie auf dem Laufenden über unsere Menschenrechts- und Projektarbeit, laufende Kampagnen und Events.
- **Gebetsnachrichten:** Beten Sie im Gottesdienst, im Gebetskreis oder persönlich regelmäßig für Glaubensverfolgte. Wir schicken Ihnen aktuelle Anliegen auf Wunsch wöchentlich oder monatlich per E-Mail.
- **Anlässe:** Erhalten Sie persönliche Einblicke in unsere Arbeit in verschiedenen Ländern.

Evangelische Allianz in Deutschland e. V.
Esplanade 5–10a
07422 Bad Blankenburg
Tel +49 (36741) 24 24
info@ead.de • www.ead.de



Information zur Organisation

Die 1886 gegründete Evangelische Allianz in Deutschland e. V. (EAD) versteht sich als ein Netzwerk von Christen aus verschiedenen christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen. Laut ihrem Selbstverständnis setzt sie sich für Einheit, gemeinsames Beten, gemeinsamen Glauben, gemeinsames Bezeugen des Evangeliums, gemeinsame ‚Zeitansagen' zu relevanten Themen und Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ein. Sie unterhält in Deutschland ca. 900 örtliche Basisgruppen, in denen sich Christen aus verschiedenen landes- und freikirchlichen Gemeinden, Organisationen und Werken treffen, um vor Ort zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus ist sie in Arbeitskreise und Runde Tische aufgegliedert, die sich themenbasiert ehrenamtlich in die Gesellschaft einbringen.

Die 1846 auf Weltebene gegründete Bewegung, die in die weltweite Evangelische Allianz (WEA) mündete, ist der am längsten bestehende Zusammenschluss evangelisch gesinnter Christen verschiedener Gruppen- und Gemeindezugehörigkeiten. Die damals in London verabschiedete Glaubensgrundlage ist heute noch in der EAD-Glaubensbasis verankert, zu der sich die unterschiedlichen Werke, Gemeinden und Gruppen bekennen. Arbeitsfelder der EAD sind diakonische, pädagogische, publizistische und missionarische Aktivitäten in ca. 380 Einrichtungen allein in Deutschland.

Die EAD gehört zur weltweiten Evangelischen Allianz, die mit 600 Mio. Menschen in 143 Ländern international die größte kirchliche Vereinigung nach der Römisch-Katholischen Kirche ist.

Evangelische Allianz Österreich
Julius-Fritsche-Gasse 44
A-5111 Bürmoos
+43 (662) 23 49 43
kontakt@evangelischeallianz.at
www.evangelischeallianz.at

Die Evangelische Allianz versteht sich als Geschwisterbund, der zum Ziel hat, alle Christen mit lebendigem Glauben zu vernetzen. So stärkt sie die Zusammenarbeit von Gemeinden und christlichen Werken über Konfessionsgrenzen hinweg und baut an der Einheit der Christen, für die Jesus in Johannes 17 gebetet hat. In Österreich arbeiten über 130 Organisationen auf der Glaubensgrundlage der EAÖ zusammen – unter anderem die Freikirchen in Österreich (FKÖ), Open Doors, das Weisse Kreuz oder Wycliff. Geleitet wird die Evangelische Allianz in Österreich seit September 2022 von Generalsekretär Oliver Stozek.

Tätigkeit: Begleitung der lokalen Allianzarbeit, Koordination großer Projekte, Stellungnahmen zu aktuellen sozialethischen Fragen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Evangelischen Allianz (EEA) und der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) Einsatz für Menschenrechte und Religionsfreiheit.

Die Arbeit der Evangelischen Allianz Österreich teilt sich in diese sechs Bereiche: Einheit ermöglichen | Gemeinsam beten | Gott sichtbar machen | Christsein leben | Gesellschaft prägen | Zukunft gestalten

Einsatzgebiete: Weltweit in über 140 Ländern mit 600 Millionen Christen

Geschichte: 1846 wurde die Weltweite Evangelische Allianz von Vertretern aus 50 Kirchen in London gegründet, um die zersplitterte Christenheit zu vermehrter Zusammenarbeit zu ermutigen. Die Arbeit der Evangelischen Allianz in Österreich kann man bis 1863 zurückverfolgen. Mit Sitz in Bürmoos arbeiten heute neben dem Generalsekretär noch zwei weitere Mitarbeiter für die nationale Allianz.

Publikationen: monatliche Newsletter, monatliche Gebetskalender, Zeitschrift „Allianzspiegel“, Gebetsheft zur Allianzgebetswoche

Hilfsaktion Märtyrerkirche e. V.
Steinstraße 5
D-35641 Schöffengrund
Tel +49 (6445) 6 12 44-0
info@verfolgte-christen.org
www.verfolgte-christen.org
www.facebook.com/HilfeFuerVerfolgteChristen
www.instagram.com/verfolgtechristen



Information zur Organisation

Die Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK) wurde von Verfolgten für verfolgte Christen gegründet: Der Gründer der HMK, Pastor Richard Wurmbrand, hat selbst insgesamt 14 Jahre lang in Gefängnissen des kommunistischen Rumänien gelitten. Nach seiner Freilassung setzte er sich im Auftrag seiner rumänischen Mitchristen im Westen für Christen in Bedrängnis ein. Die HMK wurde 1969 gegründet.

Seitdem gilt ***Helfen und Lernen*** als Leitsatz der HMK. Wir helfen Christen in Verfolgung – z. Zt. durch rund 230 Projekte in 60 Ländern. Gleichzeitig wollen wir aber auch von unseren verfolgten Geschwistern lernen und ihre Erfahrungen als Ermutigung und Herausforderung an Christen im Westen weitergeben. Was der gefangene Paulus an die Philipper schreibt, geschieht auch heute: *Durch meine Gefangenschaft haben viele Mut gefasst und sind sehr viel furchtloser darin geworden, anderen von Christus zu erzählen* (Philipper 1,14).

Arbeitsweise und Projektbereiche

Die HMK engagiert sich mit ihrer Projektarbeit in den Bereichen Soforthilfe, Medizinische Hilfe, Kinderhilfe, Ausbildung, Evangelisation, Rechtsbeistand, Wiederaufbau, Überlebenshilfe und Hilfe zur Selbsthilfe.

Von der HMK unterstützte Projekte werden durch Partner vor Ort durchgeführt. Meist sind das einheimische Christen. Sie kennen die Lage der Verfolgten vor Ort am besten und wissen, wie gezielt geholfen werden kann.

Hilfen und Materialien

Die kostenlose Monatszeitschrift *Stimme der Märtyrer* gibt Informationen von verfolgten Christen und unseren Projekten als Gebetsgrundlage und zur Ermutigung von Christen in Europa weiter. Das *Jahrbuch Länder der Märtyrer* stellt wöchentlich Gebetsanliegen für einzelne Länder vor. Weitere

informative und herausfordernde Bücher und Schriften können über unseren Online-Shop bezogen werden.

Mitarbeiter der HMK stellen gerne in Gemeinden, Gemeindegruppen und in theologischen Ausbildungsstätten unsere Arbeit vor und predigen über die biblische Sicht von Verfolgung.

HMK Hilfe für Mensch und Kirche
Postfach 50
CH-3608 Thun
Tel +41 (33) 334 00 50
info@hmk-aem.ch • www.hmk-aem.ch

Information zur Organisation

Die HMK – Hilfe für Mensch und Kirche – ist ein christliches Hilfswerk in der Schweiz, das sich für diskriminierte Christen und notleidende Menschen in rund 60 Ländern einsetzt. Motiviert durch den christlichen Glauben hilft sie Menschen und Kirchen ganzheitlich, damit Hoffnung und Gerechtigkeit wachsen. In den Projektländern der HMK werden Christen, Frauen, Randständige oder Minderheiten unterdrückt. Die HMK unterstützt diskriminierte Christen und Kirchen weltweit und hilft Menschen in Notsituationen unabhängig von ihrem Glauben oder ihrer Herkunft.

Die HMK arbeitet mit einheimischen, vertrauenswürdigen Partnern auf Augenhöhe zusammen. Gemeinsam mit ihnen entwickelt sie Strategien, um den Menschen in ihrer Gesellschaft zu helfen. Die HMK hilft unbürokratisch und dynamisch und reagiert in Krisenzeiten schnell und effizient. Durch Hilfe zur Selbsthilfe gibt die HMK den zündenden Funken, damit Personen in ihrer Gemeinschaft ganzheitlich einen Unterschied machen können.

Die 4 Arbeitsbereiche der HMK: Hilfe für diskriminierte Christen, Hilfe für Gemeinden und Kirchen, humanitäre Hilfe und Einsatz für Menschenrechte & Religionsfreiheit.

Einsatzgebiete: Naher Osten, Asien, Afrika, Osteuropa und Lateinamerika.

Geschichte: Die HMK Schweiz wurde 1969 vom lutherischen Pfarrer Richard Wurmbrand mitbegründet, der durch sein Buch „Gefoltert für Christus“ in der Schweiz bekannt wurde. Die HMK konzentrierte sich in den Anfängen auf die Verteilung christlicher Literatur in kommunistischen Ländern in Osteuropa und in der Sowjetunion. Nach dem Fall des Kommunismus in Europa fing eine

Zeit der Neuorientierung an. Die HMK baute ein weltweites Netzwerk auf, um verfolgten Christen zu helfen. Aufgrund der großen Not fokussierte sie sich vor allem auf den Nahen Osten und auf muslimische Länder. Seit 2009 ist die humanitäre Hilfe nach Katastrophen und Krisen ein weiterer Schwerpunkt.

Publikationen: Das Magazin „verfolgt“ erscheint monatlich. Zudem werden regelmäßig Geschichten auf der Website und im Newsmail veröffentlicht. Anmeldung: www.hmk-aem.ch/kontakt/#infos

Hoffnungszeichen | Sign of Hope e.V.
Schneckenburgstr. 11 d
D-78467 Konstanz
Tel +49 (7531) 94 50-170
www.hoffnungszeichen.de
mail@hoffnungszeichen.de

Hoffnungszeichen | Sign of Hope e.V. ist eine christlich motivierte Organisation für Menschenrechte, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Geleitet von den Werten der Nächstenliebe, Solidarität und Mitmenschlichkeit leistet der Verein seit 40 Jahren weltweit humanitäre Hilfe für Menschen in Not, engagiert sich mit nachhaltigen Entwicklungsprojekten und für Menschenrechte. Im Fokus steht das zentrale Ostafrika mit den Schwerpunktländern Äthiopien, Kenia, Südsudan und Uganda.

Für uns ist jeder Mensch wertvoll, von Gott geschaffen sowie geliebt. Jede(r) hat ein Recht darauf, ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu führen. Diese Würde zu stärken, dort zu helfen, wo sie berührt oder verletzt wird, ist Kern unserer Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen weltweit ihre Grundbedürfnisse auf z. B. Nahrung, Wasser, Sicherheit und Gesundheit befriedigen können. Dabei fördern wir die eng miteinander verbundenen Themen Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes möchten wir zu einer gerechten globalen Gesellschaft beitragen. So leisten wir auch einen Beitrag zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs, engl. Sustainable Development Goals).

„Wir reichen die Hand, damit Menschen sich aufrichten“ – das ist der Auftrag (Mission) von Hoffnungszeichen. Dabei versteht sich Hoffnungszeichen als Brücke der Liebe, die eine Verbindung schafft zwischen den gebenden und empfangenden Menschen.

Unser übergeordnetes Zielbild (Vision) ist **„Eine Zukunft, in der der Geburtsort nicht mehr über ein Leben in Würde entscheidet“**. Denn noch immer entscheidet oftmals der Geburtsort darüber, welche Lebenschancen ein Mensch hat. Wer in den Slums Nairobis oder in ländlichen Gebieten des Südsudans auf die Welt kommt, hat wesentlich geringere Chancen auf ein Leben in sozialem und materiellem Wohlstand als ein Mensch, der im globalen Norden geboren wird. Diese Tatsache stellt den grundlegendsten Ausdruck der globalen sozialen Ungerechtigkeit dar.

In 40 Jahren konnten wir Millionen Menschen Hoffnung schenken. Seit dem Jahr 2008 haben wir Projekte in über 40 Ländern gefördert und allein im Jahr 2025 mehr als 1,4 Millionen Menschen erreicht. Dabei kooperieren wir mit 50 Partnerorganisationen weltweit. Bei Hoffnungszeichen arbeiten rund 80 Mitarbeitende in Deutschland, in vier Ländern Afrikas, in Armenien und der Ukraine im Sinne unseres Leitverses „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan!“ (Matthäus 25,40).

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

IGFM, Deutsche Sektion e. V.
Edisonstraße 5
D-60388 Frankfurt am Main
Tel +49 (69) 42 01 08-0
info@igfm.de
www.menschenrechte.de
https://www.instagram.com/igfm.de/
https://x.com/IGFM_DE
https://www.facebook.com/IGFM.DE/
https://www.youtube.com/@igfm_de
https://www.linkedin.com/company/igfm-de/

IGFM – Sektion Schweiz
Clavanuovweg 14
CH-7249 Serneus
Tel +41 (79) 680 78 56
switzerland@ishr.org
https://www.igfm.ch/

Wer wir sind

Im April 1972 wurde die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main ins Leben gerufen. Alexander Solschenizyn hatte seinen

„Archipel GULag“ vollendet – aber kaum jemand kannte im Westen diesen Mann. Gegen den Krieg in Vietnam demonstrierten in diesen Tagen viele. Aber für die verfolgten Christen und die tausenden politischen Gefangenen in den sowjetischen Straflagern, in den Zuchthäusern der DDR, Polens, der Tschechoslowakei oder die systematische Ermordung oder Inhaftierung von Christen in Albanien, im „ersten atheistischen Staat der Welt“, demonstrierte keiner.

Aus den 13 Gründern ist mit den Jahren eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO) mit etwa 35.000 Mitgliedern in 38 Sektionen und nationalen Arbeitsgruppen geworden. Die deutsche Sektion zählt 3.000 Mitglieder. Die IGFM besitzt Beobachterstatus beim Europarat und den ECOSOC-Status bei den Vereinten Nationen. Die IGFM finanziert sich fast ausschließlich durch Spenden. Ihr jährliches Finanzaufkommen beträgt rund 1,5 Mio. €. Die Deutsche Sektion und die Internationale Sektion beschäftigen in der Geschäftsstelle in Frankfurt neben zahlreichen ehrenamtlichen Helfern 15 Mitarbeiter im Voll- und Teilzeitdienst. Die anderen Sektionen arbeiten fast ausschließlich ehrenamtlich.

Was wir tun

Einzelfallbetreuung: Die IGFM unterstützt Menschen, die sich gewaltlos für die Verwirklichung der Grundrechte in ihren Ländern einsetzen oder sie selbst in Anspruch nehmen wollen und deswegen verfolgt werden. Mittel dazu sind u. a. Appelle, Mahnwachen und Protestbriefe. Die IGFM hat seit ihrem Bestehen mehreren tausend politischen Gefangenen zur Freiheit oder auch zu besseren Haftbedingungen verholfen und zigtausend Fälle von Verfolgung oder Wünsche auf Familienzusammenführung bearbeitet.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Eine informierte Öffentlichkeit ist der beste Schutz gegen Menschenrechtsverletzungen. Öffentlichkeitsarbeit bedeutet aber nicht nur Presse-, Lobby- und Informationsarbeit hierzulande, sondern weltweite Aufklärung und Menschenrechtserziehung. Die IGFM veranstaltet in zahlreichen Ländern Seminare, Wettbewerbe und andere Initiativen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Humanitäre Hilfe: Sie schafft Vertrauen zwischen den Völkern und unterstützt die Verständigung. Die IGFM leistet humanitäre Hilfe in Form von Hilfsgütertransporten, Medikamentenlieferungen und Paketaktionen, aber auch durch finanzielle Unterstützung von Projekten. Vor Ort werden diese Projekte entweder von unseren nationalen Sektionen oder von Partnern betreut. Seit 1980 hat die IGFM so mit zigtausend Tonnen Hilfsgütern „Hilfe von Mensch zu Mensch“ geleistet und denen geholfen, die aus politischen Gründen keine oder

nicht genügend staatliche Hilfe zu erwarten haben: vor allem politischen Gefangenen und ihren Familien, Flüchtlingen und Opfern von Gewalt, in Not geratenen Familien, alleinstehenden Müttern, Behinderten, alten und kranken Menschen, Opfern von Zwangsverheiratung und Zwangskonversion.

Bleiben Sie informiert

Bitte abonnieren Sie:

- Unsere Auftritte in den sozialen Medien, hier berichten wir täglich.
- Unseren kostenlosen Informationsbrief „Für die Menschenrechte“, der Sie über unsere Projekte auf dem Laufenden hält.
- Unsere Zeitschrift „menschenrechte“. Sie erscheint einmal jährlich und bietet einen guten Überblick über unsere Themen.
- Unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, der mehrmals im Monat erscheint.
- Unsere Pressemitteilungen per E-Mail; kostenlos unter info@igfm.de bestellbar.
- Umfangreiche Informationen finden Sie auch unter: www.igfm.de oder www.menschenrechte.de.

Internationales Institut für Religionsfreiheit
Bonn * Brasilia * Brüssel * Kapstadt * San José *
Costa Rica * Vancouver * Washington

Direktor: Prof. Dr. Dennis Petri (San José, Costa Rica)
Stellvertretender Direktor: Dr. Kyle Wisdom (Washington)
Forschungsdirektor: Prof. Dr. Christof Sauer
Leitender Redakteur des International Journal for Religious Freedom:
Prof. Dr. Janet Epp-Buckingham (Kanada, Schweiz)
Präsident des Vorstandes: Prof. Dr. mult. Thomas Paul Schirrmacher

Das IIRF ist ein Netzwerk von Forschern und Fachleuten aus allen Erdteilen, die sich um die Erarbeitung von belastbaren Daten zur Einschränkung von Religionsfreiheit und um Aufnahme der Thematik in Universitäten und akademische Programme aller Art bemühen. Das Institut veröffentlicht eine wissenschaftliche Zeitschrift, das ‚*International Journal of Religious Freedom*‘, die „peer reviewed“ ist und in Südafrika und Norwegen als Fachzeitschrift der obersten Kategorie geführt wird. Daneben veröffentlicht das Institut *zwei wissenschaftliche und eine allgemeinverständliche Buchreihe* in englischer und in

deutscher Sprache:
https://ijrf.org/, https://iirf.global/publications-resources/books/.



Dennis Petri und Thomas Schirrmacher präsentieren das IIRF bei Faith & Freedom Summit im Lateinamerikanischen Parlament in Panama City im September 2024. (© IIRF)

Das Institut veröffentlicht zusammen mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und den Evangelischen Allianzen in der deutschsprachigen Welt gemeinsam als Wendebuch das *Jahrbuch für Religionsfreiheit* und das *Jahrbuch Diskriminierung und Verfolgung von Christen*, die unter anderem an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages ausgegeben werden und mehrfach in Bundestagsdebatten zitiert wurden.

Die *Violent Incidents Database (VID)* ist eine öffentlich zugängliche Datenbank für Religionsfreiheit zur Sammlung, Aufzeichnung und Analyse von gewalttätigen Vorfällen im Zusammenhang mit Verletzungen der Religionsfreiheit auf allen Kontinenten der Welt. Dieses quelloffene und dynamische Archiv arbeitet auf einer ereignisbasierten Grundlage und gewährleistet kontinuierliche Aktualisierungen und Korrekturen, um genaue und aktuelle Informationen bereitzustellen. Die VID-Datenbank, die vom Observatorium für Religionsfreiheit in Lateinamerika (OLIRE) unterstützt wird, konzentrierte sich zunächst auf die Sammlung von Fällen aus Lateinamerika und die Zusammenstellung von Vorfällen aus der Region, die bis ins Jahr 2002 zurückreichen. Darüber hinaus profitiert diese Datenbank von der Zusammenarbeit mit dem Observa-

torium für Religionsfreiheit in Afrika (ORFA), insbesondere bei der Sammlung von Vorfällen aus Nigeria: https://iirf.global/vid.

Das *Global Religious Freedom Data Spectrum* soll einen vergleichenden Rahmen für die Betrachtung einer Vielzahl von Daten aus Länder-Rankings von Organisationen zu Fragen der Religions- und Glaubensfreiheit bieten. Durch die Zusammenführung der Rankings dieser verschiedenen Organisationen an einem zentralen Ort bietet das Data Spectrum den Nutzern die Möglichkeit, einen umfassenderen, weltanschaulich breiteren Blick auf jedes Land der Welt zu werfen. Karten werden die Daten anschaulich machen, auch um die Möglichkeiten zu geben, auf diese Weise globale Probleme der Religionsfreiheit zu verstehen und öffentlich zu machen:
https://iirf.global/global-religious-freedom-data-spectrum/.

KIRCHE IN NOT
ACN DEUTSCHLAND

PÄPSTLICHE
STIFTUNG

KIRCHE IN NOT
Deutschland
Lorenzonistraße 62
D-81545 München
T +49 (89) 6 42 48 88-0
info@kirche-in-not.de
www.kirche-in-not.de

KIRCHE IN NOT
Österreich
Weimarer Straße 104/3
A-1190 Wien
T +43 (1) 4 05 25 53
kin@kircheinnot.at
www.kircheinnot.at

KIRCHE IN NOT
Schweiz
Cysatstrasse 6
CH-6004 Luzern
T +41 (41) 410 46 70
mail@kirche-in-not.ch
www.kirche-in-not.ch

Informationen zur Organisation

KIRCHE IN NOT (international: Aid to the Church in Need ACN) hilft verfolgten und bedrängten Christen, dient der Neu-Evangelisierung und setzt sich für Religionsfreiheit ein. Das Hilfswerk wurde 1947 gegründet, um deutschen Heimatvertriebenen zu helfen. Bald kam die Hilfe für die verfolgten Christen hinter dem Eisernen Vorhang dazu.

Informationen zu Arbeitsgebieten/Projekten

Heute ist die päpstliche Stiftung KIRCHE IN NOT (ACN) in mehr als 140 Ländern tätig und unterstützt jährlich rund 5000 Projekte. KIRCHE IN NOT (ACN) leistet

Hilfe für Menschen auf der Flucht, hilft beim Wiederaufbau zerstörter Gotteshäuser, ermöglicht den Bau und die Renovierung von Kirchen und Ausbildungsstätten, unterstützt die Aus- und Weiterbildung von Seminaristen, Priestern und Ordensleuten und sichert ihren Lebensunterhalt, stellt Fahrzeuge für Seelsorger zur Verfügung, druckt und verbreitet die Bibel und andere religiöse Literatur und fördert christliche Fernseh- und Radioprogramme. KIRCHE IN NOT ist rein spendenfinanziert und erhält keine öffentlichen Gelder oder Kirchensteuermittel. In 24 Ländern ist das Hilfswerk mit eigenen Büros vertreten.

KIRCHE IN NOT veröffentlicht im Zweijahres-Turnus die Berichte „Religionsfreiheit weltweit“ und „Verfolgt und vergessen?“ zu Brennpunktländern der Christenverfolgung. „Religionsfreiheit weltweit“ hingegen nimmt nahezu alle Staaten der Erde und alle Religionen in den Blick. Er ist der größte von einer katholischen Hilfsorganisation herausgegebene Bericht zur Lage der Religionsfreiheit.

Jedes Jahr Ende November lädt KIRCHE IN NOT zum „Red Wednesday“ ein. Überall auf der Welt werden Kirchen und öffentliche Gebäude rot beleuchtet, um auf das Menschenrecht Religionsfreiheit und verfolgte Christen der Gegenwart aufmerksam zu machen. Auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz machen immer mehr Gemeinden mit, es finden Gebete und Gottesdienste für verfolgte Christen statt.

Materialien

Die unentgeltliche Schrift „Echo der Liebe“, die achtmal im Jahr erscheint, informiert über die Notlagen in verschiedenen Ländern und stellt die Projekte des Hilfswerks vor. Weitere Informationen und Materialien finden Sie im Internet unter: www.kirche-in-not.de, www.religionsfreiheit-weltweit.de und www.red-wednesday.de.

Licht im Osten, Schweiz
Industriestraße 1
CH-8404 Winterthur
Tel +41 (52) 245 00 50
lio@lio.ch • www.lio.ch

Licht im Osten hilft Menschen in materieller, medizinischer und seelischer Not. Seit über 100 Jahren helfen wir als Missions- und Hilfswerk den Menschen im Osten mit „Wort und Tat“. Mehr als 150 lokale Partner bleiben in den 10 Projektländern der Vision unserer Gründerväter treu. Licht im Osten ist mehr als

eine Organisation. Wir sind eine große Familie bestehend aus 12 Mitarbeitern, 5-köpfigem Vorstand, rund 300 Ehrenamtlichen und über 150 lokalen Partnern in Osteuropa und Zentralasien. Gemeinsam bringen wir Licht in die Dunkelheit.

In Menschen investieren

Wir wollen unser evangelistisches und soziales Engagement ganzheitlich wahrnehmen und den Menschen in Wort und Tat dienen. Wir investieren in Menschen, zeigen ihnen Perspektiven auf, unterstützen sie und fördern durch unsere lokalen Partner die Verbreitung von Gottes Wort. Wir wollen Freunde, interessierte Personen und christliche Gemeinden verlässlich und authentisch informieren, damit sie sich an der weltweiten Mission mit ihren Möglichkeiten aktiv beteiligen können. Wir schätzen und fördern die gabenorientierte ehrenamtliche Mitarbeit.

Die Arbeit von Licht im Osten hat drei Schwerpunkte:

1. Not lindern: Wir helfen notleidenden Menschen und Randständigen, die weit unter dem Existenzminimum leben mit Aktion Weihnachtspäckli, Nothilfe, Winterhilfe, Hilfsgütern, Gefängnis- und Polizeiarbeit, Reha-Zentren, Frauenhäusern und medizinischer Hilfe.
2. Glauben wecken: Wir fördern die Verbreitung des Evangeliums durch Gemeindegründungen, Kinder- und Jugendcamps, Literaturverteilung und Bibelübersetzung. Wir stehen verfolgten Christen in Zentralasien bei und unterstützen Hausgemeinden im Untergrund.
3. Zukunft ermöglichen: Wir fördern Kinder und Jugendliche durch Einschulung und Begleitung in unseren Tageszentren. In christlichen Grossfamilien schenken wir Kindern aus zerrütteten Familienverhältnissen oder staatlichen Kinderheimen ein liebevolles Zuhause. Mit der Gewerbeförderung geben wir Unternehmern eine Chance, Investition zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Einsatzgebiete: Osteuropa, Russland und Zentralasien.

Geschichte: Licht im Osten wurde 1920 mit dem Ziel gegründet, russische Kriegsgefangene mit christlicher Literatur zu versorgen. Humanitäre Hilfe verbunden mit der Hoffnung der Guten Botschaft werden während des Kalten Krieges und darüber hinaus geleistet. Missions- und Geschäftsleiter Martin Kurz und weitere 13 Mitarbeitende engagieren sich für die Ziele von Licht im Osten.



Open Doors
Deutschland e. V.
Postfach 1142
D-65761 Kelkheim
www.opendoors.de

Open Doors
Österreich
Karl-Popper-Straße 16
A-1100 Wien
www.opendoors.at

Open Doors
Schweiz
Ch. de Praz-Roussy 4b
CH-1032 Romanel
www.opendoors.ch

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht Open Doors den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste von 50 Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Derzeit sind weltweit mehr als 388 Millionen Christen wegen ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe und Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen.

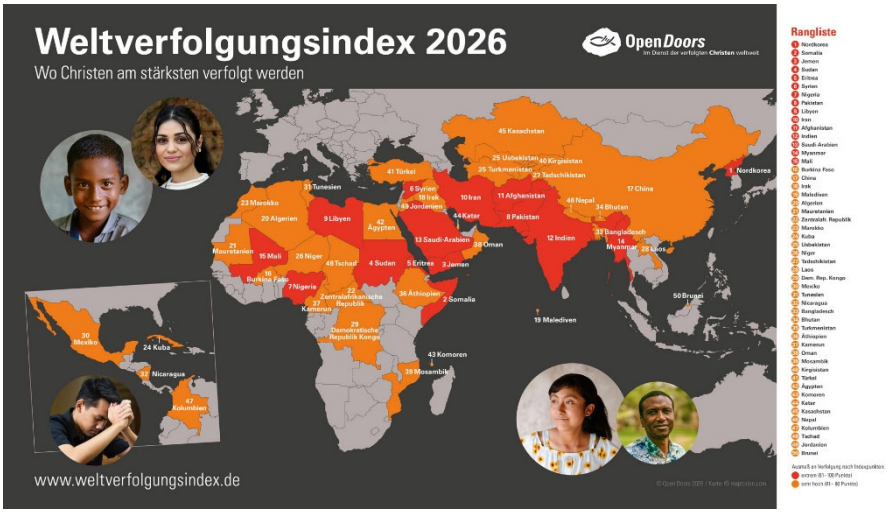
Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit informiert das Werk in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Gebet und Hilfe für verfolgte Christen auf. Die Arbeit von Open Doors wird durch Spenden finanziert.

Open Doors spricht von Verfolgung und Diskriminierung von Christen, wenn ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit verletzt und/oder nicht geschützt wird oder ihnen das Recht verweigert wird, ihren Glauben auszuüben. Christen werden wegen ihres Glaubens verfolgt und diskriminiert:

1. DIREKT durch Regime, politische, religiöse und kriminelle Gruppen, durch die Gesellschaft und die eigene (Groß-)Familie: in Form von Razzien, Verhaftungen, Folter, Verurteilungen ohne fairen Prozess und aufgrund falscher Anschuldigungen, Überwachung, Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen und Einrichtungen, Plünderung, Raub, Versklavung, Schläge, Tötungen, Diskriminierung im Arbeits- und Bildungsbereich und vieles mehr;
2. INDIREKT durch Regime, die die Rechte der Christen nicht schützen.

Christen in Deutschland können ihre bedrängten Glaubensgeschwister wirksam unterstützen

- Bleiben Sie informiert über die Situation der Christen durch aktuelle Meldungen und Berichte.
- Beten Sie anhaltend für die Christen in der Bedrängnis, dass sie im Glauben gestärkt werden und dem Druck weiter standhalten und das Evangelium verkünden.
- Schreiben Sie an Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments mit der Bitte, sich für unterdrückte Christen einzusetzen.



Osteuropa-Mission Schweiz
Lettenbergstrasse 17
CH-8344 Bäretswil
Tel +41 (44) 932 79 13
info@oemch.ch •
https://oemch.ch/

Unser Ziel ist es, Chancengerechtigkeit zu fördern und der Benachteiligung sowie Diskriminierung von Minderheiten entgegenzuwirken. Wir möchten Menschen dabei unterstützen, ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern und langfristig ein selbstbestimmtes sowie menschenwürdiges Leben zu führen. Deshalb investieren wir gezielt in nachhaltige Projekte. Dazu gehören die Förderung von Kindern aus armutsbetroffenen Familien, damit sie Zugang zu guter Bildung erhalten und ihre Zukunft selbst gestalten können, sowie die Sicherstellung ihrer Grundversorgung mit Nahrung, Kleidung und Schulmaterial. Auf diese Weise schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Kinder und Familien neue Perspektiven entwickeln und den Kreislauf der Armut langfristig durchbrechen können.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Bau- und Renovationsprojekten. Ein sicheres und würdiges Zuhause verbessert die Lebensbedingungen, stärkt das Selbstwertgefühl und wirkt sich positiv auf Gesundheit, Familienleben und die Entwicklung der Kinder aus. Stabilere Wohnverhältnisse entlasten Familien und tragen dazu bei, Konflikte und Gewalt im Alltag zu reduzieren. So entstehen neue Perspektiven und die Grundlage für eine nachhaltige Veränderung. Gleichzeitig wollen wir diejenigen nicht vergessen, die sich aufgrund ihres Alters, einer Krankheit, einer Behinderung oder fehlender familiärer Unterstützung nicht mehr selbst helfen können. Auch ihnen gilt unsere Hilfe und Fürsorge.

Im Zentrum all unseres Handelns steht die gelebte Nächstenliebe. Deshalb haben wir ein breites Spektrum an Hilfsangeboten entwickelt. Dazu gehört auch, dass wir den Menschen auf Wunsch von Gott und Jesus Christus erzählen. Wir glauben, dass seine Liebe und Hoffnung Menschen tiefgreifend verändern und ihnen auf eine Weise helfen können, die über das hinausgeht, was menschliche Hilfe allein vermag. Deshalb möchten wir den Menschen dieses Geschenk nicht vorenthalten. Die Bereitschaft, an Jesus Christus zu glauben oder Gebet in Anspruch zu nehmen, ist jedoch keine Voraussetzung für unsere Hilfe. Jeder Mensch wird unabhängig von seiner religiösen Überzeugung unterstützt. Das Weitergeben des christlichen Glaubens verstehen wir als freiwilliges Angebot

der OEM – und als das Nachhaltigste, was wir den Menschen nebst unserer praktischen Hilfe mitgeben können.

Haupttätigkeiten: Hilfstransporte, Selbsthilfeprojekte, Bauprojekte, Kinderpatenschaften, Schüler-Förderprogramme, Suppenküchen, Winterhilfen, Lebensmittelhilfe, Sommerlager.

Einsatzgebiete: Ungarn, Ukraine, Rumänien, Albanien, Serbien, Kosovo und Georgien.

Geschichte: Die OEM wurde 1967 vom Evangelisten Kees van Olst gegründet, der unter dem Decknamen „Konrad“ durch Bibeltransporte hinter den Eisernen Vorhang bekannt wurde. Heute ist die OEM in zahlreichen Ländern tätig und wird grösstenteils von ehrenamtlichen Mitarbeitenden getragen. In der Schweiz engagieren sich neben dem Geschäftsführer und langjährigen Mitarbeiter der OEMCH, Jakob Albisser, weitere Mitarbeitende sowie zahlreiche freiwillige Helferinnen und Helfer.



Schweizerische Evangelische Allianz SEA
Josefstrasse 32
CH-8005 Zürich
Tel. +41 (43) 344 72 00
info@each.ch • www.each.ch

Die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) fördert die Zusammenarbeit unter evangelischen Christen aus Landes- und Freikirchen sowie aus christlichen Organisationen. Als eine christliche Stimme vertritt sie deren Anliegen und Werte gesamtschweizerisch in der Gesellschaft. Dabei ist der Einsatz für die Religionsfreiheit ein besonderes Anliegen.

Ihre Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit (AGR) – ein Zusammenschluss von sieben Organisationen, die das Engagement für Glaubensfreiheit und für die Rechte verfolgter Christen eint – hat in den letzten Jahren eine eindrückliche Entwicklung erlebt und nicht zuletzt auf politischer Ebene einiges bewirken können.

Tätigkeit: Begleitung der lokalen Allianzarbeit, Koordination großer Projekte, Stellungnahmen zu aktuellen sozialethischen Fragen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Evangelischen Allianz (EEA) und der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) Einsatz für Menschenrechte und Religionsfreiheit.

Einsatzgebiete: Weltweit in 143 Ländern mit 600 Millionen Christen.

Geschichte: Die Evangelische Allianz wurde 1846 von Vertretern aus 50 Kirchen in London gegründet, um die zersplitterte evangelische Christenheit zu vermehrter Zusammenarbeit zu ermutigen. Seit 1847 besteht sie auch in der Schweiz. In Zürich und Genf werden für die Sprachregionen Sekretariate mit insgesamt fünfzehn Mitarbeitern geführt.

Publikationen: Print- und Online-Newsletter für Interessierte, Gebetsheft zur Allianzgebetswoche, Publikation „SEA Fokus“, evangelistische Verteilzeitung „Hope“ sowie Stellungnahmen zu verschiedenen Sachthemen